Unterrichtung durch die Landesregierung



Inhalt

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

51. Sitzung			6. Wahlperiode
	_		

Donnerstag, 10. Oktober 2013, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp, Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

	Maßnahmeplan der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen "Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg	
Fragestunde	zu einer inklusiven Gesellschaft"	
- Drucksache 6/2266(neu) 4	– Drucksache 6/2213 –	12
Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE	Ministerin Manuela Schwesig	12
Ministerin Manuela Schwesig4, 5, 6, 7, 8	Karen Stramm, DIE LINKE	14
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN4, 5	Bernd Schubert, CDU	
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5, 6	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17
Minister Volker Schlotmann	David Petereit, NPD	18
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE6	Jörg Heydorn, SPD	19
Barbara Borchardt, DIE LINKE		
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE7	Beschluss	21
Karen Stramm, DIE LINKE7		
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN7		
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN7		
Michael Andrejewski, NPD 8	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Minister Lorenz Caffier 8, 9	Die Mecklenburger Südbahn	
David Petereit, NPD	muss erhalten bleiben	
Udo Pastörs, NPD9, 10, 11	- Drucksache 6/2248	21
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 9		
Minister Harry Glawe	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE2	
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	Minister Volker Schlotmann	
Minister Dr. Till Backhaus 10, 11	Dietmar Eifler, CDU	26

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 27		
Jochen Schulte, SPD29	Landkreise und kreisfreie Städte	
Stefan Köster, NPD 31	bei der dezentralen Unterbringung von	
	Ausländerinnen und Ausländern unterstützen	
Beschluss34, 136	- Drucksache 6/2245	59
	Änderungsantrag der Fraktion	
	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Antron don Frantisco	- Drucksache 6/2290	59
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
EEG-Umlage wirksam entlasten:	Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE5	9, 68
	Minister Lorenz Caffier6	0, 71
Emissionshandel durch Einführung eines	Martina Tegtmeier, SPD	62
Kohlendioxid-Mindestpreises stärken	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	63
– Drucksache 6/2235 –	Michael Silkeit, CDU	
LI O I DÜNDNIG GO/DIE ODÜNEN GA	Tino Müller NDD	
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 34	Dator Dittor, DIC LINIZE	
Minister Volker Schlotmann		
Jürgen Seidel, CDU	Racchinec	72
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE		
Rudolf Borchert, SPD		
David Petereit, NPD 41		
	Antrag der Fraktion	
Beschluss43	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
	Pflegemonitor in Mecklenburg-	
	Vorpommern einführen	
	– Drucksache 6/2236 –	72
Antrag der Fraktion der NPD	- Drucksacrie 0/2230	1 2
Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	72
beenden – Einsatzfähigkeit von Bundeswehr		
und sozialen Diensten wiederherstellen	Ministerin Manuela Schwesig	
– Drucksache 6/2239 –	Karen Stramm, DIE LINKE	
- Drucksacile 0/2209	org rieydom, or b	
Udo Pastörs, NPD43, 45	Stefan Köster, NPD	
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 44	Maika i ficiliarii ociiicit, obo	77
DI. DISUIA KAHOWSKI, BUNDINIS 90/DIE GRUNEN 44	Beschluss	79
Beschluss47	200011400	7 0
	Antrag der Fraktion der NPD	
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU	Übergangsfristen für die Arbeit-	
Die Energiewende braucht die	nehmerfreizügigkeit verlängern und die	
Verkehrswende – SPNV und ÖPNV	Einwanderung ins soziale Netz verhindern!	
dem künftigen Mobilitätsbedarf anpassen	- Drucksache 6/2240	70
- Drucksache 6/224947	- Drucksacrie 0/2240	19
- Drucksache 6/2249 47	Tino Müller, NPD7	0 04
Änderus seettes des Freities	Peter Ritter, DIE LINKE	
Änderungsantrag der Fraktion	Peter Ritter, DIE LINKE	0 1
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	B 11	0.5
– Drucksache 6/2289 –	Beschluss	85
Rudolf Borchert, SPD47, 58		
Minister Volker Schlotmann49		
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 50		
Jochen Schulte, SPD52		
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 55		
David Petereit, NPD57		85
Dietmar Eifler, CDU57		
•	Wolfgang Waldmüller, CDU	85
Beschluss 59		

Jeannine Rösler, DIE LINKE	90 93 95	Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT Vergabeentscheidungen im SPNV des Landes Mecklenburg-Vorpommern und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten	.122
Beschluss	97	Minister Volker Schlotmann	125 128 128
Antrag der Fraktion DIE LINKE Missbrauch von Werkverträgen endlich wirksam verhindern		Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	.129
– Drucksache 6/2244 –	97	Antrag der Fraktion der NPD	
Henning Foerster, DIE LINKE97, 103, 1		Institutionelle Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften herstellen	
Ministerin Manuela Schwesig		- Drucksache 6/2242	129
Torsten Renz, CDU100, 1		Brackedorio G/ZZ 12	20
Stefan Köster, NPD		David Petereit, NPD129,	133
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1		Stefanie Drese, SPD	
		Beschluss	135
Antrag der Fraktion der NPD Familien fördern, Kinder schützen – Kein Adoptionsrecht für gleich- geschlechtliche Partnerschaften – Drucksache 6/2241 –	06	Nächste Sitzung Freitag, 11. Oktober 2013	. 135
Stefan Köster, NPD106, 1			
Martina Tegtmeier, SPD	08		
Beschluss114, 1	37		
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Attraktivität der staatlichen Gärten und Parks erhöhen – Drucksache 6/2251 –	14		
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
- Drucksache 6/2282 1	14		
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE			
– Drucksache 6/2291 – 1	14		
Tilo Gundlack, SPD114, 1			
Ministerin Heike Polzin			
Helmut Holter, DIE LINKE 1			
Egbert Liskow, CDU 1			
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
Stefan Köster, NPD	21		
Beschluss1	22		

Beginn: 9.01 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 51. Sitzung des Landtages und stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**: die Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 6/2266(neu) vor.

Fragestunde

- Drucksache 6/2266(neu) -

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales wird in Vertretung die Fragen beantworten. Und hierzu bitte ich den Abgeordneten Dr. Hikmat Al-Sabty, Fraktion DIE LINKE, die **Frage 1** zu stellen

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Ministerin! Meine Frage lautet:

 Wie bewertet die Landesregierung die F\u00f6rderung der niederdeutschen Sprache?

(Ministerin Manuela Schwesig spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ministerin Manuela Schwesig: Die Förderung der niederdeutschen Sprache wird mit "gut" bewertet. Vonseiten der Landesregierung werden unterschiedliche Maßnahmen zur Förderung der niederdeutschen Sprache an den Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern realisiert. In Anlehnung an die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen wurden, Zitat, Schutz und Pflege der niederdeutschen Sprache in die Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern – Artikel 16 Absatz 2 – aufgenommen.

Am 16. Mai 1991 beschloss der Landtag die Konzeption zur Förderung des Niederdeutschen in Schule, Hochschule und Sprach- und Kulturarbeit. In der Folge wurden 1999 ein Rahmenplan Niederdeutsch, 2004 eine Verwaltungsvorschrift Niederdeutsch in der Schule und 2010 die Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder verabschiedet.

Ferner ist die Förderung des Niederdeutschen expliziter Bestandteil der Koalitionsvereinbarung von 2011 bis 2016. Und gemäß der eben genannten Verwaltungsvorschrift wurde eine Lehrkraft als Landesbeauftragte für Niederdeutsch, Frau Jane Sonnenberg, berufen, die für diese Tätigkeit 16 Anrechnungsstunden erhält. Zudem ist an jedem der vier Staatlichen Schulämter eine Lehrkraft als Niederdeutschbeauftragte beziehungsweise Niederdeutschbeauftragter eingesetzt worden. Diese führen im Rahmen ihrer Tätigkeit Fortbildungen in den Schulamtsbereichen zum Fach Niederdeutsch durch, ferner organisieren sie den zweijährig stattfindenden landesweiten Plattdeutschwettbewerb und halten den Kontakt zu Vereinen und Arbeitsgemeinschaften, die das Niederdeutsche besonders fördern, wie der Stiftung Mecklenburg-Vorpommern der Johann-Brinkmann-Gesellschaft und der Fritz Reuter Gesellschaft.

Zudem soll im Land zurzeit ein Pilotprojekt Niederdeutsch in der frühkindlichen Bildung zum zweiten Mal, diesmal mit dem Schwerpunkt Übergang von Kita zur Schule, durchgeführt werden. Die Landesbeauftragte für Niederdeutsch wird zusammen mit den Projektleiterinnen und Projektleitern untersuchen, unter welchen Bedingungen die nachhaltige Implementierung des Niederdeutschunterrichts in den aufeinander aufbauenden Bildungseinrichtungen gelingen kann.

In vielen Schulen sind Niederdeutschberaterinnen und Niederdeutschberater ernannt worden, um sich gezielt der Pflege der niederdeutschen Sprache im Rahmen des Schulcurriculums zu widmen. Niederdeutsch stellt einen Bestandteil des Deutschunterrichtes dar. So wird die Behandlung des Niederdeutschen in Unterrichtseinheiten des Faches Deutsch oder bei fachübergreifenden Projekten durchgeführt. Darüber hinaus kann Niederdeutsch im Rahmen des Wahlpflicht-, des Ganztags- sowie des Ersatzunterrichts für die Fächergruppen Religion und Philosophie angeboten werden.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Ja, vielen Dank.

Eine Zusatzfrage, möchten Sie auch schriftlich beantworten, Frau Ministerin: Wie ist der Vorbereitungszustand des Wettbewerbs der Förderung der niederdeutschen Sprache?

Ministerin Manuela Schwesig: Die Antwort reicht Ihnen der Bildungsminister gerne nach.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt die Abgeordnete Ulrike Berger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 2** zu stellen.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

 Liegt die Handreichung bezüglich der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zum Führen von Schulgirokonten inzwischen vor und wann und in welcher Form wurde sie allen Schulen und Schulträgern des Landes zur Kenntnis gegeben?

Ministerin Manuela Schwesig: Guten Morgen, Frau Berger! Derzeit werden die bestehenden Möglichkeiten zur Einrichtung und Bewirtschaftung von Schulgirokonten gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Städte- und Gemeindetages umfassend beraten. Es ist beabsichtigt, den Schulleitungen sowie den Schulträgern eine darauf bezogene Handreichung nach Abschluss dieser Beratungen auf dem Dienstweg bekanntzugeben. Eine Fortführung der Arbeitsgespräche ist aus Anlass der nächsten Sitzung der Schulverwaltungsamtsleiter geplant. Eine Einladung des Städte- und Gemeindetages steht noch aus.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dazu habe ich auch eine Nachfrage: Ich habe diese Frage ja bereits in der 37. Sitzung gestellt, damals antworteten Sie auch in Vertretung für den Minister. Und Sie sagten meiner Erinnerung nach, dass es zeitnah an die Schulen geht. Insofern bin ich erstaunt, dass es jetzt sich etwas verzögert. Wie sieht der Zeitplan aus?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eine Definitionsfrage ist das.)

Ministerin Manuela Schwesig: Den Zeitplan reicht Ihnen gerne der Bildungsminister nach. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass das Verzögerung ist, denn in der Antwort habe ich ja eben geschildert, welche Absprachen getroffen werden müssen, einmal natürlich mit den Schulverwaltungsamtsleitern, aber auch mit dem Städteund Gemeindetag. Es ist ein weiteres Gespräch geplant und die Einladung des Städte- und Gemeindetages steht eben noch aus.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Ministerin Manuela Schwesig: Also mein Eindruck ist, die sind da richtig dran.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung. Und hierzu bitte ich den Abgeordneten Johann-Georg Jaeger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 3** zu stellen.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

3. In welchem Umfang und an wie viele Empfänger wurden bisher Darlehen für Innovationen zur Schonung natürlicher Ressourcen aus dem Klimaschutz-Darlehensfonds ausgereicht und welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus der bisher offenbar nur geringen Inanspruchnahme dieser Fördermöglichkeiten für Klimaschutzvorhaben?

Minister Volker Schlotmann: Frau Präsidentin! Verehrter Kollege Jaeger! Das Klimaschutz-Darlehensprogramm ist ja seit dem 9. April diesen Jahres in Kraft und es stehen aus dem EFRE-Strukturfonds 10 Millionen Euro für Projekte der Energieeinsparung, aber auch der Nutzung erneuerbarer Energien sowie damit in Zusammenhang stehender Infrastruktur und Speicherung zur Verfügung. Es gingen bislang acht Anträge ein, von denen derzeit bei zwei Anträgen eine Bewilligung sehr wohl möglich erscheint, bei mehr nicht, das muss man so deutlich sagen.

Und bei unseren Gesprächen, die wir auf allen Ebenen führen, was denn die Ursache dafür sein könnte, dass wir so – aus unserer Sicht – geringe Antragszahlen haben, da werden verschiedene Dinge genannt von denen, die potenzielle Antragsteller wären oder sind:

Da ist zum Ersten, wird in der Regel immer genannt, der zurzeit extrem niedrige reguläre Zinssatz der Banken, also praktisch am freien Kapitalmarkt. Das ist ein Ding, das können wir nicht beeinflussen, das ist zurzeit so.

Und als Zweites, das ist eine sehr erstaunliche Sache für viele, für mich weniger, weil ich ja in den Prozess involviert war, wird als Ursache festzustellen sein der Versuch der Strompreisbremse, um mal diesen Slogan, dieses Wort zu benutzen, des Bundesumweltministers. Der hat dazu geführt oder die hat dazu geführt, dass eine extreme Verunsicherung bei laufenden, aber auch geplanten

Projekten um sich gegriffen hat. Das heißt, viele Projekte wurden erst mal auf Eis gelegt, haben sich verzögert oder wurden auch komplett zurückgezogen, so die Meldung dieser potenziellen Antragsteller.

Jetzt kann ich ja nun nicht einfach so Mittel vergeben, sondern muss auch auf den sinnvollen und auf den sparsamen Einsatz der Mittel, die uns zur Verfügung stehen, achten. Und wir machen das so, indem wir auch bei der Projektprüfung dieses Programmes Sicherheiten fordern, logischerweise, und darauf achten, wie ist die Rentabilität des Projektes. Realisierbarkeit, aber auch die technische Umsetzung werden geprüft. Und um die Transparenz von Beginn an zu verbessern, versuchen wir gerade, nicht versuchen wir, sondern erstellen wir gerade ein Merkblatt, das die konkreten Zinssätze zum Beispiel für die Projekte im Detail auch darstellt, weil wir glauben, wenn wir das auf der Internetseite des Energieministeriums, aber auch des Landesförderinstitutes veröffentlichen werden, wird es den potenziellen Antragstellern die Abschätzung des Zinssatzes und damit der Investitionshöhe, die sie selber auch ins Risiko gehen, erleichtern.

Der Zinssatz allerdings, den differenzieren wir, und das müssen wir auch tun, da gibt es ja auch ausreichend Vorgaben von der Europäischen Union. Der Zinssatz richtet sich nach dem Innovationscharakter und der Risikobewertung des jeweiligen konkreten Projektes. Das heißt, es gibt nicht einen Zinssatz und der geht über alle Projekte, sondern je nach Projekt variiert der dann. Und je innovativer und risikoärmer ein Projekt ist, desto geringer ist der Zinssatz. Der bewegt sich im Schnitt zwischen 0,5 und 3,5 Prozent.

Gleichzeitig müssen wir das Wettbewerbsrecht der Europäischen Union anwenden. Und wir haben als eine der ersten Konsequenzen aus dieser Tatsache, dass wir so wenige Anträge vorliegen haben, gesagt, dass wir deutlich mehr Presse- und Marketingarbeit machen für das Programm. So betrachte ich zum Beispiel auch diese Frage hier in der Fragestunde, denn sie wirbt ja letztendlich indirekt dafür, dass man eine solche Möglichkeit hat.

Wir praktizieren eine kontinuierliche Informationsweitergabe aus dem Energieministerium und aus dem Landesförderinstitut. Wir haben zum Beispiel alle Mitglieder des Landesenergierates umfassend darüber informiert, auch gebeten, da die ja sozusagen als Multiplikatoren fungieren, das auch weiterzutragen in ihre Verbände, in ihre Unternehmensbereiche. Darüber hinaus haben wir auf allen Informationsveranstaltungen darauf hingewiesen und wir haben jetzt gerade in Planung eine Veröffentlichung, die über alle Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern und den Städte- und Gemeindetag an deren jeweilige Mitgliedschaft verteilt wird, denn das sind ja eigentlich die potenziellen Investoren, die da infrage kommen. Und auch der EFRE-Begleitausschuss wird über das Merkblatt, das wir entwickelt haben, informiert.

Ich kann nur dafür werben, dass wir gemeinsam draußen noch mehr dafür werben. Und ich beabsichtige auch, im Energieausschuss, wenn da das Interesse besteht, zum Jahresende dann über weitere Maßnahmen zu diskutieren, weil ich denke, aus dem Ausschuss können ja auch Anregungen kommen, woran man vielleicht noch gar nicht gedacht hat.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe eine Nachfrage: Da ich sicherlich richtigerweise

davon ausgehe, dass innovative Projekte auch ein höheres Risiko haben, haben Sie nach dem jetzigen Haushalt auch die Möglichkeit, diese Darlehen in Form von Zuschüssen zu vergeben?

Minister Volker Schlotmann: Grundsätzlich ja.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gut, danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Und hierzu bitte ich die Abgeordnete Frau Jacqueline Bernhardt, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 4 und 5** zu stellen.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Ministerin! Ich habe die Frage:

4. Wie viele ESF-Mittel aus der Förderperiode 2007 bis 2013 stehen für die Übergangsphase bis zum Beschluss eines ab 2014 gültigen operationellen Programmes und dem damit frühestmöglichen Beginn der neuen EU-Förderperiode zur Verfügung?

Ministerin Manuela Schwesig: Guten Morgen, Frau Bernhardt! In der Übergangsphase zwischen beiden Förderperioden stehen nach gegenwärtigem Stand 35 Millionen Euro zur Verfügung.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Dann habe ich noch eine Nachfrage: Für welche Förderzwecke sollen die zur Verfügung stehenden Restmittel im Rahmen der n+2-Regelung insbesondere eingesetzt werden?

Ministerin Manuela Schwesig: Insbesondere für die nahtlose Fortführung der Schulsozialarbeit.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Darf ich da noch nachfragen: Wann werden dann seitens des Landes die Bescheide vergeben für die Schulsozialarbeit?

Ministerin Manuela Schwesig: Diese konkrete Antwort würde ich Ihnen gerne nachreichen. Es ist derzeit so, dass wir mit den Vertretern der Kommunen, also den Sozialdezernenten, gemeinsam beraten, wie wir das takten.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Dann die nächste Frage:

5. Zu welchem Ergebnis hat die Vor-Ort-Prüfung im Landkreis Vorpommern-Rügen durch das Sozialministerium aufgrund der angezeigten Unterfinanzierung in den Jahren 2012 und 2013 im Bereich des KiföG geführt?

Ministerin Manuela Schwesig: Der für den 16. September 2013 vereinbarte Vor-Ort-Besuch ist seitens des Landkreises bedauerlicherweise abgesagt worden. Dieser Termin sollte allerdings auch nicht nur eine klassische Prüfung sein, sondern zur Beratung und Hilfestellung seitens meines Hauses dienen. Ein neuer Termin ist bislang nicht vereinbart worden. Allerdings war die vermeintliche Nichtauskömmlichkeit der Landesmittel Thema im Rahmen der Arbeitsberatung mit den Jugendamtsmit-

arbeitern des Landkreises Vorpommern-Rügen am 14. August 2013 und auch Ende September 2013 war es Thema eines Telefonats mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen. Nach dem Austausch aller Argumente kommen meine Fachleute zu dem Ergebnis, dass eine Erhöhung der Landeszuweisungen für Qualitätsstandards an den Landkreis Vorpommern-Rügen nicht zu erwarten ist.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ich habe noch mal eine Nachfrage: Welche anderen Landkreise und kreisfreien Städte haben Unterfinanzierung im Bereich des KiföG angezeigt?

Ministerin Manuela Schwesig: Die Antwort reiche ich gerne nach.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ist gut. Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich darf jetzt die Abgeordnete Barbara Borchardt, Fraktion DIE LINKE, bitten, die **Fragen 6 und 7** zu stellen.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Ministerin!

6. Wann ist mit der Antwort auf den Brief vom 29.07.2013 des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit des Landkreises Ludwigslust-Parchim zu rechnen, der aufgrund eines fraktionsübergreifenden einstimmigen Beschlusses hinsichtlich der Vereinfachung und Erweiterung der Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Lernförderung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket an die Ministerin Schwesig und an den Minister Brodkorb gerichtet wurde?

Ministerin Manuela Schwesig: Guten Morgen, Frau Borchardt! Ich bin dem Ausschuss sehr dankbar für den Brief, weil er ganz konkrete Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets bezüglich Lernförderung anspricht. Wir haben das Problem, dass das Gesetz selbst im Moment sehr eng gefasst ist und damit auch sehr eng ausgelegt wird. Wir haben dazu intensive Abstimmungen zwischen beiden Häusern. Im Bundesrat haben wir bereits Verbesserungen für den Bildungs- und Teilhabebereich erstritten. Allerdings ist es immer noch unbefriedigend hinsichtlich der Lernförderung.

Und um die Anspruchsvoraussetzungen zur Gewährung der Lernförderung klarer zu fassen, wird derzeit ein Antrag für die Arbeits- und Sozialministerkonferenz vorbereitet, sodass ich gerne abwarten möchte, ob es uns noch mal auf diesem Weg gelingt, zu Verbesserungen zu kommen, um dann dem Ausschuss auch eine befriedigende Antwort zu geben. Es nützt ja auch nichts, wenn ich dem Ausschuss schreibe, mehr ist nicht möglich. Der Bildungsminister und ich sind uns einig, noch mal zu versuchen, natürlich im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, zu einer besseren Auslegung des Gesetzes zu kommen, damit so viele Kinder wie möglich eine Lernförderung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erreichen können, zumal das Geld ja auch da ist.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Darf ich nachfragen? (Zustimmung)

Ich hatte ja gefragt, wann Sie antworten möchten. Wäre es nicht notwendig gewesen, diese Zwischenantwort

dem Sozialausschuss zu geben als Orientierung, zumindest, dass Sie sich darum kümmern?

Ministerin Manuela Schwesig: Mein Haus ist ja mit allen kommunalen Ebenen ständig im Gespräch zu vielen Themen der Umsetzung von Gesetzen, auch zu diesem Thema. Ich habe den Anspruch, dass ich dem Ausschuss wirklich eine Antwort geben kann, damit es in der Praxis tatsächlich zu Verbesserungen kommt. Und an diesen Antworten arbeiten der Bildungsminister und ich zusammen.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Danke.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Blöde Frage.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte nun die Abgeordnete Dr. Mignon Schwenke, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 8 und 9** zu stellen.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Frau Ministerin, guten Morgen!

 Wann ist mit der Vorlage des Gutachtens – bezogen auf, das geht aus dem Vortext hervor, Wendelstein 7-X – zu rechnen?

Ministerin Manuela Schwesig: Bei der Auftragsvergabe wurde kein genauer Abgabetermin fixiert. Deshalb kann auch nicht von einer Verzögerung gesprochen werden, wie Sie das dann in Frage 9 ja angedeutet haben. Es gilt gerade hier der Grundsatz, Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.

Dieses Gutachten soll Klarheit schaffen und uns abgesicherte Erkenntnisse bringen. Und der Gutachter hat selbst großen Wert darauf gelegt, ausreichend Zeit für eine umfassende Begutachtung zur Verfügung zu haben, die wir ihm natürlich selbstverständlich gewähren. Das Gutachten wird nach Vorliegen aller Ergebnisse endgültig fertiggestellt und wird dann für alle zugänglich sein. Wir rechnen mit einer möglichen Veröffentlichung im November

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Danke schön. Damit hat sich meine zweite Frage erledigt.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich darf nun die Abgeordnete Frau Karen Stramm, Fraktion DIE LINKE, bitten, die **Fragen 10 und 11** zu stellen.

Karen Stramm, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Ministerin! Frau Präsidentin, meine Frage:

10. Ist die Stelle des Geschäftsstellenleiters für den Integrationsförderrat ausgeschrieben?

Ministerin Manuela Schwesig: Guten Morgen, Frau Stramm! Ich beantworte gerne, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, auch noch gleich die zweite Frage, die Sie stellen würden, wann mit einer Wiederbesetzung zu rachnen ich

Die Funktion des Leiters der Geschäftsstelle wird in Personalunion vom Leiter des Referats 440 wahrgenommen. In diesem Referat gibt es mehrere Aufgaben: Belange von Menschen mit Behinderungen, Soziales, Entschädigungsrecht und den Integrationsförderrat. Der jetzige Dienstposteninhaber wechselt mit Wirkung vom

16.12.2013 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Der Dienstposten der Referatsleitung wird in Kürze intern ausgeschrieben.

Ob die Leitung der Geschäftsstelle weiter in Personalunion von der zukünftigen Referatsleitung wahrgenommen wird, ist noch zu entscheiden. Das Aufgabengebiet wird auf jeden Fall bis zu einer Nachbesetzung im Rahmen der üblichen Vertretungsregelung personell wahrgenommen.

Karen Stramm, DIE LINKE: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich darf nun die Abgeordnete Silke Gajek, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitten, die **Frage 12** zu stellen.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Schwesig! Hier meine Frage:

12. Ist der in der Antwort auf meine Kleine Anfrage auf Drucksache 6/2114 "Stand der Befragung zur Pflegekammer" durch die Landesregierung angekündigte Vertragsabschluss mit einem wissenschaftlichen Institut hinsichtlich der Befragung zur Situation der Pflegeberufe in Mecklenburg-Vorpommern wie prognostiziert bis Ende letzten Monats zustande gekommen und, wenn ja, mit wem?

Ministerin Manuela Schwesig: Nach Abschluss des Vergabeverfahrens hat das Zentrum für Sozialforschung Halle an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg den Zuschlag erhalten. Der Werkvertrag wurde am 8. Oktober unterzeichnet.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt die Abgeordnete Frau Jutta Gerkan, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die **Frage 13** zu stellen.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin!

13. Wird die Landesregierung die "Epidemiologische Studie zur Abklärung möglicher ursächlicher Zusammenhänge zwischen dem Auftreten von Tumorerkrankungen und dem Betrieb der Deponie Ihlenberg", die bislang durch die Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Altlasten Mecklenburg-Vorpommern mbH beauftragt und durch das Institut für Community Medicine der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald durchgeführt wurde, fortsetzen und, wenn nicht, warum nicht?

Ministerin Manuela Schwesig: Guten Morgen, Frau Gerkan! Über eine weitere Auflage der epidemiologischen Studie, wie sie zuletzt 2009 für die Belegschaft der IAG durchgeführt wurde, wird nach Auswertung der Ergebnisse der laufenden Untersuchungen und des Biomonitorings zu entscheiden sein. Die Vertreter der Landesregierung beabsichtigen, diese Frage auf der nächsten Sitzung des Deponiebeirates am 30. Oktober anzusprechen.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Johann-Georg Jaeger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 14** zu stellen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Meine Frage wurde bereits beantwortet.)

Dann bitte ich jetzt den Abgeordneten Herrn Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Frage 15** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Ministerin!

15. In welchem Ausmaß besteht nach Kenntnis der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern das Problem, dass Erwerbslose ohne eigenes Konto bei Banken und Sparkassen Gebühren für die Einlösung von Verrechnungsschecks bezahlen müssen, die sie von ihren Leistungsträgern erhalten?

Ministerin Manuela Schwesig: Guten Morgen, Herr Abgeordneter! Der Landesregierung liegen zu diesem Bereich keine Informationen vor, da es sich um die Ausgestaltung zivilrechtlicher Vertragsverhältnisse zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden handelt.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Nachfrage, bitte: Werden Fälle von verweigerten Konten trotz Selbstverpflichtung der Banken in irgendeiner Weise erfasst von der Landesregierung?

Ministerin Manuela Schwesig: Nein.

Michael Andrejewski, NPD: Gut.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Sport. Und auch dazu bitte ich den Abgeordneten Herrn Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Frage 16** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Minister!

16. In wie vielen F\u00e4llen konnten in Mecklenburg-Vorpommern Asylbewerber aus Tschetschenien, die \u00fcber Polen eingereist waren, nicht dorthin zur\u00fcckgeschickt werden, weil Familienmitglieder krank oder nicht auffindbar waren und die Beh\u00fcrden Familien nicht auseinanderrei\u00dcen wollten?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Oh Gott!)

Minister Lorenz Caffier: Schönen guten Morgen, Herr Abgeordneter! Im Zeitraum vom 01.01.2013 bis zum 30.09.2013 konnten 53 Asylbewerber aus der Russischen Föderation bisher nicht nach Polen überstellt werden, weil die Betroffenen nicht auffindbar oder eben erkrankt waren. Bei wie vielen dieser russischen Staatsangehörigen es sich tatsächlich um Tschetschenen gehandelt hat, ist nicht bekannt, da die ethnische Volkszugehörigkeit in dem Fall nicht erfasst wird.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Nachfrage, bitte: Wie lange dauert es im Durchschnitt, bis ein Asylbewerber aus der Russischen Föderation, der über Polen einge-

reist ist, wieder nach Polen zurücküberstellt werden kann nach all den Verhandlungen mit der Republik Polen?

Minister Lorenz Caffier: Die Zeiträume sind sehr unterschiedlich, aber bisher haben wir noch keine verbindliche Zusage aus Polen, dass die Fristen entsprechend den Vereinbarungen laufen.

Michael Andrejewski, NPD: Noch eine Nachfrage, bitte: Diese Fristen entsprechend der Vereinbarung, wie gestalten die sich, wie sind die genau?

Minister Lorenz Caffier: Na in der Regel so, wie behördliche Bearbeitungstermine sind, in der Regel bis zu drei Monaten etwa.

Michael Andrejewski, NPD: Ach so. Vielen Dank.

Minister Lorenz Caffier: Aber die Realität ist derzeit etwas anders.

Michael Andrejewski, NPD: Aha, okay. Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte nun den Abgeordneten Herrn Petereit, Fraktion der NPD, die **Fragen 17 und 18** zu stellen.

David Petereit, NPD: Herr Caffier!

17. Wie war der Ablauf der Geschehnisse bei der Razzia am 24. September 2013 in der linksextremistischen Szene Mecklenburg-Vorpommerns?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter, am 24. September durchsuchten Kräfte der Kriminalpolizeiinspektion Rostock in der Zeit von 5.30 Uhr bis 14.00 Uhr gleichzeitig insgesamt acht Objekte in den Städten Rostock, Greifswald und Berlin und dem Landkreis Rostock. Für diese Objekte lagen Durchsuchungsbeschlüsse des Amtsgerichtes Rostock vor. Insofern handelt es sich um eine Durchsuchungsmaßnahme entsprechend des Durchsuchungsbeschlusses und nicht um eine Razzia im Sinne polizeitaktischer Maßnahmen.

David Petereit, NPD: Das war es.

Sind Ihnen – also eine Nachfrage –, sind Ihnen die Vorwürfe der linksextremen Roten Hilfe zu dieser Durchsuchung bekannt und, wenn ja, was ist denn da dran?

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Abgeordneter, auch in Anbetracht der zweiten Frage, die Sie nachher gleich stellen, mache ich Sie gerne darauf aufmerksam oder bitte ich Sie um Verständnis, wie Sie wissen, gibt es hier derzeit Ermittlungen, und deshalb kann ich aus ermittlungstaktischen Gründen auch keine weiteren Ausführungen zu dieser Frage und auch zur Frage der sogenannten Trefförtlichkeiten machen.

David Petereit, NPD: Eine weitere Nachfrage: Sie sind also der Ansicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frage oder Feststellung?)

dass bereits vorgenommenes polizeiliches Handeln

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch keine Frage, oder was?!)

noch zu den Ermittlungen gehört?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Können Sie nicht mal eine Frage formulieren? Mein Gott!)

Minister Lorenz Caffier: Also zunächst einmal haben wir als Polizei den Auftrag, das umzusetzen, was im Rahmen von staatsanwaltschaftlichen Anordnungen angeordnet worden ist. Das haben wir in dem Fall gemacht, indem wir den Durchsuchungsbeschluss umgesetzt haben. Alles Weitere ist jetzt eine Frage der Staatsanwaltschaft und nicht eine Frage der Polizei, auch nicht die Frage der Meinung des Ministers.

David Petereit, NPD: Na ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es gibt eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Pastörs zu diesem Sachverhalt.

Udo Pastörs, NPD: Guten Morgen, Herr Minister! Zusatzfrage: Können Sie uns sagen, ob und, wenn ja, wie viele Objekte der Linksextremisten durch öffentliche Fördergelder als Kulturzentren oder anders formulierter

(Heinz Müller, SPD: Auweia!)

Notwendigkeit hier auch durchsucht worden sind?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Abgeordneter Pastörs, derzeit kann ich Ihnen nur mitteilen, dass acht Objekte im Rahmen dieser Durchsuchungsmaßnahmen in den genannten Orten durchsucht worden sind. Welche davon möglicherweise Förderungen für Projekte, welcher Maßnahmen auch immer, erhalten, entzieht sich meiner Kenntnis, da die Förderkriterien unterschiedlich im Ministerium angelegt sind.

Udo Pastörs, NPD: Wären Sie so freundlich, das schriftlich nachzureichen, wenn Sie das geprüft haben?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nö, das spielt keine Rolle.)

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter, ich könnte Ihnen nur nachreichen, was das Ressort des Innenministers betrifft. Dementsprechend ist die Erfolgsaussicht, dass wir Förderung in dem Sinne machen, relativ gering, weil wir für diese Form der Förderung nicht zuständig sind. Ich will es aber gerne prüfen.

Udo Pastörs, NPD: Ich bedanke mich bei Ihnen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Bau und Tourismus. Und hierzu bitte ich die Abgeordnete Frau Dr. Ursula Karlowski, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Fragen 19 und 20** zu stellen.

(Die Abgeordnete Dr. Ursula Karlowski spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Einen Moment! Einen Moment! Jetzt.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

19. Sind Fördermittel an die LGE Mecklenburg-Vorpommern GmbH zur Sanierung der Altablagerung beziehungsweise Deponie Rostock Groß Klein gezahlt worden und an welche Bedingungen wurden diese geknüpft?

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Kollegin, es sind im klassischen Sinne keine Fördermittel an die LGE gezahlt worden, allerdings muss festgestellt werden, dass die LGE Eigentümer der Deponie seit dem 18.04.2002 ist. Die LGE verpflichtete sich in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Rostock und dem Umweltministerium, die restlichen Sanierungsmaßnahmen gegen Zahlung einer Pauschale von 750.000 Euro durchzuführen.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eine Nachfrage: Betrachten Sie diese Sanierungen als derzeit abgeschlossen?

Minister Harry Glawe: Die Sanierungen sind weitestgehend abgeschlossen. Allerdings ist ja noch die Frage zum Beispiel einer Böschung oder anderer Dinge wie der Abdeckung offen. Das alles wird im Rahmen der Begleitung durch die jeweiligen staatlichen Stellen geprüft und dann auch beauflagt.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Die zweite Frage?

Minister Harry Glawe: Gerne.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

20. Welche GA-Fördermittel sind vom Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus für das Maritime Gewerbegebiet Rostock Groß Klein in Aussicht gestellt worden, für die ein Kauf der Altablagerung beziehungsweise Deponie Groß Klein erforderlich wäre?

Minister Harry Glawe: Die Hansestadt Rostock ist für die Entwicklung des maritimen Gewerbestandortes Groß Klein mit einer Förderung von circa 15 Millionen Euro bedacht worden. Darin ist nicht der Kauf von Grundstücken enthalten.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eine Nachfrage: Ist denn das in Aussicht gestellt worden?

Minister Harry Glawe: Was?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sind weitere Fördermittel in Aussicht gestellt worden, die an den Besitz der Deponie gekoppelt sind, an den Besitz in der Hand von Rostock?

Minister Harry Glawe: Sie meinen, dass Grundstücke durch das Land gefördert werden? Das stellen wir grundsätzlich nicht in Aussicht.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gut, danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD, die **Fragen 21 und 22** zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Guten Morgen, Herr Glawe! Herr Glawe, erste Frage:

21. Wie beurteilt die Landesregierung die Planungen zum sogenannten Seepark Waren?

Minister Harry Glawe: Für den Bereich des Seeparkes Waren verfügt die Stadt Waren/Müritz über einen wirksamen Flächennutzungsplan mit der entsprechenden Ausweisung Sondergebiet Fremdenverkehr und über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan, der Ende letzten Jahres Rechtskraft erlangt hat.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Sind – und wenn, in welcher Höhe – Fördergelder des Landes für dieses Projekt geflossen oder beantragt?

Minister Harry Glawe: Es liegen keine Fördermittelanträge vor.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Haben Sie Kenntnis davon, dass die Behauptungen des Projektleiters Herrn Harm richtig sind, dass schon viele Wohnungen verkauft seien, acht an der Zahl, und auch die ganz teuren sogenannten Penthouse-Wohnungen im Preis von 450.000 Euro pro Wohnung auch schon rechtsverbindlich verkauft sind?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist er denn der Geschäftsführer?)

Minister Harry Glawe: Ich kann Ihnen dazu nichts sagen, ich habe dazu keine Information.

Udo Pastörs. NPD: Keine Information. Danke schön.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er ist doch nicht der Geschäftsführer.)

Zweite Frage:

22. Sind der Landesregierung bei den Planungen oder Investitionen Querverbindungen zum Projekt Port Olpenitz bei Kappeln bekannt?

Minister Harry Glawe: Der Landesregierung sind keine näheren Informationen zu den Querverbindungen der Planer oder Investoren zum Projekt Port Oppenitz bekannt.

Udo Pastörs, NPD: Olpenitz heißt das.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Olpenitz, genau, ja.)

Minister Harry Glawe: Olpenitz, ja, ja. Okay.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und nun?)

Udo Pastörs, NPD: Kennen Sie denn das Insolvenzverfahren dieser Firma dort? Beobachten Sie das?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er hat doch eben gesagt, dass keine Verbindung besteht. Was soll er denn jetzt noch sagen?) **Minister Harry Glawe:** Ich kann Ihnen nur sagen, dass uns dazu nichts Näheres vorliegt.

Udo Pastörs, NPD: Sie wissen von nichts? Ich bedanke mich bei Ihnen.

Minister Harry Glawe: Das habe ich nicht gesagt. Also das ist Ihre Interpretation.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich finde das dreist, was hier passiert, Frau Präsidentin.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, ich mache Sie auf die Geschäftsordnung aufmerksam,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich finde das dreist.)

wonach Sie kein Recht dazu haben, die Antworten der Landesregierung hier in irgendeiner Form zu kommentieren, also beachten Sie bitte die Geschäftsordnung!

Vielen Dank ...

Minister Harry Glawe: Das wars, Herr Pastörs?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

(Heinz Müller, SPD: Mehr hat er nicht zu sagen, der Herr Pastörs.)

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Und dazu bitte ich den Abgeordneten Professor Dr. Tack, Fraktion DIE LINKE, die Fragen 23 und 24 zu stellen.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister!

23. Will die Landesregierung Ihre bisher ablehnende Haltung zur Nutzung der Länderzuständigkeit im Bodenrecht in Bezug auf den Vorrang aktiver Landwirte vor Investoren angesichts der Aktivitäten der Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg, in denen die Überarbeitung des Bodenrechts auf der Tagesordnung steht, überdenken und, wenn ja, welche Schritte sind geplant?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Tack! Die Landesregierung – und das wissen Sie ja eigentlich auch – setzt eine sehr stringente Auslegung des Grundstückverkehrsgesetzes durch in Mecklenburg-Vorpommern, um damit zu verhindern, dass Nichtlandwirte beziehungsweise Kapitalanleger in Mecklenburg-Vorpommern die Agrarstruktur versuchen zu verändern. An der Haltung der Landesregierung hinsichtlich der Gesetzesinitiative zum Grundstückverkehrsgesetz hat sich insofern nichts geändert. Hierzu verweise ich auch noch mal auf meine Berichte an den Landtag in der 25. Sitzung oder auch auf die Fragestunde vom 30. Mai 2013.

Ich halte – und das will ich auch damit unterstreichen –, ich halte es nach wie vor nicht für richtig, einen Allein-

gang eines einzelnen Bundeslandes vorzunehmen, sondern wir brauchen ein geschlossenes Vorgehen des Bundes und der Länder. Daran arbeiten wir und es wird auch weitere Gespräche geben. Nur ein einheitliches Vorgehen aller Bundesländer unter koordinierender Mitwirkung und Beratung der Bundesregierung wäre aus meiner Überzeugung heraus zielführend. Allerdings beurteilen die Länder den Gesetzgebungsbedarf leider nicht einheitlich.

Zudem ist es in der Vergangenheit weniger dem Grundstückverkehrsgesetz, sondern hauptsächlich der Privatisierungspraxis der BVVG anzulasten, die auf Weisung des Bundes agiert, und letzten Endes werden, wenn man über die Agrarstruktur redet, und das wissen wir beide ganz genau, nämlich die Agrarstrukturen in unserem Land gefährdet durch diese Vergabepraxis. Ihr Anteil am landwirtschaftlichen Grund und Boden betrug bis zu 75 Prozent, das heißt, hier haben wir die eigentliche Ursache und nicht beim Grundstückverkehrsgesetz als solchem

Der Verkauf zum Höchstgebot hat die Landwirte wiederholt veranlasst, Bewirtschaftungssicherheit und Liquidität durch Verkauf ihrer Flächen, die sie zunächst gekauft hatten, auch von der BVVG, aber nur gegen langfristige Rückpacht an Kapitalanleger abzusichern. Ich halte diesen Weg auch im Sinne der Landwirtschaft für nicht richtig, das habe ich immer wieder gesagt. In dem damit verbundenen Gefährdungspotenzial für die agrarstrukturelle Entwicklung liegt ein wesentlicher Grund für das Interesse am Erwerb der restlichen BVVG-Flächen durch das Land Mecklenburg-Vorpommern.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Eine Nachfrage: Herr Minister, sehen Sie Möglichkeiten, zu einer einheitlichen Regelung in absehbarer Zeit zu kommen?

Minister Dr. Till Backhaus: Also wenn man sich das genau anschaut, dann wissen wir, dass es in Sachsen-Anhalt, in Brandenburg und in Baden-Württemberg, aber auch bei uns diese Prüfverfahren gibt. Ich stehe mit den anderen Bundesländern in Kontakt und wir werden sehr genau prüfen, ob und inwieweit gegebenenfalls auch im Rahmen der zu erwartenden Verhandlungen auf Bundesebene oder über den Bundesrat wir hier einen Schritt vorankommen. Ich persönlich glaube, dass das Grundstückverkehrsgesetz und das Landpachtgesetz der Bundesrepublik Deutschland auf den Prüfstand gehören und gegebenenfalls auch angepasst werden müssen, aber dann wirklich nur bundeseinheitlich. Alles andere bringt uns keinen Millimeter weiter.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Zweite Frage dazu: Zeitliche Horizonte, können Sie dazu etwas sagen?

Minister Dr. Till Backhaus: Also wenn man es so will, müssen wir jetzt die Regierungsbildung in Berlin ein Stückchen abwarten, und ich kann mir vorstellen, dass wir diesen Prüfprozess im nächsten Jahr abschließen und dann gegebenenfalls eine eigene Bundesratsinitiative oder gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Bundesratsinitiative einleiten.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ja, es gab keine Nachfragen, dann kann es auch keine weiteren Zusatzfragen geben.

(Udo Pastörs, NPD: Wieso? Es war eine Zusatzfrage da und ich möchte gern zu dem Thema, wie die Geschäftsordnung das vorsieht, auch eine Fragestellung formulieren, wenn das möglich ist.)

Dann stellen Sie bitte Ihre Frage!

Udo Pastörs, NPD: Danke für die Gnade.

Herr Minister ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt nicht mehr.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: So, Herr Pastörs, damit erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das wars dann, Herr Pastörs, mit der Gnade.)

Ich habe Sie auf die Geschäftsordnung hingewiesen, mehrfach, ich habe Sie mehrfach auch darauf aufmerksam gemacht, dass wir in dieser Art und Weise hier nicht miteinander kommunizieren. Ich lasse die Frage nicht mehr zu. Bitte nehmen Sie Platz!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau. Hände aus der Tasche! Das ist völlig unhöflich hier.)

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Die Frage 24, Herr Minister.

24. Welchen Stand haben die Verhandlungen mit der BVVG über den Erwerb der noch verbleibenden ehemals volkseigenen landwirtschaftlichen Flächen durch das Land Mecklenburg-Vorpommern erreicht?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Tack! Ich hoffe auf Ihr Verständnis und bitte Sie auch um Verständnis, wenn ich Ihnen angesichts der eben angedeuteten Bedeutung des Erwerbes der BVVG-Flächen in unserem Land nur darüber berichte, dass auf der Arbeitsebene die Verhandlungen laufen. Darüber freue ich mich, aber die Verhandlungspartner haben sich Vertraulichkeit erbeten. Auch da bitte ich um Verständnis. Ich respektiere das, um damit die bestehende Option auf einen erfolgreichen Abschluss nicht zu verlieren. Nur so viel: Ich strebe eine Übernahme an, aber nicht um jeden Preis.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte stellen Sie Ihre Frage, Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Herr Minister, bei dem Erwerb der Flächen der BVVG sprachen Sie davon, dass also die Landwirte erworben haben, wieder verkaufen, langfristig pachten. Was ist Ihrer Einschätzung nach die Motivation?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Pastörs, ich mache Sie nochmals auf die Geschäftsordnung aufmerksam. Sie haben bei der Fragestunde keine Möglichkeit, hier Statements abzugeben, Aussagen zu formulieren,

Sie können lediglich eine Zusatzfrage stellen, die sich auf die Beantwortung der Frage durch den Minister bezieht. Und wenn Sie das nicht beachten, Herr Pastörs, dann haben Sie auch keine Möglichkeit, von der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen, wenn Sie sie nicht richtig lesen können. Also bitte beschäftigen Sie sich noch mal damit!

Die Fragestunde ist damit beendet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**: Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Maßnahmeplan der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen "Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft", auf Drucksache 6/2213.

Unterrichtung durch die Landesregierung
Maßnahmeplan der Landesregierung
Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung des
Übereinkommens der Vereinten Nationen über
die Rechte von Menschen mit Behinderungen
"Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg
zu einer inklusiven Gesellschaft"
– Drucksache 6/2213 –

Ich bitte um einen Moment Geduld, da wir bei diesem Tagesordnungspunkt heute damit beginnen, Barrieren abzubauen, und hier Gebärdendolmetscher für den Tagesordnungspunkt einbeziehen.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ebenso hat der Ältestenrat vereinbart, bei diesem Tagesordnungspunkt, wie schon angesprochen, Gebärdendolmetscher einzusetzen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Manuela Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Guten Morgen, sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Morgen, meine Damen und Herren Abgeordnete! Damit Inklusion Wirklichkeit wird, muss sich die Gesellschaft verändern und nicht die Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen. Und ich bin ganz ehrlich, Inklusion immer an jedem Punkt automatisch mitzudenken, gelingt noch nicht ganz.

Nehmen wir die Debatte heute: Der zuständige Referent im Sozialministerium hat vorgeschlagen, dass wir einen Dolmetscher einsetzen. Klar, wichtiger Vorschlag, wir wünschen uns alle, dass das selbstverständlich wird. Und vielen Dank an die Landtagsverwaltung, dass sie das heute ermöglicht hat, und vielen Dank an die beiden Frauen, die uns hier heute unterstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor einigen Wochen, um ein zweites Beispiel zu nennen, war ich mit der "Aktion Mensch" unterwegs und wir haben Wahllokale auf Barrierefreiheit getestet. Dass Rollstuhlfahrer eine Rampe brauchen, daran denken wir inzwischen alle. Aber sind Unterlagen für sehbehinderte und blinde Menschen vorhanden oder werden die Informationen in leichter Sprache angeboten?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit wir uns diese Fragen stellen und Barrieren wahrnehmen und sie dann gemeinsam abbauen, dafür trat am 26. März 2009 in Deutschland das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft. Ziel des Übereinkommens ist es, Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt Menschenrechte und Grundfreiheiten einzuräumen. Die UN-Behindertenrechtskonvention will ändern, dass Menschen mit Behinderungen über Einschränkungen wahrgenommen und definiert werden, denn Inklusion ist ein Miteinander ohne Ausgrenzungen.

Um die abstrakte UN-Behindertenrechtskonvention mit Leben zu füllen und in die Lebenswirklichkeit der Menschen vorzudringen, brauchen wir eine klare, umsetzbare Strategie. Und deshalb hat die Landesregierung den vorliegenden Maßnahmeplan erarbeitet. Ich freue mich und bin den Regierungsfraktionen dankbar, dass wir ihn heute hier im Landtag beraten.

Der Maßnahmeplan ist das Ergebnis eines langen, intensiven Prozesses mit allen Beteiligten. Die Landesregierung hat bereits 2010 mit der Erarbeitung begonnen. Das bedeutet aber nicht, dass von damals bis heute nichts passiert ist. 2011 haben SPD und CDU in Mecklenburg-Vorpommern im Koalitionsvertrag festgehalten, dass sie die Umsetzung der Konvention unterstützen. Und damit begann auch die Detailarbeit, die Anpassung von Verordnungen und Richtlinien in Mecklenburg-Vorpommern.

Für die Landesregierung war es stets oberstes Gebot, die Umsetzung mit den Betroffenen gemeinsam zu erarbeiten. Der Integrationsförderrat und für die betroffenen Menschen selbst die sie vertretenden Vereine und Verbände sowie staatliche und nicht staatliche Organisationen haben daran mitgearbeitet. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich für dieses großartige Engagement bedanken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe bereits in der vergangenen Landtagssitzung bei der Vorstellung des Berichts des Integrationsförderrates detailliert berichtet, wie der Prozess zu diesem Maßnahmeplan zustande kam, was wir alles an gemeinsamen Veranstaltungen und Beratungen gemacht haben, sodass ich jetzt darauf verzichten möchte. Klar ist, dass die Umsetzung eine Querschnittsaufgabe ist. Deshalb haben sich auch alle Ressorts der Landesregierung beteiligt.

Kommen wir zu den Inhalten. Der Maßnahmeplan fasst die Ziele und Maßnahmen der Landesregierung in einer Gesamtstrategie für die nächsten Jahre zusammen. Dabei liegen insbesondere folgende Prinzipien zugrunde, die in allen Bereichen Berücksichtigung finden müssen:

- 1. Bewusstseinsbildung für eine inklusive Gesellschaft
- die Förderung der aktiven gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
- 3. die Partizipation von Menschen mit Behinderungen und
- 4. der Abbau von Barrieren in allen Lebensbereichen

Wir haben neun Handlungsfelder, die von den Ressorts als vorrangig eingestuft wurden:

- 1. die Bewusstseinsbildung
- 2. die Barrierefreiheit
- 3. Verkehr
- 4. Wohnen
- 5. Selbstbestimmung
- 6. Schutz der Persönlichkeit
- 7. Bildung
- 8. Gesundheit und
- 9. Arbeit und Beschäftigung

Jede einzelne aufgeführte Maßnahme wird vom verantwortlichen Ressort unter Beteiligung der Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen durchgeführt.

Lassen Sie mich dafür Beispiele nennen. Während wir hier im Landtag über den Maßnahmeplan beraten, wird in 2,4 Kilometer Luftlinie aktiv an seiner Umsetzung gearbeitet. Der Integrationsförderrat berät mit der Kassenärztlichen Vereinigung das Thema "Barrierefreie Arztpraxen". Der Maßnahmeplan enthält insgesamt 50 einzelne Vorhaben zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen am gesellschaftlichen Leben.

Ich will einige weitere Beispiele nennen.

Stichwort "inklusive Bildung": Wir schaffen bis zu 45 zusätzliche Stellen für sonderpädagogisches Personal, insbesondere an Grundschulen. Insgesamt sind es in M-V dann 110 Stellen. Wir erarbeiten Aus- und Fortbildungskonzepte für Lehrer aller Schularten, um ihre sonderpädagogische Diagnostik- und Beratungskompetenz zu stärken. Wir bilden bis zu 2.000 Lehrkräfte im Themenfeld Inklusion mit den Mitteln des Europäischen Sozialfonds weiter. Auch an der Uni Greifswald wird ein Lehrstuhl für Sonderpädagogik im Rahmen der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer eingerichtet.

Stichwort "Arbeitsmarkt": In Mecklenburg-Vorpommern existieren bereits 22 geförderte Integrationsprojekte, die dem allgemeinen Arbeitsmarkt zuzurechnen sind und in denen mindestens 25 Prozent der Beschäftigten schwerbehindert sind, zum Beispiel in CAP-Märkten, Wäschereibetrieben, Betrieben der Gebäudereinigung, Hotel- und Gaststättenbereich, Dienstleistungsbereichen, Garten- und Landschaftsbau. Der Verein "Ohne Barrieren" ist der größte Arbeitgeber für Menschen mit schweren Behinderungen in unserem Land.

Und an dieser Stelle möchte ich noch einmal das Engagement unseres ehemaligen Landtagsabgeordneten und Verstorbenen Ralf Grabow würdigen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jüngstes Beispiel ist die Eröffnung des HotelSportforum in Rostock Anfang August. Etwa die Hälfte der Mitarbei-

ter dort sind Menschen mit Behinderungen. Auch die Landesregierung geht mit gutem Beispiel voran. In meinem Haus haben wir eine Quote von zwölf Prozent.

Stichwort "Zugänglichkeit": Mir ist wichtig, dass die Menschen, für die wir Politik machen, diese auch verstehen können. Deshalb ist der Text des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes und der Rechtsverordnung in Gebärdensprachvideos für Menschen mit Hörbehinderung verfügbar. Das gilt auch für das Persönliche Budget für Menschen mit Behinderungen und das Persönliche Budget für blinde und sehbehinderte Menschen. Um das Persönliche Budget für blinde und sehbehinderte Menschen noch weiter bekannt zu machen, sind die Informationen als Hörbuch erhältlich.

An dieser Stelle möchte ich sagen, dass es sich auch für alle anderen lohnt, dieses Hörbuch zu hören. Ich selbst habe es getan. Man versteht dann die Idee des Persönlichen Budgets besser.

Geplant ist auch, für das Landesblindengeld ab 2014 ein Hörbuch aufzulegen.

Stichwort "Bauen": Auch bei baulichen Maßnahmen geht es voran, zum Beispiel die Beachtung der Barrierefreiheit beim Umbau des Amtsgerichts Güstrow, beim Umbau des Hauptgebäudes der Uni Rostock. Im Krankenhausbereich vergeben wir Fördermittel des Landes nur, wenn Barrierefreiheit gesichert ist, zum Beispiel bei der Warnow-Klinik in Bützow und beim MediClin Krankenhaus in Crivitz. In Bützow hat sich mein Staatssekretär gerade persönlich davon überzeugen können.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, der Austausch und die Zusammenarbeit zu inklusiven Themen fanden schon statt, als die UN-Behindertenrechtskonvention noch gar kein geltendes Recht war. Gerade deshalb möchte ich auf die Kritik eingehen, die von einigen Seiten am Maßnahmeplan und bereits an seinem Entwurf geübt wurde.

Sie finden bei vielen Maßnahmen unter dem Punkt "zeitlicher Rahmen" die Angabe "fortlaufend". Das ist doch aber ganz klar. Die Idee der Inklusion kann doch nur ein fortlaufender Prozess sein. Dieser hat in der Vergangenheit begonnen und wird uns weiter beschäftigen. Einfach nur die Idee der Inklusion mit Einzelmaßnahmen abzuhaken, wäre nicht angemessen. Man kann Inklusion nicht mit Einzelaktionen umsetzen, sondern es wird ein fortlaufender Prozess, an dem wir uns alle beteiligen müssen.

Und es handelt sich bei den festgelegten Vorhaben auch nicht um wolkige Programmsätze, wie der Bürgerbeauftragte Teile des Maßnahmeplans nannte. Es sind konkrete, definierte, abrechenbare Maßnahmen und der Bürgerbeauftragte hat ja selbst die Möglichkeit, im Integrationsförderrat, dem er seit vergangenem Jahr als Mitglied angehört, an der Umsetzung des vorliegenden Plans mitzuarbeiten, was er auch tut.

Ebenso unberechtigt finde ich die Kritik, dass im Maßnahmeplan keine konkreten Angaben über die einzusetzenden Finanzmittel enthalten sind, also angeblich finanziell nicht untersetzt sind. Jedes Ressort wird in seinem Verantwortungsbereich den möglichen Finanzbedarf für die Umsetzung der Maßnahmen seriös ermitteln und im Rahmen der eigenen Budgetverantwortung planen und verwalten. Und ich finde, es wäre nicht angemessen,

wenn wir einfach immer nur die Inklusion über Geld definieren würden. Meine Erfahrung ist, dass es natürlich neben wie immer umkämpften Finanzressourcen vor allem notwendig ist, die Barrieren in den Köpfen abzubauen, und zwar nicht bei den Menschen mit Behinderungen, sondern oft bei denen ohne Einschränkungen.

Und selbst, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Maßnahmeplan ist die Arbeitsgrundlage für unseren inklusionspolitischen Auftrag. Mein Ministerium wird der Öffentlichkeit diesen Maßnahmeplan als Broschüre zur Verfügung stellen und selbstverständlich werden wir ihn auch in leichte Sprache übersetzen lassen. Wir hier im Landtag und alle Beteiligten und Interessierten werden die Möglichkeit haben, die Wirksamkeit der Maßnahmen selbst zu beurteilen.

Die Landesregierung hat mit dem Maßnahmeplan den Beschluss gefasst, ihn im Jahr 2017 zu evaluieren und in der nächsten Legislaturperiode fortzuschreiben. Wir werden den Integrationsförderrat und die Vereine und Verbände der Menschen mit Behinderungen beteiligen. Alle Ressorts der Landesregierung sind verpflichtet, die Fortschritte bei der Umsetzung der festgeschriebenen Maßnahmen zu ermitteln und dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales zu berichten.

Der Maßnahmeplan ist Verpflichtung und Chance zugleich. Seine Umsetzung ist eine Herausforderung, die nur gemeinsam mit allen Beteiligten gemeistert werden kann. Ich freue mich auf die Mitwirkung der Betroffenen, ihrer Angehörigen und der Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen sowie aller gesellschaftlicher Gruppen, Organisationen und Institutionen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die UNBehindertenrechtskonvention in Mecklenburg-Vorpommern mit Leben erfüllt wird! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Karen Stramm für die Fraktion DIE LINKE.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Meine Fraktion fordert seit Jahren, dass der Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Konvention von der Landesregierung vorgelegt wird. Das können Sie in der Parlamentsdatenbank nachlesen. Nun ist der Maßnahmeplan endlich da und er erfüllt nicht die Erwartungen. Dabei hat die Landesregierung sich viel Zeit genommen. Bekanntlich räumte die Bundesregierung nach ihrer Unterzeichnung der UN-Konvention im Jahr 2009 den Landesregierungen zwei Jahre ein, um die Situation von behinderten Menschen in den Bundesländern zu erfassen und der Bundesregierung darüber zu berichten

Diesen Termin hat die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Verpennt.)

nicht gehalten. Sie berichtete der Bundesregierung erst im Jahr 2012. Dann brauchte sie noch ein Jahr, bis endlich der Maßnahmeplan vorgelegt wurde. Allein diese Terminerfüllung ist für die Landesregierung kein Ruhmesblatt. Sie sagt doch etwas über die Prioritätensetzung aus.

Auch bei den Plänen zur Umsetzung der UN-Konvention waren die meisten anderen Bundesländer schneller und sie sind heute bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen schon viel weiter. In Mecklenburg-Vorpommern geht alles nicht nur etwas langsamer, die Landesregierung weiß auch wenig. Das wurde spätestens mit dem Bericht über die Lage von Menschen mit Behinderungen deutlich, in dem die Landesregierung uns über weite Teile Bundesdaten präsentierte. Für die hiesigen Verhältnisse hat die Landesregierung einfach keine validen Daten. Vielleicht löst erst die Opposition Recherchen aus. Ich erinnere nur an die nicht vorhandene Barrierefreiheit der Wahllokale.

Nun zu einzelnen Bereichen des vorgelegten Maßnahmeplans. In Teil I will die Landesregierung wirksame Maßnahmen ergreifen, "um in der Gesellschaft ... das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und Würde zu fördern". Dieses Ziel, das ich im Folgenden verkürzt als Bewusstseinsbildung bezeichne, wird in Artikel 8 der UN-Konvention gefordert. Die Landesregierungen sind zu entsprechenden Maßnahmen verpflichtet. In Mecklenburg-Vorpommern wurde das lange Zeit nicht so gesehen. In den Vorläufern des Maßnahmeplans fehlen entsprechende Passagen. Erst nachdem meine Fraktion 2011 forderte, die Bewusstseinsbildung in den Maßnahmeplan aufzunehmen, änderte sich das.

Nun ist die Bewusstseinsbildung Teil des Maßnahmeplans. Wie die Bewusstseinsbildung erfolgen soll, ist jedoch sehr vage bestimmt.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Hier sei als Beispiel genannt, dass das Ministerium für Inneres und Sport entsprechende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landes- und Kommunalverwaltung fördert. Sie finden am Institut für Fortbildung und Verwaltungsmodernisierung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow statt.

Das liest sich gut. Im Bericht zur Situation von Menschen mit Behinderungen gab es bereits eine fast gleich lautende Aussage. Realisiert wurden diese Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen bis jetzt jedoch nicht. Auf meine diesbezügliche Kleine Anfrage Ende des vergangenen Jahres hieß es aus der Landesregierung, dass die Ressorts keinen Bedarf an entsprechenden Schulungen angemeldet hätten. Für dieses Jahr liegt dem Institut nur eine einzige Anmeldung aus dem Büro des Bürgerbeauftragten vor. Sie soll 2014 realisiert werden.

Der Maßnahmeplan wirkt also nicht. Es reicht offensichtlich nicht aus, den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes Schulungen zur Bewusstseinsbildung nahezulegen. Die Landesregierung muss hier ihre Verantwortung wahrnehmen und die Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung verbindlicher gestalten. Die Aktivitäten der Landesregierung sind fast alle in der Möglichkeitsform formuliert. Die mangelnde Verbindlichkeit ist ein Grundzug des vorgelegten Maßnahmeplanes. Beispielsweise beabsichtigt die Landesregierung, barrierefreie Wahlräume einzurichten.

Das ist meines Erachtens die einzige richtige Konsequenz. Konkreter wird der Maßnahmeplan jedoch nicht. Wo und bis wann die Veränderungen durchgeführt werden sollen, das bleibt unbenannt.

Ein anderes Beispiel: Es soll die Barrierefreiheit von öffentlichen Einrichtungen verbessert werden. Ich zitiere: "Bei einer integrativen und inklusiven Beschulung beziehungsweise Förderung in Kindertageseinrichtungen können entsprechende Vorhaben oder Vorhabensteile gefördert werden." Zitatende.

Hier ist zunächst unklar, welches Konzept die Landesregierung für behinderte Kinder verfolgt. Ist es Integration oder Inklusion? Beide Konzepte sind bekanntlich gegensätzlich. Hinzu kommt auch hier die fehlende Verbindlichkeit. Maßnahmen zur Barrierefreiheit können gefördert werden, sie müssen es aber nicht. Ein solches Vorgehen teilt meine Fraktion nicht. Wir wollen, dass Maßnahmen zur Barrierefreiheit fest eingeplant werden und nicht von der Kassenlage abhängen.

Vieles im vorgelegten Plan ist meines Erachtens auch nicht zu Ende gedacht. So will das Sozialministerium alle Beratungsangebote erfassen, um Doppelstrukturen zu erkennen und Bereiche, wo es noch an Beratungen mangelt. Das ist gut und kann die Beratungslandschaft positiv verändern. Allerdings sollte dieses Angebot auch kommuniziert werden. Was nützt ein Angebot, das keiner kennt?

Eine Internetseite, die alle Angebote auflistet, vernetzt und den Ratsuchenden hilft, das richtige Angebot zu finden, wäre die passende Ergänzung zu den geplanten Maßnahmen. Sie wird im Maßnahmeplan allerdings nicht erwähnt. Generell listet der hier vorgelegte Plan die entsprechenden Passagen der UN-Konvention auf und leitet daraus Handlungsfelder ab. Die konkreten Maßnahmen, die man eigentlich dann erwartet, denn es handelt sich ja um einen Maßnahmeplan, sind jedoch sehr dürftig.

Beispielsweise im Bereich Gesundheit, da wird konstatiert, dass es an der Barrierefreiheit in diesem Bereich noch mangelt. Die Landesregierung beschränkt sich jedoch darauf, ich zitiere, "das Bewusstsein der praxisbetreibenden Ärztinnen und Ärzte für die Einrichtung einer barrierefreien Praxis zu stärken", Zitatende. Das finde ich dürftig. Andere Bundesländer helfen hier durch Investitionsprogramme.

Ich fasse zusammen: Meine Fraktion hat einen substanziellen Maßnahmeplan erwartet, einen, der genaue Maßnahmen benennt, Maßnahmen, die eine Terminsetzung und Verantwortliche haben. Was uns vorgelegt wurde, bleibt bei Absichten, ist weitgehend unverbindlich und damit auch nicht überprüfbar. Diese Vorlage sollte dringend überarbeitet werden. Der vorgelegte Maßnahmeplan ist als Arbeitsgrundlage untauglich. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Minister Harry Glawe)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schubert von der CDU-Fraktion.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Werte Frau Stramm, ich werde im Rahmen meiner Ausführungen noch auf einige Punkte, die Sie angesprochen

haben, eingehen. Eins vorweg aber: Nicht vom Zeitpunkt der UN-Behindertenrechtskonvention an haben wir uns mit den Belangen der Menschen mit Behinderungen auseinandergesetzt. Die Grundlage war schon vorher für die Politik für Menschen mit Behinderungen in Mecklenburg-Vorpommern

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber nicht bindend.)

die gleichberechtigte Teilhabe am Leben der Gesellschaft, und dieses Grundrecht ist sowohl im Artikel 3 des Grundgesetzes als auch in Artikel 17a der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern verankert gewesen. Und schon damals haben wir uns damit befasst und haben nicht erst auf die UN-Behindertenrechtskonvention gewartet.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na ja, Herr Schubert!)

Aber ich werde ein bisschen langsamer sprechen.

Mit dem SGB IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – im Jahre 2001, mit dem Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes im Jahre 2002, mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz im Jahre 2006 und dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz ebenfalls im Jahre 2006 wurden bereits wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gesetzt.

Auf den bisherigen Grundlagen aufbauend, verfolgt unser Land das Ziel, Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen, zu verhindern, ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Um diese Ziele konsequent umzusetzen, ist der vorliegende Maßnahmeplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein wichtiges Instrumentarium.

Innerhalb unserer Rechtsordnung ist die 2008 in Kraft getretene UN-Konvention einem Bundesgesetz gleichgestellt. Es ist also unstreitig, dass eine Umsetzung zu erfolgen hat. Bund und Länder sind damit aufgefordert, in den Mittelpunkt ihrer Politik die gleichberechtigte Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen zu rücken.

Mit dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat die schwarz-gelbe Bundesregierung 2011 einen Prozess in Gang gesetzt, der das Leben der Menschen mit Behinderungen in Deutschland maßgeblich beeinflusst. Und mit dem Maßnahmeplan unserer Landesregierung erhält der Nationale Aktionsplan nun ein ausführendes Gesicht in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich möchte dazu noch mal ein paar Ausführungen machen vom ersten Tag der Menschen mit Behinderungen. Da sagte Professor Dr. Welti – ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin aus dem Protokoll – auch was zu den finanziellen Dingen: "Zu den Verpflichtungen der Vertragsstaaten gehört es, hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte unter Ausschöpfung der verfügbaren Mittel Maßnahmen zu treffen, um nach und nach die volle Verwirklichung dieser Rechte zu erreichen. Das ist die auch im allgemeinen Pakt über

wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verwendete Formel \dots "

Und er führt weiter aus: "Und es sollte auch nach durchlebter Wirtschaftskrise kein Zweifel daran bestehen, dass die Bundesrepublik Deutschland zu den wirtschaftlich leistungsfähigeren Vertragsstaaten der Behindertenrechtskonvention gehört. Gleichwohl" – und jetzt hören Sie bitte zu, Frau Stramm! – "wird man einräumen müssen, dass im Bereich der sozialen Rechte immer ein schrittweiser Prozess erforderlich ist"

(Jörg Heydorn, SPD: Genau. Sehr gut.)

"und nicht alle sozialen Rechte sofort und unverzüglich verwirklicht werden können. Die Staaten werden jedoch darlegen müssen" – und das, glaube ich, hat dieser Aktionsplan auch dargelegt –, "dass ein solcher Prozess in Gang ist und der Prozess in Richtung der Verwirklichung ausgerichtet ist, das heißt, ein sozialer Rückschritt sollte an dieser Stelle ausgeschlossen sein." Und das ist ganz eindeutig zu ersehen aus dem Maßnahmeplan.

Betroffene Menschen brauchen Aussagen, was nach Auffassung der Landesregierung nun also passieren soll – Zielsetzung, Aufgaben, Zuständigkeiten und zeitliche Vorstellungen. All dies hat die Landesregierung auf ihrem Weg zur Inklusion mit dem vorliegenden Plan vorbereitet. Wir sind uns allein bei der Begrifflichkeit schon einig, es wird ein Weg beschritten, am Ziel sind wir noch längst nicht angekommen.

Wir haben bereits gehört, dass zehn Handlungsfelder benannt und mit konkreten Maßnahmen untersetzt wurden. Neben all den Inhalten erscheinen mir aber zwei Aspekte bedeutsam, weshalb dieser Plan so wichtig ist. Zum einen: Der Maßnahmeplan weckt nochmals das Bewusstsein in jedem von uns, dass wir die Wechselwirkungen zwischen den jeweiligen Beeinträchtigungen jedes einzelnen betroffenen Menschen und den vorhandenen Barrieren, die wir in unseren Gedanken oder unserer Gedankenlosigkeit als Gesellschaft mit uns schleppen, endlich genauer unter die Lupe nehmen müssen. Und dieses Spannungsfeld müssen wir über die Grenzen der Ressorts der Landesregierung hinaus auflösen.

An dieser Stelle übernimmt Bildung im weitesten Sinne eine ganz wichtige Aufgabe, denn Bewusstsein muss wachsen, deutlich und mit Sachverstand, um nachhaltig wirken zu können. Deshalb unterstützen wir auch ganz unbedingt die öffentlichkeitswirksame Begleitung des Maßnahmekatalogs.

Ich möchte an dieser Stelle noch mal zitieren, und zwar das Deutsche Institut für Menschenrechte. Dort ist eine Monitoring-Stelle eingerichtet zur UN-Behindertenrechtskonvention, die begleitet die Umsetzung dieser Maßnahmepläne der einzelnen Länder und wurde 2009 vom Deutschen Institut durch das Arbeits- und Sozialministerium gefördert. Und da wird noch mal ganz klar darauf hingewiesen, die Barrieren in den Köpfen müssen abgebaut werden. Bewusstseinsbildung ist eine Verpflichtung und das muss fortlaufend geschehen. Fortlaufend, und deswegen kann man nicht einen Zeitpunkt setzen, bis dahin muss es erreicht werden, diese Bewusstseinsbildung muss ständig sein und insofern auch ressortübergreifend. Ich denke, das muss schon im Kindesalter anfangen und muss dann über die Generationen hinaus weitergeführt werden.

Was schreibt oder was sagt das Deutsche Menschenrechtsinstitut dazu: "Die 'Barrieren in den Köpfen' – Menschen mit Behinderungen werden immer noch eher als 'Objekte der Fürsorge' statt als selbstbestimmt lebende Subjekte angesehen; Menschen mit Behinderungen werden auf ihre Behinderung festgelegt anstatt als Menschen wahrgenommen zu werden, die erst in der Wechselwirkung mit den vielfältigen Hindernissen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld eine Behinderung erfahren …"

Ich meine, das ist eindeutig genug und insofern muss dieses fortlaufend sein und wir können nicht davon ausgehen, dass wir einen Zeitpunkt setzen, bis zu dem es erreicht sein muss.

Und der zweite Aspekt, weshalb dieser Plan so wichtig ist: Mir liegt es am Herzen, dass wir nicht Politik machen über die Menschen, sondern mit den Menschen. Nicht wir sollten uns anmaßen, über die Qualität oder Nutzbarkeit einer Maßnahme zu urteilen, sondern diejenigen, die davon betroffen sind, sollen dies tun. Deshalb unterstützen wir auch die Mitnahme der Interessenvereinigungen, Verbände und Selbsthilfevereine. Dort sitzt der bedarfsgerechte Sachverstand, der die Ziele und deren Umsetzung gewichten kann. Auch die Beteiligung Einzelner kann die Arbeit erfolgreich gestalten, weiterbringen und damit kreativ gestalten.

Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt, Frau Stramm, und deswegen musste ein langer Diskussionsweg beschritten werden. Ich habe an diesen Diskussionen damals als Bürgerbeauftragter selbst teilgenommen und ich weiß, dass es viele Veranstaltungen gegeben hat mit den Interessenvertretern, wo Hinweise, Anregungen gegeben worden sind, die dann auch wirklich Bestandteil des Maßnahmeplans geworden sind.

Und insofern, denke ich, es lohnt nicht zu behaupten, die Landesregierung schreibt einen Maßnahmeplan, der nicht mit den Beteiligten diskutiert worden ist,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das hat sie auch gar nicht gesagt.)

wo dann auch Anregungen und Hinweise eingegangen sind. Und dieser Prozess, das hat ja auch noch mal der Tag der Selbsthilfe bestätigt und das hat auch Frau Müller noch mal gesagt, es war zwar ein langer Weg, der viel Zeit in Anspruch genommen hat, aber dieser Weg war ihrer Meinung nach richtig.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber den Maßnahmeplan hat sie kritisiert.)

Und Sie waren beide, Frau Gajek und auch Frau Stramm, bei dieser Veranstaltung und haben genau diese Worte gehört.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Auch die Kritik.)

Natürlich hat sie auch Dinge kritisiert. Sie hatte über den zeitlichen Ablauf gesprochen, dass der nicht definiert worden ist. Ich hatte eingangs gesagt, ich sehe das anders, auch meine Fraktion sieht das anders,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und wir auch.) weil es ein fortlaufender Prozess ist, und deswegen kann man keine Zeitpunkte setzen. Dieser Prozess muss ständig hinterfragt werden und das wird er ja auch, denn eine Novellierung steht ja an oder eine Überprüfung, und insofern finde ich es richtig, dass man fortlaufend darüber diskutiert.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber Streitkultur ist doch auch schön.)

keine Zeitpunkte setzt und auch keine Betroffenen nennt. Denn betroffen ist die gesamte Landesregierung und sind wir auch selbst, die das umsetzen müssen. In den einzelnen Fachressorts natürlich, wenn es den Baubereich betrifft, Barrierefreiheit, dann sind die jeweiligen Ministerien dafür zuständig, aber die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist eine übergreifende Aufgabe, ressortübergreifend, und wir selbst sind in diese Verantwortung mit einbezogen und sollten auch unsere Möglichkeiten nutzen, das Bewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern zu schärfen, gerade welche Ziele und Wünsche wir haben, und das sollten wir auch gemeinsam durchtragen.

Ich kann für unsere Fraktion sagen, wir unterstützen diesen Maßnahmeplan und werden ihn auch aktiv begleiten, und noch mal vielen Dank an die Landesregierung für diesen Maßnahmeplan. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es ist bereits viel gesagt worden und ich finde es immer wieder faszinierend, wie Dinge eingeschätzt werden und bewertet werden. Klar haben wir einen Maßnahmeplan und klar ist mir auch, dass es sehr schwierig ist, hier zwischen den Ressorts Absprachen zu tätigen. Gerade die Debatte, Herr Schubert, und die Akzente, die Sie eben genannt haben, haben mir noch mal vor Augen geführt, dass möglicherweise auch dieser Begriff "Behinderung/Handicap" noch einmal anders betrachtet werden muss, und vielleicht wird uns das auch gelingen im Bereich der Bewusstseinsbildung.

Ich werde am Anfang kurz noch mal den Aktionsplan und die nicht fortschreitende Festlegung von Terminen, von Aktionen kritisieren, aber das zieht sich ja im Grunde genommen durch den gesamten Aktionsplan durch. Wir unterstützen auch, und ich denke, das muss die Landesregierung sich ins Stammbuch reinschreiben lassen, wenn der Bürgerbeauftragte einen Maßnahmeplan so derartig kritisiert, dann muss das nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern, ich denke, da muss nachgebessert werden.

Das, was den Maßnahmeplan durchzieht, ist eben eine Schwammigkeit beim zeitlichen Rahmen, aber auch Formulierungen wie, ich zitiere, "Anpassung des geltenden Rechts", "Umsetzung neuer gesetzlicher Regelungen" oder "Fortsetzung integrativer Umgestaltungsprozesse", das sind Wortblasen. Konkretes – darauf warten wir noch.

Ich möchte an dieses Ressortübergreifende noch mal anknüpfen. Wenn ich allein sehe, was in dem Bereich

Verkehr steht: In dem Bereich Verkehr steht zuvor drin, es ist natürlich noch einiges zu machen, um die Barrierefreiheit bis 2020 umzusetzen, sofern es der Geldbeutel hergibt. Wir haben in der Enquetekommission vor zwei Wochen Mobilität diskutiert und da war das Ministerium dort. Eins ist mir da ganz deutlich geworden: Wir müssen wesentlich enger zusammenarbeiten, denn was nützen uns barrierefreie Haltestellen, wenn da nachher kein Zug oder kein Bus mehr entlangfährt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

Also wie sollen Menschen mit oder auch ohne Behinderungen – und ich denke, das ist auch diese Behinderung, die wir häufig im Kopf haben –, wie sollen die von A nach B kommen? Was nützt es mir, wenn ich eine Ambulanz habe, die irgendwo ist, wo man ohne Individualverkehr überhaupt nicht mehr hinkommt? Ich denke, hier ist vernetztes, übergreifendes Denken notwendig. Von daher nehme ich den Maßnahmeplan jetzt auch als ein Konstrukt, wo die Ministerinnen und Minister dazu verpflichtet sind zusammenzuarbeiten.

Aber ich möchte auf einen Teil kommen, der mich insbesondere ärgert, weil der hier heute auch so blumig dargestellt wurde – Bewusstseinsbildung. Wenn wir uns mal wieder ins Bewusstsein rufen, wie unser Bildungsminister durchs Land fährt, nämlich mit Vorträgen unter dem Titel, ich zitiere, "Warum Inklusion unmöglich ist", oder auch Inklusion als "Kommunismus für die Schule" zu bezeichnen oder "Inklusion und pädagogisches Scheitern", dann frage ich mich: Wie will man ernsthaft Inklusion in diesem Land umsetzen und wie wollen hier Ministerien zusammenarbeiten?

Es gibt natürlich auch inklusionsbefürwortende Literatur. Davon hören wir wenig vom Minister und dazu fordere ich ihn einfach auf, denn da ist es zum Scheitern eigentlich verurteilt, weil ...

(Tilo Gundlack, SPD: Da müssen Sie mal in den Bildungsausschuss kommen.)

Wie bitte?

(Tilo Gundlack, SPD: Da müssen Sie mal in den Bildungsausschuss kommen.)

Also ich rede, mein lieber Herr Gundlack, über das, was hier drinsteht. Es ist ein Maßnahmeplan

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Den hat er nicht gelesen.)

und ich finde es bezeichnend und ich finde es im Grunde erschütternd, was hier abläuft. Ich kann den Minister, der heute leider nicht da ist, nur dazu auffordern, Inklusion ernst zu meinen und hier nicht dagegen anzugehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweiter Bereich ist der Bereich der Gleichstellung.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es gibt einen Punkt "Frauen mit Behinderungen". Was dort zu lesen ist, ist Frauen und häusliche Gewalt. Da habe ich gedacht, als ich das gelesen habe, das kann

doch wohl nicht wahr sein. Also Frauen an sich sind in dieser Gesellschaft benachteiligt. Erinnern wir uns an den Equal Pay Day. 22 Prozent bekommen wir weniger bezahlt, wir haben die Schwierigkeiten, nach der Erziehungszeit wieder in Vollzeit zu kommen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

wir haben auch Probleme in Bezug auf Mobilität. Also es ist nachgewiesen, auch das haben wir in der Enquete-kommission immer wieder gehört, Frauen haben schlechtere Zugänge zur Öffentlichkeit, zur Teilhabe.

Dann diesen Bereich reinzunehmen, das, meine liebe Frau Schwesig, finde ich ein bisschen zu kurz gegriffen in der Frage Gleichstellungspolitik, denn auch Frauen und Gleichstellung ist ein Querschnittsthema. Und das hätte ich mir von diesem Maßnahmeplan gewünscht, dass er insbesondere noch mal die Punkte, die wichtig sind, reinnimmt. Ich denke auch an Migration. Das sind alles Punkte, die man irgendwie vergeblich sucht.

Und ich denke, Herr Schubert, ich habe den Maßnahmeplan sehr bewusst gelesen, sehr genau gelesen,

(Egbert Liskow, CDU: Scheinbar anders.)

und das, was wirklich Nachholbedarf ist oder wo etwas zu leisten ist, ist in den Bereichen Bewusstseinsbildung, Kampagnenfähigkeit. Das hat ja sogar die schwarz-gelbe Regierung vorgemacht, dass es funktioniert, Schule und Inklusion. Das, worauf wir warten, sind nicht nur Handbücher für Menschen, die erblindet sind, oder wie heute, dass wir hier punktuell Gebärdensprache haben im Landtag, sondern wir müssen gucken, wie wir die Menschen im ländlichen Bereich mit hineinbringen, auch dieser Bereich fehlt, stringent.

Wie wir hier die Integration und Inklusion voranbringen, ich denke, das ist ein Prozess, und darin sind wir uns auch alle einig. Wir wissen auch, dass wir das nicht von heute auf morgen hinbekommen, aber dieser Maßnahmeplan lässt eins vermissen: Verbindlichkeit und insofern auch Verbindlichkeit der Kontrolle, denn dann kann man sich immer wieder leicht rausreden, so, wie wir das heute schon gehört haben: Machen wir alles. Fragen Sie die Leute vor Ort!

Und, Herr Schubert, ich habe sehr genau zugehört, was vorgestern beim 20-jährigen Jubiläum der Selbsthilfe gesprochen wurde, was kritisiert wurde. Die Selbstbestimmung von Menschen, ob mit Behinderung oder ohne, ob mit Migrationshintergrund oder ohne, für Menschen mit chronischer Krankheit oder psychischer Erkrankung oder ohne, das muss unser Ziel sein, dass wir diese Schere nicht mehr im Kopf haben. Und wenn wir das alle hinkriegen, dann ist, glaube ich, auch unsere Fraktion dazu bereit, hier noch mal einzelne Impulse zu geben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Petereit von der NPD-Fraktion.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Viele der in der Unterrichtung aufgeführten

Punkte wie Barrierefreiheit in den Bereichen Wohnen und Medien sind nur zu begrüßen. Für den Bereich der Bildung lehnen wir, und das dürfte Sie wenig überraschen, die Inklusion kategorisch ab. Ich erinnere an den entsprechenden Antrag unserer Fraktion und möchte den einen oder anderen Grundgedanken hier und heute noch einmal wiederholen.

Gern wird von den Inklusionsbefürwortern eine entsprechende UN-Behindertenrechtskonvention herangezogen. In dieser steht aber mit keinem Wort geschrieben, dass Behinderte und Nichtbehinderte generell gemeinsam zu unterrichten seien.

Das Inklusionsexperiment stellt Lehrer, Schüler und Eltern vor zusätzliche Herausforderungen. Schon dadurch, dass auf behinderte Schüler im regulären Klassenverband besonders eingegangen wird, werden leistungsstarke Schüler unterfordert, derweil es bei den leistungsschwächeren zu einer Überforderung kommt. Die Folgen sind Frustration und womöglich Spannungen, die dem Ziel, einen solidarischen Klassenverband unter Einschluss Behinderter zu schaffen, letztlich entgegenstehen. Schulexperten warnen hierbei vor dem Entstehen klasseninterner Subsysteme, die zu Mobbing und spezifischen Konflikten führen können. In der Folge werden noch mehr betuchtere Eltern ihre Kinder auf Privatschulen schicken.

Auch sind die Kosten, die mit der Umstellung auf das Inklusionsmodell verbunden sind, immens. So hat der Bildungsökonom Klaus Klemm von der Uni Duisburg-Essen errechnet, dass sich die Kosten der Inklusion pro Jahr auf über 660 Millionen Euro belaufen. Die Aufwendungen ergeben sich in erster Linie aus dem zusätzlichen Bedarf an Lehrern, Sonderpädagogen, Psychologen und Therapeuten.

Und dennoch wird weiter behauptet, dass der gemeinsame Unterricht Kosteneinsparungen ermögliche. Welcher Irrtum, wie ein Blick über die Landesgrenzen beweist. Nach Angaben des brandenburgischen Bildungsministeriums würde die Inklusion allein in Brandenburg Mehrkosten von satten 265 Millionen Euro mit sich bringen. In Brandenburg wären mindesten 5.300 neue Lehrerstellen vonnöten.

Internationale Studien legen überdies den Schluss nahe, dass für Kinder mit erhöhten Förderbedarfen und Verhaltensauffälligkeiten Spezialschulen geeigneter sind, um ihnen auf diese Weise eine angemessene Förderung zuteilwerden zu lassen. Finnland mit seinem ausgefeilten Bildungssystem verfügt nach wie vor über ein fein verästeltes System von Spezial- beziehungsweise Förderschulen.

Selbst die Gewerkschaft GEW weist auf Risiken der Inklusion hin. So zweifelt sie an der Qualität des gemeinsamen Unterrichts und sagt voraus, dass viele Lehrer mit dem Anspruch, den extrem unterschiedlichen Leistungsprofilen der Schüler gerecht zu werden, schlichtweg überfordert sein werden.

Wir Nationalen stehen auf dem Standpunkt, dass Ungleiches auch ungleich behandelt werden und gefördert werden muss. Die radikalen Inklusionsbefürworter hingegen tendieren sogar dazu, die Kategorien von Behinderungen schlichtweg zu negieren. Sie würden einen diskriminierenden Charakter aufweisen. Man sei deshalb gut beraten, sich von ihnen zu trennen.

Professor Bernd Ahrbeck bringt es auf den Punkt, wenn er bemerkt, Zitat: "Was ist eigentlich so schlimm daran, wenn in einer Fachsprache gefasst wird, dass eine konkrete Person blind ist oder eine starke Sehbehinderung aufweist? Was ist so unerträglich an einem besonders langsam und wenig erfolgreich lernenden Kind, dass es sich verbietet, seine Schwierigkeiten kategorial zu benennen? Warum dürfen gravierende psychische und soziale Probleme, die Kinder zu massiven Verhaltensstörungen führen, nicht als solche in einer klarifizierenden Fachsprache begrifflich erfasst werden? Warum soll man nicht anerkennen und entsprechend benennen, dass Menschen durch eine massive Beeinträchtigung ihrer sprachlichen und intellektuellen Fähigkeiten im Leben ernsthaft behindert sind? Oder auch deshalb, weil sie kaum noch etwas oder (fast) gar nichts mehr hören?"

Und an anderer Stelle: Worauf soll sich eine Bewertung stützen, die sich ausschließlich am Individuum orientiert? Wer beantwortet die Frage, was jemand erreichen kann? Was sind sinnlose Anforderungen und worauf muss aus gutem Grund verzichtet werden? Was ist über- oder was ist unterfordernd? Ohne explizite und aus einem äußeren Rahmen abgeleitete Norm- und Zielvorstellungen fällt die Entwicklung eines Kindes der Beliebigkeit anheim. Ein zielgerichtetes pädagogisches Handeln wird dadurch infrage gestellt, wenn nicht gar gänzlich aufgehoben.

Wir von der NPD lehnen die Inklusion nach wie vor ab. Wir fordern die Beibehaltung des Förderschulsystems. Dies ist nicht nur gerechter und effizienter, es ist obendrein auch noch kostengünstiger. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD-Fraktion.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wer den Verlauf der Debatte verfolgt hat, der kriegt Folgendes mit: Den einen geht es beim Thema Inklusion nicht schnell genug voran und die anderen, das haben wir gerade erlebt, der Abgeordnete von der NPD spricht sich strikt gegen eine Inklusion, zumindest im Bereich der Schule, aus.

Wenn man die Argumente derer aufgreift, die sagen, es passiert ja nichts, kann man sagen, na ja, vielleicht geht es nicht schnell genug, aber wenn wir uns die Realität ansehen, müssen wir Folgendes feststellen: Neben mir steht zum ersten Mal, während ich rede, eine Gebärdendolmetscherin und vermittelt das, was ich sage, in Gebärdensprache.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist nicht das erste Mal.)

Das ist nicht das erste Mal, aber für mich ist es das erste Mal, Frau Borchardt. Sie müssen gut zuhören und nicht gleich so heftig wieder das Wort ergreifen und hier dazwischenrufen mit Dingen, die nicht der Realität entsprechen. Also für mich ist es das erste Mal, aber wir haben schon Gebärdendolmetscherinnen im Landtag gehabt und es wird wahrscheinlich dazu kommen, dass ständig irgendwann hier jemand neben einem steht und das, was man sagt, in Gebärdensprache übersetzt. Das heißt, wir haben Fortschritt und wir haben Entwicklung.

Ich fand die Debattenbeiträge, gerade aus der Opposition, so überfliegermäßig. Ich glaube, wenn man mal an-

fängt, sich dem Thema zu stellen, muss man sich vergegenwärtigen: Was passiert eigentlich bei der Debatte um die Inklusion? Was passiert mit der Einführung und Realisierung der UN-Behindertenrechtskonvention?

Und vorweg steht ja ein Paradigmenwechsel bei der Definition von Behinderungen. Also wir im klassischen Sinne sind ja immer davon ausgegangen, dass man Behinderungen an jemand Einzelnem festmacht. Und die UN-Behindertenrechtskonvention, so, wie ich sie verstanden habe, sagt jetzt Folgendes: Behinderung besteht auf der einen Seite aus Beeinträchtigungen eines einzelnen Menschen und aus Barrieren in seinem Umfeld. Das kommt zusammen und macht die Behinderungen aus. Und wenn man dann anfängt, Schritt für Schritt zu gehen und sich die Frage zu stellen, ja, was bedeutet das denn, wenn man Behinderungen so versteht wie die UN-Behindertenrechtskonvention, dann bedeutet das im Ergebnis, ich muss niemanden integrieren, also reinholen, sondern jeder Mensch mit dieser Form von Beeinträchtigung ist schon drin in der Gesellschaft.

Und daran knüpft die Frage an: Wie muss eine solche Gesellschaft aussehen, um die Barrieren, die in ihr vorhanden sind, abzubauen? Wenn wir uns dann die Realität ansehen, dann stoßen wir auf viele, viele Schwierigkeiten und dann wird jedem klar, dass dieser Prozess der Inklusion ein sehr dornenreicher, ein schwieriger und vielleicht auch ein kostspieliger sein wird.

Ich will das an ein paar Beispielen verdeutlichen. Wenn man diese Form von Inklusionsvorstellungen aufgreift und zu Ende betrachtet, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass quasi jede Schule die Voraussetzungen haben muss, dass Menschen mit Behinderungen sie besuchen können, völlig unabhängig davon, was es für eine Behinderung ist. Was bedeutet das im Detail für den Aufwand?

Frau Stramm, ich finde, es ist zu kurz gesprungen und zu eng fokussiert, da immer nur aufs Land zu schauen. Also wenn man sich das Thema Schule mal ansieht, dann muss man feststellen, dass das Land verantwortlich ist für das Lehrerpersonal, es ist verantwortlich für soziale Betreuungs- und Unterstützungskräfte, aber der gesamte Bereich der Gebäude fällt nicht in die Kompetenz des Landes. Das sind also letztendlich Kompetenzen der Gemeinden, der Kreise, je nachdem, mit welchem Schultyp ich zu tun habe.

Und dann stellt man sich mal vor, wie das mit dem Investitionsaufwand aussieht, wenn man zu dem Ergebnis kommt, wir müssen jede Schule hier im Land wirklich barrierefrei für alle Formen von persönlichen Behinderungen ausgestalten. Dann wird jeder Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, zu dem Ergebnis kommen,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

dass das nur in sehr kleinen Schritten machbar sein wird und dass man diese Dinge nicht wird mit einem großen Wurf machen können.

Das lässt sich beliebig fortsetzen. Ob wir uns die Kindertagesstätten ansehen, da gilt das Gleiche, ob wir uns den Bereich Verkehr ansehen, da gilt das Gleiche. Und deswegen, weil der Prozess der Inklusion so komplex ist, ist es vonseiten des Landes auch nicht möglich, hier die Dinge konkret zu formulieren und konkrete Zeitpunkte

festzulegen, weil an der Umsetzung dieses Inklusionsprozesses letztendlich wir als Gesamtgesellschaft beteiligt sind. Das muss sich jeder vor Augen führen und darüber muss sich jeder im Klaren sein.

Ich will noch auf ein paar Dinge eingehen. Frau Gajek beispielsweise hat hier angeführt, sie zitiert nur den Maßnahmeplan, hat sich dann aber zu Äußerungen des Bildungsministers oder zu Veranstaltungen des Bildungsministers geäußert, die stehen nicht im Maßnahmeplan, sondern wenn ich richtig informiert bin, waren das Titel von Veranstaltungen, die einfach auch zugespitzt formuliert worden sind, weil im Rahmen dieser Veranstaltungen von Mathias Brodkorb gerade die Dinge mal noch umfassender und detaillierter herausgearbeitet werden sollten,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, aber die müssen doch abgestimmt werden auf den Maßnahmeplan.)

auf die ich gerade eingegangen bin, nämlich was es letztendlich bedeutet, wenn man eine umfassende Inklusion in Schule umsetzen will, was man für Ressourcen zur Verfügung stellen muss auf der pädagogischen Seite und was auf der anderen Seite an baulichen Anforderungen erforderlich ist, um das Ganze umzusetzen. Und ich finde es völlig richtig, wenn man an das Thema rangeht und zuspitzende Veranstaltungsüberschriften organisiert, wo das dann auch im Detail besprochen werden kann.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig, Herr Kollege.)

Die Kollegin von der LINKEN, Frau Stramm, hat gesagt, der Maßnahmeplan erfüllt nicht die Erwartungen. Da steht natürlich sofort die Frage im Raum: Ja, welche Erwartungen denn? Erwartungen haben Sie nicht formuliert, Frau Stramm,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Dann haben Sie nicht richtig zugehört, Herr Heydorn!)

bis auf die, die Sie geäußert haben, dass Sie gesagt haben, der Termin zur Abgabe des Maßnahmeplans ist nicht eingehalten worden. Also wenn man da nicht mehr Erwartungen dran hat, dann, weiß ich nicht, verstehe ich das nicht so richtig. Ein bisschen mehr Erwartungen könnte man da ruhig dran haben.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Vor allem Verbindlichkeit.)

Ja, mit der Verbindlichkeit ist das so eine Sache, Frau Gajek, da scheinen Sie wirklich nicht so das aufgreifen zu wollen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Erwarten Sie mal nicht zu viel, Frau Gajek!)

weil letztendlich die Umsetzung dieses Maßnahmeplans sich nicht alleine auf die Landesregierung reduziert

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber man kann sich doch nicht immer dahinter verstecken.)

und natürlich insoweit auch letztendlich etwas mit Haushaltsmitteln zu tun hat, die dafür dann auch zur Verfü-

gung gestellt werden sollen. Und das ist eine Sache, das läuft alles über viele Jahre und da muss man dranbleiben

Die Ministerin, ich habe das ja ganz deutlich noch im Ohr, hat gesagt, unser Maßnahmeplan ist von vorne bis hinten a) prozesshaft angelegt und er ist zum Zweiten partizipativ angelegt. Das heißt also, da sitzt keiner mehr und macht die Tür zu und redet mit keinem mehr, sondern das Sozialministerium und andere Ministerien der Landesregierung sind bei diesem Thema mit den entsprechenden Vereinen und Verbänden in Kontakt und beteiligen die in geeigneter Art und Weise.

Und eins will ich an dieser Stelle auch nicht verhehlen: Wenn ich Vorsitzender eines gemeinnützigen Vereins wäre oder der Selbsthilfe, natürlich würde ich überall, wo ich hingehe, sagen, es geht mir nicht schnell genug, ist doch eine ganz klare Sache. Das ist deren Auftrag und das ist deren Aufgabe. Sie müssen die Angelegenheiten der betroffenen Menschen im Fokus haben und möglichst darauf hinwirken, dass es für die so schnell wie möglich zu Verbesserungen kommt. Das ist eine ganz klare Geschichte. Das erwarten wir von ihnen und damit können wir gut umgehen. Und unsere Aufgabe als Politik ist es, das ernst zu nehmen, aufzugreifen und zu gucken, dass wir das in angemessener Art und Weise und in realistischer Art und Weise in praktische Politik umsetzen.

Ich will zum Abschluss auf die besondere Situation in Mecklenburg-Vorpommern noch mal zu sprechen kommen. Wir sind ein dünn besiedeltes Land. Und was bedeutet das Thema Inklusion in einem dünn besiedelten Land, beispielsweise bei dem Thema, das Frau Gajek angesprochen hat, der Mobilität? Wie weit lässt sich wirklich Inklusion durchdeklinieren?

Wir reden heute in erster Linie beim Thema Mobilität darüber: Haben wir überhaupt ein wirklich funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz? Haben wir das noch? Können wir das aufrechterhalten? Wird das wirklich in der Fläche stabil und für alle in adäquater Art und Weise aufrechtzuerhalten sein?

Und dann reden wir noch über das Thema Barrierefreiheit in einem solchen System. Das ist meines Erachtens eine Herkulesaufgabe. Wenn man die wirklich vernünftig lösen will, braucht man gute Konzepte, man braucht gute Ideen und wird meines Erachtens an der einen oder anderen Stelle auch Abstriche machen müssen.

Also wenn beispielsweise Leute, die privat mobil unterwegs sind, wenn die sich dazu bereiterklären, in irgendeiner Form jemanden mitzunehmen von A nach B und auch in einem solchen System eine Rolle zu spielen und zu sagen, wir organisieren hier Selbsthilfe, indem wir Fahrten für Menschen in den Dörfern zur Verfügung stellen, geht es dann so weit, dass diese Fahrten nur noch mit barrierefreien Fahrzeugen durchgeführt werden können? Also man muss ja immer gucken, wie ist denn die reale Situation bei uns im Land, was kriegen wir letztendlich wirklich hin und was kriegen wir wirklich gelöst.

Ich finde, der Maßnahmeplan beantwortet natürlich nicht alle Fragen und er legt nicht alles konkret fest,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber ein bisschen doch wenigstens.)

aber er weist die Richtung, in die es gehen muss, und die Diskussion um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist bei uns in vollem Gange. Wir machen Schritt für Schritt und das werden wir auch weiter so tun. – Insofern bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und beende meine Ausführungen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 6/2213 verfahrensmäßig für erledigt erklären? –

(Heinz Müller, SPD: Ja, Frau Präsidentin.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Die Mecklenburger Südbahn muss erhalten bleiben, Drucksache 6/2248.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Die Mecklenburger Südbahn muss erhalten bleiben – Drucksache 6/2248 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Irgendwie schließt sich dieser Antrag fast nahtlos an das von Herrn Heydorn hier zuletzt Gesagte an. Der vorliegende Antrag meiner Fraktion beschäftigt sich mit einer konkreten verkehrspolitischen Frage. Ich nehme an, dass alle Kolleginnen und Kollegen, die an der Anhörung zum gleichen Thema im Energieausschuss teilgenommen haben, die Bedeutung des Problems erkannt haben.

Aber zunächst zum Sachverhalt: Am 13. September, also vor knapp einem Monat, veröffentlichte das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung eine Pressemitteilung mit dem Titel "Flexibles Bahn-Bus-Angebot ab 2015 im südlichen Mecklenburg". Unter dieser unverfänglichen Überschrift verkündete das Ministerium seine Entscheidung, einen Teil der sogenannten Mecklenburger Südbahn ab 2015 abzubestellen. Künftig soll zwischen Parchim und Waren ein Schienenersatzverkehr bestellt werden, in der Tourismussaison möglicherweise noch eine zusätzliche Müritz-Bahn, die Malchow und Neustrelitz verbindet.

Bei seiner Entscheidung beruft sich Minister Schlotmann auf das Gutachten vom Planungsbüro für Verkehr Bornkessel, Brohm & Markgraf aus Berlin. Die Gutachter hatten den Auftrag, folgende Optionen zu untersuchen:

- 1. eine komplette Weiterbedienung der Bahn
- 2. eine kombinierte Bedienung durch Bahn und Bus sowie
- 3. der vollständige Ersatz des Schienenverkehrs durch ein adäquates Bussystem

In der Beschreibung der Ausgangssituation bemerkte der Gutachter, dass das Land aufgrund verschiedener Entwicklungen gegenwärtig eine Restrukturierung von SPNV-Leistungen vorsieht. Dabei steht die Strecke Hagenow-Neustrelitz im besonderen Fokus. Dieser besondere Fokus hat sicher mit dem Kostendruck zu tun, dem Mecklenburg-Vorpommern bei der Bestellung der SPNV-Leistungen unterliegt. In den letzten Jahren sind die Energiepreise und die Stations- und Trassenpreise sehr stark gestiegen, glücklicherweise auch die Löhne und Gehälter der Beschäftigten der Bahnunternehmen.

Demgegenüber stand eine Dynamisierung der Regionalisierungsmittel, also der Gelder, die Mecklenburg-Vorpommern für die Bestellung von Nahverkehrsleistungen durch den Bund erhält, von jährlich 1,5 Prozent. Und man muss nicht unbedingt ein Mathegenie sein, um schnell zu merken, dass auf längere Sicht die Schere zwischen den vorhandenen Mitteln und den Kosten immer weiter auseinandergeht.

Das große Finanzloch der letzten Jahre wurde durch Abbestellungen von Strecken und Taktausdünnungen auf vielen Relationen gestopft. Allerdings hat das Land zusätzlich zu den Regionalisierungsmitteln 10,64 Millionen Euro in 2013 im Landeshaushalt eingestellt. Diese Mittel sind jetzt weggefallen. Der dafür eingerichtete Titel im Haushalt soll gestrichen werden. Um nun weiter Kosten einzusparen, hat sich das Verkehrsministerium Strecken angeschaut, die relativ wenig durch Fahrgäste genutzt werden. Und da kommt die Mecklenburger Südbahn wieder ins Spiel.

Das vorhin von mir zitierte Gutachten weist für 2010 eine unzureichende Auslastung der Züge auf der genannten Teilstrecke der Südbahn aus. Frau Staatssekretärin Ulbrich hat erklärt, dass es nur sehr wenige Fahrgäste gibt, die die Gesamtstrecke nutzen. Aber haben Sie schon mal gefragt, warum das so ist? Haben Sie auch nur einen kurzen Moment darüber nachgedacht, was man tun könnte, damit mehr Fahrgäste die Bahn nutzen? Das können wir jedenfalls nicht erkennen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Strecke abbestellen.)

Der bauliche Zustand der Gleisanlagen ist unzureichend und sorgt zusammen mit der veralteten Leit- und Sicherungstechnik für Geschwindigkeitseinbrüche von 20 bis 60 Kilometern pro Stunde. Dies gilt nicht nur für diesen Streckenabschnitt, sondern für weitere Bereiche der Mecklenburger Südbahn.

Im Gutachten ist weiter zu lesen, dass die DB Netz AG wegen der fehlenden Bestellzusage für die Strecke zwischen Parchim und Karow keine umfassenden Erneuerungen plant. Das Gleiche gilt für die Trasse zwischen Karow und Waren. Bei dieser Ausgangslage ist eines klar, jedenfalls für uns: Zwischen Hagenow-Land und Neustrelitz ist es nicht attraktiv, mit dem Zug zu fahren. Durch die zu geringe Streckenleitgeschwindigkeit lässt die Strecke sich nur ungenügend bis gar nicht in einen integrierten Taktfahrplan einbinden. Der Anschluss an das Fernstreckennetz ist mit zum Teil erheblichen Wartezeiten verbunden. Der Vorteil des Massenverkehrsmittels Zug geht verloren. Kein Wunder, dass diese Strecke von zu wenigen Fahrgästen genutzt wird.

Die vorgegebenen Untersuchungsvarianten für das Gutachten zur Südbahn orientierten sich also am Status quo.

Wie dieser unzureichende Zustand und damit einhergehend eine eventuelle Verbesserung aussehen könnte, spielte keine Rolle. Staatssekretärin Ulbrich hat auf meine Nachfrage im Energieausschuss verneint, dass es sich in erster Linie um Kosten handelt. Eine andere Sicht der Dinge erschließt sich uns allerdings nicht.

Die Mecklenburger Südbahn spielt für die angeschlossenen Kreise eine überaus wichtige Rolle. Sie erschließt die Landkreise Ludwigslust-Parchim, Mecklenburgische Seenplatte und den südlichen Zipfel des Landkreises Rostock. Sie ist aus touristischer und damit auch aus wirtschaftlicher Sicht bedeutend.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Sie ist eine wichtige durchgehende Möglichkeit, um von West nach Ost und umgekehrt zu kommen, und aus der Sicht, zumindest aus unserer Sicht, für die Landesentwicklung kaum wegzudenken.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Die betroffenen Kreise wollen diese Strecke, die angeschlossen ist, die angeschlossenen Städte sowieso. Und sie quert den Müritz-Nationalpark. Wir wollen, dass über Alternativen zur Teilabbestellung nachgedacht wird und diese auch entwickelt werden. Wir wollen die Strecke im Zusammenhang erhalten und nicht einen Tod auf Raten befördern. Denn die bisherigen Erfahrungen zeigen ganz deutlich: Immer dort, wo Strecken abbestellt und durch Schienenersatzverkehr ersetzt wurden, verlängern sich die Reisezeiten. Immer dort, wo keine Züge mehr fahren, wird es teurer für die Nutzer. Immer dort, wo es teurer, langsamer und damit unattraktiver wird, gehen die Nutzerzahlen im Gesamtsystem des ÖPNV weiter zurück.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ein Teufelskreis.)

Der motorisierte Individualverkehr steigt an.

Die bisherigen Verlautbarungen des Verkehrsministeriums zeigen aber, dass man gerade das nicht will. In den verbalen Äußerungen und auch in Konzepten heißt es immer, weniger Verkehr auf der Straße sei das Ziel. Die Erfahrungen belegen, mit den Streckenabbestellungen bedienen Sie allerdings den Kreislauf aus immer weniger Fahrgästen für Bus und Bahn und steigendem motorisierten Individualverkehr. Die Liste der in Mecklenburg-Vorpommern abbestellten Strecken und der Strecken mit stark ausgedünnten Takten ist mittlerweile ziemlich lang. Von Malchin nach Waren, von Neubrandenburg nach Friedland, von Neustrelitz bis Feldberg, von Meyenburg nach Primerburg – ich könnte die Liste weiter fortsetzen –, überall dort fahren keine Züge mehr oder der Zugfahrplan wurde erheblich zusammengestrichen.

Warum lassen Sie nicht eigentlich auch mal gutachterlich untersuchen, welche Auswirkungen diese Vorgehensweise auf den Verkehr, auf die Kosten für die öffentliche Hand, auf die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger hat? Denn gleichzeitig zu den Streckenabbestellungen wurde das Straßennetz in nicht unerheblichem Umfang ausgebaut. Wir werden ja heute Nachmittag noch über den Antrag der Koalitionsfraktionen reden, aber eins ist doch jetzt schon klar: Mit dem angestrebten veränderten Verkehrsverhalten, mit einem klimafreundlicheren Verkehr oder gar der Energiewende im Verkehrsbereich lässt sich die Verkehrspolitik von Mecklenburg-Vorpommern nicht in Einklang bringen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Streckenstillegungen können aus unserer Sicht nicht länger das Mittel der Wahl sein.

Dass es auch anders geht, beweisen andere Flächenländer. In Niedersachsen gibt es inzwischen fast zwei Dutzend Initiativen zur Reaktivierung von Bahnstrecken und Haltepunkten. Verkehrsminister Olaf Lies hat sich die Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs vorgenommen und den Startschuss für die Reaktivierung von Bahnstrecken gegeben. In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und anderswo gibt es schon etliche reaktivierte Strecken.

Nun weiß ich ja schon jetzt, was Sie darauf entgegnen: Dort ist auch die Bevölkerungsdichte eine ganz andere. Ja, Sie haben recht. Aber meinen Sie nicht, dass wir eher darüber reden sollten,

(Heinz Müller, SPD: Das sind ja keine neuen Erkenntnisse.)

wie wir die Strecke so attraktiv machen, dass sie von vielen Menschen genutzt wird? Dazu müsste aus unserer Sicht, und nicht nur aus unserer, die Streckenleitgeschwindigkeit durchgängig von mindestens 80 Kilometer pro Stunde möglich sein. So können Sie zum Teil lange Wartezeiten an den Knotenpunkten beseitigen und nur so kann eine vollständige Integration der Mecklenburger Südbahn in den geplanten integrierten Taktfahrplan erfolgen. Das muss begleitet sein von weiteren Maßnahmen der Attraktivitätsverbesserung, wie einem einheitlichen Ticketsystem von Bus und Bahn, einer Taktverdichtung, Parallelverkehre mit den Bussen müssen nicht sein, aber eine bessere Einbindung der Bahnhöfe entlang der Strecken in den ÖPNV mit an den Zugtakten orientierten Fahrplänen und insgesamt verbesserte Zubringersysteme sind nötig. Der Schülerverkehr könnte eingebunden werden.

Solche und weitere Vorschläge kommen aus den Bürgerinitiativen, den Fahrgastverbänden, den betroffenen Gemeinden. Wir meinen, es macht Sinn, sie aufzugreifen. Allerdings, entscheidend bleibt die Frage, die politisch zu beantworten ist, und da stimme ich genau mit Herrn Kollegen Waldmüller überein:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?)

Wollen wir die Mecklenburger Südbahn als Gesamtstrecke erhalten oder wollen wir das nicht? Meine Fraktion und ich, wir beantworten die Frage mit Ja. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu!

Und ich möchte jetzt schon mal ankündigen, wir werden namentliche Abstimmung beantragen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Schlotmann.

Minister Volker Schlotmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich stehe in dem Ruf, immer fair mit den Parlamentariern umzugehen, und bis dato war es in der Regel auch keine Einbahnstraße. Aber heute habe ich dieses Einbahnstraßenschild massiv vor meinen Augen gesehen, gerade bei Ihrem Auftritt, Frau Schwenke, ganz besonders.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also erst mal: Was ich schon total interessant finde, ist, Sie wissen immer schon weit vorher alles, was ich sagen werde, wie ich mich positionieren werde.

(Jochen Schulte, SPD: Das frage ich mich auch, wenn das jetzt kommt.)

Das finde ich total interessant.

Und wenn Sie den Kollegen Waldmüller zitieren, dann müssen Sie den Kollegen Waldmüller auch komplett zitieren. Der hat nämlich noch einen weiteren Halbsatz gesagt. Der hat nämlich gesagt: Koste es, was es wolle. Das ist völlig uninteressant für Herrn Waldmüller, also auch für Sie ist das ja völlig uninteressant, was das kosten würde mit dem Thema Südbahn. Also das zur Wahrheit auch noch dazu.

Und dann will ich Ihnen jetzt etwas ins Stammbuch schreiben. Ich habe mir lange überlegt, ob ich das mache, weil es ist eigentlich nicht meine Sache, aber das, was Sie hier treiben an der Stelle, finde ich schon bemerkenswert, um das mal ganz freundlich zu formulieren. Der Kollege Al-Sabty, den ich total schätze, den ich richtig gut finde, hat gestern etwas getan, was kreuzgefährlich ist in der Politik. Sie haben mit dem Finger auf uns gezeigt im Zusammenhang mit der Anhörung der Gerichtsstrukturreform, wenn Sie sich erinnern, dass wir im Grunde genommen da eine Show abgezogen haben, weil das stand ja alles vorher schon fest und, und, und – so im übertragenen Sinne.

Kollege Al-Sabty, wir haben bei dem Thema Südbahn folgende Situation erlebt, ich habe sie erlebt. Die Entscheidung, was jetzt nun endgültig tatsächlich beim Thema Südbahn passiert, habe ich abhängig davon gemacht, dass der Energieausschuss eine Anhörung anberaumt hat, eine Anhörung zu diesem Thema, und Anzuhörende eingeladen hat, wie das nun mal üblich ist. Diese Anhörung ist dann gelaufen. Während dieser Anhörung hat Ihre Fraktion den Antrag, den wir jetzt gerade beraten, schon lange abgegeben gehabt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein!)

Das heißt, DIE LINKE hat überhaupt nicht interessiert, was die Anzuhörenden noch zu sagen haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja der Gipfel!)

ob vielleicht auch noch andere Argumente eine Rolle spielen oder nicht,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Oi, joi, joi!)

sondern der Antrag lag schon längst bei der Landtagsverwaltung vor. Da muss ich Ihnen sagen, das ist ein Stil, das wäre mein Ding nicht. Ich habe nämlich ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ja, dann müssen Sie einfach mal jetzt zuhören. Das tut weh, das ist ärgerlich. Ich hätte mich an dieser Stelle auch geärgert, wenn so was passiert.

Aber ich habe im Ergebnis der Anhörung meine da eigentlich fast feststehende Entscheidung noch einmal überdacht und noch ein paar Korrekturen vorgenommen, meine Damen und Herren. Das heißt, ich habe das Parlament sehr wohl ernst genommen und habe die Anhörung ernst genommen und mit einfließen lassen in das, was letztendlich zu entscheiden ist. Das hat die Fraktion DIE LINKE an der Stelle nicht getan. Das werfe ich Ihnen vor. Tut mir leid, das kann ich Ihnen nicht ersparen, das ist nicht in Ordnung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Okay. Und jetzt zum Inhalt, Herr Minister.)

Ja, Herr Kollege Ritter,

(Heinz Müller, SPD: Das muss ja mal gesagt werden.)

ich weiß, das tut weh.

Ich soll jetzt zum Inhalt kommen und ich komme jetzt auch zum Inhalt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lange genug geweint.)

Ja, ja, aber so ist das, Kollege Ritter, wenn man im Glashaus sitzt und mit der Kalaschnikow rumschießt, dann geht viel kaputt, das ist einfach so.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zehn Minuten Redezeit und drei Minuten davon geweint.)

Meine Damen und Herren, ich will eins klarstellen, Herr Ritter, dem möchte ich natürlich gerne nachkommen, weil wir sonst sehr fair miteinander umgehen: Kürzungen im Schienenpersonennahverkehr oder Kürzungen im Allgemeinen und Abbestellungen einer bestehenden Verbindung sind keine Entscheidungen, die man gerne trifft, meine Damen und Herren, das macht doch keinen Spaß, als Politiker solche Entscheidungen treffen zu müssen, wenn man davon überzeugt ist, dass man sie treffen muss. Es sind extrem schwierige Entscheidungen. Und noch darüber hinaus, die Bahn ist, obwohl das an vielen Stellen so nicht mehr stimmt, das Symbol für Erreichbarkeit. Was man aber völlig ausblendet, ist, dass die Bahn immer an ihre Gleise gebunden ist und dadurch viele Orte, viele Regionen gar nicht durch die Bahn erschlossen werden, sondern die über andere Verkehrsmittel erschlossen werden müssen.

Und, meine Damen und Herren, das mag uns ja alle ärgern, mich begleitet das jetzt seit rund 20 Jahren, wir müssen finanzielle Realitäten mitberücksichtigen bei den Entscheidungen, die zu treffen sind. Das ist nun mal so. Da habe ich auch lange dran zu knacken gehabt, bis ich das für mich verinnerlicht habe, aber es ist halt die Realität.

Meine Damen und Herren, auch das ist immer eine Forderung, die hier durchgängig von allen eigentlich mehr oder weniger getragen wird, wir müssen öffentliche Mobilität gewährleisten in einem extrem dünn besiedelten

Land. Mit Blick auf die finanziellen Ressourcen, die uns als Land zur Verfügung stehen, heißt das, an einigen Stellen neu und unabhängig, unabhängig von alten Strukturen – ich sage hier ganz bewusst, alten Strukturen – zu denken.

Die Kollegin Schwenke hat dankenswerterweise noch mal hingewiesen auf das Thema Regionalisierungsmittel, auf die große Spanne zwischen dem, was wir tatsächlich bekommen vom Bund, im Zuge der Föderalismusreform ist das ja damals gelaufen, und das, was tatsächlich an Kosten ständig entsteht. Die Schere geht immer weiter auseinander. Trotzdem müssen wir natürlich die wenigen vorhandenen Regionalisierungsmittel möglichst effizient einsetzen.

Meine Damen und Herren, hier ist gerade noch mal gesagt worden – dazu hat sich auch eine Bürgermeisterin öffentlich geäußert –, dass man am 13.09. ja erst durch die Presse erfahren habe, was da jetzt ansteht. Das ist schlicht und einfach nicht die Wahrheit. Meine Damen und Herren, am 22. April hat der interkommunale Arbeitskreis, also der Arbeitskreis der beiden Landkreise, der mit dem Thema ja befasst war, genau über diese Themen ausführlich gesprochen. Da war auch diese Bürgermeisterin anwesend, die jetzt so tut, als wenn sie erst im September wachgeküsst worden sei.

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Das war ja weit vor der Anhörung.)

Meine Damen und Herren, ganz so war es nicht: Also seit September ist es nicht erst bekannt, sondern seit April. Und wir haben dann Werkstattgespräche zum integrierten Landesverkehrsplan durchgeführt, Werkstattgespräche. Und die Ausführungen des Gutachters im Energieausschuss sind ja von Frau Schwenke hier auch noch mal deutlich dargestellt worden.

Ich möchte mal einen Fakt hier loswerden, der anscheinend völlig ignoriert wird. Der Schienenpersonennahverkehr, der SPNV, das ist übrigens auch vom Gutachter so im Ausschuss gesagt worden, ist per Definition ein Massentransportmittel und spielt seine Stärken vor allem auf längeren Strecken aus. Der SPNV in Mecklenburg-Vorpommern ist also vor allem auf den Hauptstrecken besonders effizient. Das kann man nicht politisch diskutieren, das ist einfach eine Tatsache. Das kriegt man nicht wegdiskutiert. Das heißt also, zum Beispiel auf den Strecken zwischen Hamburg, Rostock und Stralsund, zwischen Rostock und Berlin, aber auch zwischen Stralsund und Berlin spielt der SPNV seine Stärken massiv aus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sieht man beim Brandenburger Bahnhof.)

Auf anderen Strecken müssen wir uns die Bedingungen immer sehr genau anschauen. Wir müssen vor allem auch beim SPNV die Finanzierung strukturell – strukturell, sage ich Ihnen noch mal deutlich – auf eine solidere Grundlage stellen.

Und auch hier möchte ich mal eine Information abgeben, die in Debatten, die auch in Kreistagen ja schon zum Teil waren, aber auch noch anstehen, überhaupt gar keine Rolle spielt, meine Damen und Herren: Der Einsatz des Buses – und der Bus ist nicht der stinkende klappernde Bus,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sind eher die klappernden Züge.)

den manche hier vielleicht aus psychologischen Gründen immer so darstellen, sondern wir reden hier von dem modernen Bus mit moderner Antriebstechnologie –, dieser Bus kostet, wenn wir ihn bezahlen müssen als Land, und das tun wir an vielen Stellen, 2,05 Euro, während in der Regel die nicht elektrifizierten Strecken gerade im SPNV im Land mit Diesellokomotiven betrieben werden. Die kosten uns zwischen 9 und 12 Euro. 2 Euro und 9 und 12 Euro, das heißt, es ist legitim aus meiner Sicht, dass wir das Thema Bus und Bahn aufgreifen. Es gab mal einen Minister hier im Land ganz zu Anfang nach der Wende, der hat immer ein Wort benutzt, das war das Einzige, was ich mit ihm politisch geteilt habe: Bahn und Bus aus einem Guss. Ich sage Ihnen, da ist sehr viel dran, und das werden wir auch weiter so verfolgen.

Meine Damen und Herren, unrentable Strecken mit geringer, oft äußerst geringer Nachfrage, fehlendem Entwicklungspotenzial und schlechtem Zustand der Infrastruktur werden wir auch weiterhin infrage stellen.

Wir wissen es nicht, vielleicht wissen Sie mehr, keine Ahnung, das scheint ja manchmal so der Fall zu sein: Wie viele Regionalisierungsmittel haben wir denn tatsächlich noch ab 2015 zur Verfügung? Das wissen wir nicht. Wir stellen uns lieber darauf ein, dass das, wenn es gut läuft, so bleibt, wie es jetzt ist. Wenn wir Pech haben, werden die sogar noch reduziert, meine Damen und Herren, denn da gibt es einen Verteilungskampf. Haben wir ja auch schon mal diskutiert.

Jetzt wird ja versucht, auch unserem Ministerium, meinem Ministerium immer vorzuhalten, ja, dieses Gutachten auch von dieser Kollegin Bürgermeisterin massiv kritisiert und von einem Unternehmen, das im Bahnbereich selbst Aktivitäten hat -, dieses Gutachten wird immer so infrage gestellt, als wenn das nichts Halbes und nichts Ganzes wäre. Meine Damen und Herren, also auch das noch mal zur Klarstellung: Dieses Gutachten ist im Auftrag der beiden betroffenen Landkreise erstellt worden, natürlich in Absprache und Abstimmung mit uns, aber es ist nicht mein Gutachten und nicht unser Gutachten, sondern es ist das Gutachten im Auftrag der beiden Landkreise. Wir haben es bezahlt, damit die Landkreise ein solches Gutachten erstellen können. Meine Damen und Herren, es ist aus meiner Sicht ein Stück weit unredlich, wenn Ergebnisse nicht so aussehen, wie man sie haben möchte, dann stellt man das ganze Gutachten infrage. Das halte ich für eine Methode, die passt an dieser Stelle nicht.

Ich zitiere aus diesem Gutachten, weil ich denke, dass wir hier eine sehr gute Grundlage für das, was zu entscheiden ist, haben. Auf Seite 31 wird festgestellt, dass bei der Betrachtung der strukturellen Rahmenbedingungen Folgendes festzustellen ist, dass in allen Bereichen – Einwohner, Pendler und Schülerzahlen – geringste Basiswerte vorhanden sind und aufgrund der vorliegenden Prognosen keine Verbesserung dieser Werte zu erwarten ist, und außerdem sind die zu erwartenden Verlagerungspotenziale auf den Schienenverkehr als mäßig einzustufen.

Als ungünstig anzusehen ist die Tatsache, dass der einwohnerstarke Ort Plau am See mit circa 6.100 Einwohnern nicht an die Mecklenburgische Südbahn angebunden ist. Das war ja so eine durchgängige Forderung

von Frau Schwenke. Der Gutachter - und nicht nur der Gutachter - beziffert die Kosten eines Vollausbaus des Abschnitts zwischen Parchim und Waren auf 80 Kilometer in der Stunde, das wurde ja gerade gesagt, mit rund 47,5 Millionen Euro, damit der Zug dort 80 anstatt 60 zukünftig fahren kann - auf diesem kleinen Stück 47,5 Millionen Euro, und das bei der Gesamtsituation, meine Damen und Herren, über die wir reden. Zurzeit zahlt man 10,5 Millionen Euro für die erbrachten Leistungen. Das sind - auch das noch mal ins Stammbuch aller, die so leichtfertig davon reden, das ist doch alles kein Problem, das kann doch alles so weiterlaufen, wie bisher -, das sind 26 Euro Zuschuss für jede Fahrkarte. Die durchschnittliche Reiseweite auf dieser Strecke beträgt gerade einmal knapp 28 Kilometer. Und da, meine Damen und Herren, muss ich Ihnen sagen, die Auslastung ist definitiv zu gering, das ist schlicht und einfach ein Fakt. Da kann man auch politisch gar nicht drum herumdiskutieren.

Und ich sage Ihnen auch etwas, was vielen nicht gefallen mag: Die Südbahn in ihrer bisherigen Form, wie sie bestanden hat, wird eben überwiegend, und zwar massiv überwiegend dazu benutzt, Nahziele zu erreichen. Sie ist nicht relevant für Pendler, die von Ludwigslust oder Parchim bis nach Waren oder Neustrelitz durchfahren wollen. Es gibt da Ausnahmen, ich kenne einige, auch hier aus dem Hohen Hause, die dort gefahren sind und fahren, aber trotzdem, das kann nicht für uns die Entscheidungsgrundlage sein.

Meine Damen und Herren, in den Gemeinden entlang der Strecke haben wir festzustellen, dass wir erheblich rückläufige Bevölkerungszahlen haben. Zwischen 2000 und 2011 ist die Zahl der Menschen in den Kommunen entlang dieser jetzigen Südbahn um circa zehn Prozent zurückgegangen.

Das alles, meine Damen und Herren, sind keine, keine geeigneten Rahmenbedingungen, um das alte Angebot auf der gesamten Strecke in der Form aufrechtzuerhalten. Wir müssen die knappen Mittel dort einsetzen, wo wir mit ihnen das meiste erreichen, und dazu gibt es durchaus Möglichkeiten und Bedarfe. Zum Beispiel, meine Damen und Herren, auch das mag der eine oder andere hier nicht hören, auf Hauptstrecken Taktverdichtungen oder Spätverbindungen nach Hamburg oder Berlin, das alles wird ein Thema sein müssen im integrierten Landesverkehrsplan. Das ist im Grunde genommen die Basis für das, was wir für die Zukunft wollen im integrierten Landesverkehrsplan.

Und es wird in allen Teilen des Landes auch zukünftig ein angemessenes – das wird in der Regel immer völlig unterschiedlich interpretiert, je nachdem, ob man gerade Opposition ist oder nicht, das ist so, da muss man mit leben –, aber auch ein ökonomisch und ökologisch vernünftiges Verkehrsangebot geben. Und ökologisch, meine Damen und Herren, auch das tut mir leid, manchmal ist der Bus oder relativ oft ist der Bus ökologisch sinnvoller einsetzbar als die Bahn. Das ist schlicht und einfach so, es sei denn, wir würden im Lotto gewinnen und das gesamte Land auf einen Schlag elektrifizieren im Bereich der Bahn. Das wäre natürlich eine tolle Maßnahme, aber es ist eine völlige Illusion.

Meine Damen und Herren, ich will noch mal deutlich sagen: Es wird hier in diesem Land niemand abgehängt. Für die Erreichbarkeit der kleinen Gemeinden und der Dörfer spielt der Bus zukünftig noch eine viel zentralere Rolle. Mit ihm kann man Zubringerdienste in die Mittelund Oberzentren organisieren oder einen Übergang zur Bahn oder zu einer überörtlichen Schnellbuslinie organisieren. Oder wir werden, das wird ja heute noch mal diskutiert, sinnvoll den Radverkehr mit einbinden müssen, und das tun wir. Wir sind da auf gutem Wege.

Meine Damen und Herren, auch das ist ein Ergebnis der Anhörung: Die Mecklenburgische Südbahn wird nicht insgesamt eingestellt. Es wird ab 2015 weiterhin zwischen Hagenow und Parchim Bahnverkehr geben, meine Damen und Herren. Ferner wird es Bahnverkehr geben zwischen Malchow und Waren. Hier schaffen wir eine sogenannte Müritz-Bahn. Zwischen Waren und Neustrelitz, meine Damen und Herren, besteht ohnehin eine zweistündige Verbindung in Richtung Berlin und Rostock. Auf der restlichen Strecke zwischen Parchim und Malchow wird ein flexibles Bussystem eingesetzt. Dabei wird Plau am See erstmals neu in das Gesamtstreckennetz mit eingebunden.

Und noch mal zum Ernstnehmen des Parlaments: Vor der Anhörung im Verkehrsausschuss gingen wir als Ministerium davon aus, ging ich davon aus, dass die Müritz-Bahn zum Beispiel nur in der Saison verkehren wird. Im Ergebnis der Beratungen im Ausschuss habe ich dann entschieden, dass die SPNV-Leistungen zwischen Malchow und Waren ganzjährig bestellt werden, weil das eine der wichtigen Forderungen war, insbesondere auch der Anzuhörenden.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Rudolf Borchert, SPD: Das ist eine gute Lösung.)

Oh Gott, oh Gott, jetzt muss ich was falsch gemacht haben. Ein Teil der Opposition hat applaudiert.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, Sie haben mal was Richtiges gemacht, aber das ist noch nicht vollständig. – Rainer Albrecht, SPD: Er ist noch nicht fertig. – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Okay.

Die Müritz-Bahn, meine Damen und Herren, wird Malchow und Neustrelitz verbinden mit Umsteigen in Waren. Vorgesehen sind sechs Fahrten in jede Richtung. Das ist eine Größenordnung, das würden sich manch andere Ecken wünschen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Weitere Einzelheiten, die bedürfen natürlich – logischerweise – der näheren Ausarbeitung. Ich bin zuversichtlich, dass das für die Region Waren/Malchow ein sehr attraktives Angebot ist. Wir werden Busverkehr zwischen Parchim und Malchow als SPNV-Ersatzverkehr vom zuständigen Aufgabenträger weiter beibehalten beziehungsweise einsetzen. Und ich sage Ihnen sehr deutlich, das haben viele Gespräche gezeigt, die Einbindung von Plau jetzt in dieses Streckennetz ist von großem, bedeutendem Vorteil.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Das muss man schlicht und einfach mal konstatieren, ob man das mag oder nicht.

Auch eine andere, ich sage mal, mehr so eine ein bisschen suggestive, populistische Äußerung, also da können ja die ganzen Menschen mit Behinderungen nicht mehr mitfahren, und, und, meine Damen und Herren, völliger Nonsens, Unsinn.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und was ist mit den Fahrradfahrern?)

Komme ich dazu, Kollege Holter.

Es werden natürlich, meine Damen und Herren, komfortable barrierefreie Busse zum Einsatz kommen, die auch Fahrräder mitnehmen werden können.

(Rudolf Borchert, SPD: Selbstverständlich.)

Wie viel in welcher Größenordnung, kann ich jetzt nicht sagen, da bin ich nun nicht der Spezialist und Technologe, aber das ist garantiert. Und was mir ganz besonders wichtig ist, wir prüfen gerade, inwieweit hier neue, ökologische Antriebsformen – das habe ich hier in den letzten Jahren mehrfach betont – tatsächlich zum Einsatz kommen

(Rudolf Borchert, SPD: Sehr gut.)

Und leider ist die Technologie noch nicht so serienreif, dass die Wasserstoffbusse, die ich mir immer gewünscht habe, schon zum Einsatz kommen können. Aber wir werden Erdgasbusse hier einsetzen, meine Damen und Herren, und damit schlagen wir jede Diesellok, jede, und da können Sie nehmen, welche Sie wollen, weltweit, total aus dem Feld, meine Damen und Herren. Das werden wir tun. Und wir als Land tragen dafür logischerweise, das ist auch rechtlich so festgelegt, die Kosten für diesen Ersatzverkehr. Wir gestalten also das Verkehrsangebot nicht schlechter, wir gestalten es mit anderen oder in einer Mixtur mit anderen Verkehrsträgern und damit günstiger, aber vor allem auch flexibler und ökologisch deutlich sinnvoller, als das in der Vergangenheit passiert ist, meine Damen und Herren.

Klar ist allerdings auch, und dafür hält man als Politiker dann seinen Rücken hin, er ist ja auch breit genug, wir werden nicht alle Wünsche erfüllen können. Das ist logisch, das ist einfach so. Wir werden uns aber auch nicht wegducken. Und wir werden, so, wie wir es bisher praktiziert haben, bei der Ausarbeitung des darauf basierenden Betriebskonzeptes wieder alle Akteure mit einbeziehen, und zwar vertrauensvoll. Wir nehmen es auch nicht krumm, wenn man dann anschließend in der Öffentlichkeit etwas anderes erzählt als in den Beratungen. Auch damit muss man dann leben. Wir werden es trotzdem so machen, weil wir davon ausgehen, wir müssen es mit dem Buskonzept, das ist nämlich die große Herausforderung, hinbekommen, eine sinnvolle Verknüpfung zu den fahrenden Verkehren herzustellen.

Und ich möchte noch einmal betonen: All das gilt auch – auch, Sie haben ja meine Staatssekretärin zitiert, die absolut recht hat, aber trotzdem –, natürlich gilt auch das vor dem Hintergrund, wir wollen und wir müssen zusehen, dass Mecklenburg-Vorpommern finanziell auf eigenen Beinen steht und die Dinge, die so anfallen, mit dem Geld, was wir haben, auch reguliert bekommt, und nichts

anderes. Wir werden also weiter mit den begrenzten Mitteln sehr sorgsam umgehen und sparsam umgehen. Wir werden es nicht für unwirtschaftliche Maßnahmen ausgeben. Letztendlich kommt es darauf an, und daran lasse ich mich dann messen – daran und nur daran –, dass wir überall ein angemessenes Mobilitätsangebot machen, das bezahlbar ist, das ökologisch und ökonomisch vernünftig und total ausgewogen ist. Dafür trete ich ein. Unabhängig davon, auch das sage ich hier mit ganzem Ernst, unabhängig davon, ob das auf der Schiene passiert, auf der Straße passiert oder auf dem Radweg passiert, es muss ökologisch, ökonomisch sinnvoll sein. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Der Minister hat seine Redezeit um zehn Minuten überzogen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zehn Minuten?! He!)

Diese Zeit steht den Oppositionsparteien in der Aussprache zusätzlich zur Verfügung.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Eifler von der CDU-Fraktion.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal, Herr Minister Schlotmann, vielen herzlichen Dank dafür, dass Sie zur Versachlichung dieses sehr ernsthaften Themas beigetragen haben. Man kann das ja emotional betreiben und auch debattieren, dieses Thema. Es geht um infrastrukturelle Veränderungen in unserem Land und das macht die Ernsthaftigkeit dieses Themas auch klar.

In vielen Debatten und vielen Sitzungen des Landtages haben wir uns mit der Entwicklung in dem Land auseinandergesetzt. Wir sprechen über die Veränderungen in der Demografie unseres Landes. In Bezug auf die verkehrliche Infrastruktur stellt das schon die Frage: Wie entwickeln sich Fahrgastzahlen? Unzureichende Auslastung von den unterschiedlichen Fahrverbindungen, finanzielle Realitäten werden genannt.

Ich will an dieser Stelle das aufgreifen, Herr Minister, was Sie zum Ende gesagt haben, zu dem Mobilitätskonzept. Es muss ökologisch, es muss ökonomisch sinnvoll sein und, das ist ganz wichtig, es muss bezahlbar sein. Deshalb stellt sich schon die Frage zu dem Erhalt des Schienenpersonennahverkehrs in unserem Land und in der Fläche, dass der gewährleistet werden muss. Aber tatsächlich um jeden Preis? Ja, öffentliche Mobilität in unserem Land, in dem ländlichen Raum muss erhalten bleiben. Und, meine Damen und Herren, genau deshalb haben sich die Koalitionäre unter dem Punkt 101 der Koalitionsvereinbarung dazu bekannt, dass ein bedarfsgerechter Schienenpersonennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern gesichert wird.

Gerade die aktuellen Diskussionen hinsichtlich der Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs im Bereich der sogenannten Südbahn führen verständlicherweise bei den Anwohnern zu Verunsicherungen. Klar ist aber auch, dass die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Landkreisen Mecklenburgische Seenplatte und

Ludwigslust-Parchim ein Verkehrskonzept für die Region erarbeitet. Der Minister ist ausführlich darauf eingegangen. Wir haben uns im Verkehrsausschuss damit befasst, wir haben das Gutachten zugrunde gelegt. Und, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, es ist ein Stück weit unverständlich, diesen Antrag so hier einzureichen, den Anschein zu erwecken, aufseiten der Ausschussarbeit und in der Regierung wird daran nicht gearbeitet. Dem ist ja nicht so.

Wie gesagt, ich kann also nur noch einmal darauf verweisen, das, was der Minister in seinen Ausführungen hatte und eben auch auf die Reaktionen in der Anhörung, die im Ausschuss stattgefunden hat, dass man sich zu Veränderungen des ursprünglichen Konzeptes auch noch entschieden hat, und das ist genau die Wirkung, die von so einer Anhörung ausgeht, dass man also auf die Belange auch eingehen muss.

Dass es hier immer Kompromisse geben muss, das dürfte wohl allen Beteiligten klar sein. Gerade aufgrund der Tatsache, dass sich am 25. September – ich gehe noch mal auf die Anhörung ein – der zuständige Ausschuss mit der Thematik befasste, wird deutlich, meine Damen und Herren, dass man den vorliegenden Antrag als Schaufensterantrag bezeichnen könnte. Schon im Ausschuss wurde deutlich, dass als Grundlage für eine endgültige Entscheidung ein umfassendes Gutachten dient, welches die einzelnen Varianten aus Sicht der Mobilität und Anbindung, aber auch der Finanzierung beleuchtet.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Und das lag vorher nicht vor?)

Hierbei stellt sich die Frage, inwieweit Fahrgastzahlen im Bereich der Südbahn eine Bestellung der Leistung auf der gesamten Strecke rechtfertigen. Zugleich werden Optionen geprüft, ob eine komplette Weiterbedienung der Strecke oder eine kombinierte Bedienung durch Bahn und Bus oder eine vollständige Bedienung der Strecke durch ein alternatives System gerechtfertigt ist. Auch hierauf hat der Minister ausführlich eine Antwort gegeben.

Nach dem vorliegenden Gutachten, was wir im Ausschuss vorgetragen bekommen haben, ist schon heute klar, dass die Weiterbedienung der Südbahn auf dem heutigen Niveau – und das, Frau Dr. Schwenke, bedeutet, noch nicht mal so ausgebaut, wie Sie es gefordert haben, von 60 Kilometer pro Stunde Reisegeschwindigkeit auf 80 Kilometer pro Stunde Reisegeschwindigkeit, ich habe die Zahl nicht mehr genau im Ohr, aber es waren um die 40 Millionen, was dieser Ausbau an Aufwendungen, an Kosten verursachen würde –, dieser Weiterbetrieb auf dem heutigen Niveau circa 10,5 Millionen Euro kostet.

Ich will auch noch mal die Kosten für die Streckenkilometer hier benennen, die hatte der Herr Minister auch genannt, und zwar: Wenn wir Busse fahren lassen, sind es etwa 2 Euro je Kilometer, und wenn die Bahnstrecke betrieben wird, sind es zwischen 9 und 12 Euro, damit das noch mal deutlich wird, welche finanziellen Dimensionen das ausmacht. Alternative Angebote würden nach Aussagen des Gutachtens jährlich Kosten zwischen 1,5 bis 8 Millionen Euro nach sich ziehen. Wenn auch die Unterhaltung der Straßen im Gutachten vernachlässigt wurde, muss die Kostendifferenz im Sinne des verantwortungsvollen Umgangs mit Steuergeldern bei der künftigen Ausgestaltung des Verkehrskonzeptes Mecklen-

burgische Südbahn eine ausreichende Berücksichtigung finden

Sehr geehrte Damen und Herren, meine Fraktion spricht sich eindeutig für den Erhalt der Mobilität im ländlichen Raum aus, dennoch darf es hier keine Dogmen geben. Vielmehr ist es notwendig, sachliche Entscheidungen auf Grundlage von Fakten und Daten zu treffen, die zum einen die Mobilität der Bürger und zum anderen einen sogenannten sorgsamen Umgang mit Haushaltsmitteln gewährleistet. Derzeit befinden wir uns mitten im Verfahren. Seitens der Landesregierung wird in Zusammenarbeit mit den Landkreisen geprüft, welche die beste Alternative zum Erhalt der Mobilität vor Ort ist. Deshalb hätte es des Antrages der Fraktion DIE LINKE nicht bedurft. Aus diesem Grund wird meine Fraktion den Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am Anfang möchte ich natürlich auch eine kurze Kritik äußern. Wenn wir gemeinsam die Anhörung zur Südbahn im Ausschuss beantragen und durchführen, fände ich es auch fair, wenn wir dann versuchen, uns abzustimmen, ob wir auch gemeinsam einen solchen Antrag stellen können.

(Zuruf aus dem Plenum: Uh!)

Es war deutlich, dass wir an diesem Anliegen ein gemeinsames großes Interesse haben. Nichtsdestotrotz, vielleicht gibt uns das die Chance, außerhalb der gedrängten Haushaltsdebatte dieses sehr wichtige Thema zur Sprache zu bringen. Wir werden diesem Antrag zustimmen, und das nicht deswegen, weil wir die Argumentation des Ministers für falsch halten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich will kurz erklären, wie wir zu einer solchen Einschätzung kommen können. Es ist richtig, dass wir erheblich in diese Strecke investieren müssten – die Zahl ist genannt worden, über 47 Millionen Euro –, um einen wirklich attraktiven Bahnverkehr auf dieser Strecke herzustellen. Es ist richtig, dass der Bus um Größenordnungen preiswerter ist, als mit der Bahn zu fahren. Und es ist auch richtig, dass die derzeitigen Fahrgastzahlen eher für einen Bus sprechen als für die Bahn. All diese Punkte werden nicht bestritten. Es ist sogar richtig, dass Plau am See profitieren wird von der Umstellung auf den Busverkehr, weil sie bisher durch die Bahn nicht ausreichend angebunden werden können. Die Bahnstrecke liegt da halt nicht.

Wenn wir trotzdem zu einer anderen Erkenntnis kommen, dann kommen wir zu dieser Erkenntnis aufgrund des Gutachtens. Das Gutachten hat unter Punkt 2.1 die strukturellen Rahmenbedingungen aufgeführt. Und ich kann allen nur noch mal sehr empfehlen, sich das ans Herz zu legen. Dort wird aufgeführt, wie stark der Bevölkerungsrückgang in dieser Region ist. Im Durchschnitt ist die Bevölkerung um fast zehn Prozent zurückgegangen

zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2011. Also in einer wirklich überschaubar knappen Zeit geht die Bevölkerung massivst dort zurück.

Der Gutachter und auch die Landesregierung ziehen natürlich daraus den Schluss, wo keine erheblichen Fahrgastzahlen mehr vorhanden sind, und die Tendenz ist ja offensichtlich eindeutig, die Bevölkerung zieht weg aus den Regionen, brauchen wir das Massenverkehrsmittel Bahn nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Stimmt auch nicht.)

Und für die Menschen, die dort noch sind, ist der Bus durchaus attraktiv. Der Bus kann mit alternativen Antriebsarten ausgerüstet werden, Fahrräder können mitgenommen werden. Der Bus ist im Einzelfall sogar ökologischer als die Bahn, was auf Versäumnisse der Bahn vor allen Dingen zurückzuführen ist, denn man hätte durchaus was machen können.

Wenn wir also sagen, die Südbahn soll trotzdem erhalten werden, und zwar auf der gesamten Strecke, dann ist das für uns ein Bekenntnis zu einer Region. Warum ist das anders als mit dem Busverkehr? Den Busverkehr, und das ist sein Vorteil und der gleichzeitige Nachteil für die Menschen vor Ort, kann flexibel umstrukturiert werden, kann genau die Orte anfahren, die jetzt gebraucht werden, und die können genauso schnell wieder abbestellt werden. Das führt für Menschen, die langfristige Entscheidungen treffen müssen, wo siedle ich mich als Familie an, wo baue ich mein Haus, wo erhalte ich mein Haus, wo gehe ich, wenn ich älter werde, hin, dazu, dass das Unsicherheit bedeutet. Denn ich weiß nie, ob nicht die Kinderzahlen wegbrechen, deswegen der Schülerverkehr wegbricht, deswegen für mich als alter Mensch in dieser Region, in bestimmten Orten dann kaum noch öffentlicher Personennahverkehr existiert, weil der Bus eben sehr flexibel ist und einfach abbestellt werden kann, wenn die notwendigen Zahlen nicht mehr vorhanden sind.

Die Bahn, und das ist ihr Nachteil, mit den erheblichen Investitionen bedeutet praktisch, dass sich das Land zu dieser Strecke und zu diesem Entwicklungskorridor bekennt und sagt: Dauerhaft wollen wir den erhalten, wir nehmen richtig Geld in die Hand. Und das ist quasi wie so ein Nukleus für eine spätere Entwicklung, wenn wir demografisch immer weiter gesundschrumpfen,

(Udo Pastörs, NPD: Ich glaube, Sie sind krank.)

oder schrumpfen, nicht gesundschrumpfen. Gesundschrumpfen ist Quatsch, völliger Quatsch,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

da haben Sie ausnahmsweise mal recht, aber wir schrumpfen, das können wir im Moment nur sehr schwer aufhalten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber wir brauchen eine Region, wo klar ist, wenn ich dort hinziehe, wenn ich dort mein Haus baue, wenn ich dort mit meiner Familie wohne, bin ich dauerhaft abgesichert durch einen sehr attraktiven und guten Personennahverkehr. Und deswegen, glaube ich, ist die Bahn ganz klar die richtige Entscheidung. Ich möchte auch deutlich die Kreistage kritisieren, denn das, was ich mitbekommen habe, ist, dass die Kreistage sich zwar klar und deutlich zur Südbahn bekannt haben, im Konkreten, beim Schülerverkehr, allerdings kaum etwas geleistet haben, um zu sagen, der Schülerverkehr muss so organisiert werden, dass die Schüler im Wesentlichen mit der Bahn fahren. Sondern dort haben sich die Busunternehmen durchgesetzt, zumal die Kreise auch an den Busunternehmen direkt beteiligt sind, die gesagt haben, das organisieren wir lieber selber, denn ansonsten sind ja dann unsere Busverkehre defizitär.

Ich möchte deutlich die Bahn kritisieren.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das kann man sicherlich nicht für die Jahre vor 1989 tun, da ist allgemein Investitionsstau angesagt gewesen. Dieser Investitionsstau auf der Strecke ist schon relativ lange, deswegen jetzt die hohe Investitionssumme. Aber spätestens ab 1990 hätte die Bahn anders mit der Strecke umgehen können. Man hat die Bestellung gerne entgegengenommen, man hat dort kaum investiert und die Folge ist völlig logisch: Jetzt haben wir einen derartig massiven Investitionsstau, dass es natürlich durchaus ein wichtiges Argument ist zu sagen, das würden wir uns gerne sparen, lasst uns doch einfach die Strecke da zumindest eindampfen, damit wir diese Kosten nicht haben.

Ich sehe durchaus Möglichkeiten, mit Mitteln, die das Land zur Verfügung gestellt bekommt, auch diese Strecke zu erhalten, auch diese 47 Millionen zu bezahlen. Ich möchte nur ein konkretes Beispiel nennen dafür. Wenn ich sehe, dass im neuen Bundesverkehrswegeplan die Kreuzung A 14/A 20, wo es bereits ein Autobahnkreuz gibt, mit der Begründung für 20 Millionen angemeldet wird, man wolle eine kleine Abkürzung für Autofahrer haben, weil es doch logisch sei, sie könnten besser dann nach rechts nach Rostock abbiegen, freue ich mich als Autofahrer darüber. Nur die Investition ist völlig sinnlos, wenn ich sehe, dass uns diese Mittel genau bei der Südbahn fehlen könnten.

Deswegen von unserer Fraktion trotz der richtigen Analyse, die auch das Verkehrsministerium ja gemacht hat, kommen wir zu diesem anderen Schluss und sagen: Das ist das Rückgrat dieser Region, das ist ein dauerhaftes Bekenntnis des Landes zu dieser Region und deswegen brauchen wir die Strecke dringend und deswegen sind auch die Kreistage, Bürgermeister und Bürgermeisterinnen an dieser Stelle gut beraten, mit dem Land in Verhandlungen zu treten und zu sagen, was können wir als Anlieger mit zur Finanzierung dieser Strecke beitragen.

Wir hatten bei uns in der Fraktion Unternehmen zu Gast, die sich mit der Elektrifizierung solcher Strecken befassen, die auch nicht nur die Elektrifizierung für den Bahnverkehr wollen, weil natürlich klar ist, bei den wenigen Zügen wird das schwierig, die Elektrifizierung zu bezahlen, sondern die gesagt haben, für das Thema "Ausbau erneuerbarer Energien" werden dringend Netze gebraucht. Sie schlagen eine Mischfinanzierung vor, wo sie sagen, da legen wir mehrere 110-KV-Trassen zum Teil in den Bahnkörper, zum Teil aber auch einfach für die Stromtrasse rein und sind damit in der Lage, erstens die Elektrifizierung zu bezahlen und zweitens den notwendigen Netzausbau in der Region voranzutreiben. Solche Projekte müssten zumindest geprüft werden.

Unser großes Problem ist tatsächlich – wir werden das ja auch machen und DIE LINKE macht es auch –, wir werden Anträge für den Landeshaushalt stellen, dass wir die Mittel für das Jahr 2015 entsprechend wieder aufgestockt haben wollen. Für mich ist dabei auch ein wichtiges Signal von Frau Ulbrich, der Staatssekretärin, die gesagt hat, die Finanzgründe sind nicht die entscheidenden Gründe gewesen. Das bitte ich zu berücksichtigen.

Wenn die Finanzgründe nicht die entscheidenden sind, sondern man sagt, das hat was mit unserem Konzept zu tun, wie wir eine Region oder wie wir den öffentlichen Personennahverkehr entwickeln wollen, dann, glaube ich, ist es richtig zu sagen, wir können das noch mal überdenken. Das ist wichtig für den gesamten Südabschnitt unseres Bundeslandes und wir sollten da noch mal zu einer anderen Einschätzung kommen. Deswegen habe ich auch geklatscht bei Ihnen, Herr Minister, weil Sie ja gezeigt haben, es geht in die richtige Richtung. Sie haben bestimmte Streckenabschnitte mit einbezogen. Ich glaube, wenn sich alle noch mal an einen Tisch setzen, wird es möglich sein, diese Strecke wieder instand zu setzen und dann auch dauerhaft diesen SPNV an dieser Strecke wieder zu bestellen und zu betreiben. - Ich danke Ihnen.

> (Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt nicht die Zahlen noch mal wiederholen, die der Minister hier ausgeführt hat und die der Kollege Eifler auch noch mal angesprochen hat. Gestatten Sie mir, vielleicht auf zwei Punkte einzugehen. Das hängt auch ein bisschen damit zusammen, dass wir heute Nachmittag vor dem Hintergrund des Antrages der Koalitionsfraktionen zum Thema Verkehrspolitik, Verkehrswende ja ähnliche Fragen wahrscheinlich noch mal diskutieren werden. Ich glaube, dass das Beispiel Südbahn explizites Beispiel dafür ist, wie wir uns eigentlich mit der Verkehrspolitik in diesem Lande auseinandersetzen müssen. Lassen Sie mich am Anfang zwei Kernaussagen aus der vorherigen Debatte herausgreifen.

Die eine Aussage ist von Ihnen gekommen, Herr Kollege Jaeger, dass die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs, also sowohl des SPNV, des ÖPNV und sonstiger ÖPNV, in diesem Land gesteigert werden muss. Die zweite Aussage ist von Ihnen gekommen, Frau Kollegin Schwenke, dass die Südbahn aus wirtschaftlicher Sicht kaum wegzudenken wäre. Ich glaube, das waren Ihre Worte.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Entwicklungsstrategischer.)

Oder aus entwicklungsstrategischer Sicht.

Das Problem ist im Endeffekt – und deswegen passt es auch so gut zusammen mit dem Antrag heute Nachmittag –, das Problem im Endeffekt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist, es wird jetzt bei der Debatte um die Südbahn ein einzelnes Netz aus einem Gesamtverkehrssystem herausgegriffen und dieses einzelne Netz wird mit Argumenten, die für ein Gesamtsystem in die-

sem Land sicherlich richtig sind, als erhaltenswert charakterisiert. Lassen Sie mich vielleicht auch deutlich machen, wieso ich das so sehe und was ich damit meine.

Natürlich muss – und da komme ich zu Ihnen, Herr Jaeger –, natürlich muss die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs in diesem Land gesteigert werden. Ich möchte jetzt nicht auf die ganzen Argumente eingehen, die ich eigentlich für meinen Redebeitrag dann heute Nachmittag vorgesehen habe, aber ein, zwei Sätze dazu: Wenn wir tatsächlich mehr Leute im öffentlichen Verkehr haben wollen – und ich halte das für erforderlich –, dann müssen wir die Attraktivität steigern und da müssen wir sicherlich auch die Attraktivität im ländlichen Raum steigern, weil es nützt nichts, das nur auf die Städte Schwerin, Rostock oder Neubrandenburg, vielleicht auch noch einige andere auszuweiten. Das ist der andere Punkt, Frau Kollegin Schwenke.

Dann müssen wir uns natürlich, wenn wir die Attraktivität steigern wollen, immer fragen: Was ist die bestmögliche Lösung, und zwar nicht die bestmögliche Lösung vor dem Hintergrund, was alles wünschenswert wäre, sondern das, was tatsächlich machbar ist in einem Gesamtkonzept öffentlicher Verkehr? Was kann gemacht werden? Dann wird man auch zu dem Ergebnis kommen und das wird für die eine oder andere Region dann tatsächlich auch vielleicht erst mal im ersten Moment schwer zu verstehen sein, das will ich gar nicht bestreiten -, dann wird man auch dazu kommen müssen, dass nicht jedes Verkehrsmittel für jede Region die optimale Lösung ist. Man wird Strecken haben, da wird man darüber nachdenken müssen, ob man innerhalb eines Systems Schienenverkehr das System optimieren kann. Und dann wird man andere Strecken haben, da wird man bisherigen Schienenverkehr durch Busverkehre ersetzen müssen, möglichst ökologisch, möglichst kundenfreundlich. Und dann wird man möglicherweise auch Strecken haben, wo heute kein Schienenverkehr ist, wo man darüber nachdenken kann, ob man die Vertaktung, wenn da Schienenverkehr ist, die Vertaktung erhöht. Ich kann mir sogar vorstellen, wenn Effizienzpotenziale, die sicherlich innerhalb des Gesamtsystems vorhanden sind, wenn man die in den nächsten Jahren hebt - und das ist ein längerfristiger Prozess, das hängt einfach, Herr Kollege Jaeger, Sie haben es eben angesprochen, teilweise auch mit den Vertragslaufzeiten zusammen -, dann wird man über die nächsten 10, 15 Jahre möglicherweise auch Mittel innerhalb des bestehenden Systems heben können, um zusätzliche Leistungen für die Verbraucher oder für die Kunden generieren zu können.

Aber was auf keinen Fall funktionieren wird, ist, jetzt ad hoc zu sagen, wir greifen uns aus dem Gesamtsystem öffentlicher Verkehr hier in Mecklenburg-Vorpommern nach und nach jeweils eine bestimmte Teilstrecke heraus und sagen dann für diese Teilstrecke, vor dem Hintergrund dieser Teilstrecke, es muss alles bleiben, wie es war.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das hat niemand gesagt. – Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Es muss besser werden.)

Das wird nicht gehen.

Frau Kollegin Schwenke, Herr Kollege Jaeger, lassen Sie mich das zu Ende führen.

Es muss so bleiben, wie es war – zum Besserwerden, da kommen wir gleich noch zu –, das bedeutet erst mal, dass aus den bestehenden Regionalisierungsmitteln, aus den bestehenden finanziellen Möglichkeiten, und selbst wenn ich Landesmittel dazunehme, wo ich mir bei den Landesmitteln immer noch überlegen muss, wo nehme ich sie dann hier, weil auch die sind endlich.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

wo nehme ich dieses Geld woanders weg. Das ist eine Auffassung, die ich übrigens nicht heute hier zum ersten Mal vertrete.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Deswegen habe ich ein konkretes Beispiel vorgetragen.)

Diese Diskussion haben wir auch schon mal, und da gibt es durchaus unterschiedliche Auffassungen in diesem Land, zum Beispiel vor dem Hintergrund der Darßbahn geführt.

Und dann kommen wir zu dem zweiten Punkt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man denn ein Gesamtsystem Verkehr - und da gehört der SPNV dazu, da gehört der sonstige ÖPNV dazu -, wenn man das tatsächlich angehen will, dann kann man das nur in seiner Gesamtheit angehen. Sie haben es, Herr Kollege Jaeger, selber in einem Punkt deutlich gemacht, die Frage ist der Schülerverkehr. Das wird auch in diesem Gutachten deutlich. Wir haben heute - und das ist ein wichtiger Punkt auch im Zusammenhang mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen heute Nachmittag -, wir haben heute ein System, das getrennt ist. Wir haben auf der einen Seite den SPNV, der vom Aufgabenträger Land finanziert wird aus den Regionalisierungsmitteln, und wir haben auf der anderen Seite den sonstigen ÖPNV, der, um es vereinfacht auszudrücken, vom kommunalen Aufgabenträger finanziert wird. Das ist nicht ganz korrekt, aber vom Grundsatz her ist die Zielrichtung so.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben einfach innerhalb dieser getrennten Strukturen Konkurrenzen. Das ist genau der Punkt, den Sie angesprochen haben, Herr Kollege Jaeger. Wenn ich ein kreisliches Verkehrsunternehmen, ein kreisliches Busunternehmen habe, dann werde ich dieses Busunternehmen nie dazu bringen zu sagen, ich verzichte darauf, dass diese Schüler nicht in Zukunft mehr mit meinem Bus transportiert werden, sondern die sollen mit der Bahn transportiert werden, mal völlig egal, ob das für die Kunden, für die Schüler vielleicht dann besser ist. Momentan werden sie sicherlich von ihrem Wohnort abgeholt und vor der Schultür abgesetzt. Ob das dann immer noch der Fall ist, ist die zweite Frage. Aber alleine die Überlegung, auf Finanzmittel zu verzichten, die in fast jedem Kreis, mir ist jedenfalls keiner bekannt, in dem Schülerverkehr oder überhaupt ÖPNV ohne die Finanzierung des Schülerverkehrs funktioniert, dann auf diese Finanzmittel zu verzichten, um sie umzuschichten in ein Aufgabenträgersystem, das vom Land finanziert wird, dazu werden Sie die Kreise nicht bringen. Also muss man dann auch tatsächlich - und ich werde das heute Nachmittag noch deutlicher ausführen - die Strukturen als solche infrage stellen. Wenn man das nicht tun will oder bei einem einzelnen Beispiel - und daran scheitert im Grunde Ihr Anliegen schon, Frau Kollegin Schwenke -, wenn man das bei einem einzelnen Beispiel, das man einfach aus

dem Gesamtsystem herausgreift, auch gar nicht machen kann, ist diese Angelegenheit von vornherein zum Scheitern verurteilt und dann bleibt es dabei.

Da bin ich dann auch in diesem Fall dem Verkehrsminister äußerst dankbar dafür, dass man innerhalb des bestehenden Systems natürlich versucht, eine bestmögliche Lösung zu finden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist doch kein Bestandteil des Gesamtkonzeptes.)

Dann ist es ja auch gut, dass zum Beispiel aus den Anhörungen heraus geguckt wird, was kann ich momentan machen. Denn, Frau Kollegin Borchardt, Gesamtkonzept ja, aber das Gesamtkonzept, nehmen wir mal den SPNV, da müssen Sie die gesamten Vergaben, die stattgefunden haben, die Bestellungen, die laufen und die jetzt anstehen, die Sie nicht einfach von heute auf morgen umstrukturieren können, die müssen Sie berücksichtigen. Wenn wir das umstrukturieren wollen – und das ist eine sehr spannende Debatte,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

weil ich das für wichtig für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes halte, Frau Kollegin Borchardt –, dann können Sie das nicht innerhalb eines Zeitraumes von ein, zwei Jahren machen, dann ist das ein Zeitraum von zehn Jahren und mehr. Ich glaube, so habe ich Sie auch verstanden, Herr Kollege Jaeger, da gibt es dann zumindest einen breiten Konsens.

Auch dafür hätte ich mir gewünscht, dass dieser Antrag zur Südbahn eigentlich eher in die Debatte um eine Verkehrspolitik dieses Landes gestellt wird und nicht als einzelne Maßnahme herausgegriffen wird, wo dann gesagt wird, wir tun jetzt einer Region was Gutes und wir gucken im Endeffekt nicht, wie sich das auf das Gesamtsystem auswirkt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Seien Sie nicht so herablassend, Herr Schulte.)

Was ich für wichtig halte, ist, dass man natürlich auch gegenüber den Menschen in diesem Land ein solches Gesamtverkehrskonzept – Sie haben es letztendlich auch angesprochen, Herr Kollege Jaeger –, dass man ein solches Gesamtverkehrskonzept mit den Zielrichtungen, die damit verfolgt werden, entsprechend kommuniziert, dass man den Leuten sagt, hier geht es eben nicht nur darum, dass innerhalb einer einzelnen Strecke, um zum Beispiel auch finanzielle positive Effekte zu haben, umgestellt wird vom Schienenverkehr auf den Busverkehr, sondern dass gesagt wird, das steht innerhalb eines Gesamtkonzeptes, weil wir auf bestimmten Strecken in diesem Land verstärkt umweltfreundliche Transportmittel wie zum Beispiel Hybridbusse oder Elektrofahrzeuge einsetzen wollen.

So, wie man das auf der einen Seite natürlich da verlangen kann, kann man auf der anderen Seite auch von allen Betroffenen verlangen, dass sie sagen, dann wird es in Zukunft Teilstrecken in diesem Land geben. Und das wird sicherlich nicht nur die Diskussion um die Südbahn betreffen. Wir werden im Endeffekt uns das gesamte Verkehrsnetz in Mecklenburg-Vorpommern angucken müssen und grundlegend darüber die Entscheidung treffen müssen – der Kollege Heydorn hat es vorhin auch

angesprochen –, wie wir vor dem Hintergrund des demografischen Wandels überhaupt gerade in der Fläche für eine älter werdende Bevölkerung öffentlichen Verkehr aufrechterhalten wollen. Wir werden uns das Gesamtverkehrskonzept angucken müssen. Wir werden sicherlich nicht nur zu fahrzeugtechnischen Lösungen kommen müssen, sondern stattdessen auch überlegen müssen, wie wir die Organisation, die Struktur des öffentlichen Verkehrs in Mecklenburg-Vorpommern entsprechend entwickeln.

Kollege Jaeger, lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz sagen zum Neubau der Strecke, zum Ausbau der Strecke, die Strecke ist ja vorhanden. Ich gebe Ihnen völlig recht, wenn Sie sagen, dass die Deutsche Bahn in den letzten 20 Jahren in diesem Land zumindest auf den Nebenstrecken viel zu wenig investiert hat. Das hat sie übrigens nicht nur in diesem Land, das hat sie auch in allen anderen Bundesländern. Es ist kein Geheimnis, dass in vielen Bereichen - das eklatanteste Beispiel ist Berlin gewesen - Fahrzeugpark und Infrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland von der Bahn auf Verschleiß gefahren worden sind. Das ist letztendlich eine politische Entscheidung gewesen, die durch politische Verantwortliche auch mitzutragen ist, und nicht eine unternehmerische Entscheidung. Aber das können wir einfach heute so zur Kenntnis nehmen, wir werden die letzten 20 Jahre nicht rückabwickeln können.

> (Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist klar.)

Das ist der Punkt, so, wie er ist.

Fakt ist aber auch, weil Sie ein Neubauvorhaben aus dem Bundesverkehrswegeplan als Finanzierungsquelle angesprochen haben, dass die Verbesserung vorhandener Strecken nicht aus dem Bundesverkehrswegeplan finanziert wird.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wenn der politische Wille da ist, findet sich auch im Haushalt die Möglichkeit.)

Ja, Herr Kollege Jaeger, das mit dem politischen Willen ist immer so eine Sache. Ich glaube, dass wir beide uns da relativ schnell einig werden würden, aber ich glaube auch nicht, dass selbst wenn wir uns alle in Mecklenburg-Vorpommern darüber einig wären, dass das so viel Einfluss darauf hätte. Da gibt es dann auch noch andere. Wenn ich teilweise sehe, ich habe das an dieser Stelle in der Vergangenheit auch schon gesagt, welche Neubauvorhaben möglicherweise gerade im süddeutschen Raum präferiert werden, da müssen wir uns nicht darüber unterhalten, was mit Neubauvorhaben hier in Norddeutschland passiert.

Aber der Punkt ist, und das ist etwas, was man tatsächlich auch an den Gesellschafterbund gegenüber der Bahn dann einfordern kann, dass natürlich die finanziellen Mittel, die die Bahn über die Bestellerentgelte und insbesondere über die Trassenpreise bekommt, dass diese Gelder zumindest entsprechend der Nutzung hier in den einzelnen Bundesländern – und das betrifft dann auch Mecklenburg-Vorpommern – wieder investiert werden, um die Attraktivität zu erhalten. Aber auch da, da bin ich ganz ehrlich, werden Sie natürlich ein Unternehmen Bahn, das nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen agieren muss und agieren soll, dazu motivieren können,

indem Sie sagen, dort auf dieser Strecke ist tatsächlich mit mehr Personennutzung, mehr Kundennutzung zu rechnen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss noch sagen, ich finde die Debatte Südbahn spannend. Ich hätte mir diese Debatte innerhalb einer Debatte über die Verkehrspolitik in Mecklenburg-Vorpommern gewünscht. Rausgegriffen an einer einzelnen Teilstrecke halte ich sie nicht für sinnvoll und meine Fraktion wird aus diesem Grund diesen Antrag hier und heute ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Köster von der NPD-Fraktion.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es sind die immer gleichen Redewendungen, die wir aus den Reihen der Regierung beziehungsweise der Regierungsfraktionen zu hören bekommen: wir werden, wir werden, wir werden. Vollzug wird allerdings nur selten hier gemeldet. Das Ausmaß des katastrophalen Einwohnerrückganges hier in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht erst seit gestern bekannt, sondern der war schon bekannt, als wir, die NPD, hier in den Landtag eingezogen sind, und seitdem ist kaum etwas geschehen.

Aber kommen wir zurück zum Antrag: Die Mecklenburger Südbahn soll also erhalten bleiben, so die Forderung der LINKEN in und mit diesem Antrag. Bekanntlich hat die Landesregierung die Teileinstellung der sogenannten Mecklenburger Südbahnstrecke beschlossen. Etwa 12.000 Bürger der Initiative sollen sich für den vollständigen Erhalt der Bahnstrecke Hagenow–Neustrelitz ausgesprochen haben. Briefe wurden an den Minister Schlotmann geschickt, ohne, so war in den Medien zu lesen, dass dieser reagiert beziehungsweise geantwortet haben soll.

Die Problematik muss sicherlich einerseits aus betriebswirtschaftlicher Sicht und andererseits aus volkswirtschaftlicher sowie politischer Sicht betrachtet werden. Eine einseitige betriebswirtschaftliche Betrachtung ist weder zielführend noch verantwortungsvoll. Betriebswirtschaftlich wird den Bahnstreckenbefürwortern entgegengehalten, dass die Bahnstrecke zumindest auf Teilbereichen äußerst schlecht genutzt wird. Ich glaube, von zum Teil sechs Zugreisenden in einem bestimmten Takt war die Rede. Betriebswirtschaftlich soll sich demzufolge diese Strecke nicht tragen. Dabei wird allerdings von der Landesregierung außer Acht gelassen, aus welchen Gründen einerseits die Bahnverbindung von nur einem sehr überschaubaren Kundenkreis genutzt wird sowie andererseits aus welchen Gründen hier betriebswirtschaftlich keine Deckung mehr hergestellt werden kann.

Kommen wir zunächst zum zweiten Problem, der betriebswirtschaftlichen Unterdeckung. Früher, als der Staat und somit die Öffentlichkeit, also wir, das Volk, noch wirkliche Eigentümer der Bahn waren, wurden finanziell weniger lohnende Bahnstrecken durch Bahnstrecken, die betriebswirtschaftlich sehr erfolgreich geführt werden konnten, ausgeglichen. Die Bahn hatte eine mehr als ausgeglichene Bilanz vorzuweisen und die Kunden waren meistens zufrieden, dass sie zu einem einigermaßen günstigen Preis mobil sein konnten. Heute werden hin-

gegen Gewinne privatisiert und die Verluste müssen wiederum die Steuerzahler begleichen oder, wie in diesem Fall, die Infrastruktur wird einfach zurückgebaut.

Sicherlich gibt es auch künftig Alternativangebote, die Mobilität ermöglichen sollen, die auch zeitlich verträglich sein und kommunalen Unternehmen zugutekommen sollen. Aber der Grundgedanke der Überlegungen hinsichtlich der Streichung einer Bahnverbindung ist verwerflich, da er den Abbau der Infrastruktur hier im Lande bedeutet. Und es wird nicht lange Zeit vergehen, dass weitere Streckenabschnitte plötzlich und natürlich unvorhersehbar nicht mehr kostendeckend betrieben werden können.

Kommen wir zu einem weiteren wichtigen Punkt der mutmaßlich geringen Nutzung des Angebotes durch die Bürger hier im Land. Einerseits liegt dieses an der Preispolitik der Bahn, die schließlich dazu führt, dass spätestens bei zwei Personen im Rahmen einer Fahrgemeinschaft schon die Nutzung des Pkw deutlich günstiger und meistens auch zuverlässiger erscheint. Und weiterhin führt natürlich das Ausbluten des ländlichen Raumes seit 1990 dazu, dass immer weniger Bürger überhaupt vorhanden sind, die das Angebot der Bahn nutzen könnten. Der Rückbau der Infrastruktur wird die Nutzung der kombinierten Bus- und Bahnstrecke noch uninteressanter für die Bürger machen. Vor allem die Fahrzeiten - und dieses können viele Bahnfahrer anhand eigener Erfahrungen bestätigen, die auf einen sogenannten Schienenersatzverkehr angewiesen waren beziehungsweise sind werden sich spürbar verlängern und die Nutzung noch uninteressanter gestalten. Von einer Verdopplung der Fahrzeiten ist bekanntlich die Rede.

Statt die Bahnstrecke stückweise stillzulegen, sollte sich Mecklenburg-Vorpommern an Niedersachsen ein Beispiel nehmen. Das Land Niedersachsen plant, stillgelegte Bahnstrecken wiederzubeleben, um auch in der Fläche die viel gepriesene Mobilität zu ermöglichen.

Dass die LINKEN hier aber lediglich auf einen bald nicht mehr fahrenden Zug aufspringen, macht deren Antrag deutlich, denn Sie, meine Damen und Herren der LINKEN, sind für das Ausbluten unseres Landes und die entsprechenden Folgen mit hauptverantwortlich. Wir von der NPD werden diesem Antrag nicht zustimmen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Da legen wir auch keinen Wert drauf.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will zunächst auf ein paar Dinge eingehen, die jetzt hier im Laufe der Diskussion gesagt worden sind, und dann ein paar Teile aus meiner bereits vorbereiteten Rede zur Kenntnis geben.

Also zunächst mal zu Ihrem Vorwurf, Herr Minister, der zwei Teile beinhaltet, erstens, dass Sie gesagt haben, in Ihrer Pressemeldung haben Sie von vornherein erklärt, dass Ihre Entscheidung erst nach der Anhörung fällt. Ich habe mir jetzt eben die Pressemeldung noch mal Satz für

Satz angeguckt. Es ist an keiner Stelle zu erkennen, dass die generelle Entscheidung der Teilabbestellung bei der Südbahn noch infrage steht. Also das finde ich ehrlich gesagt nicht. Da würde ich Sie wirklich bitten, wenn ich das überlesen habe oder irgendwas falsch verstanden habe, dass Sie mir das noch zeigen. Das ist das eine.

Das Zweite: Wir haben, als wir den Antrag eingebracht haben oder als wir in meiner Fraktion darüber diskutiert haben, in meinem Arbeitskreis, gesagt, sollte sich nach der Diskussion um den Haushalt, und ich glaube, da hatten wir noch gar nicht den Termin für die Anhörung vereinbart, aber selbst falls das schon gewesen sein sollte, falls es dazu kommt, dass diese Entscheidung zurückgenommen wird im Rahmen der Haushaltsverhandlungen oder der Anhörung, dass wir dann diesen Antrag zurückziehen. Die Möglichkeit haben wir nämlich und das hätten wir auch so getan, ob Sie uns das nun glauben oder nicht.

Zum Vorwurf von Herrn Jaeger, wir hätten das auch gemeinsam tun können, gut, Herr Jaeger, vielleicht sollten wir das in nächster Zeit oder bei anderen Gelegenheiten ein bisschen besser kommunizieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht alles zusammen machen.)

Außerdem will ich nur darauf hinweisen, dass der CDU-Antrag zu den Privatschulen auch vor der Anhörung eingereicht worden ist. Also wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht so doll mit den Steinen werfen.

> (Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Da haben Sie völlig recht.)

Das ist natürlich irgendwie komisch, wenn dieser Vorwurf immer nur uns trifft.

Dann zu ein paar Anmerkungen, die hier von einigen vorgebracht worden sind. Ich negiere nicht die Kosten. Ich kann die auch im Einzelnen gar nicht überprüfen, da vertraue ich der Analyse. Das ist gar nicht schwer, da ist schon vieles dran. Das habe ich auch in meiner Rede gesagt, dass wir natürlich diese Probleme auch sehen. In der Pressemitteilung sprechen Sie von Einsparungen durch die Teilabbestellung von 3 bis 4 Millionen. Ich meine, wenn Sie heute sagen, dass Sie die Müritz-Bahn ganzjährig fahren lassen wollen, dann begrüßen wir das. Aber das wird das Einsparvolumen auch noch mal ein Stück weit verkürzen.

Das Nächste ist, Sie sagen hier, 47 Millionen kostet der Ausbau der Strecke auf 80 Kilometer, und damit sind Sie dann fertig. Also meine Erfahrung besagt, alles das, was man politisch will, das findet auch eine Möglichkeit der Lösung. Und es heißt ja auch nicht, dass man auf einen Schlag diese Strecke baut, sondern Sie reden selber immer von schrittweise. Warum dann nicht auch in dem Fall?

Sie sagen auch, die ganze Strecke auf einmal durch einen Fahrgast zu nutzen, ist nicht da. Also die Zahlen scheinen das zu belegen. Aber ich sage Ihnen, ich habe das auch schon in der Einbringungsrede gesagt, wenn die Strecke so bleibt, wie sie jetzt ist mit all den Bedingungen, die da drum herum sind, dann würde ich das auch nicht tun. Aber vielleicht kann sie das ja werden. Wenn Sie sagen, die Räder können auch mitgenommen

werden mit Bussen, dann ist das okay, dann begrüßen wir das. Dann werden wir aber auch sehen, ob das tatsächlich besser möglich ist oder in gleichem Umfang möglich ist wie mit dem Zug.

Müritz-Bahn ganzjährig, das habe ich schon gesagt, würden wir gut finden, auch die Plau-Einbindung. Ich glaube, einer der Gutachter oder der Anzuhörenden im Verkehrsausschuss hat das auch gesagt, die Einbindung von Plau in dieses Konzept ist sozusagen einer der wenigen innovativen Gedanken, der im Rahmen dieses Gutachtens und der ganzen Problematik zu erkennen ist. Auch neue Antriebe befürworten wir natürlich, wenn die ökologischer wären.

Es ist richtig, wir haben noch viel zu tun – Kollegen Schulte sehe ich jetzt nicht, ach, da hinten sitzt er, okay –, wir haben noch viel zu tun, wenn wir ein umfangreiches, ein integriertes, zukunftsfähiges Verkehrskonzept für das Land erarbeiten wollen. Da stehen wir für meine Begriffe allerhöchstens am Anfang. Ich lese regelmäßig die Informationen, die auf der Internetseite zu finden sind, über die Werkstattgespräche zum integrierten Landesverkehrsplan und erkenne da schon, dass über viele dieser Fragen dort diskutiert wird und hoffentlich dann auch praktikable Lösungen herauskommen. Da haben wir also wirklich noch viel zu tun.

Und Sie haben völlig recht, Herr Jaeger, und Herr Schulte hat das, glaube ich, auch gesagt, dass wir, wenn wir ein abgestimmtes Konzept wollen, und das bezweifle ich überhaupt nicht, im Gegenteil, das begrüße ich sehr, dann müssen wir auch die Kreise, Städte und Gemeinden an ihrer Verantwortung packen. Auch die müssen dazu ihren Beitrag leisten. Und wir müssen das in der Gesamtheit angehen. Ich glaube nicht, dass es zukunftsfähig ist, jedes System zukünftig immer noch weiter nebeneinander zu stellen.

Trotzdem bleibe ich bei der Forderung, dass wir mit dieser Entscheidung jetzt nicht vorschnell eine Tatsache schaffen sollten, die dann einfach nicht mehr zurückzunehmen ist, und das wird passieren, so, wie es auf all den anderen Strecken passiert ist, wo der Zugverkehr abbestellt worden ist. Wir wollten gerne - deshalb haben wir im Verkehrsausschuss auch den Antrag gestellt, und den werden wir auch nicht zurücknehmen für die Haushaltsdebatte dann, wenn es um den Beschluss über den Haushalt geht -, wir wollten gerne mit der Wiedereinstellung der erforderlichen Mittel für die Südbahn ein Jahr länger Zeit schaffen, um eventuell darüber zu reden, auch wenn ich mir natürlich bewusst bin, Herr Schulte, dass wir dafür nicht nur ein Jahr brauchen. Aber die Diskussion geht auch schon ein bisschen länger. Vielleicht kommen wir noch zu einer Lösung, bevor alles zu spät ist.

Die Anhörung im Verkehrsausschuss war geprägt durch eine sehr sachliche Diskussion und ich hatte eigentlich den Eindruck, dass die Haltung der Abgeordneten der demokratischen Fraktionen auch zum Erhalt der Mecklenburger Südbahn überwiegend positiv gewesen ist.

Ich muss hier noch mal Herrn Waldmüller zitieren, weil er nämlich doch nicht ganz so das gesagt hat, wie Sie es gesagt haben, koste es, was es wolle, sondern er hat gesagt, dass die Entscheidung pro und kontra Schienenverbindung zwischen Parchim und Waren und damit pro und kontra Südbahn keine Frage der Kosten, sondern eine politische Entscheidung des Umgangs mit dem ländlichen Raum ist. Das ist für meine Begriffe ein bisschen was anderes als das, was Sie gesagt haben, und ich sehe das genauso.

Ich bedauere auch, dass das Gutachten so einseitig ausgerichtet war. Das ist keine Kritik am Gutachter, denn der kann nur das untersuchen, wozu er beauftragt worden ist, und dazu hat er Stellung bezogen. Aber, und das kritisieren wir als den größten Mangel am Gutachten, die Varianten zur Verbesserung des Angebotes sind nicht untersucht worden. Es wurde nicht geprüft, wie sich die Erhöhung der Streckengeschwindigkeit auswirkt. Es wurde nicht untersucht, wie sich Taktverdichtungen auswirken. Es wurde nicht untersucht, wie zusätzliche Potenziale wie Schüler- und Ausbildungsverkehr für die Bahn gewonnen werden können. Und es wurde auch nicht untersucht, wie bessere Zubringerbusverbindungen wirken könnten.

Es gibt viele, viele Vorschläge in den zahlreichen Schreiben, die wir alle bekommen haben, nicht nur das Ministerium, ich denke, jede Fraktion hat das bekommen vom Fahrgastverband PRO BAHN, den Bürgerinitiativen, von der ODEG, ich glaube, gestern oder vorgestern war da ein Artikel in der Zeitung, auch von den Kreisen, vom Regionalen Planungsverband, die Reihe derer ist eigentlich ziemlich lang, die sich für die Strecke in ihrer Gesamtheit aussprechen, aber eben auch nicht so, wie sie jetzt ist, sondern wie wir die Attraktivität erhöhen können.

Ich sage noch einmal: Der Erhalt der Strecke ist auch eine Kostenfrage, aber es ist vor allem eine Frage des politischen Willens. Da gab es zum Beispiel auch den Vorschlag, dass man einen landeseigenen Fahrzeugpool anschaffen könnte, so, wie Niedersachsen das gemacht hat. Es gibt Vorschläge, Zweckverbände zu gründen, also eine ganze Reihe von Dingen, die es wert sind, diskutiert zu werden, von mir aus auch im Zusammenhang mit der Gesamtausrichtung der Verkehrspolitik in diesem Land und der konkreten Ausgestaltung. Aber so richtig kreativ sind wir aus meiner Sicht im Zusammenhang mit der Südbahn nicht gewesen.

Ich sage es noch mal, was ich schon bei der Einbringung gesagt habe: Taktausdünnung und Abbestellung halte ich nicht für zukunftsfähig in einem Land, wo wir zwar weniger Bevölkerung haben, aber diese Bevölkerung auch immer älter wird. Die Frage – ich weiß nicht, wer sie gestellt hat, nicht in diesem Tagesordnungspunkt, Herr Heydorn war das vorhin bei der Diskussion um die Unterrichtung der Landesregierung zu dem Maßnahmeplan – steht doch tatsächlich: Haben wir heute ein attraktives Verkehrsangebot im gesamten Land? Ich sage, mir reicht das nicht, und wenn wir an die Zukunft denken, da müssen wir noch gewaltige Arbeit reinstecken. Aber ich denke, es wäre fatal, wenn wir diese Strecke abbestellen.

Natürlich ist das hier ein Einzelproblem, da haben Sie völlig recht, Herr Schulte, aber der große Zusammenhang ist, glaube ich, hinreichend deutlich geworden in dieser Diskussion, auch zu dem Antrag von uns. Deshalb sage ich Ihnen noch mal: Lassen Sie uns diese Strecke nicht von vornherein auf das Abstellgleis stellen und stimmen Sie unserem Antrag zu! Ich hatte bei der Einbringung schon gesagt, wir wünschen eine namentliche Abstimmung. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2248. Die Fraktion DIE LINKE hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung hierzu eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf von Ihren Plätzen zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nun die Geschäftsführerin, die Namen aufzurufen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS/DIE GRÜNEN: Schriftführerin!)

ach, Entschuldigung, die Schriftführerin – für das Protokoll – selbstverständlich.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? –

(Der Abgeordnete Lorenz Caffier wird nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 12.05 Uhr

Wiederbeginn: 12.07 Uhr

Vizepräsidentin Regine Lück: An der Abstimmung haben insgesamt 58 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 19 Abgeordnete, mit Nein stimmten 34 Abgeordnete. Es enthielten sich 5 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2248 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – EEG-Umlage wirksam entlasten: Emissionshandel durch Einführung eines Kohlendioxid-Mindestpreises stärken, Drucksache 6/2235.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN EEG-Umlage wirksam entlasten: Emissionshandel durch Einführung eines Kohlendioxid-Mindestpreises stärken – Drucksache 6/2235 – Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Sie gestern Abend die "Tagesschau" gesehen haben, dann haben Sie mitbekommen, dass eine der zentralen Meldungen der Anstieg der EEG-Umlage war, der vermeldet wurde, von derzeit 5,27 Cent auf jetzt wahrscheinlich 6,3 Cent. Diese Meldung war etwa zum 15. Oktober zu erwarten und es war auch zu erwarten, dass das etwas eher durchgestochen wird, deswegen war es aus meiner Sicht richtig, genau zu diesem Thema, das im Moment natürlich sehr viele Menschen beschäftigt, einen Antrag vorzulegen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben auf der letzten Landtagssitzung etwas zu dem Thema gesagt, wie wir konkret die Einspeisevergütung bei vielen regenerativen Energien absenken können, ohne die Energiewende zu gefährden. Wir sagen jetzt etwas zum eigentlichen Hauptproblem, zum eigentlichen Hauptproblem der Frage: Wieso ist die Energiewende in Deutschland scheinbar so teuer? Warum ist die EEG-Umlage so hoch? Warum entstehen die Probleme für die Stromverbraucher? Und nach einem Gutachten der Bündnisgrünen-Bundestagsfraktion ist es eben so, dass der Anstieg - und wir hatten etwa diesen Anstieg in dem Gutachten vorhergesagt - zu nur 13 Prozent auf den Zubau erneuerbarer Energien zurückzuführen ist, zu etwa 25 Prozent zurückzuführen ist auf ausufernde Entlastungen der sogenannten – das muss man jetzt wirklich sagen - energieintensiven Industrien, die ursprünglich geschützt werden sollten, weil sie in einem internationalen Markt stehen, und wo sich vor allen Dingen die FDP die jetzt in diesem Fall wirklich zum Glück aus dem Bundestag hinausgeflogen ist - massiv dafür eingesetzt hat, ihre Klientel zu entlasten, und das letztendlich auf Kosten der allgemeinen Stromkunden durchgesetzt hat.

(Beifall Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber, und das ist das Entscheidende, 50 Prozent des Anstieges sind schlicht auf den Mechanismus zurückzuführen, dass der Börsenstrompreis zurzeit sinkt und sich damit automatisch, egal ob man irgendwas dazubaut oder nicht, die EEG-Umlage erhöhen muss. Zu diesem konkreten Problem legen wir Ihnen einen Antrag vor.

Wir stellen in Punkt 1 fest, dass der CO2-Zertifitkatehandel aus unserer Sicht klimapolitisch wirkungslos ist und dringend reformiert werden soll. Da steckt ein positives Signal für den CO2-Zertifikatehandel drin, weil wir genauso gut hätten sagen können, wir schaffen ihn einfach ab und ersetzen ihn durch eine CO2-Steuer. Aber nein, wir sagen, es hat da derartig viele internationale Verhandlungen gegeben, die wollen wir nicht einfach über Bord werfen, weil es im Moment nicht läuft. Der zentrale Grund übrigens, warum es nicht läuft, ist klar: Das hat eben nicht direkt etwas mit Markt zu tun - man wollte einen Markt herstellen -, sondern am Beginn des Marktes steht die Austeilung und die Verteilung von CO₂-Zertifikaten. Und da man sich natürlich wirtschaftsfreundlich verhalten wollte und die eigene Industrie nicht unnötig unter Druck setzen wollte, war man relativ freigiebig mit diesen Zertifikaten, was logischerweise dazu geführt hat, dass der Preis dieser Zertifikate ins Bodenlose gefallen ist. Er liegt momentan bei irgendetwas um die 3 bis 4 Euro, und alle Fachleute sind sich einig, in einem Preisbereich von 30 Euro fängt das Ganze an, richtig zu wirken.

Ein Land in der EU – und es ist für mich erstaunlich, dass ausgerechnet Großbritannien das war - hat eine sehr logische Konsequenz gezogen. Der CO₂-Zertifikatehandel ist vor allem eingeführt worden, weil man befürchtete, es könnte eine CO2-Steuer geben. Deswegen ist irgendwann auch die Wirtschaft beigetreten und hat gesagt, dann leisten wir keinen Widerstand, macht diesen Zertifikatehandel, wir lassen das mit der Steuer. Großbritannien hat jetzt eine Mindestbesteuerung eingeführt. In Großbritannien beläuft sich der Wert pro Tonne CO2 auf umgerechnet etwa 19 Euro, 16 Pfund sind das konkret. Wir schlagen jetzt vor, ein ähnliches Instrument, und das heißt, ein bewährtes Instrument innerhalb der EU, auch in Deutschland einzuführen. Das würde bedeuten, mit dem Schritt anzufangen: 15 Euro. Dieser Wert liegt also sogar noch unter dem von Großbritannien.

Wenn Sie da einen Änderungsantrag machen, um die Erhöhung auf 20 Euro hinzubekommen, bin ich natürlich durchaus dankbar. Da würden wir sofort zustimmen. Aber wir wollen eben diesen schrittweisen Anstieg zeigen, den vor allem auch für die Wirtschaft berechenbaren Anstieg auf dann 20 Euro, sodass wir ein wirklich wirksames Klimaschutzinstrument bekommen.

(Udo Pastörs, NPD: Wer zahlt das denn?)

Damit würde Folgendes passieren: Durch den Anstieg der CO₂-Zertifikate würden sich die Preise für Braun- und Steinkohlestrom verteuern und die Gaskraftwerke kämen wieder stärker ins Spiel. Diese Gaskraftwerke, da sind sich alle demokratischen Fraktionen einig, sind die richtigen Kraftwerke für den Übergang im Bereich der Energiewende. Wir brauchen sie, um eine gesicherte und kostengünstige Stromversorgung hinzubekommen. Genau diese Kraftwerke würden also wieder zum Tragen kommen.

Und weil natürlich die Frage steht, wer bezahlt denn das Ganze, ist eine der wesentlichen Ideen, die wir im letzten Satz stehen haben, dass wir sagen, die eingenommenen Gelder möchten wir gerne der EEG-Umlage zuführen. Das kann man durchaus strittig sehen, inwieweit das fiskaltheoretisch möglich ist.

(Udo Pastörs, NPD: Das hat man bei uns schon mal mit der Vermögenssteuer gemacht.)

Ich sehe, dass es in jedem Fall machbar ist. Es würde aber dazu führen, dass die zusätzlich eingenommenen Mittel genau den Stromkunden auch wieder zur Verfügung gestellt werden, wir aber insgesamt die gewollte Umsteuerung hinbekommen. Diese Umsteuerung ist nicht nur deswegen wichtig, weil wir sie brauchen, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, sie ist auch wichtig, um den richtigen Kraftwerkstyp so lange wie möglich am Markt zu halten, den wir dringend für die Realisierung der Energiewende brauchen. Zurzeit ist das Signal natürlich durchaus verheerend.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Es ist nämlich so, dass tatsächlich die CO_2 -Emissionen in Deutschland steigen, obwohl wir massiv regenerative Energien ausbauen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der Grund ist klar: Es ist einfach so, dass durch den Preisverfall des Zertifikatehandels die Braun- und Steinkohlekraftwerke die Lücke der Atomkraft massiv schließen und wir sogar Fälle haben, und zwar in erheblichem Umfang, dass Gaskraftwerksbetreiber ihre Kraftwerke stilllegen und vom Markt abmelden, weil sie sagen, zu den derzeitigen Marktbedingungen ist dieser Kraftwerkstyp in Deutschland nicht zu finanzieren.

Und wenn Sie sich den Antrag durchlesen, ich finde, da gibt es mehrere sehr interessante Hinweise. Eines zum Beispiel, das wusste ich selber nicht, das ist erst durch die Erarbeitung dieses Antrages noch mal zustande gekommen, das sogenannte Backloading. Ich habe das in der Vergangenheit hier schwer kritisiert, weil sich die EU diesem Backloading verweigert hat. Der Bundesumweltminister hatte massiv dafür geworben. Der damalige Wirtschaftsminister – er ist es sogar noch aktuell – Herr Rösler hat sich dem klar verweigert und ein Anruf der Bundeskanzlerin hätte genügt, um das durchzusetzen.

(Rudolf Borchert, SPD: Hat sie aber nicht.)

Dieses ist damals gescheitert, weil die Bundeskanzlerin diesen Anruf nicht getätigt hat. Inzwischen ist aber dieses Backloading passiert – relativ unbemerkt,

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

allerdings auch sehr stark abgeschwächt –, aber es ist passiert und es wird sehr unterschiedlich beurteilt. Gerade die CDU-Fraktion im Europaparlament ist nach wie vor dagegen und hält es für eine Wendehalspolitik, obwohl alle aus dem Bereich Umwelt, auch die zuständige Kommissarin und andere Fraktionen ganz klar sagen: Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn er nicht ausreichend gewesen ist, weil sich der CO₂-Zertifikatehandel durch diesen geringen Umfang des Backloadings seitdem nicht wirklich erhöht hat.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Um einen Euro.)

Den Rest, und dazu gibt es sicherlich noch einiges zu sagen, werde ich dann gerne in der Debatte vortragen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Schlotmann.

Minister Volker Schlotmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag ist, und das meine ich gar nicht ironisch, gut gemeint, wirklich gut gemeint, das kann man nicht anders sagen, und er enthält, ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Der ist sogar gut gemacht.)

Ja gut, darüber debattieren wir ja jetzt.

... er enthält vieles, was wirklich absolut richtig ist und was auch von mir genau so vertreten wird. Dazu zählen für mich zum Beispiel vor allem die Forderungen, dass die EEG-Umlage entlastet werden soll. Wir erleben gerade wieder eine aus meiner Sicht zum Teil ganz bewusst lancierte Diskussion wegen der Erhöhung auf 6,3 Cent. Kollege Jaeger hat es ja angesprochen. Man merkt die Absicht und ist verstimmt, so würde ich das immer wieder interpretieren, was da zum Teil abläuft. Diese Diskussion läuft ja unheiligerweise gerade.

Die Begründung Ihres Antrages, die finde ich wirklich ausgezeichnet. Diese umfassende Begründung stellt an einigen Stellen Dinge fest, die in der öffentlichen Debatte in der Regel immer viel zu kurz kommen, zum Beispiel, dass der europäische CO2-Handel momentan den Klimaschutz nicht im positiven Sinne befördert. Ich will da nur aus Ihrem Antrag, aus der Begründung eine aberwitzige reale Situation in der Wirtschaftswelt, aber insgesamt auch in der Gesellschaft aufgreifen, dass es tatsächlich durch diesen "Cap-and-Trade"-Mechanismus den europäischen Staaten, also den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erlaubt wird, ihre Emissionen, die sie selber verursachen, auszulagern, indem sie - und das ist nachgewiesen - sozusagen in fragwürdige Projekte in Entwicklungsländern investieren, dass man sich damit sozusagen selber reinwäscht, indem man seinen Dreck woanders ablässt - das ist meine Interpretation -, anstatt eigentlich konsequent die Emissionen im eigenen Land zu minimieren oder zumindest zu reduzieren. Also das halte ich schon für eine abenteuerliche Veranstaltung. Ich sage das deshalb, weil ich da im Grunde genommen auch die rote Linie von meinem Antrag sehe.

Meine Damen und Herren, dass der europäische CO₂-Handel den Klimaschutz nicht befördert, ist eine Tatsache, und diese Tatsache ist dem Umstand geschuldet, dass die Zahl der Zertifikate nicht bereits reduziert wird. Wir reden hier über eine entsprechende Anzahl von Zertifikaten, mit denen dort gehandelt wird. Die Auswirkungen am Markt - in Anführungsstrichen - hat der Kollege Jaeger richtig beschrieben. Ich kann Ihnen versichern, die Diskussionen im Parlament, und zwar im Europäischen Parlament - das ist nämlich diejenige Ebene, die tatsächlich dafür zuständig ist -, das haben wir in den Diskussionen zum Thema Strompreisbremse mit Herrn Altmaier und unter anderem auch mit grünen Umwelt- und Energieministern zu Beginn des Jahres durch, diese Diskussionen im Europäischen Parlament waren und sind extrem mühselig. Es gibt jetzt eine Bewegung in die richtige Richtung, zumindest nach unserer Definition, denn im Juli haben die Abgeordneten die Europäische Kommission ermächtigt, den Zeitpunkt der Versteigerung eines Teils der Zertifikate zu verzögern. Das heißt, die festgelegte Obergrenze von maximal 900 Millionen Zertifikaten ist für die Lösung des Problems nicht ausreichend, aber der erste Schritt in die richtige Richtung ist getan - zumindest aus unserer Sicht.

Wenn die Verknappung der CO₂-Zertifikate wieder erreicht wird, dann lösen sich – das ist zumindest unsere Einschätzung – viele der in Ihrem Antrag angesprochenen Probleme. Das dürfte die logische Konsequenz sein und daraus ergibt sich für uns die folgende Argumentationskette: Die Senkung des Umfangs der handelbaren Zertifikate bewirkt letztendlich einen Anstieg der Zertifikatpreise. Das ist eine logische Konsequenz. Daraus, meine Damen und Herren, folgt der Anstieg des Strommarktpreises und damit sinkt dann zwangsläufig wieder

die EEG-Umlage. Das ist sozusagen die logische Kausalkette. Und nur so, meine Damen und Herren, erreichen wir eine wirklich nachhaltige Senkung der EEG-Umlage. Das war übrigens eine Initiative der grünen Umweltminister in den Gesprächen mit Altmeister, nein, Altmaier,

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

mit Altmaier.

Aber es gibt auch eine zweite Kausalkette, nämlich dass der Anstieg der Strommarktpreise Anreize zur Emissionsminderung setzt, letztendlich Investitionen in klimaschonende Technologien fördert und – auch da bin ich bei dem Antrag – zur Abschaltung ineffizienter Kohlekraftwerke führt. So, meine Damen und Herren, erreichen wir eine nachhaltige Verbesserung des Klimas.

Ich fasse also kurz zusammen: Es führt kein Weg daran vorbei, den Umfang der CO₂-Zertifikate zu senken. So erreichen wir, dass die Kosten der erneuerbaren Energien geringer werden und das Klima sich nachhaltig verbessern wird. Diesen Weg zu gehen, ist sicherlich das Schwierigere – das gebe ich unumwunden zu –, das zeigen die Diskussionen im Europäischen Parlament. Aber ich bin davon überzeugt, es gibt keine Alternative dazu, er muss gegangen werden.

Mit Ihrem Antrag, Kollege Jaeger, erreichen Sie vielleicht als positive Nebenwirkung, man weiß ja nie, dass die Kasse des Bundes gefüllt wird. Da bin ich im Moment nicht so hoch engagiert, dass wir das ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die würde in jedem Fall gefüllt, die Kasse, weil auch das ja für Klimaschutzmaßnahmen ...)

Das kriegt ja hinten keiner mit. Können Sie ja gleich noch mal, ne?

Also das Ziel, den Ausstoß des klimaschädlichen Treibhausgases CO₂ tatsächlich dabei zu senken, geht aus meiner Sicht hier verloren. Aber ich denke, genau das sollte eigentlich unser originäres Ziel sein. Die Forderung nach Senkung der EEG-Umlage ist richtig, aber ich, nach Bewertung Ihrer Vorschläge, die in dem Antrag enthalten sind, gehe davon aus, dass Ihr Vorschlag letztendlich dazu führt – weil ich die Gespräche mit der europäischen Ebene hinter mir habe –, dass Sie sozusagen eine EEG-Reform in unserem gemeinsamen Sinne eher verhindern oder zumindest behindern.

Meine Linie, ich will das abschließend noch mal klar und deutlich sagen, meine Linie ist klar: Ich will eine EEG-Reform, wo die Ausnahmen aller Art von der EEG-Umlage drastisch gesenkt werden. Ich will eine Anpassung der EEG-Tarife an wirtschaftliche Realitäten und ich will eine schrittweise Heranführung der erneuerbaren Energien an die Marktprozesse. Ich werde mich auch weiterhin bemühen und darum kämpfen, in Deutschland und vor allen Dingen in Europa – mit den Energie- und Umweltministern, denn das sind die Ausschlaggebenden an der Stelle – für eine Reduktion der CO₂-Zertifikate einzutreten, weil ich davon ausgehe, dass das der sinnvolle Weg und der erfolgversprechendste Weg in einem überschaubaren Zeitraum sein wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Seidel von der Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ja, Herr Jaeger, so ist das immer. Jeder hat so seine Gutachten und leitet daraus seine Schlüsse ab. Aber ich gebe zu, es ist immer wieder interessant, und Sie gehen auch sehr detailliert vor, welche Vorschläge Sie hier unterbreiten, in dem Fall zur Reduzierung der EEG-Umlage. Beim näheren Betrachten allerdings wird für mich klar, dass sowohl das Erneuerbare-Energien-Gesetz als auch die Regelung des europäischen Emissionshandels derzeit erhebliche Defizite aufweisen und einer Neugestaltung bedürfen. Nur mal sozusagen die EEG-Umlage de facto über die Einführung eines Mindestpreises für CO₂-Zertifikate zu reduzieren, das halte ich nicht für besonders zielführend. Klar ist, dass zur Marktintegration der erneuerbaren Energien eben auch konventionelle Energieträger zumindest – das haben Sie aber, glaube ich, gesagt –

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

für eine Übergangszeit notwendig sind. Das Thema Grundlastmanagement will ich jetzt nicht weiter strapazieren. Das betrifft eben gegenwärtig Gas- und auch Kohlekraftwerke, die wir sicherlich noch für eine Übergangszeit brauchen werden.

Inwieweit jetzt welcher Beitrag die EEG-Umlage so nach oben treibt, das ist ja eben die Problematik dieser von mir schon angesprochenen Gutachten. Ich meine zum Beispiel, dass auch der unkoordinierte Ausbau – ich will es mal so bezeichnen – durch erneuerbare Energien einen entscheidenden Beitrag leistet, und Sie kennen meine Kritik insbesondere an der Fotovoltaik. Wenn wir daran denken, dass durch die 20 Jahre Festschreibung der Vergütungssätze jetzt bei vielen Anlagen bestimmt noch für 10 Jahre hohe Sätze mit über 40 Cent pro Kilowattstunde zu zahlen sind, dann ist das natürlich ein Preistreiber ohne Ende. Ich glaube, das kann man, und das ist auch unstrittig, für die Zukunft überhaupt nicht weiter so in dieser Art und Weise fortführen.

Meine Damen und Herren, seitens der Europäischen Kommission wird der aktuelle Überschuss an CO2-Zertifikaten mit nahezu zwei Millionen Zertifikaten veranschlagt. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Zertifikaten unter anderem aufgrund der Wirtschaftskrise, muss man sagen, in den zurückliegenden Monaten dramatisch gesunken. Nur aus diesen Gründen betrug der Preis in den zurückliegenden zwölf Monaten 4 bis 5 Euro je Tonne. Damit ist natürlich, das ist klar, die eigentliche Wirkung völlig verloren gegangen. Ursprünglich wurde mal ein Preis von 20 bis 30 Euro je Tonne erwartet. Man kann aber sagen, dass sowohl seitens der Bundesregierung als auch der europäischen Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission dieses Problem natürlich voll erkannt worden ist. Und dann ist dieser Vorschlag mit dem sogenannten Backloading gemacht worden, was ja nichts anderes heißt als eine Verknappung von CO2-Zertifikaten. Diese ist mittlerweile vollzogen. Der Monat wurde genannt, der Juli, und das Parlament hat sich dafür ausgesprochen. Man muss auch noch erwähnen, dass sich gleichzeitig Bundesminister Altmaier mit weiteren elf Kollegen der Europäischen Union für eine Reform des EU-Emissionshandelssystems ausgesprochen haben.

Meine Damen und Herren, Sie werden meinen Ausführungen entnehmen, dass wir wie gesagt davon ausgehen, dass auf Bundes- und europäischer Ebene gehandelt wurde. Dort steht aber gegenwärtig zumindest die Regelung eines Kohlendioxid-Mindestpreises nicht zur Diskussion. Vielmehr sollen auch im Bereich des Emissionszertifikatehandels die Gesetze des Marktes und somit die Preisbildung zwischen Angebot und Nachfrage die entscheidende Rolle spielen. Das halten wir in unserer Fraktion durchaus für richtig und wir gehen davon aus, dass die Verknappung von Zertifikaten auch zu steigenden Preisen führen wird.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz durch die Einführung eines Mindestpreises im Zertifikatehandel zu unterstützen, halten wir, ich sagte es, nicht für zielführend. Und, meine Damen und Herren, ich habe überhaupt den Eindruck, es macht wenig Sinn – in diesem Fall musste gehandelt werden, das ist völlig klar – einzelne Elemente der Energieumstellung auf erneuerbare Energien, wenn man so will, hier herauszugreifen. Was wir brauchen, ist tatsächlich eine komplexe Neuausrichtung des EEG hin zur Marktintegration. Man muss es immer wieder sagen: Dieses Gesetz hat seine Funktion erfüllt, keine Frage, aber jetzt muss es diesbezüglich neue Regelungen geben. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag heute hier ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr Jaeger, Ihr Antrag zum Emissionshandel, der ist für mich ein typischer Antrag, über den man weiter diskutieren sollte. Also nicht einfach abstimmen, und dann hat sich das erledigt, sondern aus unserer Sicht enthält er Vorschläge, die ganz bestimmt - das hat der Beitrag vom Kollegen Seidel hier schon deutlich gemacht - nicht von allen auf Anhieb geteilt werden. Aber die Feststellung im ersten Punkt, dass der europäische CO2-Zertifikatehandel in seiner jetzigen Form klimapolitisch unwirksam ist und damit auch der Energiewende in Deutschland schadet, sollte über alle Fraktionen hinweg unstrittig sein. Trotzdem bin ich mir dessen nicht so sicher. Ich bin mir auch nicht so sicher, aber dazu komme ich noch, ob das Instrument, das Sie vorschlagen, für Deutschland tatsächlich so das Ziel, die EEG-Umlage zu entlasten, erreichbarer macht. Aber dazu komme ich noch.

Der Handel mit den Verschmutzungszertifikaten ist das Herzstück der europäischen Klimaschutzpolitik. In seiner Ausgestaltung war er von Anfang an umstritten. Er sollte das marktwirtschaftliche Instrument sein oder dahin führen, Klimaschutzmaßnahmen weltweit akzeptierbar zu machen. Er sollte Anreize schaffen, den CO₂-Ausstoß freiwillig zu reduzieren.

Die LINKE hat damals schon kritisiert, dass viel zu viele Verschmutzungsrechte kostenlos mit der Einführung des Emissionshandels auf den Markt kamen. Gerade Deutschland hat sich hier als wahrer Lobbyist für die Kohlekraftwerke und die Emittenten der Schwerindustrie hervorgetan und mehr Zertifikate an die alten Kraftwerke verteilt, als, aus unserer Sicht zumindest, notwendig war.

Zur Rolle der damaligen rot-grünen Bundesregierung: Sie haben das ein bisschen mit Wirtschaftsfreundlichkeit entschuldigt, trotzdem hat sie aus unserer Sicht der selbstpostulierten Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz widersprochen. Da 2005 große Teile der Emissionszertifikate kostenlos zugeteilt wurden, brachte der damit verbundene Preissturz den deutschen Stromerzeugern 2005 laut einer Schätzung des Verbands der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft sogenannte Marktanlagengewinne in Höhe von rund 5 Milliarden Euro. Das bedeutet, die Zertifikatskosten wurden voll eingepreist, obwohl die Energieriesen diese fast umsonst erhielten. Das war reine Klientelpolitik für eine Klientel, die eigentlich - zumindest habe ich das damals auch gedacht - nicht zu der der GRÜNEN gehörte. Die CDU-geführten Nachfolgeregierungen haben die Situation allerdings auch nicht verbessert, im Gegenteil: Der in den ersten zwei Handelsperioden stetig gesunkene Preis erreichte in der derzeitigen dritten Handelsperiode immer neue Tiefststände. Der Handelspreis für eine Tonne CO2 sank im April dieses Jahres auf gerade mal 2,46 Euro und pegelte sich seither auf äußerst niedrigem Niveau von deutlich unter 5 Euro ein. Das sind Preise, die den Zertifikatehandel nicht nur wirkungslos machen, sondern das angestrebte klimapolitische Ziel wird so konterkariert.

Noch nie war es so lukrativ wie heute, die alten Kohle-kraftwerke unter Volllast laufen zu lassen, sie sind abgeschrieben und produzieren faktisch nur noch für die Geldbörse ihrer Eigentümer. Moderne GuD-Kraftwerke, die wir noch für eine Weile als Brückentechnologie brauchen, sind dagegen nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Folge: Erstmals seit der politischen Wende sind die CO2-Emissionen wieder gestiegen. Was für ein Irrsinn! Die Situation ist genauso, wie Sie es in der Begründung zum Punkt 1 Ihres Antrages geschildert haben, liebe KollegInnen, von den GRÜNEN – KollegInnen mit großem I –, und keiner kann behaupten, dass das im Verborgenen gebliebenen ist.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Mit großem I!)

Nach ewigen Streitereien hat Anfang Juli das Europaparlament im zweiten Anlauf die Reform des Emissionshandels gebilligt. Mit deutlicher Mehrheit stimmten die Abgeordneten in Straßburg dem Vorschlag der EU-Kommission zu, 900 Millionen Verschmutzungsrechte zeitweilig aus dem Handel zu nehmen, aber eben nur zeitweilig. Der erste Versuch, der wesentlich weiter ging, war im April knapp gescheitert. Der Bundesumweltminister sprach von einem schlechten Tag für Deutschland. Eigenartig nur, dass die meisten seiner Parteikollegen gegen die Reform des Emissionshandels gestimmt hatten.

(Rudolf Borchert, SPD: Tja.)

Sie taten es den Vertretern der FDP gleich, denen der gesamte Emissionshandel ein Dorn im Auge ist. Es besteht also auch aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf und es wird höchste Zeit, dass sich in der Richtung in Deutschland etwas bewegt.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Die Bundestagswahl ist vorbei. Die FDP, stets Gegner des Emissionshandels, ist aus dem Bundestag gewählt. Ich hoffe, dass die neue Bundesregierung endlich zügig wenigstens die auch unzureichenden Beschlüsse des Europaparlaments umsetzt.

(Rudolf Borchert, SPD: Tja.)

Das einzig wirksame gesamteuropäische Instrument, das Herzstück des europäischen Klimaschutzes, muss endlich wiederbelebt werden. Also auch wir lehnen es nicht vollständig ab.

Den zweiten Punkt des Antrages, den sehen wir durchaus diskussionsbedürftig. Ich persönlich glaube nicht, dass wir mit einem solchen Weg den Zertifikatehandel retten können. Dafür brauchen wir eine gesamteuropäische Lösung, die wesentlich über das hinausgeht, was im Sommer als Einigung gefeiert wurde. Aus meiner Sicht und der meiner Partei kann es dabei nur einen Weg geben: Die Verschmutzungsrechte müssen deutlicher als bisher reduziert und dauerhaft dem Markt entzogen werden,

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, völlig zutreffend.)

sonst bleibt dieser Kompromiss nur heiße Luft.

Ebenso – der Minister ist darauf schon eingegangen – muss Schluss sein mit der sogenannten Auslagerung von Emissionsrechten und dem Clean Development Mechanism, durch den sich Industriestaaten sozusagen freikaufen können. All das gehört aus unserer Sicht abgeschafft.

Was können wir nun in Deutschland selbst tun? – Wenn die Energiewende vorankommen soll, brauchen wir wirksame Instrumente, die den Abschied von der Verbrennung der fossilen Energieträger, zu allererst der Kohle, regeln. Allein das EEG als Anreizprogramm für den Ausbau der erneuerbaren Energien, erst recht nicht so, wie es heute ist, wird das nicht schaffen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss flankiert werden vom Abbau der fossilen. Eine CO₂-Steuer, wie in Ihrem Antrag vorgeschlagen, als Bestandteil eines Kohleausstiegsgesetzes, wie es DIE LINKE fordert, könnte ein Weg sein. Darüber sollten wir diskutieren. Dass wir Geld für den Klimaschutz brauchen, steht für uns überhaupt nicht in Zweifel. Wir müssen also aus unserer Sicht weiter darüber diskutieren, und zwar als Teil eines Pakets.

Insofern verstehe ich das nicht als Einzelmaßnahme. Wir haben ja gerade in der vergangenen Sitzung des Parlaments im September schon weitere Vorschläge diskutiert. Also es gibt ein ganzes Paket an Maßnahmen, die ergriffen werden können oder müssen, und den besten Weg, den sollten wir durchaus auch hier in unseren Reihen diskutieren. Es ist notwendig, die Energiewende bezahlbar für alle zu gestalten. Deshalb unterstützen wir den Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine werten Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Es

ist völlig zutreffend, wenn der Antragsteller im Punkt 1 seines Antrages feststellt, der Europäische CO₂-Emissionshandel ist gescheitert, er ist klimapolitisch wirkungslos und er schadet der Energiewende. Ich glaube, das ist unstrittig. Man muss leider im Jahre 2013 konstatieren, dass diese gute Grundidee aus dem 2005, nämlich die Verpflichtung für Unternehmen, dass sie je ausgestoßener, produzierter Tonne CO₂ ein Emissionszertifikat zu kaufen haben, dass diese gute Grundidee als wichtigstes Instrument des Klimaschutzes durch den aktuellen Preisverfall völlig wirkungslos ist.

Kalkuliert wurde mal mit 18 Euro, 20 Euro, Mitte 2011 kostete die Tonne noch 18 Euro, inzwischen eben nur noch durchschnittlich 4 Euro. Insofern ist das vor allem eine Katastrophe für den aktuellen Klimaschutz in Europa und in der Welt. Und wenn man sich vorstellt, dass in Deutschland zurzeit mehr CO₂-Emissionen produziert werden als vorher, dass der Kohlestrom, der ja nun mit Abstand am CO2-schädlichsten ist, in Deutschland boomt - zurzeit beträgt der Anteil von Steinkohle- und Braunkohlestrom an der Stromproduktion 45 Prozent, ein Rekordwert -, wird deutlich, dass wir hier praktisch an einem Punkt sind zu sagen: Das ist eine klimapolitische Katastrophe. Zumal, das sollte man dann dabei auch noch mal zur Kenntnis nehmen, wie es der Zufall so will: Am 27. September - vor wenigen Tagen - veröffentlichte der Weltklimarat seinen ersten Teil des aktuellen Klimareports. Damit bekommt das eine besondere Brisanz, was wir heute hier beraten, weil es wird festgestellt, der Erdtemperaturanstieg bis zum Jahr 2100 wird zwischen mindestens 1,5 oder maximal 4,5 Grad Celsius liegen. Das heißt, das festgelegte oberste Ziel der Temperaturentwicklung von 2 Grad wird damit deutlich verfehlt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Was heißt das konkret? Es bedeutet konkret den Anstieg des Meeresspiegels. Während wir noch im 20. Jahrhundert einen Anstieg um 17 Zentimeter hatten, gehen wir davon aus, dass entsprechend dem Klimareport im 21. Jahrhundert der Meeresspiegelanstieg mindestens 26 Zentimeter, maximal 82 Zentimeter betragen wird. Auch wenn man nur den Mittelwert nimmt, einen halben Meter, kann man sich vorstellen, was das für Hunderte von Millionen Menschen auf der Erde bedeutet, wenn der Wasserspiegel so wie prognostiziert ansteigen wird.

Meine Damen und Herren, insofern ist es nicht fünf vor zwölf, sondern möglicherweise schon kurz vor oder vielleicht sogar nach zwölf, wenn wir daran denken, dass der neue Klimavertrag, der ja erst 2015 beschlossen werden soll, 2020 in Kraft treten soll. Das heißt, auch die nächsten sieben Jahre wird hier nichts Wesentliches passieren in der internationalen Klimapolitik, und dann dazu noch diese Negativauswirkungen des praktisch wirkungslosen Emissionshandels in Europa.

Hinzu kommt als kleines deutsches Sonderproblem: Die kalkulierten Einnahmen aus dem Emissionshandel für Deutschland, die hatte vor allen Dingen Finanzminister Schäuble schon voll eingeplant für den Energie- und Klimafonds, die Einnahmen finden natürlich nicht statt – wichtige Mittel, die für die Gestaltung der Energiewende in Deutschland fehlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was kann man tun? Wo sind die Lösungen? Wie geht es weiter? Der Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Antrag auf Einführung einer nationalen CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe, fossile Kraftwerke in Deutschland, ich glaube, das ist ein interessanter Vorschlag, der sich auch in der öffentlichen Debatte befindet. Und gerade wohl gestern oder vorgestern hat der Umweltrat, also die Umweltweisen der Bundesregierung, diesen Vorschlag auch noch mal grundsätzlich unterstützt.

Unabhängig davon sind wir als SPD-Fraktion der Meinung, besser wäre eine europäische Lösung, das heißt, eine Aktivierung des Emissionshandels, weil wir schon grundsätzlich davon überzeugt sind, Klimaschutz endet logischerweise nicht an Landesgrenzen, globaler Klimawandel erfordert natürlich auch globalen Klimaschutz. Insofern sind wir skeptisch, ob einzelne nationale Maßnahmen wirklich erfolgsträchtig sind, und favorisieren eindeutig eine europäische Lösung. Wir sind der Meinung, der europäische Emissionshandel muss wieder deutlich gestärkt und aktiviert werden, und zwar durch eine starke Verknappung der Zertifikate muss der Preis je Tonne wieder auf mindestens 20, besser noch 30 Euro gebracht werden.

Wie ist die Situation in Europa beziehungsweise im Europäischen Parlament bezüglich dieser Frage? Ich möchte doch hier etwas weiter ins Detail gehen, weil im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Begründungstext zu Punkt 1 beschrieben wird, dass die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Europa eine, ich sage jetzt mal, grundlegende Reform des Emissionshandels nicht möglich machen. Insofern muss man sich das schon mal ein bisschen genauer angucken. Es stimmt, am 16. April wurde mit knapper Mehrheit ein Antrag des Umweltausschusses im Europäischen Parlament zum Backloading abgelehnt. Dieser Antrag sah vor, so, wie es SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und LINKE auch im Bundestag beschlossen haben, zu einer starken, aber sehr starken Verknappung der CO2-Zertifikate zu kommen, und zwar ohne zeitliche Befristung.

Dann hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments dankenswerterweise, muss ich sagen, noch mal die Initiative ergriffen, hat im Juli einen neuen, abgeschwächten Antrag eingebracht, also unmittelbar vor der Sommerpause des Europäischen Parlaments. Und dieser Antrag, der dann beschlossen wurde mit 344 zu 311 Stimmen, also relativ knapp, dieser Beschluss sieht jetzt vor, Verschmutzungsrechte für 900 Millionen Euro vom Markt zu nehmen, allerdings nur einmalig und nur für ein Jahr. Das ist eine sehr abgeschwächte Variante. Es ist jetzt zwar nur zwei, drei Monate her, aber es ist momentan überhaupt nicht erkennbar, ob dieser gut gemeinte und in eine gute Richtung zielende Beschluss wirklich etwas bewirkt - bisher zumindest nicht erkennbar. Der CO2-Zertifikatpreis dümpelt weiterhin bei 4 bis 5 Euro dahin. Insofern meine Einschätzung und die von Experten letztendlich auch, dass sie meinen, ja okay, gut gemeint vom Europäischen Parlament an der Stelle, aber die Skepsis ist berechtigt. Auch dieses abgeschwächte Backloading wird den Emissionshandel in Europa nicht wirklich befördern.

Wie stellen sich denn jetzt die Bundesregierung und vor allen Dingen der noch amtierende Umweltminister zu dem Thema? Das ist ganz interessant. Gerade unter dem Eindruck, glaube ich, des aktuellen Klimareports des Weltklimarates hat ja Herr Altmaier verkündet, Klimaschutz muss in der neuen Bundesregierung eine größere Bedeutung bekommen. Ich sage erst mal, nach Abdanken der FDP eigentlich logisch, die Frage ist nur: Wie weit geht denn nun dieses Bekenntnis zum Klimaschutz in der neuen Bundesregierung, egal jetzt, in welcher Konstellation?

Ich glaube, die Position von Herrn Altmaier ist nur zu begrüßen, aber auch in der Vergangenheit konnte er sich schon nicht durchsetzen. Und wie soll das in der Zukunft aussehen? Aber andersherum formuliert: Wenn es Herrn Altmaier gelingt, die Bundeskanzlerin Frau Merkel davon zu überzeugen, dass es, so wie bei Obama jetzt vielleicht auch, angebracht ist, dass Frau Merkel sich klar zum Klimaschutz bekennt, und zwar nicht nur verbal, sondern auch in Taten wirklich handelt, sozusagen die "Klimakanzlerin" Angela Merkel, ich glaube, dann ist es nicht vermessen zu sagen, hätten der Emissionshandel in Europa und eine entsprechende Reform inklusive natürlich der entsprechenden Verknappung eine echte Chance.

Und ich glaube, zum Beispiel bei der Durchsetzung des Fiskalpaktes in Europa hat Deutschland, insbesondere die Bundeskanzlerin Frau Merkel bewiesen, welche Durchsetzungsfähigkeit sie hat. Solch eine Durchsetzungsfähigkeit auch beim Klimaschutz in Europa, und ich glaube schon, Deutschland könnte hier eine sehr, sehr gute, ich sage, müsste eigentlich eine sehr, sehr gute Vorreiterrolle übernehmen.

Insofern bin ich, ich sage jetzt mal, bedingt optimistisch, dass wir vielleicht in den nächsten Monaten in Europa schnellstmöglich zu einer Reform des Emissionshandels kommen. Allerdings – und da bin ich auch wieder beim Antragsteller BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –, da wir ja nicht wissen, ob wir wirklich zu einer wirkungsvollen Reform kommen, und vor allen Dingen nicht, in welchem Zeitraum, ist es völlig legitim, wenn nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Deutschland darüber diskutiert wird, wie man parallel dazu, mit nationalen Maßnahmen natürlich, wirkungsvoller etwas für den Klimaschutz machen kann. Und da ist der Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der zusätzlichen CO₂-Steuer auf Kohlebrennstoffe beziehungsweise fossile Brennstoffe auf dem Tisch.

Aber es gibt noch einen zweiten interessanten Vorschlag, der bisher hier noch nicht so diskutiert wurde. Den möchte ich mal in den Mittelpunkt stellen, weil der für mich persönlich, aber auch für die SPD-Fraktion hier möglicherweise sogar noch, ich sage jetzt mal, attraktiver ist als der Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. In dem Fall mal als Vorbild die USA. Ja, Sie haben richtig gehört, auch die USA kann Vorbild sein für Klimaschutz. Aktuell liegt nämlich auf dem Tisch ein Vorschlag der Umweltbehörde der USA, und der wird auch umgesetzt in der Weise, dass man CO₂-Standards für bestehende und auch für zukünftig neu entstehende Kohlekraftwerke festlegen will.

Zum besseren Verständnis: Bisher gibt es bei Kohle-kraftwerken und generell Kraftwerken nur Standards für Schwefel- beziehungsweise Stickoxidobergrenzen und die USA werden CO₂-Standards einführen. Das heißt, es werden zukünftig in den USA nur noch Kohlekraftwerke genehmigt, wenn sie maximal 500 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde Strom erzeugen. Zum Vergleich: Konventionelle Kraftwerke, Steinkohlekraftwerke liegen bei 700 Gramm beziehungsweise Braunkohlekraftwerke sogar bei 900 Gramm. Das bedeutet konkret, wenn

diese Norm in den USA eingeführt wird, wird kein neues Kohlekraftwerk mehr in den USA gebaut werden, weil die damit verbundene CCS-Technologie absolut nicht bezahlbar ist.

Insofern führt das, was momentan in den USA gemacht wird, dazu – und das findet natürlich meine volle Sympathie –, dass keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden. Ein Vorschlag, der inzwischen auch in Deutschland sehr viele Befürworter, sehr viele prominente Befürworter gefunden hat, also die Einführung von CO₂-Abgasnormen, Grenzwerte für bestehende Kohlekraftwerke beziehungsweise auch für den Neubau.

Prominente Befürworter in Deutschland sind zum Beispiel der ehemalige Umweltminister Klaus Töpfer, CDU, der sich eindeutig dafür ausspricht, das richtige ordnungspolitische Instrument zur Festlegung von Grenzwerten für Schwefelstickoxide jetzt auch zusätzlich für CO₂ anzuwenden. Dann der, vermute ich mal, parteilose Deutschlandchef von Siemens, Rudolf Martin Siegers, und drittens, das finde ich besonders bemerkenswert, Stefan Wenzel. Stefan Wenzel ist aktuell Energieminister in Niedersachsen, Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der sich ausdrücklich für diese CO₂-Grenzwerte ausgesprochen hat und in Niedersachsen bereits prüfen lässt, inwieweit man dort als Bundesland bereits tätig werden kann. Ich finde, ein richtiger Weg, dieses so ernsthaft auch zu prüfen.

Wir haben ja nur das Steinkohlekraftwerk in Rostock – das war jetzt nicht als ernster Beitrag gemeint, sondern vielleicht auch zum Schmunzeln –, vielleicht können wir bei der Gelegenheit mal prüfen, welche CO₂-Werte wir dort an dem Standort haben.

Bemerkenswert, aber nicht überraschend, der RWE-Chef Johannes Lambertz ist natürlich gegen die CO₂-Steuer und natürlich auch gegen eine CO₂-Abgasnorm. Er sagt, wir setzen weiterhin auf Emissionshandel. Ich unterstelle mal, dass Herr Lambertz vor allen Dingen den im Moment nicht funktionierenden Emissionshandel meint, weil der natürlich RWE sehr entgegenkommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion: Wir möchten zum jetzigen Zeitpunkt keine Vorfestlegung auf irgendeine Form von nationaler Maßnahme, um jetzt entweder mit CO₂-Steuer oder mit CO₂-Abgasnorm hier tätig zu werden. Wir halten solch eine Festigung zum heutigen Zeitpunkt für verfrüht. Es ist eine sehr, sehr aktuelle Debatte, die hier momentan geführt wird, notwendigerweise, aber nach meiner Meinung und nach Meinung meiner Fraktion ergebnisoffen.

Fazit für die SPD-Fraktion: Wir favorisieren eine Europalösung. Wir wollen konsequent daran arbeiten und erwarten auch, dass unsere Landesregierung sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechend einbringt, vielleicht wir auch als Landtag. Darüber hinaus prüfen wir ergebnisoffen nationale Maßnahmen, um endlich oder um überhaupt einen noch stärkeren Beitrag zu leisten zum doch so notwendigen Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland und weltweit. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) **Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Petereit von der NPD-Fraktion.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Vorschläge aus dem Antrag sind nicht neu, wurden sie doch von der GRÜNEN-Bundestagsfraktion schon kurz vor dem Ende der Legislaturperiode und pünktlich zum Wahlkampf vorgelegt. Aufgrund der späten Vorlage konnte der Bundestag sich damit allerdings nicht mehr befassen, weshalb es ein reines Wahlkampfmanöver blieb.

Den GRÜNEN bleibt es natürlich unbenommen, ihr sogenanntes Klimaschutzgesetz nun bald erneut dort vorzulegen. Die FDP könnte das natürlich nicht mehr. Wer weiß, vielleicht wird es ja auch in die Koalitionsverhandlungen eingebracht, jedenfalls hat unserer Ansicht nach dieser Antrag hier nichts verloren.

Was das Wahlkampfmanöver auf Bundesebene gebracht hat, lässt sich so nur schwer messen, aber der Wähler hat es offenbar nicht so aufgenommen, wie die GRÜNEN sich das erhofft hätten, was wohl auch daran liegt, dass mit einer Zwangsabgabe auf CO₂-Zertifikate nicht zu erwarten ist, dass die Strompreise für den Verbraucher wieder sinken werden, denn die Steuer auf Kohlendioxidemissionen tragen vor allen Dingen die Energiekonzerne und diese geben die Kosten – wie immer – durch höhere Strompreise an die Konsumenten weiter. Dafür haben die Deutschen natürlich wenig Verständnis. Ebenso wenig hat sich das deutsche Volk oder kann das deutsche Volk nicht bedingungslos dem Klimaschutz unterworfen werden.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Dem Klimawandel wird es aber automatisch unterworfen. – Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

denn während es dem weltweiten Klima völlig egal ist, ob fossile Brennstoffe hier oder in China verheizt werden, haben die Menschen hier ganz reale Zukunftsängste: Wandern weitere Arbeitsplätze ab oder bleiben sie erhalten? Werde ich den Strom künftig noch bezahlen können?

Ökofanatismus führt nicht zum Ziel. Die Energiewende, so, wie Sie sie wollen, braucht wenigstens eine Duldung, wenn sie schon auf mäßige Akzeptanz stößt, und die bekommen sie nur, wenn Sie auch noch irgendwie zu ertragen ist. Am Ende wird immer wieder alles verschlimmbessert,

(Beifall Udo Pastörs, NPD – Heinz Müller, SPD: Wenn jemand nicht zu ertragen ist, dann sind Sie das.)

genauso wie beim Dosenpfand, der am Ende faktisch den Tod der Pfandflasche bedeutete, oder bei den Palmölplantagen für den Biosprit, für den extra Regenwald abgeholzt wurde.

Also falls Sie es nicht herausgehört haben: Wir lehnen den Antrag ab. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun noch einmal der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Petereit, vielleicht können Sie in der NPD-Fraktion einfach mal die ganz einfache Frage klären, ob Sie den Klimawandel nun für existent halten oder nicht.

(Stefan Köster, NPD: Das Klima wandelt sich immer. – Zuruf von David Petereit, NPD)

Sie erklären immer, Sie wollten irgendwas dazu machen. Ihr Fraktionsvorsitzender erklärt, er hält das alles für eine Verschwörungstheorie. Das ist eine relativ elementare Frage, die offensichtlich auch eine Menge Geld kostet, und deswegen wäre es sinnvoll, Sie bilden sich mal eine Theorie dazu, wie Sie dazu stehen wollen.

Aber zurück zu den Argumenten: Ich kann verstehen, dass Sie sagen, wir möchten eine gesamteuropäische Lösung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber das Problem ist, wir werden sie nicht kriegen, und zwar auf absehbare Zeit nicht kriegen. Und wenn wir uns die Situation des Euro zurzeit angucken, die wirtschaftliche Situation der südlichen Länder in Europa angucken, dann brauche ich kein Wahrsager zu sein, um zu sagen: Das ist angesichts existenzieller Probleme von Menschen in den südlichen Ländern der Europäischen Union kaum denkbar. Die sagen – und das ist leider so –, das sind eure Luxusprobleme, die ihr bewältigen wollt. Erst kommt mal unser Essen und dann kommt eure Moral zum Thema Klimaschutz und so weiter. Was nützt uns das, wenn in hundert Jahren die Wassermassen nicht ganz so stark steigen? Uns steht jetzt das Wasser existenziell bis zum Hals.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und weil das so ist, glaube ich, müssen wir anfangen, über nationale Lösungen nachzudenken, die insgesamt die EU voranbringen, weil wir zeigen können, dass eine starke Volkswirtschaft dadurch nicht massiv geschwächt wird, sondern am Ende sogar durch eine Effizienzsteigerung der Gesamtwirtschaft gestärkt aus einem solchen Prozess herausgeht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Borchert, Sie haben ja das Sachverständigengutachten erwähnt und da habe ich mich natürlich sehr gefreut. Das ist am Dienstag rausgekommen.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Das Gutachten sagt auf Seite 5, das ist vom Sachverständigenrat für Umweltfragen, beauftragt von der schwarz-gelben Bundesregierung, die arbeiten da in Umweltfragen zu, und diese ganzen Professoren stellen auf Seite 5 fest: "Der Erfolg der Energiewende hängt daher entscheidend von einem ausreichenden CO2-Preissignal ab." Genau das, was wir gesagt haben. Also sind wir uns, glaube ich, unter den demokratischen Fraktionen auch einig. Dann kommen sie auch zu einer Konsequenz und die sieht so aus: Darüber hinaus "(sollte) Deutschland nach britischem Vorbild eine nationale CO2-Mindestbesteuerung einführen," insbesondere "wenn die

schnelle Reform des europäischen Emissionshandels nicht gelingen sollte".

Das ist genau die Feststellung zurzeit, und das ist eigentlich auch die Feststellung aller Menschen, die ich kenne, die im Europäischen Parlament sitzen, dass sie sagen, das war jetzt der schwächste, aber noch mögliche Kompromiss. Mehr ist momentan nicht drin.

Wir haben nächstes Jahr Europawahl, und wenn Sie sich angucken, wie die befürchteten Ergebnisse sind, zum Beispiel in Frankreich Le Pen und so weiter,

(Udo Pastörs, NPD: Ja. – Zuruf von David Petereit, NPD)

dann wissen wir, dass die Eurokritiker da noch stärker mit reinkommen.

Wenn wir über gesamteuropäische Lösungen reden, dann ist das natürlich auch ein Verabschieden,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und zwar von einer weltweiten Lösung, die wir im Kyoto-Prozess ja durchaus angestrebt haben und wo sich auch wieder alle Fachleute einig sind: Wir werden auf weltweiter Ebene momentan keine Lösung hinbekommen. Das liegt nicht an schlechter Verhandlungsführung oder irgendwas, sondern an konkreten wirtschaftlichen Vorteilen, die sich einzelne Länder sozusagen erhoffen, und sie sehen sich ausgebremst durch einen Kyoto-Prozess, den sie so nicht wollen, und zwar nicht in der Form, wie wir ihn haben, und auch nicht in irgendeiner anderen Form. Deswegen hängt es eben wirklich davon ab, wie gehen wir damit um.

Das Thema "neue Kraftwerke": In Deutschland sind im Jahr 2013 – auch das ist für mich völlig neu – 5.300 MW neue Kohlekraftwerksleistung ans Netz gegangen. 5.300 MW! Wir reden nicht vom Abschalten, weil wir sagen, wir brauchen die als Grundlast, sondern wir haben 5.300 MW neu in Betrieb genommen. Das heißt, auch die Frage würde ich durchaus ernsthaft diskutieren wollen, ob wir nicht eine CO_2 -Obergrenze einführen können und wollen. Vielleicht ist das ja sogar auf Landesebene möglich. Deswegen würde ich – das sage ich jetzt mal gleich in Richtung Präsidium – den Antrag stellen, diesen Antrag in den Energieausschuss zu überweisen, um dann diese weitergehenden Fragen zu diskutieren und auch die offenen Fragen aus diesem Antrag weiterzudiskutieren.

Ich will noch einen Satz sagen zum Thema Zertifikatehandel. Ich habe deutlich betont, ich kann das letztendlich nicht bis ins Letzte einschätzen. Ich möchte diesem
System noch eine Hoffnung geben. Aus dem, was ich
bisher erkannt habe, kann ich Ihnen nur sagen, das System ist gescheitert, weil es systemimmanent scheitern
muss. Das Problem ist nämlich Folgendes: Wenn Sie die
Zertifikate derartig verknappen, dass sie in etwa auf
30 Euro kommen, wo wir alle davon ausgehen, ab da
wird es richtig wirksam, und wir haben eine bestimmte
wirtschaftliche Entwicklung, einen Aufschwung in bestimmten Ländern oder was weiß ich, dann gehen uns
die Preise für den Zertifikatehandel innerhalb sehr kurzer
Zeit völlig durch die Decke nach oben.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Und weil die Wirtschaft genau diese Sorge hat, und die ist nicht völlig unberechtigt, ist sie massiv gegen eine sehr starke Verdünnung der CO₂-Zertifikate. Bei dem jetzigen System können alle damit leben – weil praktisch wirkungslos –, wird das aber richtig verknappt, dann entsteht das Risiko, dass das Pendel so stark in die andere Richtung ausschlägt, dass es wirklich dramatische wirtschaftliche Folgen haben könnte. Deswegen müssen wir ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Da muss man eine Balance finden.)

Bitte?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Da müssen wir eine Balance finden.)

Wir müssen eine Balance finden, aber die ist nur durch eine ganz langsame, schrittweise Annäherung möglich. Deswegen ist, glaube ich, die Mindestbesteuerung, die sozusagen ein klares Preissignal setzt und eine Berechenbarkeit für die Wirtschaft garantiert, der bessere Weg. Das schließt ja das andere nicht aus. Wir kriegen aber Zeit, ...

(Rudolf Borchert, SPD: Man kann auch beides machen.)

Ich will auch beides.

... wir kriegen da aber mehr Ruhe rein und können etwas sorgfältiger damit umgehen.

Die viel besprochene Fotovoltaikanlage: Ich will ja gerne zugeben, dass die Fotovoltaik und der massive Ausbau wir hatten in den letzten drei Jahren 7.500 MW pro Jahr massiv zur Steigerung der EEG-Umlage beigetragen haben. Die jetzigen neuen Anlagen tun das definitiv nicht mehr. Eine neue kleine Fotovoltaikanlage kriegt seit Oktober unter 15 Cent und eine Fotovoltaikanlage entlang der Autobahn, wie Sie sie zurzeit noch sehen, die kriegt ab Oktober neu in Betrieb genommen gerade mal noch 9,88 Cent. Und deswegen immer wieder mein Hinweis auf die Offshoreproblematik: Das könnte der neue Preistreiber werden, wenn wir uns da nicht sehr schnell zusammensetzen und nach Lösungen suchen. Wir stehen alle hinter der Offshoreindustrie, weil wir sie in unserem Bundesland wollen und die wirtschaftlichen Chancen für unser Bundesland sehen.

Das Thema USA/Obama übrigens noch mal: Das ist natürlich auch der Tatsache geschuldet, dass Obama nicht die freie Entscheidung hat, ob er eine Steuer umsetzen will oder eher den Grenzwert machen will. Obama hat erkannt, er kriegt keine Steuer durch in seinen Häusern, das weiß er sehr sicher, und deswegen ist die einzige Chance, die er hat, als Präsident zu agieren, und da kann er tatsächlich über die Umweltpolitik solche Grenzwerte erlassen. Genau das muss er jetzt prüfen,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

weil ihm die anderen Möglichkeiten praktisch fehlen.

Ich glaube also, wenn wir diesen Antrag in den Energieausschuss überweisen und dort noch mal intensiv beraten können, kommen wir vielleicht zu einer Annäherung der Positionen, deswegen würde ich mir das wünschen. Ansonsten kann ich Sie nur bitten, dem Antrag zuzustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2235 in den Energieausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Überweisung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2235 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2235. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2235 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht beenden – Einsatzfähigkeit von Bundeswehr und sozialen Diensten wiederherstellen, Drucksache 6/2239.

Antrag der Fraktion der NPD Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht beenden – Einsatzfähigkeit von Bundeswehr und sozialen Diensten wiederherstellen – Drucksache 6/2239 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 2006 wurde in den unterschiedlichsten Parteien immer heftiger darüber gestritten, ob es eine Aussetzung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland geben sollte. Die CDU war ganz klar für die Beibehaltung und die Argumente, die die CDU damals ins Feld führte, basierten auf Erkenntnissen und auf Einschätzungen von Fachleuten.

Einer der großen Fachleute, der damals auch aus meiner Sicht maßgeblich fundierte Vorsicht anmahnte, war der damalige Generalinspekteur Hartmut Bagger. Er warnte vor einer Entwicklung, die jetzt eingetreten ist. Die Bundeswehr ist durch die Aussetzung mehr oder weniger nicht mehr einsatzfähig. Die starke Fokussierung der Streitkräfte auf Auslandseinsätze der Bundeswehr in erster Linie für die Interessen US-amerikanischer Absichten und Strategien, die zunehmende Problematisierung zur Rekrutierung von wehrwilligen und wehrfähigen und einsatzfähigen, jungen Männern und Frauen ist nahezu gen null.

Die aktuellen Zahlen sagen, dass die Bundeswehr in den nächsten zehn Jahren nicht mehr in der Lage sein wird, ihr mittleres Führungspersonal rekrutieren zu können. Der Bereich der Unteroffiziere, der Feldwebel, aber auch der Offiziere bis hin zum Stabsoffizier ist nicht mehr innerhalb der Planung, die damals prospektiert wurde. Wir haben auch hier an dieser Stelle - und ich habe das mehrfach getan in der Debatte - eben auf diese Problematik hingewiesen und wir haben gefordert Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht unter einem gesellschaftspolitischen Aspekt, da wir hier gesagt haben, die Bundeswehr ist nur dann stark verankert in unserem Staat, wenn sie auch aus den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes rekrutiert wird. Ich habe seinerzeit darauf hingewiesen, dass die Vereinigten Staaten von Nordamerika nach der Katastrophe von Vietnam die Wehrpflicht abgeschafft haben, wohlwissend, dass nur dann zukünftig durch ein Berufsheer oder durch eine Berufsarmee überhaupt noch Kriege ohne großen Widerstand der amerikanischen Bevölkerung führbar waren. Sie alle kennen die Proteste während und unmittelbar nach dem Vietnamdesaster.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Befürchtungen, die ich hier kurz umrissen habe, lassen ganz einfach die Notwendigkeit erkennen, auch einigen Stimmen in der CDU mehr Gehör zu geben, die offen bekennen, dass diese Reform der Bundeswehr objektiv gescheitert ist. Aber grundsätzlich muss man die Frage stellen: Braucht denn Deutschland überhaupt noch Streitkräfte? Die GRÜNEN, viele der GRÜNEN sagen Nein, die LINKEN sowieso, und besonders die GRÜNEN sind dann immer froh, wenn Krieg geführt werden kann,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie wollen ja wieder eine Wehrmacht machen, ne? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

um sich hervorzutun mit der Forderung, Bomben auf Belgrad, zum Beispiel Joschka Fischer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Rechtsgrundlage der allgemeinen Wehrpflicht ist geregelt im Grundgesetz unter dem Artikel 12a

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Echt jetzt?)

und insofern wäre es auch rechtlich ganz einfach, den alten Status, nämlich dass die Streitkräfte sich aus der Breite des Volkes rekrutieren, wieder herzustellen.

Wenn Sie bedenken, dass der letzte dienstpflichtige Jahrgang 1982 nur mit 24 Prozent Wehrdienst ableistete aufgrund des Abschmelzens des Truppenkontingents, was wir bereitgehalten haben, dann stellt sich natürlich die Gerechtigkeitsfrage: Wie ist es denn mit der Wehrgerechtigkeit? Wie sieht das aus, wie kann man das organisieren? Das war ja einer der Hauptgründe, warum man gesagt hat, immer weniger müssen zur Bundeswehr und immer mehr werden dann mehr oder weniger den Versuch unternehmen, gar nicht mehr hinzugehen, indem sie sich auf medizinischem Attest verabschieden, und das ist ja auch geschehen. Wenn Sie berücksichtigen, dass in den letzten Jahren der Wehrpflicht bis zu 42 Prozent, eine ungeheure Zahl, aus medizinischen Gründen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ungeheuerlich! Drückeberger!)

nicht mehr Wehrdienst oder Ersatzdienst leisten durften, dann erkennen wir natürlich das Problem. Hier verweisen wir aber auf eine Wehrkonzeption der Schweiz, die eine Kombination.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die bedanken sich bestimmt bei Ihnen.)

die eine Kombination mit sehr großem Erfolg seit vielen Jahrzehnten praktiziert, und zwar die Kombination aus Miliz

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Gebirgsmarine.)

und das ganz klare Festhalten am Wehrdienst, was ja gerade vor 10 oder 14 Tagen die Schweizer Bevölkerung eindeutig bestätigt hat.

Um es kurz zu machen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na endlich!)

wenn Sie sich zu einer Bundeswehr bekennen, und das tun Sie ja hier mit Ausnahmen, von Ausnahmen abgesehen, dann müssen Sie auch der Bundeswehr die Grundlage geben, dass sie ihren Auftrag erfüllen kann. Für uns Nationaldemokraten ist der Auftrag

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, da bin ich ja gespannt.)

einer nationalen Streitmacht die Sicherung des Territoriums unseres Landes.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und wie sollen die Streitkräfte heißen? – Peter Ritter, DIE LINKE: Wehrmacht.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das erfordert dann ganz klar,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Meinen Sie die Grenze von 37? – Dr. Norbert Nieszery, SPD: 17.)

das erfordert dann ganz klar nicht nur ein Bekenntnis, sondern auch die praktische Bereitstellung, die praktische Bereitstellung der Rahmenbedingungen, damit die Bundeswehr den von der Politik aufgegebenen Auftrag maximal mit Aussicht auf Erfolg, nicht wie in Afghanistan, wo sie im Stich gelassen werden, materiell, personell, auch mit Erfolg dann erledigen kann. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir von der NPD Auslandseinsätzen der Bundeswehr das Wort reden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was ist mit Soldaten mit Migrationshintergrund? Dürfen die da mitmachen?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, diese ganz sachliche Darstellung des Problems in den Streitkräften dürfte Sie eigentlich auch dazu verleiten, zumindest darüber nachzudenken, ob wir uns nicht wieder verabschieden müssen von dem gescheiterten Konzept, und wenn dann von Ihnen vielleicht eingebracht wird, dass wir hier wieder zu einer vernünftigen Lösung kommen, dann werden wir uns natürlich der Stimme nicht verweigern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Toll!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski.

(Stefan Köster, NPD: Oi, oi, oi!)

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Für eine Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht sehe ich wahrlich keinen Anlass. Die von der Fraktion der NPD vorgelegte Begründung, sowohl Bundeswehr als auch soziale Dienste seien handlungsunfähig, entbehrt für mich – und ich denke, auch für die hier anwesenden Vertreter der demokratischen Fraktionen – jeder Grundlage. Für eine Wehrpflicht muss es sicherheitspolitische Gründe geben. Diese Gründe sind aber spätestens seit Ende des Kalten Krieges weggefallen.

(Michael Andrejewski, NPD: Die können immer wieder auftauchen, ganz überraschend.)

Es gibt keine konventionellen Streitkräfte, die Deutschland bedrohen, und wird es auf absehbare Zeit auch nicht geben. Für diesen Fall war von der Gründung der Bundeswehr an vorgesehen, dass die Wehrpflicht ausgesetzt werden kann. Es ist niemandem in Deutschland glaubwürdig zu vermitteln, weshalb es immer noch eine Wehrpflicht geben soll, die ja einen gravierenden Einschnitt in die Biografie junger Männer dargestellt hat, wenn es gar keine Bedrohungssituation gibt. Einen Verteidigungsfall, wie von der NPD formuliert,

(Stefan Köster, NPD: Das hat auch was mit der Persönlichkeitsentwicklung zu tun.)

gibt es weder heute noch in naher Zukunft. Wir haben heute zum ersten Mal in unserer Geschichte nur Freunde, Verbündete und Partner als Nachbarn.

> (Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

Seit 1990 wurde die Personalstruktur der Bundeswehr in mehreren Schritten den veränderten Anforderungen angepasst.

> (allgemeine Unruhe – Heinz Müller, SPD: Seid mal leise hier!)

Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr ist seit 2011 eine neue Zielgröße festgelegt worden. Zukünftig ist ein Gesamtumfang von bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen, der sich aus 170.000 Zeit- und Berufssoldaten inklusive Reservisten sowie aus 5.000 bis 15.000 freiwilligen Wehrdienstleistenden zusammensetzt.

Nun schauen wir uns die Zahlen, die jetzt vorliegen, vom September 2013 an, diese Quelle direkt von der Bundeswehr: Es gibt 176.260 Berufs- und Zeitsoldaten, dazu 6.667 freiwillige Wehrdienstleistende. Es sieht also ganz aut aus.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die gegenwärtige Zahl der Soldaten und Soldatinnen, ob Berufs- und Zeitsoldaten oder -soldatinnen oder freiwilligen Wehrdienstleistenden, entspricht damit den 2011 festgelegten Zielgrößen. Handlungsbedarf kann ich da keinen erkennen.

(Stefan Köster, NPD: Sie können auch viele andere Sachen nicht erkennen.)

Die Zeit des Wehrdienstes wurde immer mal wieder geändert, dauerte im Durchschnitt 12 Monate, zuletzt waren es auch nur noch 6 Monate. Die freiwilligen Wehrdienstleistenden können sich bis zu 23 Monaten verpflichten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wenn nun also wie im Rechenbeispiel der NPD 4.106 Personen neu hinzukommen, muss man für die Gesamtzahl auf diejenigen rechnen, deren Dienstzeit noch weiter läuft.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht nun Personallücken bei sozialen Diensten schließen zu wollen, halte ich für besonders hanebüchen. Es fehlt dort nicht an Personen, die aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe ablehnen. Die gibt es in sozialen und pflegenden Berufen sicherlich reichlich. Was aber in den sozialen Berufen fehlt, sind gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Aber das Image der Pflege ist schlecht und die Arbeit ist ein Knochenjob, der die Beschäftigten körperlich und psychisch belastet. Hinzu kommt, dass es kaum Karrierechancen gibt. Das Interesse, einen dieser Berufe zu ergreifen, ist daher deutlich geringer als der Bedarf.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Was fehlt, sind vor allem gut ausgebildete Fachkräfte und keine Zivildienstleistende, deren Dienstzeit schon wenige Monate, nachdem sie angelernt wurden, wieder vorbei ist. Hier ist es dringend erforderlich, Fachkräfte aus außereuropäischen Staaten wie beispielsweise Indien, Korea, den Philippinen oder Vietnam anzuwerben

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist richtig.)

und ihnen eine Zukunftsperspektive in Deutschland zu geben.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wir lehnen diesen Antrag ab. - Danke sehr.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Köster, NPD: Was für ein Unfug!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Frau Dr. Karlowski, ich weiß ja, dass Sie Biologin sind,

(Heinz Müller, SPD: Anständiger Beruf.)

und ich würde Ihnen empfehlen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nichts Diskriminierendes!)

sich über militärische Probleme, Strategien und über Einschätzungen von Sicherheitslagen etwas, ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das überlassen Sie bitte mal dem größten Feldherrn aller Zeiten!)

etwas ...

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Drehen Sie wieder etwas durch, Herr Doktor?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte?)

Ist es wieder soweit bei Ihnen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte?)

Ist es wieder soweit bei Ihnen? Haben Sie wieder Ihre fünf Minuten?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte? Ich verstehe Sie nicht. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Frau Dr. Karlowski, ich würde Sie bitten, ich würde Sie wirklich bitten, wenn Sie sich hier zu so einem Thema äußern, sich doch sachkundig zu machen und nicht Ihren Gefühlen freien Lauf zu lassen, denn Strategien, Militärstrategien und Bewertungen von Sicherheitslagen, das ist keine Frage von Gefühlen, sondern das ist eine Einschätzung von Fakten,

(Heinz Müller, SPD: Und dafür sind Sie geeignet?)

von Fakten und da haben wir Fachleute und diese Fachleute bewerten das.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben Fachleute? Das ist ja was ganz Neues.)

Und jetzt will ich Ihnen mal ein Zitat näherbringen von eben diesem Generalinspekteur der Bundeswehr. Er warnte am 16. Juli, also 1996,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

auf der Spitze der Diskussion schaffen wir die Wehrpflicht ab oder setzen wir sie aus, denn abgeschafft ist sie ja nicht, und so hat er Folgendes in wenigen Zeilen, wie ich meine, sehr prägnant und aus militärischer Sicht professionell formuliert, Zitat: "Für viele scheint das stärkste Argument für eine Berufsarmee die damit verbundene Professionalisierung zu sein. Wehrpflicht und Professionalität schließen sich aber nicht gegenseitig aus.' Die Wehrpflicht ... schaffe darüber hinaus die Möglichkeit, das gesamte Potenzial an Intelligenz, Fähigkeiten und beruflicher Ausbildung der jungen Bürger zu

nutzen: "Wir profitieren von diesem Potenzial nicht nur bei den Wehrpflichtigen, wir gewinnen aus ihm auch" – und nun hören Sie gut zu – "die Hälfte unseres Führernachwuchses an Offizieren und Unteroffizieren." Qualität und Kultur der Führung in der Bundeswehr, aber auch Professionalität werden wesentlich von den Wehrpflichtigen abhängen.

Das bedeutet, wenn Sie die neuesten Schriften des bundeswehrführenden Gremiums, nämlich die Vertretungen der Soldaten, auch des Wehrbeauftragten, einmal mehr studieren, dann werden Sie sehen, dass die Bundeswehr ganz massiv Probleme hat, qualifiziertes Personal zu finden. Der Standard der Einstellungskriterien ist ständig zurückgefahren worden und viele Offiziere, Stabsoffiziere beklagen, dass wir eine ähnliche Entwicklung zu befürchten haben, wie sie in den USA bereits vorhanden ist, dass nämlich die zur Armee gehen, die in der freien Wirtschaft keine Perspektive haben. Und wenn Sie die neuesten Angebote der Bundeswehr studieren, wo man sagt, kommt zu uns, ihr kriegt sofort für ein Jahr jeden Monat, ich glaube, 1.500 Euro und dann probiert aus, ob es euch bei uns gefällt, dann sehen Sie, dass hier eine qualitative Verschlechterung des Regenerationspersonals für unsere Streitkräfte objektiv ist.

Ich kann natürlich in Sonntagsreden loben, dass die Armee wichtig ist, dass sie integriert und der Staatsbürger in Uniform ganz wichtig sei, dann aber in concreto nichts tun, um eben der Wehrmacht, der Bundeswehr ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Wehrmacht? – Peter Ritter, DIE LINKE: Ei, jei, jei, jei, jei!)

Ja, deswegen hatte ich es gesagt, der Wehrmacht, Herr ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo sind Sie denn jetzt wieder?)

Sehen Sie?! Sehen Sie?! Da sind die fünf Minuten des Herrn Dr. Nieszery wieder da, also der ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, einen Moment.

Herr Pastörs, ich wollte eigentlich am Ende Ihrer Rede darauf hinweisen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass ich unparlamentarische Bemerkungen gegenüber Herrn Dr. Nieszery und auch die Gesten dazu nicht dulden werde. Ich bitte Sie, sich zukünftig daran zu halten, auch jetzt in Ihrer Rede.

Udo Pastörs, NPD: Also ich subsumiere: Die Bundeswehr braucht zukunftsträchtige, klare Definitionen vonseiten des Parlaments, was in den nächsten 20 Jahren auf sie zukommt.

Und, Frau Dr. Karlowski, wenn Sie sagen, wir sind umringt von Freunden, wissen Sie, militärpolitische Konzeptionen sind angelegt auf 30, 35 Jahre.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind ja ein richtiger Stratege, Herr Pastörs. So viel Ahnung hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Stellen Sie sich mal vor, die Schweizer werden frech!) Wenn Sie sich alleine anschauen, was heute Rüstungsprojekte für Zeitschienen erfordern, dann werden Sie erkennen, was für Dümmlichkeiten Sie hier eben preisgegeben haben.

> (Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Reden Sie gerade über sich, Herr Pastörs?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs!

Udo Pastörs, NPD: Und insofern sind Sie unqualifiziert, zu dem Problem hier an dieser Stelle zu sprechen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Weil sie eine Frau ist, oder warum, Herr Pastörs? – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich verweise noch mal auf meinen Hinweis, hier sich an parlamentarische Gepflogenheiten zu halten und nicht andere Reden mit "Dümmlichkeit" zu bewerten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Udo Pastörs, NPD: Das kann man so sehen.

Eine Wehrpflichtarmee ist darüber hinaus die intelligentere Armee, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie eben hier der Fachmann Herr Bagger ganz deutlich ausgeführt hat, denn sie ist aus dem Volk und so breit angelegt aus den unterschiedlichsten sozialen Milieus, aus den unterschiedlichsten Berufszweigen, dass die Effektivität, die Effektivität und die Kampfkraft einer solchen Armee weit, weit höher ist als die Kampfkraft einer Berufsarmee der Engländer oder – das wage ich ja gar nicht in den Mund zu nehmen – der Amerikaner. Und wer eine Armee will, der muss sie auch mit der maximalen Möglichkeit ausstatten, Siege zu erringen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gegen wen denn?)

Wer nicht mehr siegen will, den braucht man nicht in eine Schlacht zu schicken,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gegen wen denn?)

und wenn man eine Armee so schlecht ausrüstet,

(Zuruf von Katharina Feike, SPD)

dass sie auf verlorenem Posten steht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo denn?)

dann macht man sich mitschuldig am Elend und am Tod vieler junger Menschen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hören Sie auf mit so einem Quatsch! Das Gehetze hier ist nicht auszuhalten!)

Ein Beispiel ist die Katastrophe in Afghanistan, wo auffällig viele junge Männer aus den neuen Bundesländern eben aus diesen Gründen, die ich gerade nannte, auch

aus diesen Gründen ihr Leben gelassen haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was ist das für ein Gehetze?!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/2239. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der NPD auf Drucksache 6/2239 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Die Energiewende braucht die Verkehrswende – SPNV und ÖPNV dem künftigen Mobilitätsbedarf anpassen, Drucksache 6/2249. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2289 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Die Energiewende braucht die Verkehrswende – SPNV und ÖPNV dem künftigen Mobilitätsbedarf anpassen – Drucksache 6/2249 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/2289 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Borchert.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine werten Kolleginnen und Kollegen! Der Verkehrssektor steht in den nächsten Jahrzehnten vor bedeutenden Herausforderungen und großen Veränderungen. Endliche fossile Energieträger sowie Umwelt- und Klimaschutzverpflichtungen erfordern eine Verkehrswende, das heißt den strukturellen Umbau unseres Verkehrssystems zu einem Zeitalter der postfossilen Mobilität – sicherlich eine Herausforderung über viele Jahrzehnte, aber nach meiner Meinung ohne Alternative.

Dazu gehört zum Beispiel, dass erstens im Verkehrssektor der Verbrauch deutlich gesenkt wird, zweitens die CO₂-Emissionen stark reduziert werden, drittens die Energieeffizienz gesteigert wird und die Kraftstoffbasis langfristig komplett auf Erneuerbare Energien umgestellt wird.

Das kommt uns irgendwie bekannt vor, das kennen wir auch aus der Thematik Energiewende. Insofern ist die Verkehrswende unverzichtbare Voraussetzung beziehungsweise Bestandteil der Energiewende.

lionen zugelassene Kfz für 40 Millionen Haushalte – eine sehr hohe Kfz-Dichte. Und demzufolge ist auch der Anteil der verkehrsbedingten CO₂-Emission mit 153 Millionen Tonnen sehr hoch. Das entspricht etwa 20 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland. In Mecklenburg-Vorpommern liegt der Anteil des Verkehrssektors am Endenergieverbrauch bei circa 12 Milliarden Kilowattstunden, also auch, ich glaube, bei 30 Prozent, und bei den CO₂-Emissionen mit fast 2 Millionen Tonnen auch bei etwa 20 Prozent.

Meine Damen und Herren, um die Verkehrswende voranzubringen, gibt es deshalb klare europäische und nationale energie- und klimapolitische Ziele. Ich möchte die drei wichtigsten noch mal in Erinnerung bringen und konkret auf den Verkehrssektor beziehen:

Erstens. Im Verkehrssektor ist es vor allem notwendig, Wachstum vom Energieverbrauch so weit als möglich zu entkoppeln. Das heißt konkret, gegenüber 2005 soll der Energieverbrauch im Verkehr bis 2020 um 10 Prozent und bis 2050 um 40 Prozent reduziert werden. Allerdings zwischen 2005 und 2010 gab es in Deutschland nur eine Verbrauchsabsenkung von 1 Prozent. Insofern ist die Zielsetzung, bis 2020 um 10 Prozent Absenkung, zumindest aus heutiger Sicht infrage gestellt.

Zweitens. Die verkehrsbedingte CO₂-Emission soll bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gesenkt werden.

Drittens. Nach einer EU-Richtlinie soll der Anteil der Erneuerbaren Energie im Verkehrssektor in jedem Mitgliedsstaat bis 2020 auf 10 Prozent gesteigert werden. Deutschland liegt zurzeit bei 6 Prozent, Tendenz stagnierend.

Meine Damen und Herren, diese Ziele gelten auch für Mecklenburg-Vorpommern und müssen auch durch uns umgesetzt werden. Insofern, der Antrag der Koalitionsfraktionen war heute auch in der Debatte im Landtag, weil dieses Thema "Wie halten wir diese Ziele ein?" gilt natürlich auch für uns.

Meine Damen und Herren, ein wichtiges Instrument zur Umsetzung der Verkehrswende in Deutschland ist die am 10. Juni noch von der schwarz-gelben Bundesregierung vorgelegte Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie, MKS abgekürzt. In dieser Strategie gibt es durchaus positive Ansätze der Kraftstoffstrategie, Stichwort E-Mobilität. Was aber fehlt, ist das gesamte Spektrum zukunftsfähiger Mobilitätskonzepte. Und so wollen wir mit dem Antrag mit Punkt 5 die Landesregierung auffordern, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass dieses Defizit in der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie schnellstmöglich beseitigt wird und gerade Mobilitätskonzepte auch von der Bundesregierung federführend entwickelt, gefördert und unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, ohne eine Verkehrsverlagerung durch vernetzte Mobilität und Ausbau energieeffizienter Verkehrsträger werden die energiepolitischen Ziele verfehlt. Und zur Finanzierung notwendiger Investitionen in SPNV und ÖPNV und Verkehrsinfrastruktur wird von der neuen Bundesregierung eine nachhaltige Zukunftsstrategie gefordert und natürlich auch ein höherer finanzieller Einsatz, als es in der Vergangenheit der Fall war. Ich gehe davon aus, das wird Gegenstand der Koalitionsverhandlungen sein, die ja dann in den nächsten Monaten zu erwarten sind.

Meine Damen und Herren, dies gilt insbesondere für einen Punkt, der heute Morgen auch schon im Zusammenhang mit der Südbahn eine Rolle gespielt hat, nämlich völlig unbefriedigend ist der relativ geringe Elektrifizierungsgrad des Schienennetzes in Deutschland. Insofern müssen wir unbedingt in den nächsten Jahren viel schneller als bisher eine Elektrifizierung des gesamten Schienennetzes vorantreiben und damit natürlich auch den verstärkten Einsatz von grünem Warenstrom.

Meine Damen und Herren, in den Punkten 1 bis 3 unseres Antrages - und ich verzichte mal darauf, dieses hier weiter zu zitieren, es liegt Ihnen ja vor - wird die Landesregierung aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen und Instrumente der Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung die Verkehrswende in Mecklenburg-Vorpommern voranzubringen. Ziel muss es auch weiterhin sein, den Anteil des SPNV und ÖPNV so weit wie möglich zu erhöhen, um die Straßen deutlich vom Autoverkehr grundsätzlich zu entlasten. Allerdings ist dies - und das haben wir heute Vormittag ja auch schon hören können -, allerdings ist dies in einem dünn besiedelten Land wie Mecklenburg-Vorpommern, in einem dünn besiedelten ländlichen Raum viel schwerer zu finanzieren und organisieren wie im städtischen Raum und demzufolge brauchen wir auch landesspezifische Lösungen, um Mobilität im ländlichen Raum auch weiterhin bezahlbar zu erhalten. Mein Kollege Jochen Schulte wird nach mir dann in der Aussprache darauf noch im Detail eingehen.

Meine Damen und Herren, um die CO₂-Reduktionziele im Verkehrssektor zu erreichen und um langfristig aus der Preisabhängigkeit von Mineralöl zu kommen, denn zurzeit sind es beim Öl im Verkehr 70 Prozent, im Straßenverkehr sogar 97 Prozent Abhängigkeit vom Öl, ist es neben Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung unbedingt notwendig, schnellstmöglich alternative Kraftstoffe verstärkt einzusetzen.

Meine Damen und Herren, Branchenkenner, Umweltschützer sehen kurzfristig die größten Potenziale im alternativen Kraftstoffbereich im Erdgasantrieb. Der CO₂-Ausstoß ist deutlich niedriger als bei Diesel und Benzin und zudem werden wesentlich weniger Stickoxide und Feinstaubpartikel freigesetzt. Die Technik gilt als ausgereift, die Infrastruktur ist, wenn auch noch ausbaubedürftig, grundsätzlich vorhanden.

In Deutschland stehen für die 100.000 Erdgasfahrzeuge, die es circa gibt, zurzeit 900 Tankstellen zur Verfügung, davon allerdings nur 24 in Mecklenburg-Vorpommern. In Mecklenburg-Vorpommern ist das Tankstellennetz für Erdgasfahrer immer noch lückenhaft und zum Teil auch nicht kundenfreundlich. Ich möchte vor allen Dingen mal auf Güstrow verweisen, Norbert, da fehlt eine Erdgastankstelle.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Lieber Heinz, in Vorpommern ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, die ist in Bützow, die ist in Bützow.)

Bützow ist schlecht zu erreichen, Güstrow wäre notwendig.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Überhaupt nicht, überhaupt nicht! – Heinz Müller, SPD: Wer ist in Güstrow?) Ja, ja.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Wir sehen vor Ort Handlungsbedarf. Ich sage das auch deswegen, bei aller Betonung auf Notwendigkeit von SPNV: Wir werden in Mecklenburg-Vorpommern zukünftig auf die Straße auch angewiesen sein und demzufolge müssen wir uns diesem Thema der alternativen Kraftstoffe viel stärker stellen.

Es gibt für Erdgas natürlich noch einen zweiten großen Vorteil, das ist die problemlose Beimischung von Biomethan zum Erdgas. Bioerdgas ist der beste, heute verfügbare Biokraftstoff und wird von bis zu 20 Prozent dem Erdgas beigemischt, Tendenz steigend. Und demzufolge ist es notwendig, den Tankstellenausbau zu fördern und vor allem die Energiesteuerbegünstigung für Erdgasfahrzeuge zu verlängern. Das sind die zentralen Stellschrauben einer notwendigen Unterstützung für den Einsatz von Erdgas im Verkehrssektor.

Meine Damen und Herren, Erdgas und Biomethan sind also unstrittig kurzfristig eine sinnvolle Brückentechnologie. Allerdings als Schlüsseltechnologie für das 21. Jahrhundert ist natürlich klar angesagt die Elektromobilität. Zurzeit gibt es in Deutschland 10.000 Elektrofahrzeuge und die Zielsetzung, bis 2020 1 Million, wird natürlich von manchen, ja, ich sage jetzt mal, belächelt. Ich sage, es ist ein ehrgeiziges Ziel, realistisch und natürlich auch notwendig, wenn man dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft, und das nicht nur in der Autoindustrie, sondern natürlich auch in der Politik.

An der Stelle auch mal ein Zitat wieder von Klaus Töpfer: "Wer über Luftbelastung spricht, kann nicht beim Thema Elektromobilität schweigen." Ich glaube, das bringt es auf den Punkt.

Meine Damen und Herren, wie sieht es aus in Mecklenburg-Vorpommern? Nicht so gut. Alternative Kraftstoffe, wie Erdgas, Autogas, Wasserstoff, Elektroantrieb, werden in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu Deutschland insgesamt nur unterdurchschnittlich genutzt.

Und an dieser Stelle, glaube ich, sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass auch wir Einflussmöglichkeiten haben als Land. Die Landesregierung insbesondere sollte nach meiner Meinung mit Informationen und Beratung die Förderung von Pilot- und Demonstrationsvorhaben, wie zum Beispiel auch dem elektrisch betriebenen Schiffsverkehr, und auch einen besseren vorbildlichen Einsatz von alternativen Kraftstoffen offensiv vorantreiben.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Zurzeit wird an der Aufstellung des integrierten Landesverkehrsplans gearbeitet in Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden Anfang 2014 den ersten Entwurf haben und dann bis 2015 abschließend beraten. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auch der weitere Ausbau eines attraktiven, benutzerfreundlichen Radewegenetzes sein müssen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Borchert, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Rudolf Borchert, SPD: Ich möchte an der Stelle ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Borchert!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Geh noch mal rein, Rudi!)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Schlotmann.

Minister Volker Schlotmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag legt mit seinem Titel "Die Energiewende braucht die Verkehrswende" die Latte ziemlich hoch. Ich kann das so deutlich hier sagen. Als die Idee aus der Fraktion geboren worden ist und mit mir diskutiert worden ist, mussten wir uns zu dem Thema zusammenraufen, weil es hat sich uns damals nicht auf den ersten Blick erschlossen. Wenn man sich aber inhaltlich intensiv damit auseinandersetzt, dann kommt man sehr schnell da hin, dass das Ziele sind, die wir gemeinsam verfolgen müssen, die aber sehr hochgesteckt sind. Und die Fraktion hat mich letztendlich davon überzeugt, dass es gut ist, einen solchen Antrag zu stellen. Ich will das einfach mal so aus dem Innenleben auch deutlich machen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Eine nüchterne Bestandsaufnahme vorweg.

Ich weiß nicht, warum die Kollegen der CDU das so witzig finden. Gibt es das bei euch nicht, dass die Fraktion den Minister überzeugt, einen Antrag hier im Landtag zu stellen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was! Nie! Nein! – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Da bin ich ja erstaunt.

Meine Damen und Herren, eine nüchterne Bestandsaufnahme vorweg vielleicht. Man muss es einfach machen, wenn man ehrlich über das Thema diskutieren will, und zwar nicht nur aus energiepolitischer Sicht, sondern aus verkehrspolitischer Sicht, weil das ja hier eine Verknüpfung ist, die auch ihre Probleme in sich birgt.

Zum einen, das haben wir heute schon ausführlich diskutiert, die Mittel für den ÖPNV, den SPNV sind begrenzt – und das ist schon eine freundliche Formulierung – und werden tendenziell weiter zurückgehen. Jeder Euro, der für eine ÖPNV-Maßnahme zusätzlich ausgegeben wird, muss woanders weggenommen werden. Das haben die Kollegen Schulte und Borchert heute auch schon deutlich gemacht.

Und eins ist auch Fakt: Die Landesregierung ist nur ein Akteur von mehreren. Wichtige Entscheidungen zu dem Thema, das jetzt hier auf dem Tisch liegt, werden in Europa, im Bund und vor allen Dingen auch in den Kommunen getroffen. Es ist unsere Aufgabe als Land, uns auf den verschiedenen Ebenen für ein ökologisch und ökonomisch sinnvolles Mobilitätsangebot einzusetzen, und, meine Damen und Herren, dieser Aufgabe kommen wir auch nach.

Angesichts der geringen Bevölkerungsdichte und der vielen Pendler sind den energieeffizienten Verkehrsmitteln Fuß und Rad sowie Bus und Bahn tatsächlich auch Grenzen gesetzt. Es muss uns gelingen, und zwar gemeinsam, Verkehrsmittel so in Mobilitätsketten einzubinden – wir haben heute schon mal über eine Mobilitätskette gesprochen –, sodass jedes Verkehrsmittel seine jeweiligen Stärken ausspielen kann. Ich denke, da bleibe ich in der Kontinuität meiner Aussage von heute Vormittag.

Meine Damen und Herren, der Antrag sagt zu Recht, die Menschen entscheiden über Verkehrsmittel. Die Verkehrswende ist nur möglich, wenn die Menschen mitmachen. Ja, zwar sind 88 Prozent der Deutschen der Auffassung, dass die Bürgerinnen und Bürger durch ein umweltbewusstes Alltagsverhalten wesentlich zum Klimaschutz beitragen können, aber wenn es dann konkret wird, sieht es meistens anders aus.

Seit 1995 – nur mal als Beispiel, um diese These zu untermauern – hat die durchschnittliche Leistung neu zugelassener Pkw in Deutschland von 95 PS auf 138 PS zugenommen, also rund 50 Prozent mehr PS haben die Deutschen unter der Haube mittlerweile. Das allerdings, meine Damen und Herren, ist nun nicht gerade ein Beweis für die Bereitschaft oder die breite Bereitschaft in der Bevölkerung, die eigene Mobilität energieeffizienter zu gestalten.

Meine Damen und Herren, der Antrag betont zu Recht, dass integrierte Konzepte erforderlich sind. Das integrierte Konzept, an dem wir arbeiten, ist der integrierte Landesverkehrsplan für Mecklenburg-Vorpommern. In diesem sollen Leitlinien enthalten sein für eine nachhaltige Verkehrspolitik, für eine ökonomische, soziale und ökologische Verkehrspolitik Mecklenburg-Vorpommerns unter Einbeziehung der energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen, die wir als Land für uns selber auch setzen und unter denen wir agieren.

Hier geht es uns und mir ganz persönlich insbesondere um die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln, nämlich Bahn, Bus, Fahrrad, Auto und Fußgänger, allerdings auch, und das will ich auch noch mal deutlich sagen, wie der Kollege Borchert hier es angesprochen hat, um den Einsatz Erneuerbarer Energien als Antriebsmittel. Die Verkehrsmittel sollen sozusagen integriert werden in übergreifende Mobilitätsketten. Statt der isolierten Sicht auf einzelne Verkehrsleistungen und Verkehrsträger sollen integrierte Verkehrslösungen auf den Weg gebracht werden.

Ich kann Ihnen sagen, wenn man das nüchtern betrachtet, unabhängig vom Parteibuch der Minister und der Regierungen der letzten Jahrzehnte oder der ersten zwei Jahrzehnte, muss man feststellen, das Betrachten der Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern war bis dato kein Thema, das war kein Thema, und ich glaube, das rächt sich jetzt. Wir erleben, dass sich genau das rächt. Und genau deshalb wollen wir mit dem integrierten Landesverkehrsplan diesem Problem begegnen.

Wir haben im November letzten Jahres die Auftaktveranstaltung für diesen integrierten Landesverkehrsplan gehabt. Wir haben viele Werkstattgespräche, die heute ja hier auch schon angesprochen worden sind, gehabt. Es wurden Ansätze gemeinsam erarbeitet über alle Parteigrenzen hinweg. Dafür möchte ich mich an der Stelle auch noch mal deutlich bedanken.

Der effizientere Einsatz des vorhandenen Geldes soll zu einem besseren Mobilitätsangebot beitragen und deshalb brauchen wir flexible Bedienformen wie zum Beispiel Anrufbusse, aber auch bürgerschaftlich organisierte Mitnahmen für schlechter nachgefragte Verkehrszeiten und Relationen sowie die dünn besiedelte Fläche. Der Service und die Kommunikation müssen deutlich verbessert werden, insbesondere, ich sage es noch mal, die Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern durch Mobilitätszentralen. Wir brauchen eine bessere Abstimmung der Fahrpläne, eines der großen Übel auch und gerade bei uns hier im Land, meine Damen und Herren. Und wir brauchen verkehrsträgerübergreifende Informationen. Da haben wir häufig Probleme, insbesondere auf der kommunalen Ebene, weil unterschiedliche Akteure da nun nicht unbedingt äußerst kooperativ sind. Ich habe einige Beispiele, über die wir uns auch gerne mal im Ausschuss unterhalten können, weil ich glaube, da muss man gemeinsam nach vorne gehen.

Und last, but not least, meine Damen und Herren, müssen wir das Fahrrad als energieeffizientestes Verkehrsmittel auch im ländlichen Raum stärken. Zur Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum soll der öffentliche Personennahverkehr mit dem Radverkehr verknüpft werden. Beispielgebend dafür ist, ich kann Ihnen das nur anempfehlen, das Forschungsprojekt, das im Lande läuft, und zwar sind wir da federführend bundesweit mit dem Forschungsprojekt inmod der Hochschule Wismar, wo wir im Grunde genommen sozusagen Pedelecs einbauen als Bestandteil von ÖPNV. Das ist, glaube ich, nachhaltige Verkehrspolitik.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es passiert sehr viel zu dem Thema. Wir haben uns gemeinsam auf den Weg gemacht, um im Rahmen unserer Verkehrspolitik das Thema nachhaltiger zu gestalten, und ich wünsche uns allen, dass wir damit Erfolg haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss zunächst ein Geständnis machen,

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

ich hatte meine Schwierigkeiten mit dem Antrag. Ich habe ihn zunächst erst mal überhaupt nicht verstanden. Es hat also eine ganze Weile gedauert. Dann letztlich habe ich mir gesagt, gut, der enthält politische Willensbekundungen, die kann man eigentlich nicht ablehnen, das ist richtig, bis auf zwei Forderungen nichts Konkretes und der über allem stehende Finanzierungsvorbehalt.

Wenn Sie gerade den Finanzierungsvorbehalt immer so stark betonen, dann ist das für mich immer – ich kann nichts dafür, aber das ist so – wie eine vorweggenommene Entschuldigung dafür, was alles nicht geht. Und damit kann man jeden Gedanken erschlagen. Es ist völlig klar, alles muss bezahlt werden und dafür brauchen wir auch Geld. Aber sich immer schon von vornherein so ein Korsett anzulegen beziehungsweise sich Denkverbote aufzuerlegen, bevor man überhaupt angefangen hat, über Politik zu reden, das erstickt jegliche Kreativität.

Sehr geehrter Herr Kollege Borchert, offensichtlich haben Sie sich gesagt, wir brauchen einen Antrag, der den großen Wurf versucht, das Problem Verkehr übergreifender als nur eindimensional zu betrachten. Das ist nicht schlecht. Ob das mit diesem Antrag gelingt, das wage ich zu bezweifeln. Aber immerhin, den Verkehrssektor in den Zusammenhang mit der Energiewende zu stellen, das Vorhaben ist zu erkennen, und das begrüße ich auch. Dieser Zusammenhang ist wichtig. Und wenn Sie mit der Erarbeitung dieses Antrages den Minister davon überzeugt haben, dass Energiewende ohne Verkehrswende nicht zu machen ist, dann haben Sie schon einen dicken Pluspunkt, auch von uns.

(allgemeine Unruhe – Egbert Liskow, CDU: Oooh!)

Insofern taugen einige der Punkte ja möglicherweise auch als Auftrag an die SPD-Verhandlungsdelegation bei den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen im Bund. Obwohl, meistens bleiben sie so allgemein und vage, dass man auch in den Verhandlungen mit Frau Merkel und Herrn Seehofer schon ein bisschen mehr Butter bei die Fische tun muss, wenn man nämlich auch die davon überzeugen will, dass Energiewende ohne Verkehrswende nicht zu machen ist. Und was die Aufforderungen an die Landesregierung betrifft, sind die noch unkonkreter, aber dazu komme ich noch.

Dass die Verkehrswende einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende leisten muss, ich weiß nicht, ob es jemanden gibt, der das bestreitet, aber zumindest haben es ja einige getan bisher. Aber ich bin mir nicht sicher, ob alle hier im Hause dasselbe unter Verkehrswende verstehen, denn nach unserer Auffassung spielt sie weder bundespolitisch noch landespolitisch bisher zumindest eine Rolle. Das Verhältnis zum Schienenverkehr ist dafür das beste Beispiel. Wir haben heute früh lang und breit darüber diskutiert. Aber auch der Bund greift in die Kassen der Bahn und entnimmt jährlich 500 Millionen Euro sogenannte Gewinne und lässt sie im Bundeshaushalt versickern.

Die Bahnpolitik im Fernverkehr ist geprägt von der Realisierung von Prestigeprojekten wie "Stuttgart 21". Dafür werden ganze Regionen, wie auch in Mecklenburg-Vorpommern, nicht mehr vernünftig an das Fernbahnnetz angebunden, ja, regelrecht abgehängt.

Die Landesregierung tut sich hier auch nicht unbedingt – zumindest aus unserer Sicht – im Positiven hervor. Sie dünnt Takte aus, bestellt Strecken ab. Und Sie, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der Koalition, stimmen zu, wenn eine weitere Bahnstrecke, anstatt sie attraktiv zu machen, von der Bestellliste gestrichen wird. Wo also, meine Damen und Herren der Koalition, wo bleiben hier auch nur Ansätze für eine Verkehrswende? Zumindest bisher klaffen Reden und Handeln meilenweit auseinander.

Im Punkt 1 Ihres Antrages wollen Sie durch geeignete landespolitische Maßnahmen und Instrumente die Energiewende im Verkehr unterstützen, um frühzeitig notwendige Umstrukturierungen der Energie- und Infrastrukturbereitstellung einzuleiten. Was bitte sind "geeignete Maßnahmen"? Mit welchen Instrumenten soll die Umsetzung dieser geeigneten Maßnahmen erfolgen? Welche Energie- und Infrastrukturbereitstellungen wollen Sie frühzeitig einleiten? Über das Wort "frühzeitig" habe ich

am meisten gestaunt. Es ist nicht nur fünf vor zwölf, sondern aus meiner Sicht höchstens eine Minute vor zwölf.

Nicht eine einzige Maßnahme deutet darauf hin, dass das von Ihnen genannte Ziel, den Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehr deutlich zu erhöhen und den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen, tatsächlich in Angriff genommen wird. Es ist sehr schön, wenn Sie, Kollege Borchert, das große Thema Verkehrswende von den Tagesaufgaben abkoppeln und auf die Zukunft richten wollen. Aber bitte schön, wann soll denn die Zukunft beginnen? Wenn wir in Mecklenburg-Vorpommern gar keinen Zugverkehr mehr in der Fläche haben?

Mit Punkt 2 wollen Sie dafür Sorge tragen lassen, dass die vorhandene Verkehrsinfrastruktur im Rahmen der verfügbaren Mittel erhalten sowie bedarfsgerecht und an belastbaren Prognosen orientiert weiter ausgebaut wird. Wenn Sie mit der Verkehrsinfrastruktur nicht nur die Straße meinen, kann ich nur sagen, von Ausbau kann ja im Schienennetz bei uns nun wirklich überhaupt keine Rede mehr sein. Weder ist an eine Darßbahn zu denken, noch ist es realistisch, von der Bahnanbindung der Insel Usedom über die Karniner Brücke zu reden. Träumen davon, das machen ganz viele Menschen auf der Insel: Diejenigen, die im Sommer im Stau stehen, oder die, die die Abgase kaum noch ertragen können. Ein zweites Gleis für die UBB wäre schon ein bedeutender Schritt auf dem Weg zu einer Lösung auf Usedom, aber davon ist nichts in Sicht. Ich will noch mal betonen, das ist nicht ein Vorwurf, der sich in erster Linie an die Landesregierung richtet, sondern auch an die Deutsche Bahn.

Und was die Straßen betrifft, geht dort die Schere zwischen Bedarf und vorhandenen Mitteln auch immer weiter auseinander. Welche Mobilitätskonzepte meinen Sie denn, die Sie kontinuierlich fortschreiben wollen, noch dazu angesichts des demografischen Wandels? Ich meine, wir brauchen einen Neustart. Auf altbekannte Weise geht es nicht mehr weiter. Die Informationen, die auf der Internetseite des Verkehrsministeriums zu den Werkstattgesprächen zu finden sind, lassen mich hoffen, dass der integrierte Landesverkehrsplan das Stück Innovation sein wird, das Mecklenburg-Vorpommern für den Neustart braucht. Das ist bitter nötig, denn Ihre Formulierung im Punkt 2 "auch zukünftig" will einem ja einreden, jetzt – jetzt – hätten wir ein angemessenes, ökologisch und ökonomisch vernünftiges Verkehrsangebot im ländlichen Raum.

Vor wenigen Tagen habe ich mit einem Verkehrsplaner gesprochen, der sich wie viele weitere kluge Leute darüber Gedanken macht. Er machte mich darauf aufmerksam, dass 45 Prozent des Jahres Wochenende oder Schulferien sind und in dieser Zeit funktioniert in einigen Regionen gar nichts mehr an ÖPNV, denn dann gibt es keinen Schülerverkehr.

Die Tatsache, dass vor den Kreisen jetzt die Aufgabe steht, neue Verkehrskonzepte zu erarbeiten, bietet große Chancen, aber auch nur dann, wenn überall die Bereitschaft wächst, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Das haben wir heute früh schon diskutiert, Bus und Bahnen, alternative Bedienformen zu einem einheitlichen System zusammenzufassen, das auch den Schülerverkehr mit einbezieht.

Und da gebe ich Ihnen völlig recht, Herr Kollege Borchert, es muss allen Beteiligten klar werden, dass der Verkehr zu einem erheblichen Teil zum Klimawandel

beigetragen hat und dass das aufhören muss. Alle Konzepte, die wir neu erarbeiten, oder solche, die fortzuschreiben sind, müssen zuallererst an die Bedürfnisse der Nutzer angepasst werden. Und wenn wir das schaffen, dann werden wir auch ganz schnell feststellen, dass Klimaschutz und ein gut ausgebauter ÖPNV, der den Bedürfnissen der Nutzer entspricht, keine Gegensätze sind

Was fragen die Nutzer? Wo kann ich einsteigen? Wie oft muss ich umsteigen? Wie schnell komme ich an mein Ziel? Wie häufig und wie lange am Tag verkehren Bus und Bahn? Kann ich mit einem Ticket von einem Einsteigepunkt bis ans Ziel gelangen, unabhängig vom Verkehrsmittel? Was kostet das Ticket? Es sind bestimmt noch weitere Fragen. Gefallen den Nutzern die Antworten auf die Fragen, werden sie ihr Mobilitätsverhalten ändern. Das wird nicht von heute auf morgen gehen und selbstverständlich entscheidet das jeder Verkehrsteilnehmer selbst.

Das ist auch nicht Wolkenkucksheim, was ich hier erzähle. Der Kreis Nordwestmecklenburg hat ein solches System entwickelt und, was das Beste ist, er kommt sogar mit dem Geld aus, das er über verschiedene Töpfe zur Verfügung hat.

Die Punkte 4 und 5 Ihres Antrages richten sich an den Bund. Ja, auch wir befürworten die Elektrifizierung des Schienennetzes. Und ja, auch wir denken, dass zur Sicherstellung der Finanzierung von ÖPNV und Infrastruktur eine Zukunftsstrategie her muss. Wir schrecken dabei auch nicht vor einer Ausweitung der Maut für Lkw zurück. Langfristig gehört aus unserer Sicht der Güterverkehr in viel größerem Umfang auf die Schiene.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Wir meinen, es war eine falsche Entwicklung, dass immer mehr Unternehmen ihre Bahnanschlussgleise abgebaut haben und dass heute Ersatzteillagerwirtschaft auf den Autobahnen und Straßen stattfindet. Ebenso falsch ist, so meinen wir jedenfalls, dass Gigaliner nun das Maß der Dinge sein sollen. Ich habe kürzlich in einer Studie gelesen, dass Lkw unsere Straßen bis zu fünfzigmal mehr belasten als ein normaler Pkw. Gigaliner werden uns auf dem Weg zu einem umwelt- und klimafreundlichen und leistungsfähigen Verkehrssystem für ganz Deutschland nicht voranbringen.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Unsinn.)

Der Punkt 6 des vorliegenden Antrages wiederum ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die Landesregierung soll den Aspekt der Verkehrswende bei der Aufstellung des integrierten Landesverkehrsplanes auf geeignete Weise berücksichtigen. Wenn der integrierte Landesverkehrsplan nicht den Anforderungen von Klimaschutz, Energiewende und ökonomischer Vernunft entsprechen sollte, kann er nur abgelehnt werden.

Bei Ihrem Punkt 7 bin ich eher skeptisch. Ehe ich erkläre, warum, will ich feststellen, dass für uns der Satz in Ihrer Antragsbegründung "mehr Mobilität mit weniger Verkehr und eine Verlagerung auf umweltfreundlichere und energiesparende Verkehrsträger" der allerwichtigste in Ihrem Antrag ist. Den unterschreibe ich. Aber die Skepsis bezüglich alternativer Kraftstoffe besteht deshalb, weil es

keinerlei Anzeichen in der Bundesrepublik gibt, die den tatsächlichen Willen in diese Richtung untermauern.

Im Gegenteil, die Kanzlerin hat zwar groß das Ziel verkündet, eine Million Elektroautos auf die Straße zu bringen, aber das Ergebnis ist bisher ziemlich mager. Ich bezweifle, ob wir das schaffen bis 2020, sowohl was wettbewerbsfähige Fahrzeuge betrifft, die dann auch noch bezahlbar sind, als auch was die Möglichkeiten angeht, mit erneuerbarem Strom in kurzer Zeit das Auto wieder fahrbereit zu machen, also Tankstellen, wo man erneuerbaren Strom tanken kann.

Und auch beim aus meiner Sicht ersten möglichen Schritt, nämlich bei verbrauchsarmen Motoren mit deutlich geringerem CO₂-Ausstoß, gibt es europaweit niemanden, der so sehr auf der Bremse steht wie Deutschland. Und das hat auch einen Grund. Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, die Autoindustrie, hat überhaupt kein Interesse daran, solche Modelle massenhaft auf den Markt zu bringen. Mit den immer größer werdenden Offroadern und den Luxuslimousinen verdienen die Autohersteller nach wie vor das meiste Geld. Der Minister ist auf andere Art und Weise darauf schon eingegangen.

Und so lange wir auch Herren in diesem Hause haben – ich erinnere an die kürzlich stattgefundene Aktuelle Stunde –, die dem Mythos "Freie Fahrt für freie Bürger" nachhängen, wird sich daran auch nichts ändern. Pilotoder Demonstrationsprojekte machen für mich nur dann Sinn, wenn tatsächlich ins Auge gefasst ist, aus dem Pilotprojekt breitere Wirkungsmöglichkeiten zu entfalten. Die Erfahrungen solcher Projekte zeigen allerdings, dass nach Ablauf der Projektzeit alles Weitere im Sande verläuft. Trotzdem können wir uns natürlich auf solchen Auffassungen, wie ich sie gerade auch im Zusammenhang mit der Autoindustrie beschrieben habe, nicht ausruhen. Wir brauchen Anreize und auch unter Umständen ordnungspolitische Maßnahmen.

Wie Sie sehen, hat meine Fraktion eine Menge an diesem Antrag zu kritisieren. Das von den Koalitionsfraktionen postulierte Ziel einer Verkehrswende im Zusammenhang mit der Energiewende eint uns, die völlige Unbestimmtheit trennt uns. Wir werden uns deshalb der Stimme enthalten. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Schwenke hat es ja eben schon mal deutlich gemacht, dass, zumindest was verbale Äußerungen angeht, heutzutage die Energiewende über alle parteipolitischen Grenzen hinweg längst eingeläutet ist. Die Aussage, dass es einer Energiewende bedarf, wird wohl tatsächlich von niemandem mehr prinzipiell infrage gestellt.

Gleichzeitig wachsen aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bei immer mehr Menschen die Zweifel, ob es der Politik tatsächlich gelingt, die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Energiewende zu meistern. Am Ende, und das können Sie alle nachverfolgen, wenn Sie die Tageszeitung aufschlagen, am Ende, so fürchten viele Menschen auch in unserem Land, stehen immer weiter steigende Kosten einem nur geringen Nutzen gegenüber.

Ursache hierfür ist, dass immer mehr Menschen das Thema Energiewende nicht mit schlüssigen Konzepten verbinden, sondern mit steigenden Kosten, zusätzlichen Umlagen oder nicht nachzuvollziehenden Befreiungstatbeständen für einige privilegierte Unternehmen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Störe ich Sie, Herr Kollege Ritter?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Alles klar.)

Völlig in den Hintergrund, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wird dabei der Umstand gedrängt, dass die angestrebte Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an den Primärenergiebedarf in Deutschland eben nicht allein durch den Ausbau regenerativer Energien, sondern in erheblichem Maße durch eine höhere Energieeffizienz und einen ressourcenschonenden Umgang mit dem Rohstoff Energie erreicht werden soll. Dabei wird gerade der ressourcenschonende Umgang mit Energie, der möglichst effiziente Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel, letztendlich die Erreichung eines bestmöglichen Kosten-Nutzen-Verhältnisses für den Verbraucher, ein entscheidendes, wenn nicht möglicherweise das entscheidende Kriterium für den Erfolg der angestrebten Energiewende sein. Und ohne den Verbraucher, Frau Kollegin Schwenke hat eben im Zusammenhang auch mit der Nutzung des öffentlichen Verkehrs darauf hingewiesen, ohne den Verbraucher, ohne den Kunden, letztendlich den Bürger vor Ort, der für sich selbst die Sinnhaftigkeit in den Nutzen der Energiewende erkennt, wird diese Energiewende ohne Erfolg bleiben.

Energieeffizienz, Energieeinsparung, sehr geehrte Kolleginnen und sehr geehrte Kollegen, das klingt zunächst einmal nach alten Elektrogeräten, die ausgetauscht werden sollen, oder nach Gebäudesanierung, um die Energiekosten zu senken. Das klingt vielleicht noch, wir haben das eben ja auch schon in der Debatte gehört, nach neuen Pkw, die weniger Treibstoff verbrauchen und umweltfreundlicher sind. Vielleicht klingt es auch noch nach neuen, nicht fossilen Antriebsstoffen.

Aber, meine Damen und Herren, ist das eigentlich alles, was im Bereich Energieeffizienz möglich ist? Ist das alles, was an Energieeinsparungen möglich ist? Und ist die Umstellung von Benzin oder Dieselfahrzeugen auf umweltfreundlichere Hybrid- oder reine Elektrofahrzeuge der gesamte Beitrag, den der Verkehrssektor zur Energiewende leisten kann und leisten muss?

Nach den derzeitigen Vorstellungen soll der Verkehrssektor bis 2050 mit einem Rückgang des Energieverbrauches von 40 Prozent bezogen auf das Jahr 2005 zur Energiewende beitragen. Wir müssen aber feststellen, dass zwar der Endenergieverbrauch in Deutschland im Zeitraum von 1992 bis 2010 trotz eines kontinuierlichen Wachstums des Bruttoinlandsproduktes nahezu konstant blieb, gleichzeitig aber sich im selben Zeitraum der Anteil des Verkehrssektors am Endenergieverbrauch trotz Steigerung der Energieeffizienz auch in diesem Bereich von 26 auf 28 Prozent erhöhte. Bereits an diesen Zahlen wird deutlich, wie groß das Gewicht einer nachhaltigen, ökologisch ausgerichteten Verkehrspolitik ist für eine erfolgreiche Energiewende.

Aber diese Zahlen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, machen auch deutlich, eine Energiewende kann

tatsächlich nur dann gelingen, wenn auch eine Verkehrswende gelingt. Und die Verkehrswende, meine Damen und Herren, kann nicht nur eine Fahrzeugtechnikwende sein, sie muss auch den sich verändernden Mobilitätsanforderungen der Zukunft gerecht werden und dabei eine Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger bewirken. Dabei steht ein bevölkerungsschwaches, aber gleichzeitig flächenmäßig großes Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern mit seinen ausgeprägten ländlichen Strukturen anders als urban geprägte Räume wie Hamburg, Berlin oder München vor besonderen Herausforderungen,

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Herausforderungen, die durch das Altern unserer Gesellschaft – der Kollege Heydorn hatte heute Vormittag darauf schon hingewiesen –, aber auch die wirtschaftliche Situation vieler Menschen in unserem Land noch verstärkt werden.

Wie soll Verkehr, insbesondere Straßen- und Schienenverkehr, heute und morgen in Mecklenburg-Vorpommern aussehen? Außerhalb der größeren Städte, in den Landkreisen - Frau Kollegin Schwenke hat darauf zu Recht hingewiesen - findet der durch die kommunalen Aufgabenträger organisierte öffentliche Personennahverkehr regelmäßig überwiegend nur noch als Schülerverkehr statt. Wenn keine Schule stattfindet, fährt auch kein Bus, um es mal verkürzt auszudrücken. Und auch der durch das Land bestellte und aus Regionalisierungsmitteln finanzierte Schienenpersonennahverkehr gerät vor dem Hintergrund steigender Kosten, unzureichender Fahrgasteinnahmen und nicht auskömmlich steigender Bundesmittel immer mehr in die Gefahr, aufs Abstellgleis zu fahren. Wir haben darüber heute Vormittag ja auch schon diskutiert.

Gleichzeitig, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist davon auszugehen, dass bei absehbar weiter steigenden Energie- und Treibstoffkosten auch für die Zukunft deutlich höhere Verkehrskosten für die privaten Haushalte zu erwarten sind. Dabei werden die Menschen in unserem Land nicht überall in gleichem Maße von wachsenden Verkehrskosten betroffen sein. Gerade dort, wo aufgrund der bestehenden räumlichen Strukturen bereits heute die Nutzung des eigenen Pkws am stärksten ausgeprägt ist, und gerade jener Personenkreis mit den niedrigeren Haushaltseinkommen wird regelmäßig am stärksten von steigenden Kosten im Verkehrsbereich betroffen sein. Wenn daher der Anteil der Emissionen im Verkehrssektor zukünftig nachhaltig reduziert werden soll, wenn die Energieeffizienz im Verkehrssektor gesteigert werden soll und wenn Mobilität kein Luxus, sondern auch in Zukunft Grundlage einer modernen Gesellschaft in unserem Land bleiben soll, dann allerdings braucht es nicht nur die Energiewende, dann braucht auch unser Land eine Verkehrswende.

Vor diesem Hintergrund, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, stellt sich zwangsläufig die Frage, wie man im Einklang mit den energie- und klimaschutzpolitischen Zielen dieses Landes eine nachhaltige ökonomisch und ökologisch verantwortungsvolle Verkehrspolitik betreiben und gleichzeitig dem sich in Zukunft weiter verändernden Mobilitätsbedarf unserer Gesellschaft gerecht werden kann. Wenn wir uns dieser Frage nicht stellen wollen, dann bleibt nur die Frage offen: Wird die Verkehrspolitik

das Feld sein, auf welchem das Scheitern der Politik am deutlichsten zutage tritt?

Ich denke, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht unser Ziel über alle demokratischen Fraktionen hinweg. Ziel einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik muss daher eine umweltverträgliche, effiziente und integrierte Mobilität sein, die auch – und das ist entscheidend – für die Menschen in unserem Land, aber auch für das Land selber und die Aufgabenträger insgesamt bezahlbar ist.

Wie kann ein solcher Wandel einem klassischen Verkehrskonzept hin zu einem Mobilitätskonzept aussehen? Es kann sicherlich nicht so aussehen, dass im Verkehrsbereich grundsätzlich – und auch die Debatte haben wir heute Vormittag geführt – alles beim Alten bleibt, garniert, ich überspitze jetzt etwas, mit ein bisschen Elektromobilität oder zusätzlichen Rent-a-Bike-Anlaufstellen, um das ökologische Gewissen zu beruhigen. Stattdessen ist es erforderlich, dass die Stärken des jeweiligen Verkehrsträgers in einem Gesamtverkehrssystem bestmöglich zur Geltung gebracht werden, um den Klima-, Umwelt-, Energie-, aber auch gerade den mobilitätspolitischen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Dabei kann man – und da gebe ich Ihnen völlig recht, Frau Kollegin Schwenke – über alle denktheoretischen Möglichkeiten diskutieren. Letztendlich entscheidend wird der Fahrgast als Kunde sein. Für ihn muss das Verkehrsangebot die attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr sein. Und den Fahrgast, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, als Kunden interessieren im Regelfall weder irgendwelche juristischen Fragen im Hinblick darauf, wer gerade als Aufgabenträger für welchen Verkehr zuständig ist oder aus welchem Finanztopf der jeweilige Verkehr mitfinanziert wird, noch etwaige technische Details der eingesetzten Fahrzeuge.

Drei Punkte sind dabei aus meiner Sicht besonders wichtig, ohne dass, das möchte ich deutlich machen, damit der Anspruch verbunden sein soll, dass diese Punkte alle Facetten und alle Details abschließend benennen:

- Optimierung der Aufgabenstruktur ich habe das heute Morgen schon mal kurz angerissen –,
- 2. Hebung von Effizienzpotenzialen bei den eingesetzten Fahrzeugen,
- 3. Steigerung der Attraktivität für den Kunden, auch hoffentlich in dem Wahlkreis des Kollegen Renz.

Wenn wir eine moderne Mobilitätspolitik für die Menschen in diesem Land gestalten wollen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kollege Reinhardt war das.)

Entschuldigung. Dann nehme ich das zurück, Herr Kollege Renz, und nehme den Kollegen Reinhardt auch in seinem Wahlkreis.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Torsten Renz, CDU: Vielen Dank, Herr Kollege.) Wenn wir eine moderne Mobilitätspolitik für die Menschen in diesem Land gestalten wollen, müssen wir uns der Frage stellen, ob die derzeitige Aufgabenträgerstruktur getrennt nach SPNV, für den das Land zuständig ist, und dem sonstigen ÖPNV, für den die kommunalen Gebietskörperschaften die Verantwortung tragen, auch vor dem Hintergrund der weiteren Bevölkerungsentwicklung zukunftsfähig ist.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bereits heute hat Mecklenburg-Vorpommern weniger Einwohner als die Stadt Hamburg und die geringe Einwohnerdichte des Landes wird sich in Zukunft noch verstärken. Eine optimale Vernetzung aller Verkehrsträger setzt zumindest auch ein Überdenken der derzeitigen Organisationsstruktur im Nahverkehr voraus, um im Interesse der Fahrgäste kosteneffiziente Strukturen zu schaffen und damit sowohl die erzielten Fahrgastentgelte, aber auch die aufgewandten Steuermittel bestmöglich einzusetzen.

Trotz aller Bemühungen haben wir auch bei uns im Land beispielsweise immer noch Parallelverkehre zwischen Bus und Bahn. Ich habe da heute Morgen schon im Zusammenhang mit der Südbahn und dem Problem dort darauf hingewiesen. Und die Frage, ob beispielsweise für den Schülerverkehr der SPNV oder aber Busse im ÖPNV genutzt werden, sollte sich eben nicht danach entscheiden, welches der Verkehrsunternehmen auf diese Einnahmen zwingend angewiesen, sondern welches Transportmittel für den Kunden das beste ist.

Gleichzeitig, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir die vorhandenen Kostenvorteile in den jeweiligen Verkehrssystemen heben. Und das bedeutet nicht nur eventuell kleinere, kostengünstigere Busfahrzeuge für bestimmte Linienangebote, so, wie das im Übrigen auch bereits heute durch einige Verkehrsunternehmen erfolgt. Auch und gerade im Bahnverkehr haben sich in den vergangenen Jahren erhebliche Potenziale eröffnet. Das bedeutet zum Beispiel konkret für unser Land, dass dort, wo es technisch möglich und verkehrspolitisch sinnvoll ist, zukünftig auf den entsprechenden SPNV-Teilnetzen statt der klassischen Eisenbahnfahrzeuge deutlich kotengünstigere Fahrzeuge auf der Grundlage der Richtlinie für das Verkehren von leichten Nahverkehrstriebwagen, der LNT-Richtlinie, eingesetzt werden.

Ich will das mal an einem Beispiel verdeutlichen für diejenigen, die vielleicht nicht so in der Materie drin sind. Wenn Sie die Presse verfolgt haben, dann ist jetzt gerade gestern oder vorgestern die Meldung rausgekommen, dass im Teilnetz Warnow - das ist der S-Bahn-Verkehr in Rostock – neue Bombardier-E-Talent-2-Züge eingesetzt werden. Diese Fahrzeuge, das stand jetzt nicht in der Pressemitteilung, aber übern Daumen gepeilt kostet wohl ein Fahrzeug dafür ungefähr 4 Millionen Euro. Das können Sie mal so einschätzen. Wenn Sie dieses Fahrzeug, und das ist auf der Strecke durchaus möglich, durch entsprechende LNT-Fahrzeuge ersetzen - und das sind schwere, früher hat man gesagt, schwere Straßenbahnfahrzeuge, sie sehen etwas modifiziert aus, aber es ist für den Kunden im Grunde kein wahrnehmbarer Unterschied -, dann können Sie pro Fahrzeug ungefähr bis zu 1 Million Euro sparen. Bei einem einzigen Fahrzeug! Und wenn Sie sich das mal fürs ganze Land überlegen, dann wissen Sie, was Sie dort auch selbst über einen Verkehrsvertrag von 12 oder 15 Jahren gegebenenfalls einsparen können.

Deswegen: Dort, wo deren Einsatz möglich ist, bieten diese Fahrzeuge die Möglichkeit, den finanziellen Aufwand bei gleichzeitiger Wahrung auch zum Beispiel der Sicherheitsstandards deutlich zu optimieren. Und wenn man über Kostenoptimierung in diesem konkreten Zusammenhang spricht, dann reden wir eben nicht nur über den niedrigen Treibstoff oder Betriebskosten, sondern auch – ich habe es ja eben schon mal dargelegt – im Vergleich zu den derzeit genutzten Schienenfahrzeugen über erheblich niedrigere Anschaffungskosten im Millionenbereich je eingesetzter Bahn, Geld, das dann wieder im System eingesetzt werden kann.

Da die Anschaffungskosten, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, für die eingesetzten Fahrzeuge wesentlicher Bestandteil der Berechnung der durch den SPNV-Aufgabenträger zu zahlenden Bestellerentgelte sind, würde solche Kostenoptimierung unmittelbar dem Gesamtverkehrssystem des Landes finanziell zugutekommen und damit auch dessen Attraktivität steigern. Gleichzeitig müssen wir zu einer Entkopplung der Laufzeit der im Schienenverkehr vorgenommenen Vergabe von zwölf Jahren – oder regelmäßig zwölf Jahren – je vergebenem Teilnetz mit der Nutzungsdauer der dort eingesetzten Fahrzeuge kommen.

Eisenbahnfahrzeuge, egal ob klassische EBO-Fahrzeuge, also klassische Eisenbahnfahrzeuge, oder solche Fahrzeuge, wie ich sie eben genannt habe, haben eine regelmäßige Nutzungsdauer von rund 25 bis 30 Jahren. Es macht für das Land und für den hierzu erbringenden Schienenpersonennahverkehr überhaupt keinen Sinn, die betreffenden Fahrzeuge in der Hälfte der Nutzungsdauer über die Bestellerentgelte zu finanzieren. Nur, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, da müssen wir auch den Menschen vor Ort offen und ehrlich ins Gesicht sagen, dass sie halt nicht alle zehn, zwölf Jahre mit einer neuen Vergabe eines Teilnetzes komplett neue Fahrzeuge bekommen, sondern dass die dann möglicherweise auch zwischendurch mal modernisiert werden, aber im Stand von vor, ich sage jetzt mal, zehn Jahren bleiben. Das ist aber auf dem europäischen Standard durchaus nichts Ungewöhnliches.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Und außerdem ressourcenschonend.)

Das ist natürlich auch ressourcenschonend, Frau Kollegin Schwenke.

Und die in diesem Bereich zu erhebenden Mittel könnten im Ergebnis genutzt werden, um dort, wo es heute möglicherweise nur ein eingeschränktes oder möglicherweise auch gar kein Nahverkehrsangebot gibt, neue umweltfreundliche Angebote zu schaffen, um damit wiederum mehr Kunden für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen.

Letztendlich – und das ist der entscheidende Punkt – wird die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs von seiner Attraktivität für den Kunden abhängen. Die Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung, den öffentlichen Verkehr zu nutzen, ist durchaus vorhanden. Hierfür gilt es allerdings – und der Verkehrsminister hat ja in seinem Redebeitrag auch darauf hier hingewiesen –, hierfür gilt es allerdings dann auch, optimierte Angebote zur Verfügung zu stellen. Und optimierte Angebote bedeutet auch, möglichst geringe Umsteigepunkte zu haben, denn mit jedem Umsteigepunkt, darüber müssen wir uns auch im Klaren sein, senkt sich das Interesse der Kunden,

der Fahrgäste, tatsächlich den öffentlichen Verkehr zu nutzen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Meine Stimme ist auch gleich endgültig weg. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nur wenn es gelingt, die potenziellen Kunden stärker zur Nutzung öffentlicher Verkehrsangebote zu animieren, wird eine Verkehrswende gelingen. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen schließt sein kürzlich veröffentlichtes Positionspapier unter dem Titel: "Der ÖPNV: Rückgrat und Motor eines zukunftsorientierten Mobilitätsverbundes" mit folgender Aussage: "Das Sich-Ergänzen unterschiedlichster Angebote benötigt das Zusammenwirken aller Akteure und die Modernisierung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Die Chancen müssen jetzt gemeinsam genutzt werden."

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Aussage gilt gerade dann, wenn wir eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik als wesentlichen Teil einer nachhaltigen Energiewende auch in unserem eigenen Land begreifen wollen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Um es vorab zu sagen: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird dem Antrag zustimmen. Wir hoffen auch, dass der Änderungsantrag angenommen wird. Und ich kann auch sagen, warum ich zustimmen werde: Weil ich das Problem einer Großen Koalition sehe – wir werden das wahrscheinlich bald auch auf Bundesebene haben – und ich möchte gerne die Leute unterstützen, die sich innerhalb einer Großen Koalition in einer richtigen Richtung sozusagen einsetzen. Wir werden ja nachher noch die CDU zum Thema hören. Ich bin da ganz gespannt. Ich glaube, das wird da eher schwieriger.

Zu den Themen: Es ist so, dass wir beim Primärenergiebedarf in Deutschland etwa 40 Prozent Primärenergiebedarf im Bereich der Stromerzeugung haben. Deswegen ist es auch aus meiner Sicht richtig, ganz klar den Schwerpunkt auf den Strombereich zu setzen. Aber – und da stimme ich dem Antrag vollständig zu – die Energiewende ist am Ende nur machbar, wenn es auch zu einer Verkehrswende kommt, und natürlich auch im Bereich des Wärmemarktes. Es muss alles umfassen.

Die Frage ist, der Antrag gibt sehr viel Richtiges und Gutes sozusagen wieder, das kann man so sagen. Interessant wären natürlich die Schlussfolgerungen daraus, über die, denke ich, werden wir dann auf Folgesitzungen, wenn es entsprechende Anträge der Großen Koalition gibt, beraten können.

Ich möchte nur so viel sagen: Elektrifizierung ist absolut richtig, das Thema Elektromobilität – ein wichtiges Thema, was oft vergessen wird. Wir haben bereits erhebliche Elektromobilität. Das ist nämlich einmal im Bahnbereich. Aber gucken Sie nach Rostock zum Beispiel oder in andere Städte, wir haben eine Straßenbahn. Auch das ist

eine Form von Elektromobilität. Und in erheblichem Maß wird in Deutschland die Elektromobilität im Bereich der Elektrofahrräder ausgebaut. Die Zahlen liegen inzwischen bei 450.000 neuen Elektrofahrrädern pro Jahr in Deutschland.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Also da sind wir bald weit über diese eine Million. Im Verkehrsautobereich sieht es im Moment noch relativ dürftig aus, aber da gibt es ja einige neue Modelle auf dem Markt oder zum Jahresende. Ich bin gespannt, was da rauskommt.

Ein ganz wichtiger Punkt ist, wenn dieser Antrag ernstgenommen wird, dass sich die Vorteile für ein umweltfreundliches Verkehrsverhalten auch finanziell darstellen müssen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Wenn ich genau das gegenteilige Signal aussende und sage, wenn ihr euch umweltfreundlich verhalten wollt, dann müsst ihr, sorry, auch ein bisschen mehr bezahlen, dann ist es logisch, dass die Mehrheit der Bevölkerung sagt, das können wir uns nicht leisten, wir wissen anderes mit unserem Geld anzufangen.

Und es geht natürlich nicht nur um den geldlichen Bereich, es geht auch um zeitliche und andere Vorteile. Ich will ein konkretes Beispiel nennen: Wenn ich mit dem Zug von Rostock nach Schwerin fahre, brauche ich eine Stunde. Da ist noch nicht mitberechnet der Weg zum Bahnhof und vom Bahnhof wieder zurück.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

Wenn ich mit dem Auto fahre, brauche ich eine Stunde – Gleichstand etwa, nicht ganz, eigentlich schon zulasten des Autoverkehrs.

Jetzt gibt es die Anmeldung für den neuen Bundesverkehrswegeplan, das vorhin schon von mir zitierte Autobahnkreuz an der A 14/A 20. Da soll es dann etwas schneller nach Rostock rumgehen, Kostenpunkt: 20 Millionen. Ergebnis – so auch der Antrag: Fahrzeitverbesserung für den Autoverkehr. Was ist die Folge? Werden deswegen mehr Leute vom Auto in die Bahn umsteigen, wenn gerade die Landespolitik genau das Gegenteil ihnen als Erfolg verkauft hat, nämlich dass sie sich schneller mit dem Auto von Schwerin nach Rostock bewegen können? Ich glaube, eher nein.

Ein anderer Vorschlag. Wir hatten ganz am Anfang, als wir hier eingezogen sind, den Vorschlag gemacht, bei den Ausschreibungen für den ÖPNV darauf zu achten, dass wir in Zukunft WLAN und Telefon im Zug benutzen können. Das ist hier damals mächtig belächelt worden, das sei eine völlig sinnlose Maßnahme. Wenn ich mich umgucke in Europa – ich war gerade in England –, da fahren die Busse natürlich mit WLAN im öffentlichen Personennahverkehr. Das ist übrigens bei uns, bei den Fernbussen inzwischen auch so. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das müsste eigentlich klar sein, dass das kommt.

Ein anderer Vorschlag war das Thema "Lkw-Maut auf allen Bundesstraßen". Wissen Sie noch, was hier abging? Das wär total wirtschaftsfeindlich. Das geht über-

haupt nicht, was die GRÜNEN hier fordern. Sie wissen, am Mittwoch war die Sonderkonferenz der Verkehrsminister aller Bundesländer. Was haben die da beschlossen? Sie wollen die Maut für den Lkw auf allen Bundesstraßen haben. Völlig richtig, soll auch so kommen, ich hoffe, das geht weiter. Und ich hoffe, dass es da auch Veränderungen gibt innerhalb unserer Landesregierung, das in Zukunft stärker zu befürworten.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir haben festgestellt, dass wir die Fahrzeuge natürlich auch CO_2 -ärmer betreiben müssen.

Ein ganz wichtiger Punkt fehlt mir leider, den kann ich ein Stück weit im Hintergrund vielleicht erkennen. Das ist das Thema "CO₂-Grenzwerte auf europäischer Ebene". Bisher hat die Bundesrepublik da nicht durch eine Vorreiterrolle geglänzt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nee.)

Im Gegenteil, weil man der Meinung war, wir stellen die großen, teuren Luxuskarossen her und die Franzosen und Italiener überrollen uns und stellen deswegen immer maßlosere Forderungen, deswegen war man der Meinung, man könne bei so etwas nicht zustimmen.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Ich hoffe sehr, dass es da noch zu Veränderungen kommt

Herr Dachner, ich verstehe Sie leider nicht. Sind Sie der Meinung, es muss kommen, oder es muss nicht kommen?

(Manfred Dachner, SPD: Nein, ich würde das gerne noch mal diskutieren.)

Ah ja. Gut.

(Manfred Dachner, SPD: Ja. – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir diskutieren da gerne noch mal drüber.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich dachte, es sei inzwischen klar, dass das kommen muss, weil es letztendlich auch unserer Automobilindustrie nützt.

Und da kann ich unseren Verkehrsminister mal ausdrücklich positiv hervorheben, der nämlich als Dienstwagen ein Auto hat, soweit ich das weiß, was pro Kilometer unter 100 Gramm CO_2 -Verbrauch hat. Und er fährt nicht mit einem Fiat Panda. Also, so viel dazu gesagt, ja.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Also, ich glaube, der Antrag ist insoweit ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der ist schon mal mit der OLA selber gefahren.)

Bitte schön?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der ist schon mal mit der OLA selber gefahren, als Lokführer, als sie noch fuhr.)

Ja, das finde ich natürlich selbstverständlich auch gut.

Aber die Entscheidung ist richtig und ist vorbildlich, und ich hoffe, andere Mitglieder der Landesregierung werden das bei zukünftigen Fahrzeugentscheidungen auch berücksichtigen. In diese Richtung muss es gehen. Dadurch wird auch der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt, wenn wir die Automobilhersteller unterstützen, die mit Innovation wirklich zeigen, was möglich ist, auch in diesem Bereich.

Einen Punkt möchte ich noch kurz sagen zum Thema "Biomethan und Erdgas". Es ist auf jeden Fall richtig, dass wir Erdgasfahrzeuge voranbringen. Aber das Biomethangas – und ich weiß, wie wichtig das ist für das Thema Energiewende im Strombereich –, das können wir leider nicht x-mal verbrauchen – einmal im Strombereich, einmal im Wärmebereich und dann auch noch im Verkehrsbereich. Das ist ein schöner Gedanke, nur die Flächen werden dafür definitiv nicht ausreichen. Deswegen: Übergangstechnologie ist Erdgas, später müssen wir gucken, was wir tatsächlich mit dem Thema Elektromobilität machen können.

Ich freue mich, dass ich das Signal gekriegt habe, dass das Thema Radverkehr mit aufgenommen wird, und möchte noch mal eindeutig und klar eine Lanze für den Radverkehr brechen. Der Radverkehr ist ein unglaublich effizientes Verkehrsmittel. Es ist absolut sozial verträglich, fördert auch noch die Gesundheit. Ich kann es jedem nur empfehlen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich mache es leider inzwischen viel zu selten. Ich würde mir das wünschen, dass ich mehr Strecken habe, wo ich mit einem Fahrrad fahren kann.

(allgemeine Unruhe)

Zum Thema Elektromobilität, auch da macht das Land ja Projekte, um zu gucken, wie kriegen wir die Verknüpfung zwischen ÖPNV und Elektromobilität hin.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich habe ja gar nicht von Fahrrad ... Ich bedauere es ja ausdrücklich, dass ich nicht so viel Fahrrad fahren kann, Herr Renz. Ich würde mir das wünschen, weil es macht einfach Spaß, sich so zu bewegen, und es ist viel besser.

(Torsten Renz, CDU: Verpflichten, Fahrrad zu fahren, per Gesetz oder so.)

Ich will niemanden verpflichten. Ich glaube, die Vorteile des Radverkehrs liegen klar auf der Hand.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Was wir brauchen, ist aber eine Förderung der Radweginfrastruktur im Bereich der Pendlerverkehre, weil durch die Möglichkeiten des Pedelecs, des Elektrofahrrads, sind plötzlich Strecken von 10/15 Kilometern vorstellbar, die früher undenkbar waren für einen normalen Radfahrer, weil er dann völlig verschwitzt irgendwo angekommen wäre. Jetzt ist das problemlos möglich. Und ich kann es allen nur ans Herz legen zu prüfen, ob es da nicht Möglichkeiten gibt, in dieser Weise umzustellen. Hundert Kilometer von Rostock bis Stralsund sind bisher noch keine Möglichkeit.

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das schaffen wir.)

Das ist nicht die sinnvolle Anwendung, das kann man leider nur im Einzelfall mal machen.

Also ich freue mich, dass es Diskussionen in diese Richtung gibt, und erwarte vor allen Dingen konkrete Anträge, die das dann am Ende untersetzen, aus denen wir entnehmen können, wie das Ganze in praktische Verkehrspolitik und auch bei der Anmeldung im Bundesverkehrswegeplan umgesetzt wird. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Jaeger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Petereit für die Fraktion der NPD.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Experte.)

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie es die Anträge der Regierungsparteien so an sich haben, sind sie im Grunde überflüssig. Selbst die Zügel der Staatslenkung in der Hand könnten sie, sofern etwas Substanz vorhanden ist, eigentlich auch gleich einen Gesetzentwurf vorlegen. Schließlich geschieht dies nicht, so ist das schon ein sicheres Indiz dafür, dass außer vielen Worten nichts gewonnen wird.

Aber betrachten wir uns einmal die Überschrift, dann wird klar, was hier noch verpackt wird: "SPNV und ÖPNV dem künftigen Mobilitätsbedarf anpassen". Gerade die älteren Menschen konzentrieren sich in den Zentren, insgesamt geht die Bevölkerung zurück, ganze Landstriche veröden. Daraus ergibt sich natürlich auch, dass langfristig die Fahrgastzahlen sowohl im SPNV als auch im ÖPNV zurückgehen müssen. Anpassung bedeutet vor dem Hintergrund also nichts anderes als zusammenstreichen.

Was den Rest des Antrags angeht, möchte ich einen Hinweis mit auf den Weg geben, denn wenn Sie schon einen solchen Schaufensterantrag zusammenschreiben, dann formulieren Sie ihn doch so, dass der Empfänger ihn auch verstehen kann. Schreiben Sie, dass der Autoverkehr zurückgedrängt werden soll, indem Sie einen tollen öffentlichen Nahverkehr mit allen alternativen Antriebstechnologien auf die Beine stellen wollen, jedenfalls sofern sich das Land dies leisten kann.

Und was den ländlichen Raum angeht, den haben Sie doch längst abgeschrieben. "Car- und Bikes-Sharing-Angebote zugunsten von Bussen und Bahnen", das liest sich ja dann schon so, als ob nicht einmal der Verfasser daran glaubt. Es ist ebenso ein Trugschluss, dass, wenn im ländlichen Raum weniger Pkw fahren, weniger Mittel in den Ausbau, die Bereitstellung sowie Instandhaltung

der Straßeninfrastruktur investiert werden müssten. Unsere Landwirtschaft beansprucht die Straße viel stärker als private Pkw. Ein Lkw wirkt auf die Straße 100.000-mal so stark wie ein Pkw.

Also wir lehnen das Ganze ab. Das, was Sie hier "Antrag" nennen, das können wir nicht unterstützen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema Verkehr/Verkehrsinfrastruktur hat uns schon hier im Haus beschäftigt und wird uns auch an anderen Punkten heute noch mal beschäftigen. Ich will nur so viel vorwegsagen, dass ich mich sehr kurzfassen werde nach den ausführlichen Darlegungen der Argumente von Kollegen Schulte, der ja das breite Spektrum, was ein Verkehrskonzept leisten muss, abdecken muss. Dem ist eigentlich nichts sonderlich viel hinzuzufügen.

Ich will nur noch einmal eine Position meiner Fraktion dazu zum Ausdruck bringen, nämlich: Ein Verkehrskonzept für das Land Mecklenburg-Vorpommern, einem ausgeprägten Flächenland mit wenigen größeren Städten im Land, muss natürlich die ökonomischen, die sozialen und die ökologischen Aspekte berücksichtigen. Wir haben im Zusammenhang heute Vormittag, als es um die Südbahn ging, auch darüber gesprochen, Verkehrsinfrastruktur muss auch für den Nutzer bezahlbar sein. Das ist also ein ganz, ganz wichtiger Aspekt, der in den Beratungen zu dem Verkehrskonzept aus unserer Sicht eine ganz, ganz große Rolle spielen wird. Deshalb wird sich meine Fraktion dafür einsetzen, dass die begrenzten finanziellen Mittel zum einen zum Erhalt des öffentlichen Personenverkehrs, des Schienenpersonennahverkehrs und zum Erhalt der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden.

Die Förderung von alternativen Kraftstoffen/Brennstoffen ist immer abhängig von den Umständen. Es wird also dazu notwendig sein, dass wir sowohl auf europäischer Ebene und auf Bundesebene dazu Partner haben, um dann auch in dieser Vernetzung der Frage "Energiewende und Verkehrswende" ein Stück weiterzukommen, da auf den richtigen Weg zu kommen.

Ich bin der Auffassung, dass es notwendig ist, Effizienzsteigerungen der eingesetzten Energie im Bereich von Otto- und Dieselmotoren durch innovative Technologien zu verbessern. Die Einführung von Elektrofahrzeugen wird nach jüngsten Prognosen lediglich durch ordnungsrechtliche Markteingriffe und staatliche Subventionierungen möglich sein.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, immerhin.)

Inwieweit solche Markteingriffe zielführend sind, lässt sich anhand der Biokraftstoffe ableiten. Das haben wir ja erlebt, dass es da sehr diffuse Ansichten gab.

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion muss eine Überprüfung sowohl der ökologischen als auch der ökonomischen Ziele im Bereich des Verkehrs erfolgen. Insgesamt erscheint es nicht immer zwingend logisch, dass der Einsatz von Schienenpersonennahverkehr ökologisch und ökonomisch die bessere Alternative ist. So kostet der Transport einer Person im Bus je Kilometer, das haben wir heute Vormittag auch gehört, etwa 2 Euro, auf dem Schienenweg, ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nicht je Kilometer und Person.)

2 Euro je Kilometer, ja.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Richtig, nicht pro Person.)

... und auf dem Schienenweg zwischen 10 Euro und 12 Euro. Da gibt es also Unterschiede.

Inwieweit der erhöhte Energieverbrauch im Schienenpersonennahverkehr ökologisch zu vertreten ist, bleibt also noch fraglich. Es muss auch bewertet werden in dem Gesamtkonzept, womit wir uns hier in der nächsten Zeit, glaube ich, befassen werden.

Gerade in der vergangenen Woche – das ist vorhin auch angeklungen, die Verkehrsministerkonferenz hat da getagt – haben sich die Verkehrsminister der Länder geeinigt, dass die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur neu ausgerichtet werden soll. Klar ist, dass in den künftigen Jahren gerade im Bereich des Güterverkehrs mit einer erheblichen Zunahme an Transportaufkommen zu rechnen ist. Aus diesem Grunde ist es notwendig, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten und weiterzuentwickeln. Inwieweit die Lkw-Maut hierbei ein geeignetes Finanzierungsinstrument ist, ist jetzt auch schwer abzuschätzen. Man hat sich darauf verständigt, man wird das sehr weit evaluieren müssen, inwieweit das zielführend ist.

Dennoch bin ich der Auffassung, dass gerade den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern keine zusätzlichen Belastungen zuzumuten sind. Meine Fraktion vertritt die Auffassung, dass alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu sichern. Hierbei unterstützen wir sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung bei ihren Bemühungen. Dem vorliegenden Antrag stimmen wir zu. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Eifler.

Ums Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Rudolf Borchert für die Fraktion der SPD gebeten.

Rudolf Borchert, SPD: Ja, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Werte geschätzte Kollegin Mignon Schwenke! Ich möchte doch noch mal werben gerade für den Punkt 7, weil mich überrascht da die Skepsis, um nicht zu sagen, ja, auch teilweise klang das so bisschen durch, wie: nicht machbar. Vielleicht habe ich es auch nur nicht richtig aufgenommen. Ich möchte noch mal ausdrücklich dafür werben, dass wir natürlich auf SPNV und ÖPNV setzen. Aber in solch einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern und bei der Situation, so, wie die Menschen nun mal gerne Auto fahren, brauchen wir eine Lösung für den individualisierten Kfz-Verkehr, das heißt natürlich, für den auf der Straße stattfinden Kfz-Verkehr, und das geht nicht ohne alternative Antriebe und ohne alternative Kraftstoffe.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Aber bezahlbar muss es auch sein.)

Zur Bezahlbarkeit sage ich gleich noch mal was.

Und insofern ist es für mich völlig klar und logisch, dass wir in den nächsten Jahren – wenn es nach mir geht, schneller, wenn es nach anderen geht, eher langsamer – hier eine totale Umwälzung bekommen im Verkehrssektor, den man ja auch als Chance begreifen muss für Innovation, für Wirtschaft und für Weiterentwicklung, und das auch international.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Also das Zeitalter der Elektromobilität hat bereits begonnen, wir sind eigentlich mittendrin. Viele haben es leider noch nicht begriffen, aber da muss man eben noch ein bisschen nachhelfen.

Bezüglich der Bezahlbarkeit, wir haben ja ein besonderes Phänomen, die Bezahlbarkeit, die ist ja oftmals schon gegeben: bei Erdgasautos ganz klarer Preisvorteil gegenüber Benzin 50 Prozent, gegenüber Diesel 30 Prozent bei etwa einer Jahresleistung von 10.000 Kilometern – ganz klarer Preisvorteil inklusive Steuervergünstigung –, und trotzdem eben nur 100.000 Erdgasfahrzeuge zurzeit in Deutschland.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Reichweite!)

Da muss man auch darüber reden, was man noch praktisch machen kann. Aber die Frage der Bezahlbarkeit, die ist zum Teil wirklich schon beantwortet. Das heißt, es müssen auch andere Faktoren mit in den Blickwinkel genommen werden wie natürlich Kundenfreundlichkeit und, und, und. Aber da wiederum ist letztendlich die Politik gefragt. Also noch einmal ausdrücklich mein Werben für alternative Antriebe und alternative Kraftstoffe, das auch natürlich auf dem Wasser, elektrobetriebene Schiffe, Fähren sind gerade für Mecklenburg-Vorpommern ein ganz aktuelles Thema und, und, und.

Ich möchte noch mal was zum Verkehrsplan sagen. Unsere Fraktion bindet an einen neuen Verkehrsplan hier für Mecklenburg-Vorpommern sehr große Erwartungen. Das heißt aber auch, dass es nicht Zielsetzung unseres Antrages war, heute schon in unserem Antrag ganz konkrete Maßnahmen und Instrumente praktisch festzulegen oder vorzuschlagen, die ja erst Bestandteile des neuen Verkehrsplans sein sollen und werden. Da bin ich auch ganz optimistisch. Wir werden Anfang 2014 den ersten Entwurf haben, werden das sehr intensiv im Ausschuss begleiten. Und dann habe ich natürlich schon die Erwartung, dass neben dem, ich sage jetzt mal, großen politischen Ausblick des heutigen Antrages konkrete Maßnahmen und Instrumente folgen werden.

Zum Radwegenetz oder zur Bedeutung des Fahrrades. Ich nehme Bezug auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den wir übernehmen werden, dem werden wir zustimmen: Natürlich ist völlig klar, dass das Fahrrad auch zentraler Bestandteil der Verkehrswende ist. Das heißt aber, dass wir auch da in der Infrastruktur weiter an uns arbeiten müssen.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Gerade beim Stichwort "Radwegenetz" sind wir noch nicht da, wo wir eigentlich hin wollen. Wir haben viel

erreicht, das ist unstrittig, aber da haben wir noch viel zu tun

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

um das Radwegenetz wirklich attraktiv und nutzerfreundlich zu machen, auch für E-Bikes, aber nicht nur, auch für das normale Fahrrad, das wird zukünftig mit Muskelkraft, glaube ich, eine wichtige Rolle spielen. Insofern übernehmen wir als Koalitionsfraktion gerne den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abschließend sei mir gestattet zu bemerken, ich glaube schon, dass der Antrag selbst, aber vor allen Dingen die Debatte zeigen, dass es richtig war, heute gerade diesen Zusammenhang von Verkehrs- und Energiewende hier deutlich zu machen und miteinander zu diskutieren. Insofern war das heute ein ganz wichtiger Beitrag für das, was wir in den nächsten Monaten – ein bis zwei Jahre wird es vielleicht dauern – und natürlich mit dem Landesverkehrsplan letztendlich auch zu leisten haben. – Vielen Dank für die Debatte und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Borchert.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2289 abstimmen. Wer dem Antrag der GRÜNEN zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Dann ist dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2289 bei Zustimmung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der NPD zugestimmt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/2249 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/2249 mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktion der NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Landkreise und kreisfreie Städte bei der dezentralen Unterbringung von Ausländerinnen und Ausländern unterstützen, auf Drucksache 6/2245. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2290 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Landkreise und kreisfreie Städte bei der dezentralen Unterbringung von Ausländerinnen und Ausländern unterstützen – Drucksache 6/2245 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/2290 – Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Hikmat Al-Sabty für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich den Antrag begründe, möchte ich an dieser Stelle mein Entsetzen und meine Trauer über die Tragödie vom Flüchtlingsschiff vor Lampedusa letzte Woche ausdrücken. Es macht mich unglaublich traurig und betroffen, wie durch eine fehlgeleitete und ignorante EU-Flüchtlingspolitik Menschen auf der Flucht vor Hunger, Diskriminierung, Verfolgung und Folter aus lauter Verzweiflung in den Tod getrieben werden. Dieses Mal waren es schätzungsweise mehr als 300 Todesopfer. Circa 25.000, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind bereits bei den vorherigen Flüchtlingstragödien ums Leben gekommen.

Den Angehörigen möchte ich an dieser Stelle mein Beileid aussprechen. Den Verantwortlichen, und insbesondere meine ich hier den Bundesinnenminister, möchte ich sagen: Legen Sie Ihre Ignoranz ab, setzen Sie sich mit allen Mitteln für eine menschlichere Flüchtlingspolitik auch auf EU-Ebene ein!

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und tun Sie alles Mögliche, um mehr Menschen aufzunehmen und ihnen Schutz zu gewähren!

(Michael Andrejewski, NPD: Alle Menschen aufnehmen.)

In Deutschland wurden 65.000 Flüchtlinge im Jahr 2012 aufgenommen, geschätzt werden in diesem Jahr 100.000. Das ist nicht angemessen und das ist beschämend wenig.

(Michael Andrejewski, NPD: Eine Million ist das Mindeste.)

Die EU-Grenzstaaten müssen stärker entlastet werden, indem die Verteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Staaten gerechter erfolgt. Das Dublin-II-Abkommen muss geändert werden, sodass sich Staaten wie Deutschland nicht einfach weigern können, mehr Flüchtlinge aufzunehmen.

Nun komme ich zu unserem Antrag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier geht es um Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen. Sie sind geduldet und teilweise unerlaubt eingereist. Es geht um ihre Unterbringungssituation in Mecklenburg-Vorpommern. Diese hat sich in den letzten vergangenen Monaten zugunsten einer Verstärkung der dezentralen Unterbringung entwickelt, und das ist zu begrüßen.

Aber diese Entwicklung hat natürlich mehrere Gründe. Ich nenne die Gründe, liebe Kolleginnen und Kollegen: Zum einen sind es die steigenden Asylbewerberzahlen. Im Zeitraum von Januar bis Juli 2013 wurden durch das Amt für Migration und Flüchtlingsangelegenheiten 989 Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen, verglichen mit 2012 insgesamt 1.200 sind es, auf das ganze Jahr 2013 gerechnet, etwa doppelt so viele Neuzugänge.

Zweiter Grund für die Unterbringung ist: Die Planung der Aufnahmekapazität in den Unterkünften orientiert sich an den niedrigen Zahlen der vergangenen Jahre, weshalb der Bund und die Länder auf den Anstieg der Asylbewerberzahlen insgesamt zu spät reagieren und deshalb einige Turbulenzen bei der Unterbringung entstanden sind. Die Auslastung der Gemeinschaftsunterkünfte des Landes ist erreicht. Zudem wurde in diesem Sommer die Gemeinschaftsunterkunft in Jürgenstorf zu Recht geschlossen. Wie Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, waren die Lebensumstände dort nicht mehr haltbar.

(Michael Andrejewski, NPD: Die Hölle auf Erden.)

Aufgrund dieser Situation wurde und wird in den Kommunen verstärkt dezentral untergebracht. Auf viele Kommunen kommen natürlich damit neue Aufgaben zu. Wie die Unterbringung erfolgt, entscheiden die Landkreise und kreisfreien Städte auf Grundlage bestehender Gesetze. Das sind das Asylbewerberleistungsgesetz und das Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Im Juni 2012 wurden vom Ministerium für Inneres und Sport Arbeitshinweise herausgegeben, die die dezentrale Unterbringung regeln. Darin steht zum Beispiel: Eltern mit Kindern können nach zwei Jahren Aufenthalt in einer Gemeinschaftsunterkunft dezentral untergebracht werden und alle anderen Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Geduldete, unerlaubt eingereiste Ausländerinnen und Ausländer können nach vier Jahren Aufenthalt in einer Gemeinschaftsunterkunft dezentral untergebracht werden, wenn es beantragt wird.

Daran, dass die dezentrale Unterbringung tatsächlich gelingen kann, sind natürlich Bedingungen gebunden, zum Beispiel die Anbindung an funktionierende Infrastruktur, eine umfassende soziale Betreuung der Menschen, eine gute Zusammenarbeit auf allen Ebenen sowie eine Öffentlichkeitsarbeit, die ein kritisches, aber positives Bild zeichnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erfahrungen der letzten Monate und Gespräche in den Kommunen haben gezeigt, die dezentrale Unterbringung ist leider nicht so gut gelaufen. Hier muss nachgesteuert werden. Eine gute Abstimmung zwischen dem Land und den Kommunen ist unabdingbar. Gemeint ist eine frühzeitige und umfassende Information über geplante Neuzugänge.

Diese Informationen müssen an alle beteiligten Gemeinden weitergeleitet werden. Die Einwohnerinnen und Einwohner müssen rechtzeitig informiert werden, denn so, liebe Kolleginnen und Kollegen, können demokratische Mitwirkungsprozesse in Gang gesetzt werden und so kann die braune Gefahr und ihre menschenverachtende Hetze eingedämmt werden.

Die Landkreise und kreisfreien Städte müssen bei der Ausgestaltung und Umsetzung des Managements stärker vom Land unterstützt werden. Dazu gehören Maßnahmen wie zum Beispiel Wohnungssuche, Erstbezug, Erstattung der finanziellen und personellen Aufwendungen, zum Beispiel bei Räumung, Reinigung, Renovierung von Wohnungen und Abwicklung von Umzügen. Nach der Erstattungsrichtlinie in Paragraf 5 Absatz 3 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes bleibt vieles im Bereich der dezentralen Unterbringung offen. Die Kosten werden damit auf die Kommunen abgewälzt.

Nun komme ich zu einem Punkt in unserem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, die soziale Betreuung. Die soziale Betreuung ist ein wichtiger Faktor dafür, wie sich Betroffene in der Gesellschaft orientieren und sich auch im Wohnumfeld und im Alltag zurechtfinden können. Der aktuelle Betreuungsaufwand mit einem Schlüssel von 1:96 beziehungsweise 1:56 bei denen, die direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung kommen, ist nicht realisierbar für eine wirkungsvolle Beratung und Betreuung der Betroffenen gerade im ländlichen Raum.

Deshalb muss Folgendes getan werden:

Erstens. Die Fahrzeiten der mobilen Betreuerinnen und Betreuer müssen angemessen berücksichtigt werden und müssen separat von der Beratungszeit berechnet werden.

Zweitens. Der Betreuungsschlüssel muss herabgesenkt werden.

Drittens. Die regionalen Gegebenheiten müssen stärker in Betracht gezogen werden.

Viertens. Bestehende Vorschriften sind entsprechend langfristig und verlässlich nachzuregeln.

Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, erstens, die Landkreise und kreisfreien Städte im Sinne eines reibungslosen Ablaufs bei der Planung, Koordinierung und Finanzierung der dezentralen Unterbringung zu unterstützen, und zweitens, ein wichtiges Augenmerk auf den Informationsaustausch sowie Öffentlichkeitsarbeit zu legen.

Und nun lassen Sie mich abschließend, liebe Kollegen, die Worte von dem Landesbischof der Nordkirche Herrn Gerhard Ulrich am 26. September in der "Schweriner Volkszeitung" unter der Überschrift "Eine Willkommenskultur ist nötig" zitieren: "Es braucht mehr Wohnraum, mehr Angebote für alle, damit eine inklusive Gesellschaft wirklich gelebt werden kann. Flüchtlinge werden auch künftig nach Europa streben. Dies ist kein akutes Thema der Unterbringung allein, es ist ein Thema, mit dem wir auch die Zukunft positiv gestalten können …"

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie unserem Antrag zu! Den Änderungsantrag von den Kollegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen wir an. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Al-Sabty.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Werter Herr Dr. Al-Sabty, was die Ereignisse in Lampedusa betrifft, stimmen wir in der Betrachtung überein, im Rest nicht.

Dr. Friedrich hat keine ignorante Haltung, wir müssen Dublin II nicht verändern, Deutschland muss sich nicht schämen für seine Ausländerpolitik, wir nehmen mit 23 Prozent der Asylbewerber die meisten Asylbewerber in Gesamteuropa auf.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Und ich kann insofern den Ausführungen von Frau Malmström, der EU-Kommissarin, zustimmen, die darauf aufmerksam gemacht hat, dass die Lasten gerecht verteilt werden müssen. Derzeit entfallen in der Frage die Lasten auf 6, maximal 7 Staaten im Wesentlichen, Europa besteht aber aus 28 Staaten. Und insofern sehe ich keine Veranlassung, dass Deutschland für das, was es dafür tut, in irgendeiner Form sich hier zurücknehmen muss. Ich glaube, wir machen da eine richtige und eine gute Politik.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das ändert nichts an der Situation, dass wir uns der Verantwortung und der Aufgabe gemeinsam stellen müssen

Jetzt zu Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der Linksfraktion. Bei Ihrem Antrag zur dezentralen Unterbringung ist mir jetzt das Anliegen nicht ganz klar, denn vieles von dem, was in Ihrem Antrag untergebracht ist, ist seit einem beziehungsweise zwei Jahren Realität, insbesondere da wir die dezentrale Unterbringung in unserem Bundesland bereits erfolgreich betreiben und auch voranbringen. Und so muss dann auch dieser Antrag gesehen werden. Es stehen viele Ideen drin, die schon längst umgesetzt worden sind.

Sie verweisen selbst darauf und in Ihren Ausführungen haben Sie auch darauf verwiesen, mit den Arbeitshinweisen zur zentralen und dezentralen Unterbringung des Ministeriums für Inneres und Sport vom Juni 2012 können Asylbewerber, Geduldete und unerlaubt eingereiste Ausländer nach spätestens vier Jahren dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Was Sie nicht im Antrag erwähnen, ist, dass die dezentrale Unterbringung natürlich auch in anderen Regelfällen vorgesehen ist. So gilt dies auch, wenn bei Familien und Alleinstehenden mit mindestens einem Kind ein ununterbrochener Aufenthalt in Gemeinschaftsunterkünften von zwei Jahren vorliegt, ebenso wenn medizinische Gründe eine Unterbringung außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften erfordern, und bei Personen, die ein dauerndes sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis haben, gilt dies auch bereits.

Sie sehen also, dass wir hier ein – aus meiner Sicht – breites Spektrum von vernünftigen Gründen aufgenommen haben, die auch vor dem Ablauf von vier Jahren dezentrale Unterbringung ermöglichen. Deshalb hat sich die Zahl der dezentral Untergebrachten auch merklich erhöht. Letztendlich hat die Entwicklung im Ergebnis dazu geführt, dass aktuell rund die Hälfte aller den Kommunen zugewiesenen Asylbewerber bereits in Wohnungen und somit dezentral untergebracht wird.

Aufgrund der steigenden Asylbewerberzahlen wurden außerdem die Landkreise und kreisfreien Städte mit Schreiben des Ministeriums für Inneres und Sport vom 15. Oktober 2012 aufgefordert, die dezentrale Unterbringung von bislang in den Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen voranzutreiben, damit zügig freie Plätze für die Unterbringung von neu einreisenden Asylbewerbern zur Verfügung gestellt werden können.

Und parallel zu dieser Aufforderung wurden den Kommunen mit den Arbeitshinweisen zur sozialen Betreuung dezentral untergebrachter Ausländer vom 04.12.2012 unter anderem Vorgaben zu den Betreuungsschwerpunkten, zur beruflichen Qualifikation und zum Betreuungsaufwand gemacht. Danach ist für zwölf zu betreuende Personen ein Betreuungsaufwand von einer Stunde pro Tag vorgesehen. Das ist gut und ausreichend, wie wir meinen, denn bei diesen Personen handelt es sich um Menschen, die bereits über einen längeren Zeitraum in der Gemeinschaftsunterkunft Integrationsmaßnahmen nutzen konnten, die eine dezentrale Unterbringung erleichtern.

Dennoch ist es wichtig, diese Menschen im gebotenen Rahmen in ihren neuen Lebenssituationen zu unterstützen. Genau das tun wir, auch ohne diesen Antrag. Allerdings gibt es auch Asylbewerber, die aufgrund vorhandener Integrationsfähigkeit direkt dezentral untergebracht werden können. Da aber dennoch der Betreuungsaufwand bei sofortiger dezentraler Unterbringung wesentlich höher ist als bei der dezentralen Unterbringung nach einem vorherigen Aufenthalt in einer Gemeinschaftsunterkunft, wurde bereits mit den Arbeitshinweisen vom 21. März dieses Jahres ein erhöhter Schlüssel von einer Stunde pro Tag für sieben zu betreuende Personen festgelegt.

Das bedeutet, dass für die Betreuung von 96 Personen nicht eine, sondern derzeit etwa anderthalb Stellen zur Verfügung stehen, die Arbeit also auf mehr als eine Person verteilt wird. Eventuelle Fahrzeiten, weil das auch wieder suggeriert wurde, des Betreuungspersonals werden dabei auf die Betreuungszeiten natürlich nicht angerecht, wie es jedoch immer wieder auch in den Kreisen und Städten kolportiert wird. Diese Zeit wird nicht angerechnet.

Außerdem zu berücksichtigen ist, dass sich unter den zu betreuenden Personen auch zahlreiche Familien befinden, die natürlich gemeinsam betreut werden, und dass sich der Betreuungsaufwand für bereits hier länger lebende Asylbewerber im Laufe der Zeit reduziert. Somit kann der Schwerpunkt der Betreuung mehr und mehr auf die neu ankommenden Asylbewerber gelegt werden.

Mit diesen Vorwürfen wird auch klar, dass dieser Betreuungsschlüssel, für den das Land den Kommen die Kosten erstattet, absolut angemessen ist. Dabei möchte ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass Mecklenburg-Vorpommern das einzige Flächenland in Deutschland ist, in dem die Kommunen die notwendigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Betreuung der in Rede stehenden ausländischen Personengruppen vollumfänglich und zeitlich unbefristet spitz mit dem Land abrechnen, was allerdings, das gebe ich zu, einen erheblichen Personalaufwand oder Verwaltungsaufwand zur Folge hat. Aber damit können sie auch alle Kosten abrechnen, was woanders in der Form nicht üblich ist.

Sie sehen also, hier haben wir, glaube ich, eine gute Lösung gefunden, die Asylbewerber zu betreuen und dabei auch die Kommunen zu unterstützen. Und auch ansonsten unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses zusammen mit denen des Amtes für Migration und Flüchtlingsangelegenheiten im Landes-

amt für innere Verwaltung die zur Aufnahme von Flüchtlingen gesetzlich verpflichteten Kommunen in ihrer täglichen Arbeit.

Ferner haben wir im Landesamt für innere Angelegenheiten ein Kolloquium zur Frage der dezentralen Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern organisiert, an dem Vertreter sämtlicher Landkreise und kreisfreien Städte des Landes mit großem Interesse teilgenommen haben. Weitere Gespräche sowie Erfahrungsaustausche werden stattfinden beziehungsweise sind bereits in Planung.

Allerdings bleiben natürlich die Kommunen die zuständigen Behörden. Wir werden ihnen weiterhin Hilfestellung leisten. Ganz überwiegend werden die Asylbewerber in unserem Bundesland auch von der einheimischen Bevölkerung willkommen geheißen und unterstützt. Sie sehen also, dass wir die Kommunen bei ihren Anstrengungen, die Menschen dezentral unterzubringen, dass sie sich gut einleben und willkommen fühlen, bereits aktiv unterstützen.

Meine Damen und Herren von der Linksfraktion, Sie sehen, dass Sie mit Ihrem Antrag offene Türen einrennen, weil bereits vieles davon realisiert ist und deswegen der Antrag keinen Sinn macht. Ich glaube aber, dass wir die Thematik auch in Zukunft, auch aufgrund der zunehmenden Asylbewerberzahlen, brauchen, und werbe hier an der Stelle insbesondere dafür, dass die Kommunen sich bei der ihnen übertragenen Aufgabe, Asylbewerber unterzubringen, und zwar sowohl zentral als auch dezentral, mit einbringen.

Es wird nicht auf Dauer funktionieren, dass mir alle erklären, dass sie nicht ausländerfeindlich sind, aber in ihrer Kommune keine Asylbewerber untergebracht werden dürfen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe, der müssen wir uns alle stellen. Und gerade was die dezentrale Unterbringung betrifft, wissen viele, wir haben sehr viel frei stehenden kommunalen Wohnraum in Mecklenburg-Vorpommern, auch das muss bei der Unterbringung mit berücksichtigt werden, gehen wir alle davon aus, dass die Zahl der Asylbewerber in den nächsten Monaten, die wir zugewiesen bekommen, nicht abnehmen, sondern weiter steigen wird. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Innenminister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier für die Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Al-Sabty, lieber Hikmat, zunächst einmal möchte ich feststellen für die Fraktion der SPD, dass wir die Betroffenheit bezüglich dieses fürchterlichen Unglücks vor Lampedusa voll und ganz teilen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den vorliegenden Antrag habe ich allerdings mit gemischten Gefühlen gelesen. Zunächst einmal habe auch

ich spontan die Sorgen der kommunalen Ebene in der Vergangenheit aufgenommen, die gesagt haben, wir brauchen da mehr Unterstützung. Bei genauerer Betrachtungsweise relativiert sich das aber erheblich, muss ich sagen.

Ich hätte auch nichts dagegen gehabt, den Antrag zu überweisen und das Ganze im Ausschuss noch zu begleiten und aufzuarbeiten, aber es ist in der Tat so, wie der Innenminister es hier vorgetragen hat, aber auch wie du das hier vorgetragen hast, was die Entstehungsgeschichte angeht, warum wir dezentral unterbringen. Das Thema "dezentrale Unterbringung" haben wir in der Vergangenheit häufig diskutiert und ich habe für die SPD-Fraktion immer die Meinung hier vertreten, dass wir das sehr begrüßen, aber auch gucken müssen, dass die soziale Betreuung sichergestellt ist, und wir das für lange Strecken nicht sehen konnten, weil es ja so gewesen ist, dass in der Vergangenheit die soziale Betreuung an der Außengrenze des Grundstücks der Gemeinschaftsunterkunft geendet hat.

Folgerichtig, wie mir scheint, hat daraufhin, nachdem wir immer mehr zur dezentralen Unterbringung gekommen sind – aus welchen Gründen auch immer, es war dieser Druck, diese Auffassung teile ich auch –, folgerichtig hat der Innenminister dann Arbeitshinweise herausgegeben, um eine soziale Betreuung sicherzustellen.

Nun kann man sich natürlich trefflich darüber streiten, reicht es denn aus oder reicht es nicht aus. Ich möchte nur noch mal darauf hinweisen, in der Vergangenheit hat gerade die Linksfraktion immer vertreten, wir können dezentral unterbringen, vorbehaltslos, so ist meine Erinnerung, während wir immer vertreten haben, manche Menschen möchten gar nicht unbedingt dezentral untergebracht werden, die brauchen die Gemeinschaft für eine Weile.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dem haben wir uns angeschlossen.)

um sich auf der einen Seite ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir sind ja lernfähig. – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, das habe ich immer hier vertreten, aber auch, dass eine soziale Betreuung für diejenigen, die dezentral untergebracht werden, gewährleistet wird.

Nun hat der Innenminister hier ausführlich vorgetragen und heute kann ich ihn direkt mal loben. Das ist er von mir, glaube ich, nicht gewohnt in diesem Zusammenhang. Aber ich denke, es ist genau das Richtige, mit der kommunalen Ebene das Gespräch zu suchen und die Zusammenarbeit zu forcieren und auch im Gespräch zu bleiben. Es ist fast schon mehr, als ich zu hoffen wagte, was da auf der Ebene tatsächlich passieren kann.

Zum einen steht auch vieles in den von dir hier zu Recht hervorgehobenen Schreiben, also Arbeitshinweisen des Innenministers, was du jetzt hier oder was die Fraktion DIE LINKE hier konkret fordert.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Das geht zum Beispiel auch bis hin zur Wohnungsbeschaffung, Wohnungsausstattung und so weiter, das steht ganz konkret in diesen Arbeitshinweisen, die ihr hier ja auch genannt habt, deswegen verstehe ich es auch nicht ganz, die Forderung noch mal hier aufzumachen.

Auf der anderen Seite sind wir alle jetzt ja auch zurzeit in den Haushaltsberatungen. Und allein aus den nackten Zahlen des Einzelplans des Innenministers ist sehr deutlich abzulesen, dass hier eine Menge Geld mehr bereitgestellt wird, um diesen Problemen begegnen zu können.

Deswegen, lieber Hikmat, tut mir leid, deinen Antrag – oder den Antrag der Fraktion DIE LINKE natürlich – lehnen wir ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Asylsuchende Najiba sagte der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl, ich zitiere: "Im Wohnheim ist es schwer. Die ganze Familie schläft, kocht, isst, lebt in einem einzigen Zimmer. Es gibt keine Privatsphäre, keinen Platz für dich allein. Aber wenn man Angst hat zu sterben, und dann hierher kommt und leben kann, dann zählt erst mal nur das. In Deutschland kann ich ohne Mann leben, meine Töchter können zur Schule gehen. Trotz der bedrückenden Bedingungen, unter denen man hier lebt: Natürlich ist es besser, in Deutschland zu sein." Zitatende.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Asylsuchende sollen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden,

(Stefan Köster, NPD: Völker, hört die Signale: Kommt alle rein!)

so steht es im Paragrafen 53 Absatz 1 Satz 1 des Asylverfahrensgesetzes. Dabei sind nach Paragraf 53 Absatz 1 Satz 2 Asylverfahrensgesetz sowohl das öffentliche Interesse als auch Belange des Ausländers zu berücksichtigen. Trotz der Sollregelung lässt das Gesetz hier also einen Spielraum, der im Interesse der Asylsuchenden genutzt werden kann, wenn der politische Wille dafür vorhanden ist.

Dass die einzelnen Bundesländer diesen Spielraum in sehr unterschiedlichem Maße nutzen, zeigt ein Blick in die Statistik. So waren in Bayern im Jahre 2009 83 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern 52 Prozent, in Rheinland-Pfalz aber nur 9 Prozent der Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Nach den Arbeitshinweisen zur zentralen und dezentralen Unterbringung von Ausländern des Ministeriums für Inneres und Sport vom Juni 2012

(Udo Pastörs, NPD: Nehmen Sie 20 auf!)

können Asylsuchende mit ihren Familien und alleinstehende Asylsuchende mit minderjährigen Kindern in der Regel nach zwei Jahren, alle anderen in der Regel nach vier Jahren dezentral in Wohnungen untergebracht werden

(Michael Andrejewski, NPD: Bis dahin sollten die Verfahren durch sein.)

Nach der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur "Unterbringung ausländischer Flüchtlinge" sind derart in den Gemeinschaftsunterkünften des Landes 1.606 Asylsuchende untergebracht, obwohl 2.677 Plätze zur Verfügung stünden. 693 Asylsuchende sind dezentral untergebracht. Trotz der neuen Arbeitshinweise scheint sich damit die Quote der dezentral untergebrachten Asylsuchenden gegenüber 2009 deutlich verschlechtert zu haben.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Nach Paragraf 4 Absatz 1 Flüchtlingsaufnahmegesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte dazu verpflichtet, für die regelmäßige Aufnahme von Asylsuchenden ausreichende Gemeinschaftsunterkünfte vorzuhalten, wir haben dazu einiges gehört. Derzeit gibt es in Mecklenburg-Vorpommern 14 Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende, weitere sind offenbar in Planung.

Das Problem ist nun, dass Gemeinschaftsunterkünfte dazu neigen, eine Art Eigenleben zu entwickeln. Ihre Errichtung hat Investitionen erfordert, die sich amortisieren sollen. Die Beschäftigten dringen auf den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Liefer- und Betreiberfirmen pochen auf die Einhaltung laufender Verträge.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Eine einmal errichtete Gemeinschaftsunterkunft wieder aufzulösen, ist eine logistische Herausforderung, das heißt, mit der Errichtung neuer Gemeinschaftsunterkünfte werden Tatsachen geschaffen, und das, obwohl eine dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden viel zeitgemäßer wäre.

Warum das so ist, möchte ich Ihnen im Folgenden gerne noch einmal – wir führten diese Debatte ja schon häufiger – erläutern.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Gemeinschaftsunterkünfte zeichnen sich durch Enge und fehlende Privatsphäre im Inneren, räumliche und soziale Isolation nach außen, mehr oder weniger strenge Kontrollen, fehlende Selbstbestimmung und Entmündigung im Alltag,

(Stefan Köster, NPD: Und denen geht es in Deutschland ganz, ganz schlecht.)

einen Mangel an sinnvollen Betätigungsmöglichkeiten und fehlende Integrationsperspektiven aus. Gemeinschaftsunterkünfte machen regelrecht krank,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

das ist mittlerweile durch eine Reihe von empirischen Untersuchungen belegt. Die in den Gemeinschaftsunterkünften vorhandenen Kochstellen, Toiletten und Duschen werden von vielen Personen genutzt und befinden sich oft in einem erbärmlichen Zustand.

(Udo Pastörs, NPD: Na, woher das wohl aber kommt?! – Stefan Köster, NPD: Fragen Sie mal, warum! Fragen Sie mal, warum!)

Häufig gibt es Einlass- und Besuchskontrollen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Auch kann die Post gewöhnlich nicht persönlich in Empfang genommen werden.

(Udo Pastörs, NPD: Die brauchen deutsche Putzfrauen.)

Unter solchen Bedingungen leben viele nicht übergangsweise, sondern jahrelang.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Unterbringung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften führt in vielen Fällen zu Abwehrreaktionen der lokalen Bevölkerung.

(Stefan Köster, NPD: Dann nehmen Sie doch zu Hause welche auf, Frau Gajek!)

Nach empirischen Untersuchungen spielen dabei Größe und Art der Unterbringung eine Rolle. Eingezäunte Containerlager für mehr als 300 Asylsuchende stoßen in allen Fällen auf weit mehr Ablehnung als kleinere,

(Michael Andrejewski, NPD: Da kann man ja schier dran verzweifeln.)

in die Behausung integrierte Unterkünfte, zum Beispiel die Belegung ehemaliger Mietshäuser, oder, wie es Steffen Dünnwald in dem Artikel "Die BRD als Lagergesellschaft" formuliert, ich zitiere: "Je deutlicher ein Lagercharakter … hervortritt, desto heftiger fällt die Ablehnung durch die ansässige Bevölkerung aus."

Wer nun, diese empirischen Erkenntnisse vor Augen, nach Alternativen sucht, braucht nur nach Leverkusen zu schauen. Die Stadt Leverkusen praktiziert seit elf Jahren erfolgreich das sogenannte Leverkusener Modell. Anstatt auf die Unterbringung in Übergangsheimen zu setzen, quartiert die Stadt Flüchtlinge in Privatwohnungen ein. Asylbewerber oder Menschen mit einer Duldung können bereits nach wenigen Monaten in ihre eigenen vier Wände ziehen.

(Stefan Köster, NPD: Ins eigene Haus.)

Ich zitiere: "In all den Jahren hatten wir kein einziges Problem mit Nachbarn."

(Michael Andrejewski, NPD: Am besten in die eigene Villa!)

Hm, fehlt mir ein Zettel.

(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie mal was zur Kriminalitätsstatistik da!)

So ist das manchmal.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dann mache ich das jetzt frei weiter.

(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie mal was aus dem Kopf!)

Mein Zettel ist weg.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist sowieso Unsinn.)

Das hat zumindest der Sozialdezernent gesagt

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

und aus dem heraus ergibt sich auch unser Änderungsantrag, dass wir sagen, dass es einen Prüfungsbedarf bei der sozialen Beratung gibt. Ich bitte auch um Zustimmung und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt diesem Antrag zu. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Silkeit.

Michael Silkeit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ach, liebe Silke Gajek!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Was denn?)

Ich weiß gar nicht, wie oft ich das jetzt hier schon gesagt habe, nicht immer die Empirie bemühen,

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Oh!)

sondern einfach mal die Menschen fragen!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Na, mein Gott! – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und weil das ja immer wieder das Problem zwischen uns beiden zu sein scheint,

(Heinz Müller, SPD: Habt ihr Probleme miteinander?)

biete ich Ihnen das ganz einfach mal an:

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ach!)

Wir haben eine Reise vor, wir wollen uns die neuen Asylbewerberheime angucken,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir möchten aber dezentrale Unterbringung.)

mit den Menschen sprechen. Wir bilden eine Fahrgemeinschaft, Frau Gajek, kommen Sie mit,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

ich lade Sie ganz, ganz herzlich ein.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie können gerne auch nach Schwerin kommen. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und, Hikmat, an dich geht auch die Einladung.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Silkeit, da müssen Sie mit dem Fahrrad fahren.)

Warum sollen wir nicht fraktionsübergreifend auch die Asylbewerberheime in Mecklenburg-Vorpommern besuchen, mit den Menschen reden und uns auch mal über das Thema dezentrale und zentrale Unterbringung,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht auch mal, sondern zentral!)

über das Für und Wider informieren lassen,

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

von Betroffenen.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen der Linksfraktion, ich habe mir die gleiche Frage gestellt, die sich auch Frau Tegtmeier und der Innenminister gestellt haben:

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Habt ihr abgesprochen.)

Was soll eigentlich dieser Antrag?

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Aber da man nicht mit Kritik startet, will ich zumindest für die Überschrift ein Lob ausbringen, denn die finde ich richtig und gut. Was sollte schon falsch daran sein, unsere Landkreise und kreisfreien Städte zu unterstützen?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dann können Sie ja zustimmen.)

Der Überschrift ja, Herr Holter.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Änderungsantrag.)

Aber schon bei Punkt I trennen sich unsere Wege. Ich finde es vernünftig, dass das Innenministerium mit Erlass vom 20. Juni 2012 die Möglichkeit der dezentralen Unterbringung für Anspruchsberechtigte nach Paragraf 15a Absatz 1 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes eröffnet hat. Dass es dafür Lob von der Opposition erhält, ist auch einmal angebracht. Also insofern danke schön.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Was allerdings die Bewertung und die Wichtung der zentralen oder dezentralen Unterbringung angeht, lieber Kollege Ritter, kennen Sie auch meine Meinung hinreichend.

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, die kenne ich allerdings. Die kenne ich allerdings hinreichend, das stimmt.)

Ich habe sie Ihnen heute nicht zum ersten Mal kundgetan.

Und, lieber Kollege Ritter, wenn Sie sich gerade angesprochen fühlen, obwohl ich eigentlich jetzt den Kollegen Al-Sabty meinte, auch Punkt II Ihres Antrages ist nicht neu,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir stellen unsere Anträge im Namen der Fraktion.)

denn Sie stellen zum wiederholten Male Selbstverständlichkeiten fest.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Steter Tropfen!)

Und, Frau Gajek,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

auch Punkt III ist schon lange keine Unbekannte mehr. Mit Forderungen wie, ich zitiere, die Kommunen sollen "bei der Ausgestaltung und Umsetzung des Unterbringungsmanagements" noch "stärker" unterstützt werden, erwecken Sie beim nicht informierten Zuhörer den Eindruck der Untätigkeit der Landesbehörden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann reden Sie mal mit den Menschen in den Landkreisen, Sie Oberkluger!)

Wie immer fehlen, Herr Ritter, wie immer fehlen die Beispiele.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Der soll mal selber hingehen und soll mal die Menschen fragen!)

Auch die Forderung der langfristigen Regelung der sozialen Betreuung passt in diese Kategorie, obwohl gerade Sie am besten wissen, dass niemand auf Ihren Antrag warten musste, denn alles, was Sie fordern, ist bereits Realität.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ach, komisch!)

Der Minister hat dazu vorgetragen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es wird aber Zeit, dass Sie mal eine Rundreise durchs Land machen.)

Und so ist Ihnen wie allen anderen Fraktionen auch das bekannt, was im Einzelplan 04 des Innenministeriums steht. Genau dort finden Sie die von Ihnen geforderte verstärkte Unterstützung für die Kommunen.

(Der Abgeordnete Peter Ritter bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich darf Ihnen den Titel 633.04 beim Landesamt für innere Verwaltung gerne zitieren.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Silkeit, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten ...

Michael Silkeit, CDU: Nein, jetzt nicht, danke.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wann dann?)

Auf Seite 114 finden Sie die Erstattung der Kosten für die Unterbringung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Flüchtlingsaufnahmegesetz an die Landkreise und kreisfreien Städte. Für das Jahr 2014 sind rund 17,67 Millionen Euro und für das Jahr 2015 18,71 Millionen Euro veranschlagt. Das ist eine Steigerung von 36 Prozent.

Der Vollständigkeit halber möchte ich erwähnen, was alles in diesem Titel veranschlagt ist. Es ist nämlich die Erstattung an die Landkreise und kreisfreien Städte für die Betreibung der Gemeinschaftsunterkünfte und die Nutzung dezentralen Wohnraums gemäß Paragraf 5 Absatz 3 Flüchtlingsgesetz, für Energie, Entsorgung, Wasser, Heizung, Anmietung von Objekten, Wohnraum für dezentrale Unterbringung, Personalausgaben, Bewachung, Betreibung und so weiter und so fort.

Auch wenn es Ihnen um andere Formen der Unterstützung gehen sollte, empfiehlt sich abermals ein Blick in den Haushaltsplan. Das Innenministerium rechnet mit einer Zunahme der Asylbewerber, deshalb die 36-prozentige Steigerung. Und spätestens jetzt hätte ich mich gefragt, was Ihr Antrag soll.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Erinnern Sie sich an meine Frage im Innenausschuss, Herr Silkeit?)

Wie Sie selbst in Ihrer Antragsbegründung ausführten, gibt es entsprechende Arbeitshinweise zur Betreuung der dezentral untergebrachten Ausländer, daraus ergibt sich eben besagter diskutierter Betreuungsschlüssel. Einfach ausgedrückt: Je mehr Ausländer in den Unterkünften sind, desto mehr Betreuer sind erforderlich. Das ist dem Innenministerium durchaus bewusst, dennoch erweckten Sie den Anschein von Untätigkeit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es geht um die dezentrale Unterbringung.)

Meine sehr verehrten ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich habe von dem Betreuungsschlüssel geredet, Herr Ritter. Also wir reden beide über das gleiche Thema.

(Peter Ritter, DIE LINKE: In den Unterkünften, in den Unterkünften.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben den Antrag überhaupt nicht verstanden.)

ich war mehrfach,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

ich war mehrfach in den Unterkünften in unserem Land vor Ort. Dort habe ich mit Betreuern und Ausländern gesprochen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es geht hier um die dezentrale Unterbringung. – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Dezentral!)

Bedenken oder Beschwerden über die Betreuungsschlüssel wurden an mich nicht herangetragen.

Auch dem vorliegenden Antrag kann ich beim besten Willen keinen Mangel entnehmen, das sind pauschale, nicht unterlegte Forderungen, und das nicht zum ersten Mal. Auch Ihre Thesen bezüglich der Betreuungsschlüssel und Betreuungszeiten sind nichts weiter als Behauptungen, durch nichts unterlegt. Mehr oder weniger unterstellen Sie dem Innenministerium – ja, was weiß ich –, diese durch Kaffeesatzlesen oder wie auch immer festgelegt zu haben. An keiner Stelle Ihrer Begründung ziehen Sie auch nur die Möglichkeit in Erwägung, dass die Schlüssel in enger Abstimmung mit der Praxis zustande gekommen sein könnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beim Innenministerium gibt es ein Referat, das eigens für Ausländerasyl und Ausländerwesen zuständig ist. Dieses ist ständiger Ansprechpartner für die Landkreise und kreisfreien Städte. Es steht den Kommunen nicht nur am Telefon zur Verfügung, sondern auch regelmäßig vor Ort. Und ich darf Sie deshalb fragen, welche Unterstützung Sie konkret vermissen.

Im Übrigen ist die Informationspolitik der Landesregierung im Land durchaus erfolgreich. Nur weil einige wenige Verwirrte oder Ewiggestrige damit nicht umgehen können,

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Och!)

dass wir Hilfesuchende aufnehmen – das war jetzt nicht in Ihre Richtung, Frau Gajek –,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

bedeutet dies noch lange nicht, dass die Bevölkerung von Mecklenburg-Vorpommern Nachholbedarf in Sachen Aufklärung, humanitäre Hilfe oder Akzeptanz gehabt hätte.

(Stefan Köster, NPD: Sie haben ja überhaupt keinen Plan.)

Ja, gut, dass Sie sich wenigstens jetzt angesprochen gefühlt haben.

(Stefan Köster, NPD: Ihr Anspruch und die Realität klaffen auseinander.)

Ich hatte schon gedacht, Sie merken es gar nicht mehr.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das geht meines Erachtens nun wirklich zu weit. Dass die Bevölkerung Flüchtlinge in unserem Land aufnimmt und willkommen heißt, ist nicht zuletzt auf die gute Informationspolitik des Landes

> (Stefan Köster, NPD: Eine aktuelle Umfrage ergab, dass 91 Prozent der Deutschen das ablehnen.)

und der Gemeinden zurückzuführen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, wir haben in der Tat eine steigende Anzahl an hilfesuchenden Ausländern. Das stört einige, das kann man nicht nachvollziehen, (Zuruf von Stefan Köster, NPD)

aber wir wissen es ja bei diesen Herren. Aber gerade die Gemeinden vor Ort meistern die sich daraus resultierenden Aufgaben hervorragend,

(Udo Pastörs, NPD: Auf Kosten der deutschen Steuerzahler.)

und daran wird auch dieser Antrag nichts ändern.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die CDU-Fraktion wird Ihren Antrag ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie ich sehe, fehlt den Genossen der LINKEN das Verständnis für das Wesentliche.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ha, ha! – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Aber das haben Sie, das Wesentliche!?)

Ihre Anträge gehen fortwährend an den Bedürfnissen unseres Volkes vorbei und konzentrieren sich auf die unverschämten und vor allem unberechtigten Begehrlichkeiten einer großen Schar von Fremden, die tagtäglich in unser Land strömen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Hautsache, der Scheitel sitzt heute wieder.)

So, wie es Ihr Quotenmigrant Al-Sabty hier nicht begriffen hat,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: He, he, he, he!)

worum es in unserem Antrag vom 4. September \dots

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller!

Tino Müller, NPD: ... vordergründig ging ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist eine Diffamierung.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller!

(Der Abgeordnete Tino Müller spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Müller, bitte unterbrechen Sie!

(Jörg Heydorn, SPD: Abtreten! – Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Keine Diffamierungen! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD) Herr Müller, ich habe hier schon öfter gesagt, dass ich unparlamentarische Beleidigungen von Abgeordneten nicht zulassen werde. Und da Ihnen das bekannt ist, erteile ich Ihnen für die Beleidigung des Abgeordneten Herrn Al-Sabty einen Ordnungsruf.

(Udo Pastörs, NPD: Tja. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Tino Müller, NPD: So, wie es Ihr Abgeordneter Al-Sabty hier nicht begriffen hat, worum es in unserem Antrag vom 4. September vordergründig ging, so missverstehen Sie auch heute die wahren Bedürfnisse der Landkreise und kreisfreien Städte. Diese benötigen nämlich keine moralische Unterstützung linker Gutmenschen, sondern vielmehr eine finanzielle. Und davon ist in Ihrem Antrag mit keiner Silbe die Rede.

Mit der Überschrift versuchen Sie, die Menschen in unserem Land zu blenden. Ihre – wie Sie sie nennen – Unterstützung führt in den Kommunen zum Gegensätzlichen, nämlich zu immer neuen Belastungen. So fordern Sie eine verstärkte dezentrale Unterbringung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu Recht. – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Finanzier Ihrer interkulturellen Fieberfantasien

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu Recht, Herr Müller.)

benennen Sie absichtlich, Herr Ritter, nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hauptsache, der Scheitel sitzt, Herr Müller.)

Denn dass die dezentrale Unterbringung neben unzähligen weiteren schmerzlichen Nachteilen für alle Beteiligten gegenüber einer zentralen Unterbringung in jeglicher Hinsicht auch kostenintensiver ist, führt dazu, dass mal wieder der Steuerzahler tiefer in die Tasche greifen muss. Ihr erklärtes Ziel ist, und so schreiben Sie es auch rotzfrech in Ihrem Antrag,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Och!)

Zitat: "Ziel ist es, die dezentrale Unterbringung für alle Beteiligten, die Betroffenen selbst",

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

"aber auch die aufnehmende Bevölkerung, erfolgreich zu gestalten." Zitatende.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu Recht, Herr Müller, zu Recht. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Man höre und staune, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, da staune ich überhaupt nicht mehr.)

Das, was die LINKEN hier als aufnehmende Bevölkerung bezeichnen

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

oder besser gesagt mit einer Randnotiz erwähnen, ist das deutsche Volk.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Jetzt könnte manch einer behaupten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir nehmen Flüchtlinge auf. Was ist daran falsch?)

wir sollten noch froh sein, dass unser Volk bei den LINKEN überhaupt noch eine Rolle, wenn auch Nebenrolle spielt. Dem pflichten wir bei, denn genau an solchen Randnotizen lässt sich die bei den LINKEN praktizierte Wertigkeit ablesen.

Nur wenige Zeilen weiter kann man erfahren, was ein erfolgreiches Gestalten für die aufnehmende Bevölkerung überhaupt bedeuten soll. Es geht um die viel beschworene Ausprägung einer Willkommenskultur in den Kommunen.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD – Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE: Ja. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist notwendig.)

Diese soll durch eine gemeinsame Öffentlichkeit unterstützt werden.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Zum Glück konnten wir in einigen Gemeinden bereits erleben, was damit wirklich gemeint ist.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Bilder von toten Menschen aus Syrien wurden zum Beispiel in Friedland den Einheimischen präsentiert,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ja.)

eine unausgesprochene Drohung inklusive: Entweder ihr habt Mitleid oder haltet euren Mund.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist ja unglaublich, was Sie da ...!)

Oder ihr seid Unmenschen, denen tote Frauen und Kinder egal sind.

(Michael Andrejewski, NPD: Die Stasi holt euch ab.)

Ich kann Ihnen heute schon versichern,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, Herr Andrejewski muss sich auch zu Wort melden. Völlig klar, völlig klar.)

dass die von Ihnen betriebene Gehirnwäsche in dieser oder ähnlicher Form nicht fruchten wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Da haben sich schon ganz andere Ihrer Sorte vergeblich versucht.

Abschließend sei mir noch gestattet, auf den letzten Absatz Ihrer Begründung hinzuweisen.

(Jörg Heydorn, SPD: Wer lesen kann, ist besser dran.)

Allein dieser entlarvt Ihre volksfeindliche Gesinnung bis ins Mark.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Huh!)

Wer fordert, den Betreuungsaufwand für Ausländer maßgeblich zu verbessern, seit Jahrzehnten aber zusieht,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Aufhören!)

wie unsere eigene Jugend an einem kinderfeindlichen Betreuungsschlüssel leidet,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, hör doch auf!)

gehört meiner Meinung nach

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hör doch auf!)

nicht in ein deutsches Parlament.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Margret Seemann, SPD: Sie sind doch krank! – Peter Ritter, DIE LINKE: Das hätten Sie mal abends am Lagerfeuer erzählen sollen, so einen Schwachsinn, aber nicht hier. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Dr. Al-Sabty.

(Udo Pastörs, NPD: Hauptsache, der Scheitel sitzt. – Peter Ritter, DIE LINKE: Genau. Immer schön das Bärtchen pflegen, immer schön vorm Spiegel!)

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also auf die Reaktion der NPD lege ich keinen großen Wert,

(Udo Pastörs, NPD: Das glaube ich. – Stefan Köster, NPD: Wir auf Ihre Rede auch nicht, Herr Dr. Al-Sabty.)

ich lege großen Wert auf fruchtbare Diskussionen mit Ihnen.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

liebe Kollegen von den demokratischen Fraktionen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ich kann den Redner nicht verstehen, es ist zu laut. – Michael Andrejewski, NPD: Muss man auch nicht.) Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben ja gesagt, die Realität, es geht um die Betreuung.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Es ist Realität, aber ich sage Ihnen, in einem so großen Landkreis wie dem der Mecklenburgischen Seenplatte,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

in dem wir einen Betreuungsschlüssel von 1:96 haben, das ist zu wenig. Ich weiß nicht, was Sie unter Betreuung verstehen, aber ich verstehe das so, die Betreuung ist nichts als behördliche Gänge, dass man in der Behörde betreut wird, dass man Beratung bekommt. Ich verstehe die Betreuung so, wenn die Menschen irgendwo dezentral untergebracht werden, und das weit von der Stadt, weit von jeglicher Zivilisation, sage ich mal,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

dann es ist wichtig, diese Menschen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

diese Menschen zu betreuen. Und ich kann Ihnen sagen, auf unserer Landtour mit meiner Fraktion im August dieses Jahres haben wir mit Betroffenen in einem kleinen Ort wie Blankensee geredet, wo fünf, sechs Leute dezentral untergebracht wurden. Wir hatten ein Gespräch mit dem Bürgermeister, mit einer betroffenen irakischen Staatsbürgerin, die aus Jürgenstorf hingebracht wurde. Die sagte, sie bekommt Betreuung, aber alle zwei, drei Wochen.

(Udo Pastörs, NPD: Ach, täglich wollen Sie haben?!)

Das ist zu wenig.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist zu wenig.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber auch dieser Mensch, diese junge Dame, mit meiner Hilfe habe ich ihr einen Job ...

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Seien Sie bitte still! Ruhig, Brauner! Ich habe Ihnen das oft gesagt.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist schon abgenuddelt, also wirklich!)

Ruhig, ganz ruhig, Brauner! Sie haben gerade ... Aber lassen Sie mich jetzt in Ruhe, ich muss mal jetzt ...

(Udo Pastörs, NPD: Wir werden Sie nicht in Ruhe lassen, politisch!)

Das ist für mich wichtig, Herr Minister, dass diesen Menschen eine soziale Betreuung zur Verfügung gestellt wird. Diese Dame, die hat jetzt einen Job gefunden, leider nicht in Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sondern in Hamburg,

(Udo Pastörs, NPD: Vielleicht fühlt sie sich da auch wohler.)

aber sie ist so überfordert, sie ist so überwältigt zum Beispiel von dem Sozialversicherungsnachweis. Sie muss nach Neustrelitz fahren, um das zu erledigen.

(Michael Andrejewski, NPD: Ach, die Arme!)

Eine Bestätigung von der Krankenversicherung AOK. Es gibt noch anderes zu erledigen.

(Michael Andrejewski, NPD: Ein Martyrium.)

Ihr wurde noch zuletzt gesagt,

(Udo Pastörs, NPD: Deutsche Boten brauchen wir für Asylanten, Botengänger!)

falls sie auch nach Hamburg fährt und dort arbeitet, sie soll für die Miete in Blankensee auch aufkommen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Das ist ja eine Unverschämtheit, Miete zahlen!)

Sie kann auch die Miete von ihrem wenigen Geld, was sie bekommt, nicht zahlen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und deswegen will ich mit Ihnen die Debatte,

(Gelächter und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Minister, weiterführen.

(Udo Pastörs, NPD: Ist das ein Witz oder ist das eine Provokation?)

Die soziale Betreuung ist nicht in dem behördlichen Bereich,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

sondern außerhalb, dass die Menschen auch besucht werden.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind Schmarotzerstrukturen.)

Und deswegen habe ich ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Dr. Al-Sabty.

(Udo Pastörs, NPD: Das, was Sie hier erklären, sind Schmarotzerstrukturen.)

Ich habe Herrn Dr. Al-Sabty, Herr Pastörs, ich habe Herrn Dr. Al-Sabty unterbrochen, weil ich hier was sagen möchte.

(Udo Pastörs, NPD: Bitte schön!)

und nicht, weil Sie jetzt was zu sagen haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Er hat doch nichts zu sagen. – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Der hat gar nichts zu sagen.)

Ich bitte wirklich darum, dass der Redner hier in der Lage sein muss, seine Rede auch so zu halten, dass jeder das nachvollziehen kann. Das heißt, die Zwischenrufe, die gerade auch vonseiten der NPD-Fraktion hier kommen, die stören doch erheblich. Ich bitte, die Zwischenrufe so zu beschränken, dass der Redner hier vorne auch noch zu verstehen ist.

(Stefan Köster, NPD: Das wird schwierig.)

Bitte fahren Sie fort, Herr Dr. Al-Sabty.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Ja.

Hinzu kommen, Herr Minister, noch die langen Fahrzeiten in einem so großen Landkreis wie dem der Mecklenburgischen Seenplatte.

(Stefan Köster, NPD: Das trifft doch auf jeden Deutschen auch zu.)

Sie werden nicht angerechnet, haben Sie gesagt, und das ist falsch.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, natürlich.)

Das muss man auch in Betracht nehmen deswegen.

(Udo Pastörs, NPD: Die Deutschen, die nach Hamburg arbeiten fahren jeden Tag, was sagen Sie denen?)

Zu Ihrem Beitrag, lieber Kollege Silkeit, also ich freue mich, dass Sie endlich mal hinfahren, aber ich kenne Sie hier seit zwei Jahren, jetzt sagen Sie, Sie fahren hin und sehen die Unterkünfte.

(Marc Reinhardt, CDU: Er war doch schon da.)

Aber Sie sind nicht bei den dezentral untergebrachten Menschen gewesen. Wann waren Sie denn dort, waren Sie mal bei Betroffenen? Sie waren, glaube ich, nicht dort. Deswegen hat mein geschätzter Kollege Henning Foerster zu Recht gesagt, warum fahren Sie jetzt, nach zwei Jahren.

Also noch zu Ihren Worten, Frau Tegtmeier. Ich freue mich, wenn Sie sagen, dass in dem nächsten Haushalt mehr Geld bereitgestellt wird, und das natürlich freut mich außerordentlich.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja. Und immer noch zu wenig. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich sage das noch mal, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn dazu, klare und umsetzbare Regelungen für dezentrale Unterbringung und Betreuung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, Geduldeten und unerlaubt eingereisten Ausländerinnen und Ausländern zu schaffen, gehört ein frühzeitiges Informationssystem der betreffenden Kommunen, wann und wie viele Personen zu erwarten sind, damit ausreichende Unterbringungsmöglichkeiten vorgehalten werden können und damit kein

Nährboden für die menschenverachtende Propaganda der Neonazis geebnet wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Stefan Köster, NPD: Das sagen Sie uns! Das sagen Sie uns! – Michael Andrejewski, NPD: Machen Sie ruhig weiter! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die rassistische Hetze der NPD, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor, während und nach der Wahl muss eingedämmt werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Tun Sie Ihr Bestes!)

Dafür müssen wir, alle demokratischen Fraktionen in diesem Hohen Hause, zusammenarbeiten.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Sehr geehrter Herr Minister,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

das sage ich auch noch einmal, was Sie hier vorgetragen haben: Tatsächlich ist es Realität, aber ich habe auch mit ihnen gesprochen, für mich zählt die Istsituation in den Kommunen, und das ist mein Indikator.

(Udo Pastörs, NPD: Die Istsituation für die Deutschen in den Kommunen interessiert uns mehr.)

Aufhorchen sollte man spätestens, wenn ein deutlicher Anstieg von fremdenfeindlichen Äußerungen überall dort zu verzeichnen ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wo die dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern über die Köpfe der Menschen hinweg geschieht.

(Michael Andrejewski, NPD: Das passiert ja nur so.)

Und das ist leider schon geschehen.

(Stefan Köster, NPD: Die armen, armen Ausländer!)

Daher sind demokratische Mitwirkungsprozesse

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

von grundlegender Bedeutung und müssen befördert werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist Demokratur.)

In der Richtlinie Paragraf 5 Absatz 3 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes sind die erstattungsfähigen sowie nicht erstattungsfähigen Aufwendungen der dezentralen Unterbringung aufgeführt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Übernahme der Mietkosten bei zeitweiligem Wohnungsleerstand ist in Paragraf 3 Absatz 1 für Gemeinschaftsunterkünfte geregelt, aber nicht für dezentralen Wohnraum.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Herr Hans Jörg Duppré, äußerte sich in der Pressemitteilung vom 2. Oktober wie folgt, ich zitiere: "Viele Landkreise beurteilen die seitens der Länder gewährte Unterstützung bei der Unterbringung von" Asylbewerberinnen und "Asylbewerbern als nicht ausreichend, weil die bei den Landkreisen entstehenden … Kosten nicht übernommen werden." Ende des Zitats.

Wir brauchen im Allgemeinen hier ein Konzept, das vorsieht, dass die Unterbringung in Wohnungen besser koordiniert wird und dass Zugang zu Deutsch- und Integrationskursen ermöglicht wird. Ich betone es noch mal, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist zu begrüßen, dass die Kommunen vermehrt zu Akzeptanz aufgerufen haben und dass sie Mietwohnungen zur Verfügung gestellt haben.

Zuletzt fordere ich die Landesregierung auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die dezentrale Unterbringung für alle Beteiligten erfolgreich zu gestalten.

(Michael Andrejewski, NPD: Abschiebung wäre besser. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaja.)

Man muss sich darauf umfassend vorbereiten.

(Michael Andrejewski, NPD: Bei den meisten von denen.)

Abschließend bitte ich um getrennte Abstimmung in unserem Antrag für die Punkte I, II und III.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst feststellen, dass ich stolz bin, einen Freund wie Hikmat Al-Sabty an meiner Seite zu haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn Hikmat ist eine Bereicherung für diesen Landtag, anders als diese Herren von der NPD-Fraktion.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und zweitens, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen lieber Kollege Silkeit, es geht hier nicht um Ihre Erfahrungen, die Sie gesammelt haben bei Ihren Besuchen in den Unterkünften, es geht hier in dem Antrag um die dezentrale Unterbringung, falls Ihnen der Unterschied nicht aufgegangen ist beim Lesen unseres Antrages.

Und auch die Bemerkungen zur finanziellen Ausstattung, die Sie gemacht haben im Rahmen der Haushaltsdebatte, entsprechen nicht ganz der Wahrheit. Sie werden sich vielleicht erinnern, dass ich im Innenausschuss den Innenminister gefragt habe, ob die zu begrüßende verstärkte dezentrale Unterbringung

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und vor allen Dingen die daraus sich erschließende zusätzliche soziale Betreuung sich in dem Haushaltsplanansatz 14/15 schon widerspiegelt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Antwort des zuständigen Mitarbeiters des Ministeriums war: Das können wir jetzt noch nicht beziffern. Wir müssen erst die ersten Erfahrungen sammeln.

Und wenn Sie sich dann hier hinstellen und sagen, man hat schon reagiert, dann ist das einfach eine falsche Mitteilung, und das war es mir wert, das dem Publikum hinten noch mal mitzuteilen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal der Innenminister des Landes Herr Lorenz Caffier.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Ritter, erst mal zu der Haushaltsfrage: Es ist bedingt richtig. Richtig ist, dass wir ja ausgeführt haben, dass wir davon ausgehen, dass der Planansatz, den wir im Haushalt gewählt haben, erst mal ausreichend ist, dass wir aber innerhalb des Titels auch umverteilen können. Und falls mehr gebraucht wird, war meine eigene Ausführung,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, nein.)

dann wird das auch gefunden werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr Mitarbeiter des Hauses hat ausgeführt.)

Ich habe aber gesprochen zu dem Thema.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, nein.)

Zweite Bemerkung, Herr Al-Sabty, die gilt Ihnen. Zwei Bemerkungen: Eins habe ich nicht verstanden, wieso Sie nicht einverstanden sind, dass die Fahrzeit nicht angerechnet wird. Das müssen Sie mir mal erklären, weil genau das ist es doch. Wir wollen doch nicht die Fahrzeit für die Betreuungszeit mit anrechnen. Derzeit ist es in Mecklenburg-Vorpommern so geregelt, dass die Fahrzeit der Betreuer nicht als Betreuungszeit angerechnet wird, sondern erst, wenn sie mit dem Asylbewerber ins Gespräch oder in Kontakt treten oder Aufgaben wahrnehmen.

(Udo Pastörs, NPD: Das hat er nicht kapiert.)

Das, glaube ich, ist die richtige Regelung, das haben Sie möglicherweise falsch verstanden.

Zweite Bemerkung: Das Konzept zur dezentralen Unterbringung bedingt immer, dass die Kommunen das auch akzeptieren, denn wir haben in diesem Land kommunale Selbstverwaltung und das bestimmen die Kommunen. Und da Sie gerade das Beispiel Blankensee gewählt haben – in Blankensee sind deswegen 4 Asylbewerber untergebracht, weil die 40, die mal in Blankensee untergebracht werden sollten, von der Kommune nicht respektiert worden sind.

(Beifall Udo Pastörs, NPD – Stefan Köster, NPD: Das war richtig so.)

Daher sind dort vier Asylbewerber untergebracht worden,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

weil, da gebe ich Ihnen allerdings recht, weil, ...

(Stefan Köster, NPD: Die Bürger wollen die nicht haben.)

Sie müssen mich mal ausreden lassen.

... weil die Kommune es nicht geschafft hat, die Bürger vorher mit der Frage zu konfrontieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das hat man in Torgelow sehr gut gemacht, auch wenn es sehr anstrengend für den Bürgermeister war. Das ist ja keine einfache Aufgabe,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

weil das ein Thema ist, was viele Gemüter erregt, wo jeder aus dem Bauch diskutiert, aber sich nicht mit der Sache beschäftigt und mit der Materie. Das ist in Blankensee nicht vernünftig gelaufen, das hat aber natürlich auch zur Folge dann, dass Probleme im Betreuungsschlüssel entstehen. Deswegen ist Blankensee sicherlich nicht gerade das gute Beispiel, weil da diese Kettenreaktion entstanden ist.

Es bleibt dabei, dass die Kommunen entscheiden müssen. Wir werben dafür, wir haben sehr viel frei stehenden Wohnraum, kommunalen Wohnraum in einigen Gegenden, dass man die Möglichkeit der dezentralen Asylbewerberunterbringung in Mecklenburg-Vorpommern auch nutzt. Das muss aber zuallererst von der Kommune akzeptiert und durchgeführt werden, das kann man nicht anordnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Heinz Müller, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, die Ziffern I, II und III des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2245 getrennt abzustimmen.

Ich rufe auf Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2245. Wer der Ziffer I zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegen-

probe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2245 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe nun auf die Ziffer II des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2245. Wer dieser Ziffer II zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2245 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf die Ziffer III des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2245.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2290 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer also diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2290 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe nun auf die Ziffer III des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2245. Wer dieser Ziffer III des Ursprungsantrages zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer III des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2245 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Pflegemonitor in Mecklenburg-Vorpommern einführen, Drucksache 6/2236.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Pflegemonitor in Mecklenburg-Vorpommern einführen – Drucksache 6/2236 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte heute hier für das Projekt Pflegemonitor werben und hoffe, dass die Debatte sachorientiert ist und nicht, wie so oft in der Vergangenheit und auch eben wieder erlebt und heute Morgen, dass von den Koalitionsfraktionen kommt: Haben wir schon, machen wir schon, brauchen wir nicht.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Was heißt jetzt Pflegemonitor? Vor dem Hintergrund der anstehenden Herausforderungen bei der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung möchte ich an dieser Stelle sehr dafür werben, eine konstruktive Debatte zu führen, denn ich bin davon überzeugt, dass wir uns intensiver als bisher analytisch mit den Veränderungen in der Pflege beschäftigen müssen. Unser Antrag soll dabei nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein möglicher Baustein für die Beantwortung der drängenden Zukunftsfragen sein, nämlich wie wir die pflegerische Versorgung

nachhaltig und bedarfsgerecht in Mecklenburg-Vorpommern sichern können.

Ich möchte gar nicht in Abrede stellen, dass es einen Runden Tisch Pflege gibt und dass wir es durchaus begrüßen, dass im Rahmen der Sozialberichterstattung die Situation der Pflegeberufe in Mecklenburg-Vorpommern näher untersucht werden soll. Und natürlich gibt es eine Pflegestatistik und ja, auch den Pflegerahmenplan, genauso wie die Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung. Und auch mit der Erwähnung der Gesundheitsberichterstattung der Länder ist die Liste der potenziellen Datenquellen zum Personalbedarf und den notwendigen Ausbildungskapazitäten in der Pflege noch immer nicht abgeschlossen.

Gleichzeitig liegt aber auch hier ein erster Vorteil eines Pflegemonitors zugrunde. Ein wesentliches Ziel besteht nämlich darin, die bereits vorhandene Datenflut zur Entwicklung auf dem Pflegearbeitsmarkt zunächst einmal zu bündeln, transparent zu machen und die Interpretationshoheit über die Daten zurückzugewinnen. Letzteres scheint mir allein schon angesichts der unterschiedlichen Daten zum Fachkräftebedarf 2030 wichtig genug.

Aber ganz sicher muss auch die eine oder andere Datenlücke geschlossen werden, um den Handlungsbedarf genau bestimmen zu können und den Einrichtungen, Verbänden sowie den politischen Akteuren eine systematisierte Datengrundlage zur Pflegekräftesituation in den Landkreisen und kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns zur Verfügung stellen zu können. Hierfür sind regional differenzierte Daten zum Personalbestand in den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie Krankenhäusern, aufgeschlüsselt nach Versorgungsgebieten und Beschäftigungsumfang, eine Grundvoraussetzung.

Und natürlich ist es auch wichtig zu wissen, wie sich das Angebot und die Nachfrage auf dem Pflegearbeitsmarkt insbesondere in den einzelnen Qualifikationsstufen in den verschiedenen Versorgungsbereichen darstellen und im Zeitverlauf entwickeln werden. Weitere Fragestellungen und Aspekte könnten hier problemlos weiter aufgeführt werden, angefangen von der Erfassung von Studiengängen, die für den Pflegebereich qualifizieren, bis über die Grenzen für nicht besetzte Stellen, was ein Pflegemonitor leisten könnte.

Aus meiner Sicht kann ein entsprechend untersetzter Pflegemonitor ein durchaus geeignetes Instrument für das Sozialministerium sein, um planend, steuernd und koordinierend den Herausforderungen des demografischen Wandels im pflegerischen Bereich zu begegnen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Sehr schön.)

Die Vorteile einer bedarfsgerechten Ausbildungs- und Personalplanung liegen auf der Hand. Die dafür notwendigen validen und regionalisierten Daten über die Entwicklung von Angebot und Nachfrage an Pflegekräften in den einzelnen Versorgungsbereichen fehlen.

Ganz wesentlich erscheint uns dabei auch, die Regelmäßigkeit der Datenerhebung sicherzustellen. In Hessen und in Nordrhein-Westfalen werden schon heute alle zwei Jahre bestehende Bedarfsprognosen entsprechend der Angebots- und Nachfrageentwicklung auf dem Pflegearbeitsmarkt aktualisiert. Sowohl der Hessische Pfle-

gemonitor als auch die Gesundheitsberichterstattung in NRW können aus unserer Sicht als positive Anregung für einen eigenen Pflegemonitor in Mecklenburg-Vorpommern gelten. Ich denke, es ist an der Zeit, dass auch hier im Land die Fragen, ich zitiere, "welche Personalbedarfe in den Krankenhäusern, teil-/vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie ambulanten Pflegediensten ausgemacht werden können und inwieweit die bereit gestellten Ausbildungsplatzkapazitäten diese Bedarfe aktuell und zukünftig zu decken in der Lage sind", Zitatende, beantwortet werden können, also die zentrale Fragestellung der Landesberichterstattung Gesundheitsberufe aus dem Land Nordrhein-Westfalen des Jahres 2010.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir den Bedarf an Pflegefachkräften, Ausbildungsplätzen und Weiterbildungsmöglichkeiten darstellen wollen, wie in unserem Antrag gefordert, heißt das also, dass wir uns mit einem entsprechend weiten Blickwinkel mit der Angebots- und Nachfrageentwicklung befassen müssen. So wird etwa neben der steigenden Anzahl pflegebedürftiger Menschen auch der zukünftige Fachkräftebedarf respektive der Bedarf an Ausbildungsplätzen sich maßgeblich darüber definieren, wie viele Pflegefachkräfte aufgrund ihres Alters dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Udo Pastörs, NPD: Aus Indien wollen Sie die ja holen.)

Und natürlich gibt es eine Reihe weiterer Faktoren,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die neben der Alterung der Gesellschaft mitbestimmend sind für die regionale Nachfrageentwicklung im Bereich der professionellen Pflege.

Ich denke aber auch, dass sich die Mühe lohnt, einmal genauer hinzuschauen, wo die Trendlinien in der Pflege verlaufen und den Fachkräftemangel zu bestimmen ... Nee. noch mal:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich denke aber auch, dass sich die Mühe lohnt, einmal genauer hinzuschauen, wo die Trendlinie in der Pflege verlaufen wird, um den Fachkräftebedarf bestimmen zu können.

(Heinz Müller, SPD: Wenn die Referenten einem auch immer so lange Sätze aufschreiben!)

Manchmal ist es so, wenn man eine Einbringungsrede hat, mein lieber Herr Müller.

Aber gerade noch mal den Blick auf die Trendlinien:

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Trendlinien!)

Wir haben in der Enquetekommission häufiger darüber geredet, Herr Heydorn, Sie wissen das ja, wie wird sich Pflege entwickeln, wir sitzen da ja immer wieder dran, um auch noch Fragen zu entwickeln. Der Hessische Pflegemonitor beeindruckt mich in der Hinsicht,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass er a) durch die Europäische Union gefördert wird – und Sie werden sich den sicher noch angucken, steht ja im Internet drin –,

(Udo Pastörs, NPD: Steht drin im Internet.)

er bringt eine gute Übersicht über das, was wir brauchen.

Und einen Bereich finde ich persönlich noch mal sehr interessant, nämlich wie sieht es beispielsweise bei den Berufsschullehrern zukünftig aus. Hier steht ganz genau, in welcher Gebietskörperschaft wie viele Berufsschullehrer und Berufsschullehrerinnen aus dem Dienst ausscheiden, wann welche Bedarfe in der Pflege beispielsweise in einem bestimmten Landkreis zu verorten sind.

Ich kann hier heute nur dafür werben, dass wir uns diesem Thema im Ausschuss, damit im Ausschuss befassen,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

weil ich möchte ein Stück weit weg

(Udo Pastörs, NPD: Ein Stück weit transparent.)

von diesem "Wir haben das schon, wir machen das schon". Das ist auf Dauer deprimierend zu sehen, wir haben sehr viele Daten, wir diskutieren hier im Landtag, wir bringen immer wieder Impulse rein und immer wieder kommt von der CDU und auch von der SPD: Das brauchen wir nicht.

Und gerade wenn ich sehe, dass wir im Einzelplan 10 Kapitel 1004 den ESF diskutieren, dann ist es doch eine gute Herausforderung und auch eine gute Möglichkeit, hier solche guten Modelle, wie es sie in NRW oder Hessen gibt, mit zu übertragen, um hier eine Infrastruktur für die nächsten Jahre aufzubauen. Denn jetzt haben wir noch die Möglichkeiten eines ESF, jetzt haben wir noch die Möglichkeiten, wo wir dem Fachkräftemangel zumindest perspektivisch begegnen können. Wir wissen ja heute schon, dass es den gibt.

Lassen Sie uns hier gemeinsam im Sozialausschuss darüber debattieren und ich hoffe, dass diese Debatte hier heute nicht endet mit "Machen wir schon, haben wir schon, brauchen wir nicht",

(Udo Pastörs, NPD: Freuen, auf die Arbeit im Ausschuss.)

sondern hier gibt es gute Ansätze, dies weiterzuentwickeln, und ich finde es schade, dass wir nicht gemeinsam den Ausschuss auch nutzen, um Projekte weiterzuentwickeln. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Grundsätzlich freue ich mich über jede Debatte und jeden Antrag im Landtag, der die hohe Bedeutung des Themas Pflege sowie die Rolle der am Pflegeprozess beteiligten Partner unterstreicht, zeigt dies doch, dass die Probleme in der Pflege nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch in der gesellschaftlichen und politischen Debatte angekommen sind.

Insbesondere stärkt es mich in der Auffassung, dass es richtig war, mit der ohnehin erforderlichen Novellierung des Landespflegegesetzes im Dezember letzten Jahres auch eine stärkere inhaltliche Ausrichtung im Paragrafen 1 des Landespflegegesetzes zu verankern. Und es bestärkt mich darin, die Prozessdiskussion um die Ausgestaltung der Pflege nicht auf die wichtigen Themen der Neuordnung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs sowie der gesetzlichen Neuordnung der Pflegeausbildung auf Bundesebene zu reduzieren. Und deshalb habe ich auch in der Rede zum Landespflegegesetz hier im Landtag zehn Punkte für die Gestaltung einer Pflegestrategie 2030 für Mecklenburg-Vorpommern skizziert. Inzwischen sind sie auch vom Runden Tisch Pflege Mecklenburg-Vorpommern bestätigt worden.

Am Runden Tisch versammeln wir die wichtigsten Akteure in der Pflege. Auf der ersten Sitzung im April dieses Jahres haben die Beteiligten mit einer Schweriner Erklärung klar die Notwendigkeit der Prozessgestaltung und ihrer Mitwirkungsbereitschaft definiert. Als großes Thema für die nächste Sitzung des Runden Tisches Pflege haben wir uns verabredet, das Thema Fachkräftesicherung auf die Agenda zu setzen. Ziel ist es, eine eigene Fachkräfteinitiative Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg zu bringen.

Im September haben wir mit großer Resonanz einen Familienkonvent Pflege hier im Schloss veranstaltet und mit den Angehörigen, den Familien die Handlungsbedarfe in der Pflege diskutiert.

Mit der Änderung des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes haben wir in diesem Jahr die Basis dafür geschaffen, dass die Kommunen bei dem wichtigen Thema Altenhilfe- und Pflegesozialplanung finanzielle Unterstützung bekommen. Mit 1,5 Millionen Euro können die Kommunen agieren, um zum Beispiel mit externer Hilfe die Analyse, die Erfassung von Bedarfen sowie Vorschläge zur Bedarfsdeckung in Auftrag geben zu können. Wir gehen davon aus, dass zu einer integrierten Pflegesozialplanung eben auch die Vernetzung und Einbindung in die gesamte Sozialplanung der Region und so auch die Fachkräfteproblematik gehört.

Eben weil zielgenaue Bedarfserfassung und Planung in die Region gehört, ist es richtig, dass im Paragrafen 5 des Landespflegegesetzes Absatz 2 diese originäre Aufgabe der Kommunen ebenfalls verankert ist. Die Unterstützung im Rahmen der 1,5 Millionen Euro beinhaltet dabei auch die Möglichkeit, im Rahmen eines zertifizierten Modellstudienganges der Hochschule Neubrandenburg die Mitarbeiter der Kommunen im Bereich Sozialplanung, Pflegestützpunkte und Pflegeplanung weiterzubilden.

In dem dem Landtag vorliegenden Haushaltsentwurf sind entsprechende Mittel auch für 2014 und 2015 vorgesehen. Ich darf mich jetzt schon bei den Regierungsfraktionen bedanken, die ja diesen entsprechenden Maßnahmen im Sozialausschuss schon zugestimmt haben.

All dies gibt nur einen kurzen Einblick in die Aktivitäten der Landesregierung. Die Einbindung und Mitgestaltung des Landespflegeausschusses ist dabei genauso wichtig wie die Einbeziehung der Ergebnisse der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern". Der eingeleitete Prozess ist bei Weitem nicht abgeschlossen, er wird mit den Beteiligten gestaltet und fortentwickelt.

Und deshalb zum Antrag der GRÜNEN: Ja, das Fachkräftethema ist ein wichtiger Bestandteil des Themas Pflege, wie ich bereits mehrfach dargelegt habe. Ich bin jedoch der Meinung, dass wir keinen von der Landesregierung initiierten Pflegemonitor mit Schwerpunkt Fachkräfte benötigen. Die Daten zur Vermittlung von Ausbildungsplätzen sowie die Informationen zu unbesetzten Altenpflegeplätzen liegen bei der Bundesagentur vor und können dort abgefragt werden. Die regionale Pflege- und Sozialplanung in den Kommunen umfasst auch das Fachkräftethema, ist aber wesentlich mehr als nur eine solche vom Pflegemonitor dann bereitgestellte Datensammlung.

Und deshalb ist unser Weg der richtige, dass wir sagen, wir wollen diese integrierte Pflegesozialplanung im Rahmen des Paragrafen 5 des Landespflegegesetzes regeln. Darin ist geregelt, dass das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales die vorliegenden Ergebnisse und Erkenntnisse der Kommunen und der Bevölkerungsstatistik zusammenfasst. Dazu wird das Land demnächst die aktuellen landesplanerischen Empfehlungen der pflegerischen Versorgungsstruktur im Kabinett verabschieden und veröffentlichen.

Lassen Sie uns uns auf die Prozessgestaltung konzentrieren. Dort, wo die Kommunen Planungsunterstützung brauchen, haben wir mit dem Geld über das Sozialhilfefinanzierungsgesetz, was zusätzlich bereitgestellt wird, von 1,5 Millionen Euro geholfen. Eine Datenbank auf Landesebene löst keines der Probleme im Fachkräftebereich. Wir brauchen bessere Löhne, bessere Weiterbildungsmöglichkeiten und bessere Arbeitsbedingungen und ein besseres Arbeitsumfeld für unsere Pflegefachkräfte.

Mit der Tariforientierung im Landespflegegesetz haben wir auch hier einen wichtigen Schritt getan. Ich bin optimistisch, dass es uns gelingt, mit den Beteiligten des Runden Tisches Pflege und dem Landespflegeausschuss in einer Fachkräfteinitiative weitere Bestandteile unserer Pflegestrategie auf den Weg zu bringen, und ich bin sicher, dass eine neue Bundesregierung, egal, wer sie stellt und wie sie zusammengesetzt ist, sich auch diesem Thema der besseren Fachkräfte widmen wird.

Die Länder sind hier über Landesgrenzen hinweg und Parteigrenzen hinweg auf gutem Wege. Wir haben eine gemeinsame Offensive für die Fachkräfte- und Ausbildungssicherung beschlossen, wir haben gemeinsam beschlossen, den Ausbildungsweg zu gehen und auch den Finanzierungsweg. Das wird sicherlich morgen in der Debatte zur Pflegeausbildung noch eine Rolle spielen. Das sind alles bereits beschrittene Wege. Ich kann nicht erkennen, wie ein Detailvorschlag zu einem Pflegemonitor dazu einen weiteren Beitrag leisten kann. Wir brauchen nicht mehr Daten, sondern wir müssen aus dem, was wir wissen, Konsequenzen ziehen und vor allem die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, das ist so.) Des Pflegemonitors bedürfen wir dazu nicht. - Vielen Dank

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Stramm.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Meine Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag. Immer wieder stoßen wir im Bereich der Pflege auf die Tatsache, dass für die eine oder andere Frage in Mecklenburg-Vorpommern keine Daten vorhanden sind. Das ist unhaltbar, denn ohne Daten ist man sinnbildlich blind und taub. Ohne Daten gibt es keine Analyse, ohne Daten weiß man nicht, ob die Zielbestimmung und die eingeleiteten Maßnahmen taugen, ob sie zielführend sind.

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt auch überflüssige Datensammlungen.)

Ohne Daten kann Politik nicht evaluiert werden und ohne Daten können Maßnahmen nicht nachjustiert werden. Ein Handeln ohne die notwendigen Daten ist willkürlich, es ist Stochern im Nebel.

Deshalb sind wir für einen Pflegemonitor. Bevor ein Pflegemonitor Daten erfasst, die man dann auch auswerten kann, müssen jedoch die richtigen Fragen gestellt werden, also beispielsweise, was soll erfasst werden, warum, in welcher Tiefe, in welcher Kontinuität, wer ist verantwortlich, und so weiter und so fort. Die so beschaffenen Daten sollten Grundlage für die Pflegepolitik im Land sein, wie es in der Antragsbegründung heißt. Sie sollten aber auch allen Interessierten öffentlich zugänglich sein, wie das beim Hessischen Pflegemonitor der Fall ist, den das hessische Sozialministerium seit 2006 auf einer eigenen Webseite online stellt. Wir stimmen dem vorliegenden Antrag zu. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Ein Großteil der Gründe ist von unserer Sozialministerin vorgetragen worden. Ich will die Dinge noch ein bisschen ergänzen.

Ich denke schon, dass in Hessen, gegebenenfalls auch in Nordrhein-Westfalen, gute Ergebnisse mit dem Pflegemonitor erzielt werden. Es gibt andere Bundesländer, die greifen noch zu anderen Strategien und Möglichkeiten. Das Land Bayern beispielsweise verpflichtet seine örtlichen Sozialhilfeträger, Berichte abzugeben zur Versorgungssituation von älteren Menschen in ihrem Zuständigkeitsbereich. Das ist deutlich darüber hinaus gehend, was beispielsweise hier bei uns passiert oder auch in anderen Bundesländern, weil hier kapriziert man sich häufig nur auf das Thema Pflege und pflegerische Versorgung, wobei die Situation der älteren Menschen viel, viel umfassender zu beurteilen ist.

Wir haben ja als Landtag, das haben Sie auch erwähnt, Frau Gajek, die Enquetekommission zur Situation der älteren Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen. Auftrag dieser Enquetekommission ist es, letztendlich Konzepte zu erarbeiten und Vorstellungen zu entwickeln, wie eine Versorgung von älteren Menschen in Mecklenburg-Vorpommern künftig sichergestellt werden kann. Die Enquetekommission, das wissen Sie auch, hat sich eine ganze Reihe von Themen gestellt, neben dem Thema Wohnen, neben dem Thema Bildung und Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe und so weiter und so fort spielt das Thema Pflege und Gesundheit eine große Rolle.

Das Thema Pflege und Gesundheit ist nach dem Thema Wohnen das nächste Thema, dessen sich die Enquete-kommission annehmen will. Dazu werden entsprechende Arbeiten erstellt, Gutachten in Auftrag gegeben und dann wird sich die Enquetekommission letztendlich mit dem Thema beschäftigen und wird auch Handlungsempfehlungen erarbeiten. Ich finde, wir können jetzt hier nicht Folgendes machen, dass wir auf der einen Seite sagen, also wir implementieren eine Enquetekommission, geben ihr einen entsprechenden Auftrag, solche Dinge zu erarbeiten, und dann fängt man an, im Vorfeld fragmentiert die Dinge schon herauszulösen. Das finde ich kontraproduktiv.

Also ich finde es sehr lobenswert, dass man sich dieses Themas annimmt, und ich finde es sehr, sehr gut, dass das Thema Pflege wirklich in der politischen Bedeutung an oberster Priorität angekommen ist, denn es ist eine ganz, ganz wichtige Geschichte. Eins ist klar: In Mecklenburg-Vorpommern ist die Situation so – dafür braucht man kein Pflegemonitoring -, wir haben heute schon ein deutlich größeres Angebot an Arbeitsstellen, als dass wir Personal zur Verfügung haben. Das mag regional vielleicht noch ein bisschen auseinanderfallen, das hat die unterschiedlichsten Ursachen, auf die, denke ich, muss ich hier nicht näher eingehen, weil ich denke, man muss einfach dann auch eine konsistente Marschrichtung einhalten, wenn man sich die mal gegeben hat. Die Marschrichtung ist der Auftrag an die Enquetekommission, sich hier ein Urteil zu bilden und Vorschläge zu machen, und dem sollte man durch solche Anträge nicht vorgreifen. - Herzlichen Dank, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Einführung eines regionalen Pflegemonitors in Mecklenburg-Vorpommern, so der fromme Wunsch der GRÜNEN, soll ein Mittel zur Begegnung des sogenannten Fachkräftemangels sein. Insbesondere soll der Pflegemonitor die Planungsgrundlage in einem Maßnahmenmix bilden, indem er die Angebots- und Nachfrageentwicklung im Pflegebereich beschreibt.

Allein anhand dieser kurzen Darstellung der Wunschvorstellung der GRÜNEN wird deutlich, dass zumindest die GRÜNEN – ich bin davon überzeugt, dass dies für die gesamte politische Klasse zutrifft – überhaupt kein Konzept mehr haben, wie den gesamten Anforderungen, aber auch Verwerfungen im Gesundheitssystem begegnet werden soll. Hierzu aber später mehr.

Erst kürzlich wurde das Vorhaben der GRÜNEN auf Einführung eines Pflegemonitors im Bayerischen Landtag von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt. Die Grundidee des Pflegemonitors ist eigentlich gut, allerdings nur als Teil einer Gesamtstrategie, und diese Gesamtstrategie fehlt hier in Mecklenburg-Vorpommern im Grunde seit Anbeginn.

Der sogenannte demografische Wandel, also die Überalterung unseres Volkes, die mit einer starken Abwanderung vor allem junger Frauen und Männer sowie dem Ausverkauf und der Vernachlässigung der Infrastruktur im Land einhergeht, kam schließlich nicht aus heiterem Himmel. Diese katastrophale Entwicklung, die sich auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen enorm bemerkbar macht, wurde von der Politik nicht verhindert. Es fanden auch keine Maßnahmen statt, um diese Entwicklung zu beenden oder gar umzukehren. Vielmehr haben alle Landesregierungen seit 1990 der Abwärtsentwicklung tatenlos zugesehen und sie sogar durch unterschiedliche Maßnahmen, beispielsweise durch das aktive Wegloben von Fachkräften in benachbarte Bundesländer oder ins europäische Ausland, befördert.

Die Bevölkerung hier in Mecklenburg-Vorpommern altert viel schneller als die Bevölkerung im Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland. Und neben dieser Vergreisung muss unsere Heimat den massiven Einwohnerrückgang, der sich weiterhin fortsetzt, verkraften. Mecklenburg-Vorpommern blutet aus. Und unser herrliches Land, Vertreter von SPD und CDU, zusammen mit den LINKEN als Hauptverantwortliche dieser Entwicklung, wird nicht schlechtgeredet, Herr Dr. Nieszery, nur weil sich noch jemand traut, die Wahrheit beim Namen zu nennen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sagen die Wahrheit, ja, Herr Köster?)

Diese "Vergreisungsdynamik", wie sie von Herrn Wolfgang Weiß genannt wird, ist in Europa einmalig. Und die Vergreisung unserer Heimat wirkt sich auch stark auf alle Lebensbereiche aus und somit folglich auch auf den Pflegebereich.

Beim Antrag der LINKEN, der sich mit der Altenpflegeausbildung am morgigen Freitag auseinandersetzt, werde ich ausführlicher zu den Arbeitsmarktproblemen Stellung beziehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha, da freuen wir uns alle.)

Wo liegt der Nutzen darin, dass der Landtag zwar beispielsweise alle zwei Jahre – so, wie die GRÜNEN es in Bayern forderten – über die Angebots- und Nachfrageentwicklung an Pflegefachkräften, Ausbildungsplätzen und Weiterbildungsangeboten informiert wird, aber die wesentlichen Probleme, wie zum Beispiel die gerechte Bezahlung und vernünftige Arbeitsbedingungen, weiterhin nicht verbindlich geregelt werden? Vielmehr besteht die Gefahr, dass nur ein weiteres Bürokratiemonster geschaffen wird, welches sich im ungünstigsten Fall sogar gegen die Arbeitnehmer wenden könnte.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Aufgrund der fehlenden Gesamtkonzeption lehnen wir von der NPD-Fraktion den Antrag der GRÜNEN ab, zumal wir nach der gestrigen Berichterstattung über die mutmaßlichen Verwicklungen eines Mitarbeiters eines grünen Bundestagsabgeordneten

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vorsicht!)

in einen neuen Kindesmissbrauchsskandal

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vorsicht!)

die Ansicht vertreten,

(Udo Pastörs, NPD: Ekelhaft und pervers.)

dass die GRÜNEN endlich einmal verbindlich und öffentlich

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

ihr Verhältnis zu Kinderschändern klären sollten. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der GRÜ-NEN-Fraktion! Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie unstreitige Feststellungen für sich nutzen. Der gesamte Pflegemarkt ist ein Wachstumsmarkt, höchst menschlicher Versorgungsbedarf, der möglichst persönlich oder bedarfsgerecht zugeschnitten sein soll, einerseits, die Bezahlung dieser Leistungen andererseits. Wirtschaftlich betrachtet ist das Marktvolumen der ambulanten und stationären Pflegedienste nach dem Pflegeheim Rating Report 2013 mit circa 33 Milliarden Euro eine Hausnummer, die mit Verlaub beachtlich ist. Dieser Teil des Gesundheitsmarktes ist der am stärksten gewachsene Markt. Wirklich beeindruckend, wie ich finde.

Menschlich und sozialpolitisch wollen wir alle gern von der Masse, vom Geschäftlichen weg. Wir wollen alle eine Leistung, die auf jeden einzelnen Menschen zugeschnitten ist und die ganz persönliche Bedürfnisse umsetzt. Dafür – und auch da bin ich bei Ihnen – brauchen wir das Personal, Menschen, die sich dieser Aufgabe stellen, einer Tätigkeit, die sich mit menschlichen Problemen und Schicksalen beschäftigt, für den Pflegebedürftigen da ist und qualitativ alles bietet, was dem Stand der Wissenschaft und Lehre entspricht.

Die Fragen, die sich aufdrängen, liegen uns allen auf der Seele und Problemlösungen sind eine Herzensangelegenheit – berufliche Anerkennung, ausreichende Ausbildungsplätze, Qualitätsstandards, angemessene Entlohnung. Ich könnte noch mit vielen Aspekten und Detailfragen aufwarten.

Nachdem inzwischen alle demokratischen Abgeordneten wissen, dass das System nicht einfach wie bisher weitergelebt werden kann, sondern Veränderungen gebraucht werden, schlagen Sie uns heute einen Pflegemonitor vor,

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ein technisches System, das von regelmäßiger elektronischer Befragung lebt, ein System, bei dem gesammelte Informationen abgerufen werden und woraus Prognosen für die Landesregierung entwickelt werden können, ein

System, dessen Finanzierung Sie leider vergessen haben sicherzustellen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch, habe ich gesagt.)

In Hessen steht für Derartiges zumindest ein Institut und ein Forschungszentrum zur Verfügung beziehungsweise zur Finanzierung die ESF-Mittel.

Ein technisches System macht die Berechnung von Bedarfszahlen verlässlicher und lässt die Definition von Qualität und Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung adäquat zu. Was Sie leider nicht berücksichtigt haben, ist, dass die regionale und landesweite Betrachtung auch auf anderen Wegen möglich ist. Sie selbst haben die Landesregierung gar auf diesen Weg geschoben. Da auch Sie von der GRÜNEN-Fraktion den Fachkräftemangel als Thema für sich entdeckt haben, forderten Sie einen Runden Tisch.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ist so, ja.)

Das Thema Pflege sollte dabei ganzheitlich in den Fokus rücken und konkrete Schritte erarbeitet werden. Tolle Sache! Die Landesregierung hat den Runden Tisch Pflege ins Leben gerufen, ein System, bei dem sich die wichtigsten Akteure des Pflegebereiches versammeln und wo man sich qualifiziert in die Diskussion einbringen kann.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Bisher ein Mal.)

Der technische Aspekt blieb zugegebenermaßen hinter dem nunmehr von Ihnen gestellten Antrag zurück. Dennoch darf die Frage erlaubt sein, wer genau solch ein System betreiben könnte. Nach dem hessischen Vorbild setzt man auf Abfragen, wobei mir einfällt, dass gerade der Pflegebereich nicht amüsiert ist ob der überbordenden Bürokratie.

Ich zitiere mal Frau Lautenschläger, die für ihren Monitor auf einem Flyer wirbt: "Wir zählen dabei auf Ihre Mitwirkung", womit sie unter anderem die Pflegeeinrichtungen meint, da der Pflegemonitor nur dann erfolgreich mit einer guten Datengrundlage laufen kann. Es geht dabei knallhart um das Abchecken von Angebot und Nachfrage und Wirtschaftlichkeitsberechnungen.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist der Schwerpunkt in der Pflege bei den Senioren und Seniorinnen zu sehen, Menschen, die ganz besonders durch ihre Lebensgeschichte individuelle Bedarfe aufweisen. An dieser individuellen Stelle ist ein Runder Tisch ganz klar im Vorteil gegenüber einem technischen Erfassungsverfahren. Die rein versorgende Pflege kann am Runden Tisch widergespiegelt werden, Qualität in Ausbildung, Ausstattung, also technische Arbeitsunterstützung, Fort- und Weiterbildung. Ich könnte auch diese Aufzählung noch beliebig fortsetzen. Mit allem können Sie sich an den Runden Tisch setzen und es für das weitere Handeln der Landesregierung einsortieren und werten.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es gibt ja auch noch die Schweriner Erklärung zur Aufgabenstellung Pflegestrategie 2030 und eine Schwer-

punktbetrachtung in der Enquetekommission. Das hat Herr Heydorn vorhin schon gesagt. Ach, was sage ich – Sie haben es vorhin selbst aufgezählt. Ihre Forderung nach einem Pflegemonitor ist somit inhaltlich nicht neu – auf Hessen haben wir schon verwiesen – und in der inhaltlichen Ausrichtung der Entwicklung in unserem Land hinterher.

Lassen Sie mich unsere Position etwas bildhaft zusammenfassen: Die Landesregierung und die Regierungskoalition sind schon ein ganzes Stück den Baumstamm emporgeklettert und nahezu bei den Lösungen in der Baumkrone angelangt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Na?!)

Ein unterstützendes technisches System wäre beim Klettern hilfreich gewesen und ich mache auch keinen Hehl daraus, dass die valide Datenbasis eines Pflegemonitors charmant wäre.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir können gewiss nicht sagen – an Frau Stramm gerichtet vielleicht auch noch mal –, wir haben gar keine Datenbasis. In diesem fortgeschrittenen Stadium aber steht der Aufwand eines Pflegemonitors zum erzielbaren Nutzen in keinem sinnvollen Verhältnis mehr. Wir lehnen unter Bezugnahme auf Ihre Ausgangsposition Runder Tisch Pflege Ihren neuerlichen Vorstoß im hessischen Sinne ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin!)

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die Einwände kommen, dass wir diesen Pflegemonitor nicht brauchen, wundert mich jetzt nicht wirklich. Ich hatte in meiner Einbringungsrede schon darauf hingewiesen. Was mich ein Stück verwundert, ist, Frau Friemann-Jennert, dass Sie sagen, es wäre ja ganz nett und ganz gut, wenn wir valide Zahlen und Datenmaterial hätten, aber Aufwand und Nutzen stehen in keinem Verhältnis.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Es ist wieder so eine Strategie, die ich hier so oft höre, das machen wir schon, und gehen häufig in ein Nirwana. Ich erinnere an heute Morgen, UN-Behindertenrechtskonvention, der Maßnahmeplan. Das ist ein Plan, der aber nicht mit Verbindlichkeiten bestückt wird. Und auch in dem Bereich Pflege ist es in vielen Dingen so. Wir wissen, dass Bedarfe da sind, wo sie sind, wie sie umgesetzt werden, und was insbesondere im Jahre 2030 passiert, weiß eigentlich keiner. Manchmal denke ich, es wäre dann doch eine Kristallkugel, die man oder frau befragen müsste.

Ich möchte aber noch auf zwei Punkte aufmerksam machen: Es geht hier nicht nur in dem klassischen Bereich Pflege um die Pflege älterer Menschen oder um die Aus-

bildung von Krankenpflegerinnen oder Altenpflegerinnen, sondern es gibt auch noch andere Berufe. Und ich denke, das muss in diesem Kontext gesehen werden. Ich kann doch den demografischen Wandel nicht immer nur auf Menschen ab 65 oder 70 fokussieren, sondern der demografische Wandel ist eine gesamte Bevölkerungsentwicklung,

(Michael Andrejewski, NPD: Katastrophe.)

wo wir Kinder sehen müssen, Menschen, die zurzeit Eltern sind und später Großeltern. Also das vermisse ich.

Und mir fehlt auch – und das ist wie heute Morgen beim Maßnahmeplan – der ganzheitliche Ansatz, der interdisziplinäre Ansatz, denn hier gehen zwei Ministerien zusammen. Es geht doch auch um die Aus- und Weiterbildung. Das sind Dinge, die wir vorwärtsbringen müssen. Und eine Argumentation, das haben wir schon, das brauchen wir nicht, weil wir einen Runden Tisch haben – der Runde Tisch ist ein Kreis von Menschen, wo wir beispielsweise nicht dabei sind und wo keine Transparenz vorhanden ist.

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Den Runden Tisch empfinde ich eher als ein Moderations- und Entwicklungsgremium, aber er ist doch nicht wie ein Monitor, wo ich alle zwei Jahre dieses Monitoring umsetze und dann mit aktuellen Zahlen arbeite und insbesondere, Herr Schubert, perspektivisch gucken kann: Wo sind denn die Engpässe in den einzelnen Landkreisen oder in den Städten? Wo brauche ich bestimmte Berufe? Wo müssen wir nachsteuern?

Und ich habe das vorhin schon mal mit den Berufsschulen gesagt: Gerade die berufliche Ausbildung – wir haben morgen auch noch mal einen Antrag dazu, von der Fraktion DIE LINKE – ist doch ein drängendes Problem.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und wir haben mehrere Expertengespräche geführt. Jeder und jede hat uns gesagt, da muss gehandelt werden, aber nicht so, wie wir das häufig kennen, nach einem willkürlichen Aktionismus.

(allgemeine Unruhe)

Klar brauchen wir eine gute Bezahlung. Und natürlich muss der Beruf attraktiver werden,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

aber das muss ich doch mal strategisch machen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich muss mir doch die Zeit nehmen und sagen, alle zwei Jahre.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Luft holen!)

Dann kann ich kontrollieren, dann kann ich evaluieren, dann kann ich die Dinge fortsetzen. Warum, Frau Seemann, immer diese Hektik, wenn wir Anträge stellen?

> (Dr. Margret Seemann, SPD: Sie machen da vorne Hektik. Sie müssen mal Luft holen! Sie müssen mal Luft holen!)

Luft holen?

(Heinz Müller, SPD: Ja, dann verhaspelt man sich auch nicht mehr so leicht.)

Aber ich verstehe das einfach nicht. Wir bringen konstruktive Vorschläge ein.

(allgemeine Unruhe – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann streitet euch mal nicht hier!)

Ich hoffe, dass wir das diskutieren, und ich möchte es eben nicht nur in der Enquetekommission.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ihr solltet doch nicht streiten, habe ich doch gerade gesagt.)

Es ist nicht nur eine Frage des demografischen Wandels für Menschen, die älter sind als 50, 55 oder 60 Jahre. Da bitte ich einfach, insbesondere auch die CDU hier, den Blick zu erweitern.

(Bernd Schubert, CDU: Ja, und nun?)

Ich stelle den Antrag, dass wir diesen Antrag im Sozialausschuss beraten, und bitte deshalb um Überweisung und freue mich des Weiteren auf weitere Diskussionen zu diesem Thema. Wir werden noch weitere Anträge stellen. – Danke.

> (allgemeine Unruhe – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2236 in den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diese Überweisung? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Überweisung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2236 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2236. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2236 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit verlängern und die Einwanderung ins soziale Netz verhindern!, Drucksache 6/2240.

Antrag der Fraktion der NPD Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit verlängern und die Einwanderung ins soziale Netz verhindern! – Drucksache 6/2240 – Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

(Heinz Müller, SPD: Der schon wieder!)

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die einen nennen sie Armutsflüchtlinge und Hoffnungsreisende, andere bezeichnen sie als Rotationseuropäer oder Pendelmigranten. Die Etikette wechselt beliebig und Politiker der etablierten Parteien verfallen geradezu in Wettkampfstimmung,

(Thomas Krüger, SPD: Menschen kann man sie auch nennen!)

wenn es darum geht, die barmherzigste Bezeichnung für Einwanderer zu formulieren. Eines ist jedoch unbestritten, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen: Mit Facharbeitern haben wir es hier nicht zu tun. Dieser Standpunkt gründet nicht etwa auf meinem düsteren und menschenverachtenden Weltbild,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch! Doch, genau das ist es! Genau das ist es!)

wie hier gleich mein Gegenredner in seiner geistigen Umnachtung, Herr Nieszery, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller!

Tino Müller, NPD: ... zum hundertsten Mal ...

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller, einen Moment!

Tino Müller, NPD: ... betonen wird.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller, ich habe Ihnen heute schon einmal gesagt, dass ich unparlamentarische Beleidigungen von Abgeordneten nicht dulden werde. Sie haben dafür schon einen Ordnungsruf bekommen. Deswegen erteile ich Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam, dass ein dritter Ordnungsruf die Wortentziehung für die gesamte Sitzung zur Folge haben würde. Jetzt können Sie weitermachen.

Tino Müller, NPD: Nein, der Standpunkt wird täglich draußen im Land in der Realität begründet. Sie hier in diesem Hause haben allerdings nicht den Mut, sich zur Realität zu bekennen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nur Sie, Herr Müller, ne?)

Zwar gibt es hier und da die einen oder anderen BRD-Politiker, die die Zustände bemängeln und folgerichtig vor dem 1. Januar 2014 warnen. Dahinter verbergen sich aber ausschließlich wahltaktische Manöver und kein ernsthafter Schneid.

(Peter Ritter, DIE LINKE: "Schneid" hatten wir mit 'nem scharfen Scheitel.)

So warnte der SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky bereits 2011 vor der künftigen Armutswanderung aus Rumänien und Bulgarien und den damit verbundenen Problemen folgenlos.

(Thomas Krüger, SPD: Sie haben doch nur Angst. Angst vor Ausländern, Angst vor Schwulen, Sie haben vor allen Angst.)

Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Integrationsminister Guntram Schneider, ebenfalls SPD, erklärte in der "Rheinischen Post", Zitat: "Wenn nicht endlich gegengesteuert wird, spitzt sich die Situation nach dem 1. Januar 2014 zu." Zitatende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und was passiert dann? Was passiert denn dann?)

Er betrachte die Entwicklung seit Monaten mit Sorge.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Müllerchen, was passiert denn dann?)

Es handle sich meistens um Roma,

(Thomas Krüger, SPD: Da haben Sie Angst vor.)

die in Deutschland aufgrund ihrer Qualifikation oder ihres Gesundheitszustandes kaum eine Chance hätten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was erzählen Sie da für einen Müll?!)

gute Arbeit zu finden, so Schneider.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE – Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Weil diese Menschen vom kommenden Jahr an in vollem Umfang Anspruch auf Sozialleistungen hätten, sei für die Städte mit unglaublichen Folgen zu rechnen, so der Minister.

(Michael Andrejewski, NPD: Siehe Dortmund.)

Felix Schwenke, Offenbacher Ordnungsdezernent – übrigens auch ein Parteikollege von Ihnen, Herr Nieszery –,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja. – Udo Pastörs, NPD: Genosse.)

wird noch deutlicher. Die unterschätzte Armutswanderung stellt ihm zufolge Städte wie Dortmund, Duisburg, München, Hannover, Berlin und Mannheim vor kaum zu bewältigende Aufgaben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Missstände gefährden auf Dauer den sozialen Frieden in den Städten, so die entlarvende Einschätzung Schwenkes. Und glauben Sie mir, Herr Schwenke kommt als Ordnungsdezernent täglich mit dem angesprochenen Problem in Kontakt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So, und jetzt kommen Sie mal zu Mecklenburg-Vorpommern, Herr Müller! Jetzt erzählen Sie mal!)

Er weiß also, wovon er spricht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erzählen Sie doch mal, was hier in Mecklenburg-Vorpommern los ist!)

Nicht so wie Sie, Herr Nieszery.

Illegale Matratzenlager, schulpflichtige Kinder ohne Deutschkenntnisse, Dumpinglöhne, Schwarzarbeit und zugemüllte Hinterhöfe,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir sind hier nicht im Landtag von Hessen oder so.)

das sind die multikulturellen Bereicherungen in den deutschen Großstädten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaja, bla, bla! – Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja.)

Einen bleibenden Eindruck haben die Zigeuner auch bei der Duisburger Polizei hinterlassen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dort versucht man, der Lage mit 30.000 zusätzlichen Personalstunden und einer robust ausgestatteten Ordnungsmacht wenigstens einigermaßen Herr zu werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Müller, erzählen Sie doch mal was über Mecklenburg-Vorpommern und nicht über irgendwelche Fantasien! – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Sie hören richtig, Herr Nieszery: 30.000 Stunden zusätzlicher Polizeieinsatz auf Duisburgs Straßen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sagen Sie mal, hier in Mecklenburg-Vorpommern, oder wo?)

Auch wenn es auf den ersten Blick zumindest in der Kriminalitätsstatistik so aussah, als gebe es einen Rückgang der Straftaten,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

führte der verstärkte Einsatz nicht zur Verhinderung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist das hier in Mecklenburg-Vorpommern? Nee ne, oder?)

sondern zur Verlagerung des Problems.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sagen Sie mal, was hier los ist! Wie viel Prozent Ausländer haben wir denn hier und Zuwanderung? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Zuwanderer aus Südosteuropa begehen ihre Straftraten jetzt in Köln, Essen, Recklinghausen, Hagen und anderswo.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Laut Polizei wird dies durch die Anzahl der Anfragen aus dem Bundesgebiet zu sogenannten Aufenthaltsermittlun-

gen bestätigt. Diese seien mit dem Zuzug der Bulgaren und Rumänen in die Stadt explosionsartig angestiegen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: In welcher Stadt? Rostock, oder was? – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Als aktuelles Beispiel wird Rheinhausen erwähnt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Rheinhausen, das ist ja auch in Mecklenburg! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

2011 waren unter der Adresse In den Peschen 3 - 5 zehn Straftäter beziehungsweise Tatverdächtige wohnhaft.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da haben Sie gefehlt in der Schule, in Geografie, oder?)

In 2012 waren es - und jetzt halten Sie sich fest, Herr Nieszery -

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, muss ich nicht.)

323. 323 Tatverdächtige also unter der gleichen Adresse wohnhaft.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Junge, Junge, Junge! – Udo Pastörs, NPD: Das macht sich gut. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Neben dem Deutschen Städte- und Gemeindetag, der ganz offen vor einer Gefahr für den sozialen Frieden warnt, wenn zu viele Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien kommen und es an Jobs und Wohnungen mangelt, meldet sich hin und wieder auch CSU-Innenminister Hans-Peter Friedrich zu Wort, Zitat:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ooch!)

"Wer ... nach Deutschland kommt, um hier Sozialhilfe zu kassieren, muss zurückgeschickt werden."

(Udo Pastörs, NPD: Ja, vor der Wahl sagt er das.)

Oder, Zitat: "Die Freizügigkeit umfasst nicht das Recht, Leistungen zu erschleichen." Zitatende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Müller, erzählen Sie doch bitte mal was über Mecklenburg-Vorpommern! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die volle Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Staatsbürger aus Bulgarien und Rumänien ab 2014 wird der heute schon konstant negativen Entwicklung noch einmal neuen Schwung verleihen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir haben hier ganz viele. Abertausende. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

All diejenigen, die das nicht begreifen wollen, die Zuwanderung als Bereicherung und Zuwanderer als Facharbeiter betrachten,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

sollten sich die Entwicklung der Sozialleistungen für arbeitslose Personen aus Bulgarien und Rumänien ansehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie jetzt ein neues Feindbild, Herr Müller?)

Diese sind in vielen Kommunen schon in diesem Jahr auch ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit deutlich gestiegen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank, endlich mal wieder ein Feindbild, ne?)

in Berlin um 38 Prozent, in München um 60 Prozent und in Offenbach sogar um 70 Prozent.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Und in Eggesin? – Udo Pastörs, NPD: Ich kann euch das erklären. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Michael Andrejewski, NPD: Hoch das internationale Proletariat! – Udo Pastörs, NPD: Jetzt kommt der Scheitel.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Herren von der NPD-Fraktion einen Funken Anstand im Leib hätten,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

hätten sie angesichts der Katastrophe von Lampedusa ihren Antrag zurückgezogen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Da die Herren der NPD aber weder Anstand kennen noch etwas von Menschenwürde wissen,

(Michael Andrejewski, NPD: Das sind unparlamentarische Äußerungen. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

stellen sie heute wieder einen Antrag unter der Überschrift, eine angebliche Einwanderung ins soziale Netz zu verhindern.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist sozusagen das einzige Thema, was Ihnen noch geblieben ist, Herr Pastörs. Ausländerhetze ist Ihr Motto. Ein Blick in den "Ordnungsruf" Nummer 15 reicht aus. Dort lesen wir,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ich zitiere: "Einheits-Multikulti-BlaBla", "Salafisten auf dem Vormarsch". Wir lesen von "Sozialmissbrauch", "Scheinasylanten".

(Udo Pastörs, NPD: Alles gelogen, würde ich sagen.)

Wir lesen von dem Verweis auf die Aktuelle Stunde im Januar, als die NPD hier beantragte, "Sozialmissbrauch beenden – Scheinasylanten … endlich konsequent abschieben".

(Stefan Köster, NPD: Alles richtig. – Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

Es ist die gleiche alte Leier.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, immer aktuell.)

Die Themenpalette der NPD wird immer kleiner.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das überrascht uns allerdings nicht, weil das ihren geistigen Leistungsfähigkeiten entspricht.

(Heinz Müller, SPD: Wie, die gehen noch kleiner?)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird uns nicht überraschen, wenn ich namens der demokratischen Fraktionen auch diesen Antrag ablehnen werde.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der NPD: Ooch! Wirklich?)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Länder Bulgarien und Rumänien sind am 1. Januar 2007 der Europäischen Union beigetreten.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, leider.)

Für Menschen aus diesen Ländern gilt seitdem die allgemeine Reisefreiheit innerhalb der Europäischen Union und als Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR wissen wir, dass Reisefreiheit ein großes Gut ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heinz Müller, SPD: Richtig. – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Zum Ende des Jahres 2013, Herr Pastörs ...

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Ja deswegen, weil es die Wende gab, deswegen konnten auch solche Typen wie Sie in den Osten kommen, Herr Pastörs.

(Thomas Krüger, SPD: Die Menschen haben aus der Geschichte Erfahrungen gezogen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist leider eine der negativen Erscheinungen.

Zum Ende des Jahres 2013 läuft die Übergangsfrist für Rumänien und Bulgarien bis zum Wirksamwerden der

Arbeitnehmerfreizügigkeit aus. Das ist ja eigentlich der Ausgangspunkt Ihres Antrages,

(Udo Pastörs, NPD: Lustig ist das Zigeunerleben.)

auch wenn die Rede von Herrn Müller mit dieser Thematik überhaupt nichts zu tun hat.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Danach, also nach dem Wirksamwerden der Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus den EU-Staaten Rumänien und Bulgarien. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit besagt, dass EU-Bürgerinnen und -Bürger ohne vorherige Beantragung einer Arbeitserlaubnis in jedem Land der Europäischen Union erwerbstätig werden dürfen, und weil Sie das ablehnen und kritisieren, wird zweierlei deutlich: erstens Ihre Ausländerhetze und zweitens Ihre ablehnende Haltung gegenüber der Europäischen Union.

(Udo Pastörs, NPD: Erstens negativ, zweitens ja.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bis zum Eintreten der Arbeitnehmerfreizügigkeit können Übergangsfristen von maximal sieben Jahren seit dem EU-Beitritt gewährt werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist für Rumänien und Bulgarien am 31. Dezember 2013 erreicht. Der Antrag der NPD-Fraktion ist damit nicht nur überflüssig, er verstößt auch gegen geltendes EU-Recht

(Udo Pastörs, NPD: Ha, der Antrag verstößt gar nicht gegen geltendes EU-Recht!)

und ist damit theoretisch und praktisch nicht umsetzbar, Herr Pastörs.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie machen mit Ihrem Antrag wieder einmal eine unnötige und gefährliche Drohkulisse auf. Alles, was Sie erreichen wollen, ist das Schüren von Fremdenfeindlichkeit und Hass. Nichts anderes bezwecken Sie mit diesem Antrag.

(Udo Pastörs, NPD: Verhältnisse ändern, das ist unser Auftrag.)

Eine Armutszuwanderung in das soziale Netz kann es so, wie Sie es in Ihrem Antrag und in Ihrer Rede geschildert haben, Herr Müller, nicht geben. EU-Bürgerinnen und EU-Bürger erhalten nicht unmittelbar Sozialleistungen, wie von Ihnen suggeriert.

(Udo Pastörs, NPD: Nein, nur mittelbar. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

EU-Arbeitnehmerinnen und EU-Arbeitnehmer haben frühestens nach drei Monaten Aufenthalt das Recht, Arbeitslosengeld II zu beantragen, und dies auch nur dann, wenn sie vorher bereits in Deutschland gearbeitet haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Pastörs, machen Sie einen Moment mal bitte Ihren Kopf zu und hören Sie zu!

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Im Jahr 2012 haben sich insgesamt – jetzt mal zu den Zahlen – 1.632 Menschen aus Rumänien und Bulgarien in Mecklenburg-Vorpommern aufgehalten.

(Udo Pastörs, NPD: Offiziell.)

Welche Bedrohung für unser Land!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mann, oh Mann, oh Mann!)

Das zeigt das Ausländerzentralregister. Sie sind aus verschiedenen Gründen und mit unterschiedlichen Aufenthaltsstadien in unserem Bundesland. Es sind Studentinnen und Studenten, Menschen mit Aufenthaltstitel – also festem, auf Dauer angelegtem Aufenthalt –, EU-Bürgerinnen und -Bürger und Menschen, die zu einem früheren Zeitpunkt Asyl in unserem Bundesland beantragt haben. Die Gruppe der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, vor denen Sie ja die meiste Angst haben,

(Stefan Köster, NPD: Wir haben gar keine Angst.)

die Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben,

(Udo Pastörs, NPD: Sie haben Angst vor der Wahrheit, das ist das Problem.)

ist aus diesen Ländern zahlenmäßig gering vertreten. Ich möchte das hier einmal kurz aufzeigen, um die Luft aus Ihrer aufgeplusterten Drohnummer herauszulassen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wäre vielleicht gar nicht mal schlecht, damit sie sich nicht vor Angst in die Hosen machen, die Jungs.)

damit Ihnen Ihr Antrag wie ein zerplatzter Luftballon um die Ohren fliegt, Herr Pastörs.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Hören Sie gut zu!

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ich höre sehr gut zu.)

Im Jahr 2012 gab es in Mecklenburg-Vorpommern jeweils nur einen Antragsteller auf Asyl aus Rumänien sowie aus Bulgarien,

(Thomas Krüger, SPD: Oh, welch eine Bedrohung!)

in den Jahren zuvor keinen einzigen. Worüber reden Sie hier eigentlich?

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sie machen hier also aus der sprichwörtlichen Mücke einen Elefanten, weil es Ihnen so in den Kram passt und weil Sie so Ihrem Menschenhass ein bisschen Futter geben wollen, aber wie gesagt, diese Rechnung geht nicht auf, Herr Pastörs.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem anderen EU-Land rechtmäßig beschäftigt, gilt der Grundsatz der Gleichbehandlung mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Aufnahmelandes, das heißt, sie müssen zu denselben Bedingungen wie die Einheimischen eingestellt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Deswegen gehen auch so viele Deutsche nach Rumänien.)

Das betrifft zum Beispiel die Entlohnung, das Kündigungsrecht, die berufliche Wiedereingliederung und den Zugang zu Fortbildungen. Eine Unterwanderung des Arbeitsmarktes durch die Beschäftigung zu Dumpinglöhnen verstößt somit gegen geltendes Recht.

(Udo Pastörs, NPD: Ist aber Fakt. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Bei der Einstellung von EU-Arbeitnehmerinnen und -Arbeitnehmern dürfen keine diskriminierenden Einstellungskriterien oder Beschränkungen in Form von Höchstquoten angesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor gut zwei Jahren, am 1. Mai 2011, ist für die acht EU-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft getreten.

(Udo Pastörs, NPD: Und nichts ist passiert.)

Das Tamtam von Trommler Müller und seinen Kameraden um die unkontrollierte Einwanderung, vor allem aus unserem Nachbarland Polen, klingt mir heute noch in den Ohren.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und an dieser Stelle frage ich Sie, Herr Müller: Hat die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Polen und die anderen Länder zu einer unkontrollierbaren Zuwanderung nach Mecklenburg-Vorpommern geführt?

(Udo Pastörs, NPD: Nach Deutschland ja. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wurde dadurch der Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern komplett unterwandert?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Hat dies zu einer ungeheuerlichen Armutszuwanderung in das soziale Netz unseres Bundeslandes geführt?

(Zurufe von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

All das kann ich deutlich verneinen, Herr Pastörs.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Es ist sogar so,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

es ist sogar so, dass viele der wanderungswilligen Menschen jung und im Gegensatz zu Ihnen gut qualifiziert sind. Viele Fachkräfte aus Polen sind mit der 2011 eingetretenen Arbeitnehmerfreizügigkeit zu einem großen Teil sogar an Mecklenburg-Vorpommern vorbeigerauscht,

(Udo Pastörs, NPD: Auch das noch!)

obwohl wir sie dringend brauchen würden, geradewegs in Richtung Skandinavien oder auch Großbritannien.

(Udo Pastörs, NPD: Da ist irgendwas falsch gelaufen.)

Die Situation in der Bundesrepublik stellt sich heute wie folgt dar: Die Zuwanderer aus den EU-Beitrittsstaaten, die in Deutschland leben, so auch aus Rumänien und Bulgarien, haben fast zu 21 Prozent einen akademischen Abschluss. Mithin sind sie manchmal klüger als Sie, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Mein lieber Mann!)

Die massenhafte Einwanderung von Armutsflüchtlingen ist somit ein Hirngespinst,

(Michael Andrejewski, NPD: Lauter Superhirne. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist richtig.)

das nur dazu dient, ihre menschenverachtende Ideologie zu stützen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entscheidend ist, dass den Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit gegeben wird, aus ihren Fähigkeiten im Aufnahmeland etwas zu machen und die Fertigkeiten auch auf dem deutschen Markt einsetzen zu können.

(Michael Andrejewski, NPD: Wie wärs denn im eigenen Land?)

Das ist Sache einer guten Integrationspolitik und dient uns allen.

Ihr Hass – die Herren von der Fensterfront – richtet sich vor allem hier, und das hat Herr Müller wieder eindrucksvoll bewiesen, gegen die Minderheit der Sinti und Roma. Das haben auch vorherige Versuche von Ihnen in der jüngsten Vergangenheit gezeigt.

Der Antrag "Armutsflüchtlinge" stoppen – EU-Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen aussetzen!", den Sie im April dieses Jahres gestellt haben, hat genau den gleichen Duktus und schlägt in die gleiche Kerbe der rassistischen Hetze und Ihrer Wahnvorstellungen von einer vermeintlichen Überfremdung.

(Udo Pastörs, NPD: Ha, ha, Wahnvorstellungen!)

Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit gehören zu den Grundfreiheiten der Europäischen Union. In der Bundesrepublik muss eine Kultur des Willkommens für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, für jeden. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ausländische Arbeitskräfte dürfen nicht schlechter behandelt werden als inländische Arbeitskräfte. Prekäre Beschäftigung, Unterschichtung und unterwertige Beschäftigung sind mit allen Mitteln zu vermeiden. Das ist unsere gemeinsame Herausforderung,

(Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

die Herausforderung der Demokratinnen und Demokraten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Lohngefüge müssen durch kontinuierliche und effektive Kontrollen zum Schutz der Beschäftigten eingehalten werden.

(Stefan Köster, NPD: Gehen Sie wieder in Ihre Kommune!)

Das Jahresgutachten zur EU-Binnenmigration aus dem Jahr 2013 bildet die Chancen und Herausforderungen der innereuropäischen Wanderungen ab. Es zeigt eine deutliche Freizügigkeitsdividende, also einen messbaren Zugewinn durch Zuwanderung für Deutschland.

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

Ihr Antrag, meine Herren von der NPD-Fraktion, ist Humbug. Wir lehnen den Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber nicht noch mal, oder? Oh Gott! – Michael Andrejewski, NPD: So sieht unsere Geschäftsordnung das vor. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Stefan Köster, NPD)

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einleitend sei mir ein Zitat von einer Ihrer Parteikolleginnen des demokratischen Blocks gestattet, nicht weil ich diese aufgrund Ihrer Äußerung schätze oder für mutig halte, ganz im Gegenteil.

(Thomas Krüger, SPD: Ach, ich dachte, Sie gehören zu den Nichtdemokraten.)

Nein, dieses Zitat soll Ihnen vor Augen führen,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Sieh da, sieh da! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

wie falsch die eben von Herrn Ritter getätigten Äußerungen waren und wie realitätsfern und lebensfremd Ihr Wunsch nach Facharbeitern ist.

Es geht um die Aussage von Neuköllns Bildungsstadträtin Franziska Giffey, die der SPD angehört.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wie heißt sie? – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Können Sie noch mal den Namen sagen?!)

Sie verbrachte einige Tage in Rumänien, um den Gründen für die massive Zuwanderung auf den Grund zu gehen. Sie wollte verstehen, warum gerade so viele Roma nach Deutschland ziehen. Sie traf sich mit Roma-Interessenverbänden und örtlichen Politikern und erhoffte sich so ganz nebenbei einen Anstoß, um in Berlin die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Ihr Resultat, Zitat: "Ich denke also, es werden weiterhin viele Menschen zu uns kommen. Und wer zu uns kommt, sucht nicht in erster Linie eine Arbeit, sondern er will vor allem der Armut entfliehen." Zitatende.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das ist menschlich. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, und? Und was ist daran schlimm?)

Sie muss es wissen, sie hat unter anderem ein Roma-Dorf besucht, von dessen ehemalig 3.000 Einwohnern heute ein Drittel im europäischen Ausland, vor allem in Berlin-Neukölln leben.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Seit dem Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union, Herr Ritter, 2007 hat sich die Zahl der Rumänen in Deutschland auf 205.000 nahezu verdreifacht. Es sind keine hochqualifizierten Facharbeiter, die in unsere Heimat strömen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Gucken Sie sich mal Ihre Qualifikation an!)

sondern zum größten Teil Faulpelze.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, der olle Rassist, he?! Großer Rassist!)

Für sie wirkt es wie ein unsichtbarer Magnet,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD)

für sie wirkt es wie ein unsichtbarer Magnet, wenn es in Berlin 20-mal so viel Kindergeld gibt wie in Bukarest.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Weil es in Rumänien in den nächsten Jahren keine grundlegenden Verbesserungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich geben wird, müssen wir in erster Handlung dafür Sorge tragen,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

dass das Gesetz für die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern und die EU-Freizügigkeitsrichtlinie so geändert werden,

(Michael Andrejewski, NPD: Wir nehmen alle auf.)

dass eine Zuwanderung an Armutsimmigranten in den deutschen Sozialstand nicht mehr stattfinden kann,

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Staat! Staat steht da: aa. Man muss lesen lernen. – Zuruf von Heinz Müller, SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das Schwarze sind die Buchstaben.)

Sozialstaat, Herr Nieszery, nicht mehr stattfinden kann.

In zweiter Handlung, und diese ist dementsprechend weitreichender, muss ein konsequenter Austritt aus dem Zwangsgeflecht EU folgen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was für ein Ding? – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Vielen Dank für Ihre nicht vorhandene Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch, wir haben genau zugehört. Jeden Fehler verstanden, den Sie vorgelesen haben, Herr Müller.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD, Drucksache 6/2240. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/2240 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Steuerliche Gleichbehandlung von Hanse Sail und Oktoberfest, Drucksache 6/2250.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Steuerliche Gleichbehandlung von Hanse Sail und Oktoberfest – Drucksache 6/2250 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Waldmüller von der Fraktion der CDU.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, da spricht der Richtige. Direkt von der Wiesn, ne? – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Stefanie Drese, SPD: O'zapft is!)

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Rostocker Hanse Sail ist das größte,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, kurz nach Bayern.)

aber neben vielen Veranstaltungen in Warnemünde, Wismar, Stralsund oder Greifswald bei Weitem nicht das einzige maritime Ereignis in Mecklenburg-Vorpommern. Ich will mich im Folgenden aber beispielsweise auf die Hanse Sail beziehen, weil dies die Problematik am anschaulichsten macht.

Die Hanse Sail findet seit 1991 statt. Gleich im ersten Jahr war sie ein großer Erfolg. Jährlich kommen bis zu einer Million Besucher hierfür nach Rostock. Sie entdecken dabei die Sehenswürdigkeiten der Hansestadt Rostock, vor allem natürlich den Stadthafen, die Mole und die zahlreichen kulturellen Attraktionen sowie den Strand in Warnemünde. Und sie besichtigen die Windjammer, Traditionssegler, die Regatten und natürlich die Hansestadt.

Kurzum: Vielleicht kann die Hanse Sail noch nicht ganz mit den Besucherzahlen des Oktoberfestes mithalten,

(Ralf Mucha, SPD: Nicht mehr lange.)

aber sie ist das größte maritime Ereignis auf der Ostsee. Sie ist ein Aushängeschild für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Rainer Albrecht, CDU: Sehr richtig, jawohl.)

Dass die Hanse Sail von den Besucherzahlen noch nicht ganz, und das meine ich ironisch, mit dem Oktoberfest mithalten kann,

(Heinz Müller, SPD: Wir arbeiten dran. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer behauptet denn so was? – Zuruf von Ralf Mucha, SPD)

hat sicherlich nicht nur etwas mit der steuerlichen Ungleichbehandlung bei den Betriebsausgaben des Einkommensteuergesetzes zu tun, aber auf jeden Fall sind maritime Großveranstaltungen wie die Hanse Sail ein schöner Anlass,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das stimmt.)

um Mitarbeiter und Kunden zu einer Regattabegleitfahrt einzuladen. Nur so kann man das Spektakel aus nächster Nähe erleben. Und das ist eben das Wesen einer Regattabegleitfahrt, Herr Saalfeld, aufgrund Ihrer Pressemitteilung, dass man dabei ist, vor Ort ist, wenn man vom Strand aus das nicht sehen kann.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dabeisein ist alles. – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Hanse Sail und viele vergleichbare maritime Ereignisse werden auch von Unternehmern genutzt, um zum Beispiel geschäftliche Kontakte zu knüpfen und zu vertiefen. Und jeder, der selbst ein Geschäft schon geführt hat, weiß darum,

(Udo Pastörs, NPD: Oder mal eins hatte.)

wie wichtig es ist und wie zielführend es ist, außerhalb vom normalen geschäftlichen Rahmen in einem anderen Rahmen Kundenverhältnisse zu vertiefen oder gerade bei einem solchen Anlass den Start für neue Geschäfte zu tätigen.

Die IHK zu Rostock hat dieses Thema auch im Gespräch mit der CDU-Fraktion bereits vor der Hanse Sail 2013 aufgegriffen. Sie strebt gemeinsam mit den Industrie- und Handwerkskammern in Schleswig-Holstein eine Lockerung an. Immer weniger Unternehmer nutzen Ausfahrten wie bei der Hanse Sail oder der Kieler Woche nämlich, um Kontakte zu Geschäftskunden zu pflegen. Und hierfür gibt es eine sehr naheliegende Ursache:

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha!)

Erst im vergangenen Jahr hat der Bundesfinanzhof die Auffassung der Finanzverwaltung bestätigt, dass das Betriebsausgabenabzugsverbot auch für die Ausfahrten mit Traditionsschiffen anlässlich von Großveranstaltungen gilt.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Bleibt also alles beim Alten.)

Dies führt zu einer Ungleichbehandlung im Hinblick auf andere Veranstaltungen, zum Beispiel zu Geschäftseinladungen in den VIP-Bereich von Fußballstadien oder etwa zum Münchner Oktoberfest, denn sowohl beim Fußball als auch beim Oktoberfest sind die Betriebsausgaben ganz oder teilweise abzugsfähig. Aus der steuerlichen Ungleichbehandlung gegenüber anderen Veranstaltungen resultieren zumindest zwei unmittelbare wirtschaftliche Nachteile für Mecklenburg-Vorpommern: Zum einen werden Unternehmen, die mit dem maritimen Aushängeschild Mecklenburg-Vorpommern werben wollen, unmittelbar benachteiligt, denn sie können die Kosten für sogenannte Regattabegleitfahrten nicht steuerlich absetzen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Geschäftsessen am Stadthafen.)

Damit vergrößert sich der finanzielle Aufwand, den ein Unternehmen betreiben muss, um Geschäftspartner zu bewirten. Und wie bereits angekündigt, hat die IHK zu Rostock hierzu festgestellt, dass die Buchungen von Traditionsseglern durch gewerbliche Unternehmen auf der Hanse Sail seit Jahren rückläufig sind.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aber das hat doch nichts mit dem Steuervorteil zu tun. Den gabs nämlich nie.)

Und sie sieht einen maßgeblichen Zusammenhang zu der steuerlichen Ungleichbehandlung. Mit dieser Feststellung der IHK wird aber deutlich, dass dieses Betriebsausgabenabzugsverbot aus dem Einkommensteuergesetz in seiner jetzigen Form gerade nicht nur die unmittelbar Betroffenen tangiert. Mittelbar ist nämlich auch die Attraktivität maritimer Großveranstaltungen wie die Hanse Sail insgesamt betroffen.

Wenn es mit unserer heutigen Landtagsinitiative gelingt, gewerbliche Buchungen von Traditionsseglern auf der Hanse Sail von dem von der IHK diagnostizierten stetigen Abwärtstrend zu befreien, dann haben wir auch die Attraktion der Hanse Sail weiter steigern können.

Meine Damen und Herren, Aufwendungen für Regattabegleitfahrten fallen unter das Abzugsverbot des Paragrafen 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 4 – unglaublich – des Einkommensteuergesetzes. Diese Verwaltungsauffassung wurde, wie bereits angedeutet, durch ein Urteil

des Bundesfinanzhofes am 2. August 2012 bestätigt. Das Urteil stellte fest, dass die Kosten für Regattabegleitfahrten mit Geschäftspartnern auf der Kieler Woche nicht absetzbar seien. Das Einkommensteuergesetz schließe die Kosten für Schiffsreisen und die damit zusammenhängende Bewirtung bewusst vom Abzug aus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das bringt die Wirtschaft zum Einsturz in Mecklenburg-Vorpommern.)

Hierin sieht der Bundesfinanzhof eine "unangemessene Repräsentation", die nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden dürfe.

Wenn wir uns die Begründung des Regierungsentwurfes des Steueränderungsgesetzes von 1960 anschauen, dann heißt es dort zu der genannten Ausgabe, sie sei, und das ist ein Zitat, "ihrer Art nach eine überflüssige und unangemessene Repräsentation, die im Interesse der Steuerpflichtigen und des sozialen Friedens nicht länger durch den Abzug vom steuerpflichtigen Gewinn auf die Allgemeinheit abgewälzt werden könne". Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig so. – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nach unserer Auffassung kann diese gesetzgeberische Begründung auf die Ausfahrten zur Hanse Sail und zu vielen anderen maritimen Großveranstaltungen nicht zutreffen. Die Ausfahrt zur Hanse Sail steht den Einladungen zu Sport- und Kulturveranstaltungen gleich. Denken Sie an die Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit von Einladungen in die VIP-Logen von Fußballspielen.

Und auch der soziale Frieden würde nach unserer Aufassung nicht durch eine steuerliche Absetzbarkeit von Ausfahrten auf Traditionsschiffen etwa anlässlich der Hanse Sail bedroht,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

denn an der Hanse Sail beteiligen sich gerade auch Unternehmen. Gerade Unternehmen und ihre Beteiligung liegen im allgemeinen Interesse, weil sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dieses maritime Großereignis mit über einer Million Besuchern und den bereits genannten Wirtschaftseffekten am Leben zu erhalten und in Zukunft weiter mitzugestalten. Und diesen Unternehmen bei ihrem Engagement mit einer steuerlichen Ungleichbehandlung Steine in den Weg zu legen, halten wir für den falschen Weg. Ausfahrten zu Segelveranstaltungen wie der Hanse Sail sollten ausdrücklich vom Abzugsverbot ausgenommen werden. Es darf aus unserer Sicht keinen steuerlichen Unterschied machen, ob ein Unternehmer seinen Geschäftskunden zur Hanse Sail, in die VIP-Loge eines Fußballvereins oder eben zum Oktoberfest einlädt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu Uli Hoeneß. Da kann man Geschäfte machen.)

Deswegen wollen wir heute im Landtag für eine Lockerung des Betriebsabgabenabzugsverbots werben.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Gestatten Sie mir abschließend eine Bemerkung: Wir haben die Problematik auch auf der wirtschaftspolitischen Sprechertagung der CDU/CSU-Fraktion in München am 29./30. September 2013 thematisiert. Insbesondere die Nordländer ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, deswegen!)

Hören Sie doch zu!

Insbesondere die Nordländer haben die Initiative gewürdigt. Die wirtschaftspolitische Sprechertagung der CDU/CSU-Fraktion hat eine entsprechende Initiative der Nordländer begrüßt.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Und dann erlauben Sie mir zwei Hinweise auf Ihre bereits getätigten Pressemitteilungen der LINKEN und der GRÜNEN,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gehen Sie doch mal auf die Pressemitteilung von Ihrem Kollegen Tilo Gundlack ein! – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

insbesondere der GRÜNEN. Auch die Finanzministerin der GRÜNEN, Monika Heinold, aus Schleswig-Holstein ist dafür.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere: "Was den Bayern das Oktoberfest, ist uns die Kieler Woche." Ich kann die Kritik der Wirtschaft an dieser Ungerechtigkeit bei der Absetzbarkeit repräsentativer Aufwendungen verstehen.

Ich möchte Ihnen zum Abschluss sagen, nachdem die Pressemitteilungen heraus waren, hatte ich noch mal mit dem Hauptgeschäftsführer der IHK, Herrn Jens Rademacher, telefoniert, und ich darf Ihnen auch hier noch mal einen O-Ton von ihm mit auf den Weg geben: "Nach den Rückmeldungen unserer Unternehmen und den Betreibern von Traditionsseglern haben in den letzten Jahren immer mehr Unternehmen vom Chartern der Traditionssegler bei der Hanse Sail Abstand genommen, weitere Unternehmen denken darüber nach. Die Buchungen sind in erster Linie deshalb rückläufig, weil die Unternehmen diesbezügliche Kosten steuerlich nicht geltend machen können."

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, werbe ich heute auch bei Ihnen um Zustimmung zu diesem Antrag. Lassen Sie uns heute einen Beitrag dazu leisten, dass gewerbliche Buchungen von Traditionsseglern auf der Hanse Sail wieder steigen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Waldmüller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin Frau Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sehen mich in einer etwas schwierigen Rolle.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber zum Glück wurde ja meine liebe Kollegin im Nachbarland, Frau Heinold, zitiert, die sich sehr geschickt aus der Affäre gezogen hat,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das kriegen Sie jetzt auch hin.)

und ich glaube, das kriege ich auch auf die Reihe, wir werden sehen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Am Sonntag ist das Münchner Oktoberfest zu Ende gegangen. Wenn Sie mich persönlich fragen, gut so, aber einige fanden das ja vielleicht auch toll. Immerhin sind es Millionen Besucher, die dieses Volksfest zum größten der Welt machen. Aber ich glaube, auch das, was im Norden bei uns als Volksfest gilt und ein Millionenpublikum anzieht, hat eine ähnliche Attraktion. Und so sind die Hanse Sail in Rostock oder auch die Kieler Woche

(Beifall Dietmar Eifler, CDU)

natürlich weit über die jeweiligen Landesgrenzen bekannt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Müritz Sail, die Müritz Sail. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, ganz wichtig.)

Das sind schon überregionale Ereignisse. Wer möchte das leugnen und wer möchte auch die Bedeutung für das ganze Land leugnen, nicht nur für die Unternehmer, die hierbei investieren oder auch gewinnen und betroffen sind? Es ist schon eine gute touristische Attraktion für das Gemeinwohl.

Diese Veranstaltungen sind also durchaus vergleichbar mit dem Oktoberfest und deshalb gilt für mich auch folgender Satz, weil sie sich eben steuerlich beträchtlich unterscheiden, dass das so nicht weitergehen kann.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU, und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf die Unterschiede ist natürlich von Herrn Waldmüller eingängig auch hingewiesen worden. Ich muss das jetzt hier nicht wiederholen. Mir ist diese Situation nicht nur seit Längerem bekannt, sondern sie ist oft genug vehement an mich herangetragen worden, unter anderem von einzelnen Unternehmern, aber auch von den Veranstaltern der Hanse Sail und natürlich von der IHK Rostock. Insofern gibt es da einen Austausch, bei dem wir die IHK darauf hingewiesen haben, dass, wenn man überhaupt eine Änderung herbeiführen möchte, man natürlich den Länderverbund braucht.

Und mit Verlaub, die Hoffnung fängt natürlich im Norden an mit den Betroffenen, aber damit kriegt man mitnichten eine Ländermehrheit hin. Meine persönliche Prognose ist, dies wird ein Weg sein, der zwei Gefahren birgt: Die erste Gefahr ist, dass die Südländer und alle Nichtbetroffenen sagen, jetzt gehts los, jetzt fangen die auch noch an. Es werden immer mehr Privilegien und damit die Minderung der Steuermasse zulasten der Steuerzahler hier herbeigeführt. Dann würde uns ja glatt auch noch was einfallen und wir würden demzufolge vermutlich zurzeit noch keine Ländermehrheit kriegen.

Herr Waldmüller hat ja aber auch sehr optimistisch den Anfang gezeigt, auf welchen Kanälen wir das hinkriegen könnten. Ich werde da niemandem in den Arm fallen, wenn die erfolgreicher sind als wir auf Finanzministerebene. Die Finanzminister sind ja da ein eigenes Volk, die haben auch sofort das Eurozeichen im Auge und werden mit sehr großer Vehemenz dagegen angehen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Sehr schön.)

Das weiß ich ziemlich genau, weil das bei ähnlichen Problemen natürlich auch gelaufen ist. Ich erinnere nur, es ist ja auch ein bisschen die Debatte der sogenannten Mövenpick-Steuer. Da war Mecklenburg-Vorpommern aus touristischen Gründen vorne mit dran, auch recht einheitlich. Und im Inneren wusste man immer, was man hier eigentlich tut, hat auch zwei Seiten und es ist wiederum eine Ungleichbehandlung.

Insofern kann ich diesen klugen Satz von Frau Heinold für mich im Grunde auch nur übertragen: Selbstverständlich möchte ich eine Gleichbehandlung, weil es eben gleiche Sachverhalte sind, und für mich erklärt sich überhaupt nicht, wie VIP-Logen in Fußballstadien nun einerseits steuerlich begünstigt sind und die Hanse Sail nicht. Aber das ganz kleine Männchen in mir sagt, normalerweise tickt mein Herz eher in die Richtung, ich kann es bei allem nicht wirklich verstehen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

aber das ist natürlich eine persönliche Meinung von mir, denn ich sage Ihnen auch die zweite Gefahr, in die wir laufen.

Herr Waldmüller, Sie haben ja auch schon auf die Gerichtsentscheidung verwiesen, dass dort knallhart gesagt wurde, es ist nicht einzusehen, dass die Repräsentantenleistung Einzelner zulasten der Gesamtheit gehen soll.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Genau.)

Und das wird der springende Punkt sein, wenn es um weitere Entscheidungen dabei geht. Es kann auch passieren, wenn man diesen Weg begeht und Gleichheit oder Gleichbehandlung fordert, dass man genau das erreicht, dass auch das Oktoberfest in Zukunft

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Genau.)

nicht mehr steuerlich begünstigt wird.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und dann kriegen Sie ein Dankesschreiben aus Bayern, Herr Waldmüller.)

Und dann sagt wieder das ganz kleine Finanzministerin-Gen in mir: Gut so!

Nichtsdestotrotz will ich einräumen, dass es natürlich – und das habe ich auch vorausgeschickt beim Thema Hanse Sail – schon eine wichtige und auch für die Allgemeinheit wichtige Veranstaltung ist. Insofern habe ich mich gegen diesen Antrag mit Sicherheit nicht gewehrt, sondern ich will hier auch ganz fair sagen, lassen Sie uns den Weg versuchen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Genau.)

Aber ich warne hier auch, dass man genau das Gegenteil erreichen könnte. Da haben es die anderen zwar auch schlechter, aber dann haben wir ja die große Freude dabei, dass mehr Steuermasse im Topf ist, und das hat auch wieder etwas Gutes für wichtige Aufgaben.

In diesem Sinne, denke ich, ist die Initiative nicht abzulehnen, wenn man alle Risiken und Nebenwirkungen dabei bedenkt. Und zu den Erfolgsaussichten sage ich Ihnen ehrlich, ich würde darauf von mir nichts verwetten, aber lassen Sie es uns versuchen. Mehr kann ich nicht versprechen an der Ecke. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Rösler von der Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eingangs möchte ich den vorliegenden Antrag wie folgt kommentieren: Ein Prosit der Gemütlichkeit!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Oans, zwoa, drei, gsuffa!

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Nein, wir befinden uns nicht auf dem Oktoberfest. Vielmehr müssen wir uns mit einem zünftigen Antrag der Koalitionsfraktionen beschäftigen, der die Gleichbehandlung von Hanse Sail und Oktoberfest fordert.

(Dietmar Eifler, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, mit diesem Antrag betreibt die Koalition klassische Klientelpolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU) Große Unternehmen sollen Steuern sparen, der einfache Steuerzahler ist außen vor.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach dem Willen der Koalition sollen Unternehmen, die Segeltörns während der Hanse Sail buchen, die Kosten zukünftig steuermindernd geltend machen können.

(Dietmar Eifler, CDU: Genau. Genau dafür sind wir.)

Schließlich könnten dies auch Unternehmen auf dem Oktoberfest.

Wie ist die Gesetzeslage? Das Einkommensteuergesetz verbietet, dass Kosten etwa für Segeljachten den Gewinn eines Unternehmens steuerrechtlich verringern dürfen, aus nachvollziehbaren Gründen, wie ich meine. Mehrere Gerichte bis hin zum Bundesfinanzhof haben bestätigt, dass solche Ausgaben eher der privaten Lebensführung und dem Vergnügen zuzurechnen sind.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

In der einschlägigen Kommentierung ist zu lesen, dass diese Fälle besondere Repräsentationsaufwendungen sind, die häufig auch im Privatbereich anfallen und bei denen die betriebliche Veranlassung im Einzelfall kaum nachprüfbar ist. Der Gesetzgeber, ich könnte auch sagen, SPD und CDU auf Bundesebene, hat in der Folge den sogenannten Betriebsausgabenabzug eingeschränkt und etwa Aufwendungen für Rennpferde, Rennwagen, die Jagd oder eben Segeljachten ausgenommen.

Ich gestehe der Koalition zu, dass man trefflich darüber streiten kann, ob denn der Besuch des Oktoberfestes nicht eher auch der privaten Lebensführung zuzurechnen sein müsste.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Keine Ahnung.)

Dann hätten wir in der Tat eine Ungleichbehandlung zwischen Rostock und München. Zumindest beim Besuch von VIP-Logen in Fußballstadien erkennt der Bundesfinanzhof jedoch Unterschiede zu Regattabegleitfahrten. Darauf geht der Koalitionsantrag mit keinem Wort ein. Den entscheidenden Unterschied sieht der Bundesfinanzhof auch nach Auffassung von Steuerberatern darin, dass der Unternehmer in den VIP-Logen ein Leistungspaket erhält, das neben dem eigentlichen Besuch der Unterhaltungs- oder Sportveranstaltung zusätzliche Bestandteile wie Werbung oder Bewirtung enthält.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Sie haben die Intention des Antrages überhaupt nicht verstanden.)

Dies ist nach Auffassung des Gerichts bei einer Regattabegleitfahrt nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend kann meine Fraktion Folgendes feststellen:

Erstens. Eine Ungleichbehandlung zwischen Rostock und München ist nicht immer schlecht. So will meine

Fraktion nicht, dass die Maß Bier auf der Hanse Sail fast 10 Euro kostet

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

oder ein Liter Mineralwasser fast 8 Euro. Ein Volksfest muss auch für das Volk bezahlbar sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig, aber in diesen Kategorien denkt Herr Waldmüller nicht. Hauptsache, er kann hier Schiff fahren.)

Zweitens. Nach Informationen des Veranstalters erreicht die erfolgreiche Hanse Sail ihre Kapazitätsgrenzen. Rostock platzt aus allen Nähten. Die Besucher strömen in Rekordzahlen zu dem Großereignis.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: So ist es. – Peter Ritter, DIE LINKE: Kapazitätsgrenze erreicht.)

Drittens. Jedes Unternehmen kann Geschäftspartner und Kunden einladen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und was ist uns lieber? Mehr Besucher oder eine Fete auf dem Schiff feiern? – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

in einem Restaurant oder auf einem Schiff Geschäftsessen abhalten und diese Kosten sehr wohl als steuermindernde Betriebsausgaben angeben. Erst wenn die ganze Gesellschaft auf Segeltörn geht, um etwa "La Paloma" auf hoher See anzustimmen, dann sind diese Kosten nicht absetzbar.

(Dietmar Eifler, CDU: Frau Rösler, wissen Sie überhaupt, wovon Sie hier reden?)

Die Masse der kleinen Unternehmen wird sich das Anmieten von großen Segelschiffen ohnehin nicht leisten können.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ganz genau. Welche Unternehmen vertreten Sie hier eigentlich? – Wolfgang Waldmüller, CDU: Haben Sie da schon mal gebucht? Wissen Sie, wie das läuft?)

Viertens. Unterstellen wir für einen Moment, dass das Einkommensteuergesetz im Sinne von SPD und CDU geändert werden sollte, dann fragen wir uns, warum die Koalition erst heute damit um die Ecke kommt. Seit Jahren fordern dies die Industrie- und Handelskammern. Die IHK zu Rostock hatte etwa bereits im Juli 2009 den Untergang des Abendlandes prophezeit und erhebliche negative Folgen für die Rostocker Hanse Sail vorausgesagt, sollte die Gesetzesänderung nicht bald kommen. Was ist passiert? Die Hanse Sail brummt, aber vier Jahre später meinen CDU und SPD, aktiv werden zu müssen.

Fünftens. Gerade vor dem Hintergrund verlässlicher Einnahmen und der Vermeidung von Steuerschlupflöchern und Steuerumgehungsmöglichkeiten sollten wir darüber diskutieren, ob nicht auch das Oktoberfest oder der Besuch eines Fußballstadions unter das steuerliche Abzugsverbot fallen sollten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Genau.) Dann wäre die steuerliche Gleichbehandlung, die CDU und SPD einfordern, auf jeden Fall hergestellt und der Staat hätte zudem mehr Einnahmen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Das ist aber nicht die Intention des Antrages. Das haben Sie nicht verstanden.)

Und sechstens. Es stellt sich doch die Frage, ob die Kontaktpflege mit Geschäftspartnern etwa auf der Hanse Sail aus steuerlichen Gründen tatsächlich gestört beziehungsweise erschwert ist, denn Geschäftsessen in einem Restaurant zum Beispiel mit fabelhaftem Blick auf die Segelregatta können selbstverständlich die Steuerlast der Unternehmen senken.

Wenn unbedingt ein Schiff angemietet werden soll, lassen sich auch nach bisherigem Recht Mittel und Wege finden. Ich zitiere hierzu ein großes Steuerberatungsunternehmen, das auf seiner Homepage folgenden Satz veröffentlicht hat, Zitat: "Wird ein Schiff jedoch als schwimmender Besprechungsraum oder reines Transportmittel genutzt, steht dem Betriebsausgabenabzug nichts im Wege."

Meine Damen und Herren, nach alldem beantrage ich im Namen meiner Fraktion die Überweisung in den Wirtschafts- und in den Finanzausschuss. Sollten SPD und CDU das ablehnen, werden wir dem Antrag natürlich nicht zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Gundlack von der Fraktion der SPD.

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, was Sie alle gegen den Kollegen Waldmüller haben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch völlig normal, dass der Kollege Waldmüller sich hier einbringt. Herr Kollege Waldmüller ist in München geboren, er ist jetzt hierhergekommen, hierhergezogen sozusagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auf dem Oktoberfest großgeworden.)

Er wurde hier sozialisiert in Mecklenburg-Vorpommern und da ist es nur verständlich und klar,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich hab ihn noch nie in Lederhosen gesehen.)

dass er sich hier auch bedingt durch seine alte Heimatverbundenheit in seiner neuen Heimat für solche Großereignisse einsetzt. Von daher erst mal schon herzlichen Glückwunsch!

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wofür?)

Und, Herr Waldmüller, es ist ja auch so, wie sagte schon Petrus: Wieder ein Münchener, der mit seinen göttlichen Eingebungen hier auch die Regierung ein bisschen auf Vordermann bringen sollte.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Um Gottes willen! Um Gottes willen!)

Nun sind wir nicht mehr in Bayern, sondern in Mecklenburg-Vorpommern, vielleicht kann der eine oder andere auch was gebrauchen von der Weissagung oder von der göttlichen Eingebung.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Waldmüller, "O'zapft is!", habe ich ja auch geschrieben in meiner Pressemitteilung, das möchte ich wiederholen. Das Oktoberfest ist ja nun schon Geschichte, es war in München vom 21. September bis zum 6. Oktober und Hunderttausende Gäste waren wieder begeistert vom Oktoberfest.

(Egbert Liskow, CDU: Millionen!)

Viele Firmen nutzen diese Gelegenheit auch, um ihre Kunden und Geschäftspartner dort zu bewirten und Kontaktpflege zu betreiben. So kann es zu neuen Aufträgen kommen und somit auch zu einer Arbeitsplatzsicherung und weiterer Wertschöpfung in den betreffenden Betrieben und Regionen.

Man darf auch eines nicht vergessen, das wurde von der Kollegin Rösler bemängelt oder gesagt, dass die Hanse Sail brummt. Ja, man muss immer fragen: Warum brummt die Hanse Sail? Ich meine, ich kann das ja verstehen, Frau Rösler, Sie kommen aus dem Binnenland. Da kann man das nicht verstehen, wenn man an der Küste wohnt, dass man da hingeht, wenn die Großsegler kommen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wieso können wir das nicht verstehen?)

und sich die gern anguckt. Und das ist auch förderlich für den Tourismus. Viele, viele Menschen in diesem Lande oder auch Touristen von außerhalb kommen gerade zu maritimen Großereignissen, um sich Traditions- und Großsegler anzuschauen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, das machen sie doch aber auch, wenn die Steuer nicht abgezogen wird.)

Nein, das machen sie eben nicht, das machen sie eben nicht.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Aber ja, natürlich!)

Nein, das machen sie eben nicht. Das ist doch Quatsch!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das ist doch keine Steuerermäßigung.)

Die Leute gehen dahin, weil die Großsegler da sind. Wenn die Großsegler sich nicht mehr selbst finanzieren können, kommen sie auch nicht mehr nach Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: So ein Unsinn!)

Das ist völlig logisch. Da würde auch beim Hamburger Hafenfest oder beim Kieler Fest ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das ist alles egal.)

Nein, das ist nicht so.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Also das sind hier an den Haaren herbeigezogene Aussagen.)

Sehr geehrte Frau Oldenburg, das ist nicht an den Haaren herbeigezogen. Liebe Simone, du kennst das, du kommst auch aus der Region.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Du würdest doch nicht zum Hafenfest gehen, wenn da nichts los ist, wenn da keine Großsegler sind. Das wäre doch dann Pillepalle.

> (Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ich gehe zum Hafen, weil mein Sohn Iosen will, Mensch! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Wenn nur Segeljachten von irgendwelchen reichen Typen da wären, würde doch kein Mensch dahin gehen. Das ist nun mal so. Also braucht man Groß- und Traditionssegler, die als Publikumsmagnet da auch liegen und mit denen man Ausfahrten machen kann. Das ist was völlig Normales. Das ist gut für den Tourismus und auch für die Wertschöpfung in jeder Stadt, die es durchführt.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich komme aus Wismar, genau, und ich habe die Ostsee vor der Haustür, bin da geboren, deswegen weiß ich das auch so genau.

Nun kann man natürlich geteilter Meinung sein, ob dies richtig oder falsch ist, was dieser Antrag möchte. Aber warum geht es beim Oktoberfest und nicht auf den Schiffen bei maritimen Großereignissen wie der Hanse Sail, dem Hamburger Hafenfest oder der Kieler Woche? Und genau um diese Ungleichbehandlung geht es bei uns. Es geht in unserem Antrag natürlich nicht um die Bewirtung an Land, also am Alten Strom oder im Stadthafen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist da auch schön.)

wie Frau Rösler oder Herr Saalfeld falsch interpretiert haben. Und warum können die Bayern auf Kosten der Steuerzahler in den VIP-Logen auf der Wiesn die Weißwurscht und das Bier konsumieren und wir nicht auch auf der Warnow Hering und "Mann un Fru"?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das sollen die da och nich machen.)

Denn, meine Damen und Herren, die Bewirtungskosten können halt beim Finanzamt geltend gemacht werden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nun kann man da auch geteilter Meinung sein, ob dies richtig oder falsch ist. Oder ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Udo Pastörs, NPD: Das ist das falsche Blatt.)

Das falsche Blatt gewesen, genau.

(Udo Pastörs, NPD: Das geht mir auch laufend so.)

Ja, das ist mir klar, dass Ihnen das genauso geht, deswegen kommen auch immer dieselben Phrasen raus.

Dies frage ich mich, meine Damen und Herren, und meine Fraktion, aber auch viele Unternehmerinnen und Unternehmer, die Industrie- und Handelskammern in unserem Land und viele Kommunal- und Landespolitiker, Sie können dann mal ganz viele Kommunalpolitiker fragen, wie die darüber denken, wenn sie keine Hafenfeste mehr organisieren können. Wenn da keine Schiffe, keine Traditionssegler mehr kommen, dann ist das da tot, dann haben sie da gar nichts mehr.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

Sie haben eine gewisse Saison, das ist nun mal der Sommer, und gerade da finden diese maritimen Großereignisse statt. Darum soll das auch weiterhin gemacht werden, darum sollte man das steuerlich irgendwie auf die Reihe bekommen.

(Udo Pastörs, NPD: Irgendwie.)

Es geht hier auch nicht grundsätzlich um die Segeljachten und Motorjachten, die sollen ja gar nicht da reinfahren.

(Rainer Albrecht, SPD: Traditionssegler.)

Das ist ja das Problem. Das sind ein paar wenige reiche Leute, die sich das leisten können, und die wollen wir ja gerade nicht bevorteilen.

Sie waren ja nicht dabei, Frau Rösler, als wir beim DBB Nordtreff dieses Jahr zufälligerweise auch auf einem Segelschiff waren, auf einem Traditionssegler waren.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Das geht doch von der Steuer ab.)

Zufälligerweise war auch der Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft dabei und der hat nicht gesagt, ich gehe hier nicht an Bord, weil mir das unangenehm ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Darum geht es doch auch gar nicht. Nee, darum gehts doch auch überhaupt nicht. – Peter Ritter, DIE LINKE: Können die das von der Steuer absetzen?)

Meine Damen und Herren, mit diesem Antrag wird die Landesregierung gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die steuerliche Ungleichbehandlung maritimer Großereignisse gegenüber anderen Großveranstaltungen, wie bereits gesagt, Fußballspielen oder dem Oktoberfest, aufgehoben wird. Diese Einschränkung, das sogenannte Betriebsabgabenabzugsverbot, ist im Einkommensteuergesetz geregelt. Paragraf 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 4 des Einkommensteuergesetzes verbietet es, die Aufwen-

dungen für Jagd oder Fischerei, für Segeljachten oder Motorjachten sowie für ähnliche Zwecke und für die hiermit zusammenhängende Bewirtung als gewinnmindernde Betriebsausgaben geltend zu machen.

(Udo Pastörs, NPD: Kennen wir, haben wir schon mal gehört.)

Da für das Einkommensteuergesetz der Bundestag zuständig ist, kann eine entsprechende Änderung nur im Verbund mit anderen Bundesländern über eine Bundesratsinitiative gelingen. Dies wurde ja schon gesagt vom Herrn Kollegen Waldmüller. Schleswig-Holstein hat durch seine Finanzministerin eindeutig gesagt, dass sie sich daran beteiligen würden, und diese Kollegin kommt ja nun mal auch von den GRÜNEN komischerweise.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sonderbarerweise. – Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das heißt aber noch nicht, dass sie das unterstützt.)

Aber Sie müssen doch zugeben, wenn sich Ihre Kollegin aus dem Nachbarland dafür einsetzt, dann kann man doch auch mal darüber nachdenken, ob das nicht möglich wäre.

Mit Unterstützung der Landesregierung könnte im Ländergremium, zum Beispiel in der Konferenz der norddeutschen Ministerpräsidenten, diese Frage erörtert werden. So würde die Forderung mehr Gewicht erhalten und eine Bundesratsinitiative leichter durchgesetzt werden.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Gundlack, lassen Sie eine Frage der Abgeordneten Rösler zu?

Tilo Gundlack, SPD: Nein, leider nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Feige ist er auch noch. Steht nicht auf dem Zettel, so eine Antwort, ne?)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Dann fahren Sie bitte fort.

Tilo Gundlack, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir unterstützen mit diesem Antrag eine Forderung der Industrie- und Handelskammern und der Unternehmen unseres Landes. Die Hanse Sail ist ein Großereignis für die Region Rostock, die von überragender touristischer und wirtschaftlicher Bedeutung ist. Viele Unternehmen des Landes nutzen die besondere Atmosphäre auf den Segelschiffen für Geschäftseinladungen. Diese Buchungen sind ja in den letzten Jahren rückläufig. Ich selbst kenne einige Unternehmen, die regelmäßig mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie ihren Geschäftspartnern zum Oktoberfest fahren oder sie in die VIP-Loge zu Fußballspielen einladen. Diese Möglichkeiten sollten auch stärker auf der Hanse Sail genutzt werden können. Deshalb muss es eine Ausnahme für die Hanse Sail und entsprechend auch für das Hamburger Hafenfest oder die Kieler Woche geben. Oder im Umkehrschluss: Machen wir eine Kehrtwendung und sagen, das Oktoberfest wird nicht mehr bevorteilt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Richtig, wär doch besser.)

Darüber kann man ja auch nachdenken, aber ich möchte noch einiges darstellen. Frau Rösler, glaube ich, hatte das gesagt, dass Sie einen Segeltörn machen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ein Segeltörn ist etwas völlig anderes als eine Ausfahrt. Wir reden hier von Ausfahrten und keinen Segeltörns. Das möchte ich auch noch mal dazu sagen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Jetzt kommt der Fachmann. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns ist klar, dass der Bundesgesetzgeber bei der Einschränkung der Gewinnabzugsfähigkeit nach Paragraf 4 Absatz 5 Einkommensteuergesetz für Segel- und Motorjachten ein wichtiges Ziel verfolgt hat. Wir wollen natürlich nicht, dass alle Besitzer von Motor- und Segeljachten ihr privates kostspieliges Hobby zulasten der öffentlichen Hand vom Gewinn des Unternehmens absetzen können. Darum geht es ja auch bei diesem Antrag gar nicht. Das widerspricht auch gänzlich unserem politischen Ansinnen, möglichst viele Steuerschlupflöcher zu schließen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir wollen auch nicht, dass sich Reiche im Ergebnis der Lockerung ihre Jachten von den Steuerzahlern in Deutschland bezahlen lassen. Einer solchen allgemeinen Regelung würden wir nicht zustimmen. Deshalb sage ich es an dieser Stelle noch einmal deutlich: Unser Auftrag an die Landesregierung ist ganz klar abgegrenzt und soll einzig dem Ziel der Belebung maritimer Großereignisse wie der Hanse Sail in Rostock, dem Hamburger Hafenfest und der Kieler Woche dienen. Es kann und soll nicht für kleinere Hafenfeste dienen. Ich meine mehr Kühlungsborn oder Dömitz zum Beispiel.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was ist mit der Müritz Sail? – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und noch einmal: Es geht um große maritime Ereignisse, nicht um kleine Motorjachten. Es geht darum, dass wir dieses Land beleben wollen und dazu den Tourismus fördern.

(Udo Pastörs, NPD: Eine Steueroase machen.)

und das gehört auch dazu. - Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Und was ist mit der Müritz Sail?)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt gibts also die Moralpredigt.)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich brauche ich nicht mehr viel zu sagen, weil die Finanzministerin schon alles Wichtige erwähnt hat.

(Stefanie Drese, SPD: Dann ist es doch gut, ist doch in Ordnung.)

Das hätte ich mir auch nicht vorstellen können, aber es ist ja fast so. Jetzt nur noch einige Ergänzungen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Unverhofft kommt oft.)

Also bei allem Respekt, aber der vorliegende Antrag der Koalition ist wieder einmal von der ganz kuriosen Art.

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mal überschlagartig ausgerechnet, welche fiskalpolitische Relevanz dieser Antrag überhaupt hat,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und jetzt halten Sie sich bitte alle fest,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

es geht nämlich nur um große maritime Ereignisse und große Traditionsschiffe.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Unter dem Strich geht es hier insgesamt um etwa 20.000 Euro tatsächliche Steuererleichterung für insgesamt etwa 20 Unternehmen pro Jahr.

Meine Damen und Herren von der Koalition, Respekt, da haben Sie sich ja mal wieder ein ganz großes Problem an Land geangelt und einem ganz großen Problem gewidmet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass 20.000 Schüler noch nicht mal ihre Kosten für die Schülerbeförderung bekommen, das scheint Ihnen nicht ganz so wichtig zu sein, aber darüber wollen wir nicht diskutieren.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Torsten Koplin, DIE LINKE)

Der vorliegende Antrag ist jedoch nicht nur kurios, sondern leider auch absurd. Es ist nämlich einfach Unfug, wenn die CDU hier behauptet, Oktoberfest und Hanse Sail würden ungleich behandelt. Nein, sie werden überhaupt nicht ungleich behandelt. Wenn ein Unternehmer mit seinen Geschäftspartnern oder Mitarbeitern auf der Hanse Sail in ein Bierzelt oder in eines der vielen Lokale im Stadthafen oder in Warnemünde einkehrt,

(Tilo Gundlack, SPD: Es geht um das Schiff.)

dann kann er diese Kosten selbstverständlich von der Steuer absetzen, und das machen auch sehr viele.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das ist aber bei der Hanse Sail genauso wie auf dem Oktoberfest. Und wenn auf dem Oktoberfest dagegen ein Unternehmer mit seinen Geschäftspartnern in ein Luftschiff steigen würde, also zum Beispiel in einen Zeppelin oder einen Heißluftballon, um das Oktoberfest von oben beobachten zu können, dann kann er diese Kosten ebenso wenig in seiner Steuererklärung geltend machen, wie wenn ein Unternehmer bei der Hanse Sail auf ein Schiff steigt.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Es ist also absoluter Unfug, wenn hier behauptet wird, dass Oktoberfest und Hanse Sail steuerrechtlich ungleich behandelt würden.

(Beifall Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und der Gesetzgeber hat sich dabei auch etwas gedacht. Das kann man gut in dem sehr schlüssigen Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem August 2012 nachlesen. Ich zitiere: "Das Abzugsverbot wurde geschaffen, weil der Gesetzgeber die genannten Ausgaben 'ihrer Art nach als überflüssige und unangemessene Repräsentation' ansah und 'im Interesse der Steuergerechtigkeit und des sozialen Friedens' den Aufwand 'nicht länger durch den Abzug … vom steuerpflichtigen Gewinn auf die Allgemeinheit abgewälzt' wissen wollte". Zitatende.

Und genauso sollten wir es in Zukunft auch weiterhin halten. Unverhältnismäßig hohe Repräsentationskosten von Unternehmen dürfen auch weiterhin nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. An diesen ordnungspolitischen Leitsatz sollten wir uns alle halten. Im Übrigen würde die Abgrenzung zwischen abzugsfähigen Leistungen und nicht abzugsfähigen Leistungen immer mehr verwässert. Irgendwann wollen wir alle alles absetzen können, ich glaube, das ist nicht die richtige Richtung.

Und jetzt will ich Ihnen einmal etwas zum Thema Gerechtigkeit sagen.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Der normale Bürger kann seine Fahrkarte für den Schiffsausflug mit seiner Familie auf der Hanse Sail auch nicht von der Steuer absetzen,

(Tilo Gundlack, SPD: Er wäre auch gar nicht da, wenn die Schiffe nicht da wären.)

aber der gleiche einfache Bürger soll in Zukunft nach dem vorliegenden Antrag von CDU und SPD die feuchtfröhliche Ausfahrt mitbezahlen, und im Übrigen könnten sich die meisten Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern trotz steuerlicher Vergünstigungen eine solche opulente Ausfahrt gar nicht leisten. Also wen unterstützen Sie hier eigentlich? Doch nur eine kleine Anzahl sehr reicher Firmen, und da sage ich Ihnen, eine solche unverhältnismäßige Bevorteilung reicher Unternehmen auf Kosten der Steuerzahler ist mit uns nicht zu machen.

Als fadenscheiniges Argument für die Förderung einiger weniger reicher Unternehmen schiebt die Koalition auch noch allen Ernstes die Förderung von Traditionsschiffen vor.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Es geht doch gar nicht um die Unternehmen, es geht um die Traditionssegler.)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von CDU und SPD, etwas für die Traditionsschiffe machen wollen, dann fördern Sie diese doch bitte direkt

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

und nicht über den sehr ineffizienten Weg der steuerlichen Begünstigung von Geschäftsessen während der einmal jährlich stattfindenden Hanse Sail.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Oder setzen Sie sich doch bitte beim Bund für die Vereinfachung der Betriebsgenehmigungen von Traditionsschiffen ein. Das Greifswalder Traditionsschiff "Lovis" konnte wegen der erschwerten Genehmigung der Betriebserlaubnis ein halbes Jahr lang überhaupt keine Ausfahrten mehr unternehmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es geht hier doch bloß um 20.000 Euro. – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Hier hätte ich mir die Unterstützung von SPD und CDU für die Traditionsschiffe wirklich gewünscht, aber wir haben nichts erfahren.

Es ist zudem absurd, wenn sich die CDU auf den sogenannten VIP-Logen-Erlass des Bundesfinanzministeriums beruft. Hier kann man ebenfalls im Urteil des Bundesfinanzhofes – und Frau Rösler hat es schon erklärt – vom 2. August unmissverständlich nachlesen, warum dieser Erlass nicht auf die Kieler Woche und nicht auf die Hanse Sail anwendbar ist. Demnach erhält ein Unternehmer bei Anmietung einer VIP-Lounge vom Veranstalter des sportlichen Ereignisses ein ganzes Leistungspaket,

(Udo Pastörs, NPD: Hatten wir schon.)

das neben dem eigentlichen Besuch zusätzliche Bestandteile wie Werbung und Bewirtung enthält. Beim VIP-Logen-Erlass im Fußball geht es also um Sponsoring aus einer Hand und nicht etwa um moderne Gastronomieschiffe, die davon profitieren wollen,

(Dietmar Eifler, CDU: Traditionssegler, Herr Saalfeld.)

dass unabhängig von ihrem eigenen Zutun hübsch anzusehende Traditionsschiffe im Hafen liegen. Verstehen Sie das?

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Stefanie Drese, SPD: Ja, ja, verstehen wir. – Dietmar Eifler, CDU: Traditionssegler!)

Diese Gastronomieschiffe haben nichts damit zu tun, dass sie davon profitieren, dass die Traditionsschiffe vorbeisegeln.

Im Übrigen ist der Antrag so unbestimmt und unkonkret, dass man ihm eigentlich formal schon nicht zustimmen kann. Sie wissen offensichtlich selbst nicht, wie diese Lockerung der Steuergesetzgebung aussehen soll – das hat ja gerade auch Ihre Finanzministerin eindrucksvoll

dargelegt –, ohne eben weitere Gleichbehandlungsprobleme damit zu schaffen. Wie wollen Sie denn eigentlich sicherstellen, dass der Steuervorteil für Unternehmen nur auf Traditionsschiffen und nicht auch auf modernen Gastronomieschiffen gilt? Wie wollen Sie das dann abgrenzen?

(Tilo Gundlack, SPD: Weil es da einen Begriff für gibt und eine Maßnahme dafür gibt.)

Wir GRÜNE wollen auch in Zukunft, dass unangemessen hohe Repräsentationskosten einiger weniger wohlhabender Unternehmen nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

(Tilo Gundlack, SPD: Einmal googeln: Groß- und Traditionssegler.)

Im Übrigen besteht auch keine neue Situation. Unternehmen konnten noch nie für solche Ausflüge ihre Kosten absetzen, ich komme zum Ende,

(Tilo Gundlack, SPD: Sie müssen sich besser informieren, Herr Saalfeld.)

das heißt, auch der Rückgang der Buchungen kann darauf schwerlich zurückgeführt werden.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Jetzt ist Schluss. – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ich empfehle Ihnen, diesen Antrag zurückzuziehen.

(Tilo Gundlack, SPD: Nein, das machen wir nicht.)

Er geht nämlich von falschen Annahmen aus und liefert keine Lösungen. Wir lehnen diesen Antrag auf jeden Fall ab.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tilo Gundlack, SPD: Sie vernichten wieder mal Arbeitsplätze im Land. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

(Heinz Müller, SPD: Er segelt jetzt wieder hart am Wind.)

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU in erster Linie versucht, die FDP zu ersetzen. Die FDP ist weg vom Fenster, jetzt kommt der Herr Waldmüller hierher und spielt den Teil der FDP und versucht hier, Klientelpolitik zu machen.

(Zurufe von Ralf Mucha, SPD, und Detlef Lindner, CDU)

Lassen Sie mich auf Folgendes eingehen:

Erstens. Der Bundesfinanzgerichtshof ist relativ klug, das merken wir, wenn wir unsere Einkommensteuererklärungen abgeben. Er ist sehr kompliziert und sehr, sehr klug. Und er hat ein Urteil gefällt, was relativ deutlich ist, und das hat er auch zu Recht so formuliert.

Zweitens. Wenn hier der Herr Gundlack als Finanzspezialist uns erklärt, dass, wenn das nicht geändert wird, womöglich keine Windjammer mehr zu sehen sind und die Leute nicht mehr kommen, mein lieber Herr Gundlack, dann stimmt etwas am Konzept nicht. Sie können nicht davon ausgehen, dass man sich auf den Standpunkt stellen kann, entweder ändert ihr jetzt das Steuergesetz, damit die Unternehmer auf Kosten der Allgemeinheit diese Ausfahrten machen können, damit dann die Windjammer da sind und die ganzen Leute kommen und schauen, oder das Ganze fällt ins Wasser und, wie Sie sagten, dann kommt keiner mehr. Sehen Sie, diese Logik ist ganz einfach, na ja, die ist ganz einfach dumm. Das ist eine dumme Logik.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Eine Logik kann nicht dumm sein.)

Wir haben ganz klare Entscheidungen. Wir haben hier auch vorgetragen bekommen, warum das Ganze nicht funktioniert, aber das ist im Steuerrecht Gott sei Dank so. Wir haben eine Gestaltungsfreiheit und wenn man geschickt vorgeht, dann kann man natürlich durch Gestaltung auch dem Finanzamt ein Schnippchen schlagen.

Lesen Sie mal den neuen Konz, da kann man das eine oder andere sehr schön nachlesen.

Das Luftschiff und der Ballon wurden eben hier von den GRÜNEN angeführt. Wenn ein Unternehmer da einsteigt mit seinen Kunden, dann muss er das selbst bezahlen. Wenn aber der Ballon beschriftet ist mit einer Werbung vom Unternehmen, sieht die Welt schon wieder ganz anders aus. Sie sehen also, es ist ein bisschen Luft drin, es ist Kaugummi, aber das, was Sie hier vorgelegt haben, das lehnen wir ab. Erstens, aus sozialen Gründen lehnen wir es ab, und zweitens, weil es ganz einfach dumm gemacht ist. Es funktioniert nicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler von der Fraktion der CDU.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Noch einer?)

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal, Frau Rösler, in Bezug auf Klientelantrag, auch an die Kollegen von den GRÜNEN, halten Sie sich einfach den Spiegel vors Gesicht!

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Da sind wir jetzt zutiefst erschüttert.)

Zum sehr geschätzten Kollegen Wolfgang Waldmüller, der sehr wohl in München geboren ist, und ich glaube, er ist auch sehr stolz darauf, er macht natürlich hier nicht Werbung für das Oktoberfest, ich habe den Eindruck, das ist bei dem einen oder anderen so angekommen. Nein, der Antrag und das, was Herr Waldmüller, mein Kollege, hier vertritt, ist genau die Werbung für eines der größten, nämlich für das größte Volksfest in unserem Bundesland, und darum geht es. Es geht um die Hanse Sail und das will ich einfach noch mal ganz deutlich hier in der Runde sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dass die Hanse Sail in Gefahr ist.)

Herr Waldmüller ist auf die ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Steuerliche Gleichsetzung.)

Ja, richtig, auf die steuerliche Gleichsetzung, Herr Ritter. Ganz genau darum geht es auch.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

... steuerrechtlichen Gesichtspunkte eingegangen.

Ich möchte doch auch im Folgenden auf einige wirtschaftspolitische Aspekte eingehen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn so viel sei dazu gesagt: Das deutsche Recht – und das wissen wir ja wohl – ist voller Absurditäten. Auch für Schnittblumen wird ein Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent fällig, Babynahrung hingegen kostet 19 Prozent. Hundefutter kostet 7 Prozent und besonders absurd ist es bei der Currywurst. Gibt es in dem Imbiss nur behelfsmäßige Verzehrvorrichtungen ohne Sitzgelegenheit, ist der schlichte Verkauf der Currywurst keine Dienstleistung, sondern lediglich eine Nahrungsmittellieferung. Deshalb gilt der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent. Gibt es jedoch eine Sitzgelegenheit, die dazu bestimmt ist, den Verzehr der Speisen zu erleichtern, dann ist die Currywurst eine Dienstleistung und es werden 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig. So viel zu den Absurditäten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aus welcher Partei kommt der Finanzminister im Bund?)

Warum also fordern wir heute dazu auf, dem deutschen Steuerrecht einen weiteren Ausnahmetatbestand hinzuzufügen? Warum sollen sich geschäftliche Buchungen von Traditionsseglern zur Hanse Sail künftig ebenfalls gewinnmindernd auswirken können?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wenn es anders wär, dann wäre es nicht die Currywurst.)

Ganz einfach, weil die Segelveranstaltungen wie die Hanse Sail für Mecklenburg-Vorpommern von hervorragender wirtschaftlicher Bedeutung sind.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist kein Kriterium für eine Steuer.)

Alles, was wir dafür tun können, diese inzwischen traditionelle Veranstaltung noch attraktiver zu machen, sollten wir auch tun.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Veränderung des Einkommensteuerrechts ist aus meiner Sicht eine gute Möglichkeit, mit der der Gesetzgeber direkt die Attraktivität solcher Veranstaltungen erhöhen kann.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, leider nicht. – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Eifler, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Rösler zu?

Dietmar Eifler, CDU: Nein.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Ritter, DIE LINKE: Oh! – Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Dann können Sie jetzt gern fortfahren.

Dietmar Eifler, CDU: Danke, Frau Präsidentin.

Sehr geehrte Damen und Herren, Volksfeste mit maritimem Charakter sind ein Alleinstellungsmerkmal im Ostseeraum. Zwar gibt es auch in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und Hamburg Segelsportfeste, in und für Mecklenburg-Vorpommern gewinnen solche Veranstaltungen aber ständig an Bedeutung. Es handelt sich demnach um eine wachsende Branche. Schon allein aus diesem Grunde ist es sinnvoll, das Einkommensteuergesetz anzupassen

(Udo Pastörs, NPD: Ach, für wachsende gibt es Steuererleichterungen?!)

und geschäftliche Einladungen zur Hanse Sail als gewinnmindernd anzuerkennen.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Aber da sind ja ganz andere Anpassungen nötig.)

Zugleich dienen solche Veranstaltungen auch dazu, bestehende geschäftliche Kontakte zu pflegen und neue aufzubauen. Mecklenburg-Vorpommern ist zwar sehr erfolgreich dabei, den wirtschaftlichen Abstand insbesondere zu den westdeutschen Bundesländern zu verkleinern,

(Udo Pastörs, NPD: Ach, haben wir aber noch nicht gemerkt.)

dennoch können wir auf diesem Weg noch deutlich schneller werden. Diese Änderung des Einkommensteuerrechts kann also auch dazu beitragen, die Verkleinerung des wirtschaftlichen Abstandes zu beschleunigen.

Ich will hier ganz besonders auch noch einmal auf die Ausführungen meines Kollegen Wolfgang Waldmüller eingehen und darauf hinweisen, dass diese Initiative, die wir heute hier im Landtag einbringen, von den wirtschaftspolitischen Sprechern der CDU-Landtagsfraktionen der Nordländer ausdrücklich unterstützt wird.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen muss sie noch lange nicht sinnvoll sein. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte zum Schluss meiner Rede noch einmal kurz zusammenfassen, worum es heute geht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ei, jei, jei, jei, jei!)

Es geht mitnichten um Steuergeschenke.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Es geht auch nicht darum, Kosmetik am Einkommensteuerrecht zu betreiben. Der vorliegende Antrag ist angewandte Steuerpolitik.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Oi, oi, oi!)

Er soll dabei helfen, unser Land wirtschaftlich zu stärken.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja Kreativwirtschaft, was Sie da machen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich würde mich daher über eine breite Zustimmung zu diesem Antrag freuen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also damit hat die CDU keine Wirtschaftskompetenz.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich schließe die Aussprache und würde jetzt ganz gern zur Abstimmung überleiten.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen Sie das auch, Frau Präsidentin! – Heinz Müller, SPD: Na, dann mal tau!)

Dazu bitte ich um entsprechende Ruhe, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Egbert Liskow, CDU: Bei den LINKEN.)

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/2250 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Am besten auf einem Großsegler.)

Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/2250. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/2250 angenommen, bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Wir kommen jetzt zum **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Missbrauch von Werkverträgen endlich wirksam verhindern, auf der Ihnen vorliegenden Drucksache 6/2244.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Missbrauch von Werkverträgen endlich wirksam verhindern – Drucksache 6/2244 –

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich bitte wirklich um ein wenig Aufmerksamkeit und Ruhe.

Das Wort hat jetzt zur Begründung der Abgeordnete Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vor knapp anderthalb Jahren haben wir das Thema Werkverträge auf Antrag meiner Fraktion in diesem Haus schon einmal diskutiert. Getan hat sich leider seitdem nicht allzu viel.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Trotz anderer Ankündigungen!)

Spätestens nach dem tragischen Tod von zwei rumänischen Werkvertragsarbeitern auf der MEYER WERFT in Papenburg sollte doch jedem politisch Verantwortlichen klar sein, dass nach wie vor dringender Handlungsbedarf besteht. Dies unterstreicht auch die den ganzen Sommer über anhaltende Berichterstattung zum missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen insbesondere in den Schlachthöfen. Aber auch im Einzelhandel oder in der Autoindustrie müsste sich die Einschätzung, es handele sich bei diesem Phänomen um bedauerliche Einzelfälle, verändert haben.

Die Arbeitsministerin des Landes hatte dies 2012 erkannt und folgerichtig auch entsprechende Initiativen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz unterstützt. Es war die CDU, die mit ihrem Nein im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates verhinderte, dass die Landesregierungen einheitlich auftreten und einer Entschließung gegen die Umgehung von Arbeitnehmerrechten durch Werkverträge zustimmen konnten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ist klar. Habe ich so vermutet.)

Ich hoffe sehr, dass Sie an dieser Stelle lernfähig sind, und darf daran erinnern, dass in der Einschätzung zur Notwendigkeit, den Missbrauch von Werkverträgen gesetzlich zu unterbinden, durchaus große Übereinstimmung zwischen allen Arbeitnehmervertretern im demokratischen Lager besteht. Und um das noch einmal zu unterstreichen, Herr Kollege Renz, darf ich aus dem Ergänzungsantrag zum Leitantrag A 182 der CDA

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Hat er was gesagt?)

auf dem CDU-Parteitag vom Dezember 2012 zitieren.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah, da hat er was gesagt! Sehen Sie!) Dort heißt es: "Wir verurteilen die missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen als Instrument, um tarifliche und soziale Standards, etwa die Lohnuntergrenze in der Arbeitnehmerüberlassung, zu unterlaufen. Daher werden wir prüfen, ob das vorhandene rechtliche Instrumentarium zur Bekämpfung des Missbrauchs ausreicht oder ob politischer Handlungsbedarf besteht."

(Torsten Renz, CDU: Ein sehr guter Beschluss der CDA.)

Aus unserer Sicht bedarf es jedoch keiner Prüfung mehr, denn das Anprangern schlechter Arbeitsbedingungen in den Medien und die konsequente Arbeit der Opposition im Deutschen Bundestag haben das Risiko für die Unternehmen erhöht, auf dem Einsatz von Leiharbeit beruhende Kosteneinsparungen wieder zu verlieren. Ursächlich dafür sind vor allem Imageverluste und nachfolgend daraus resultierende Absatzeinbußen. Dazu kamen natürlich gesetzliche Regelungen, die darauf zielten, den Missbrauch bei der Leiharbeit einzudämmen, so durch maximale Einsatzquoten, den gleichberechtigten Zugang zu betrieblichen Sozialräumen oder die Einführung des Branchenmindestlohnes von aktuell 7,50 Euro Ost beziehungsweise 8,19 Euro West.

In diesem Jahr folgte ein wichtiges Urteil des Bundesarbeitsgerichtes, welches noch einmal unterstrich, dass Betriebsräte die Zustimmung zum Einsatz von Leiharbeitnehmern verweigern können, wenn diese dauerhaft eingesetzt werden sollen. In der Konsequenz haben dann zahlreiche Unternehmen den Anteil an Werkvertragsarbeit deutlich ausgeweitet, um die zum Schutz der Beschäftigten getroffenen Regelungen wieder zu umgehen,

(Torsten Renz, CDU: Können Sie das mal beziffern?)

allerdings haben sie wohl nicht mit der kritischen Berichterstattung in den Medien gerechnet.

Und, Herr Renz, heute müssen Sie auch keine linke Zeitung und kein Mitgliedermagazin einer Gewerkschaft mehr lesen, um mit dem Thema konfrontiert zu werden. Es sind die "WirtschaftsWoche" und andere, die titelten: "Werkverträge sind schlummernde Zeitbomben".

In besagtem Artikel der "WirtschaftsWoche" wird ausgeführt, wie große deutsche Unternehmen mittlerweile versuchen, ihre Werkverträge künftig so zu gestalten, dass sie rechtlich wasserdicht sind. Dazu werden unter anderem Führungskräfte geschult, soziale Standards vorgegeben oder Papiere wie zum Beispiel eine Sozialcharta erlassen. Dazu sage ich ausdrücklich, dass jetzt Bewegung in die Sache kommt, ist gut, allerdings bin ich angesichts der Erfahrungen im Bereich der Leiharbeit mehr als skeptisch, ob dies am Ende auch tatsächlich zu Verbesserungen für die Beschäftigten führen wird. Daher bleibt es aus der Sicht meiner Fraktion wichtig, dass der Gesetzgeber seinen Gestaltungsspielraum nutzt und verbindliche Vorgaben zum Umgang mit Werkverträgen macht.

Kommen wir also zu den einzelnen Punkten unseres Antrages. Zunächst fordern wir die Landesregierung auf, die neue niedersächsische Bundesratsinitiative zu unterstützen. Ich will auf zwei konkrete Forderungen kurz eingehen.

Punkt 1 betrifft den Ausbau der Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten zum Schutz der Stammbelegschaft bei

Auslagerung und Vergabe von Aufträgen an Subunternehmen. Dieser Forderung kann man sich aus der Sicht meiner Fraktion nur anschließen. Die Mitbestimmung bei der Vergabe von Aufgaben an Fremdfirmen könnte durch die Aufnahme eines Paragrafen 92b im Betriebsverfassungsgesetz verankert werden. Dieses neue Zustimmungsverweigerungsrecht wäre aus unserer Sicht dann ein tatsächlicher Schritt nach vorn.

(Torsten Renz, CDU: Wieso ist das nicht Punkt 1a, sondern nur Punkt 1b?)

Bliebe der Arbeitgeber bei seiner Auffassung, müsste er zukünftig nach unseren Vorstellungen nämlich vor das Arbeitsgericht ziehen und sich dort die Zustimmung gegebenenfalls ersetzen lassen.

Punkt 2 betrifft die gesetzliche Meldepflicht. Da es selbige bislang nicht gibt - und das wäre dann die Antwort auf Ihre Frage -, ist eine Gesamteinschätzung der Lage natürlich auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern schwierig. Das hat die Landesregierung in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage auf Drucksache 6/1975 selbst ausgeführt. Wir wissen zwar aus Medienberichten und von den Gewerkschaften NGG und IG Metall, dass der Anteil von Werkvertragsarbeit in den Schlachthöfen des Landes und auch auf den Werften wächst, genauere Daten sind jedoch Fehlanzeige. Der DGB Nord sprach in einer Pressemitteilung aus dem Juni dieses Jahres davon, dass sich die Zahl der Vertragsbeschäftigten laut Schätzungen binnen zehn Jahren verdoppelt habe. Allerdings gehören ja zum DGB Nord auch noch die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg.

Bundesweit ergab eine NGG-Umfrage unter 400 Betriebsräten der Ernährungswirtschaft, dass circa 8 Prozent aller Beschäftigten Werkvertragsarbeiter sind, Tendenz steigend. Der Lohnabstand zum Festangestellten betrug circa 6 Euro pro Stunde. Die IG Metall hatte 5.000 Betriebsräte befragt, von denen ein Drittel angab, dass zunehmend Werkverträge zum Einsatz kommen und damit die Gefahr eines Stammarbeitsplatzabbaus einhergeht.

Wir sind daher überzeugt, dass die Meldung der Branche von Auftraggeber und Auftragnehmer, der Anzahl von im Betrieb beschäftigten Werkvertragsarbeitern, der Einsatzdauer, des Entgeltes und der tatsächlichen Arbeitszeit jährlich zum 1. März an das Statistische Bundesamt für deutlich mehr Transparenz sorgen würde. Unser heutiger Antrag enthält auch Überlegungen dazu, was wir konkret im Land tun können, um einerseits zu verlässlichen Daten zu kommen und andererseits objektive Hilfestellung für von Missbrauch betroffene Beschäftigte zu organisieren. Den Vorschlag, mit der Bundesagentur darüber zu sprechen, in deren reguläre Befragungen zur atypischen Beschäftigung auch das Thema Werkverträge aufzunehmen, kennen Sie schon. Das ist, wie ich auch in einem Flurgespräch - ich darf das so sagen - mit der Ministerin eben noch mal erörtert habe, nicht ganz so einfach. Dennoch, denke ich, sollte man dieses Gespräch versuchen zu führen, um eben, solange keine gesetzlichen Regelungen wie eine Meldepflicht existieren, zu Daten zu kommen.

Die dünne Datenbasis ist ja auch der Grund für die Forderung an die Landesregierung, darüber zu berichten, wie sich die Situation ausländischer Werkvertragsarbeiter im Land aktuell darstellt und welche Anlaufstellen sie haben. Da gibt es unterschiedliche Wege. Man könnte beispielsweise auch eine Universität damit beauftragen,

derartige Erhebungen im Rahmen von Abschlussarbeiten einmal durchzuführen.

Wir gehen davon aus, auch aufgrund von Pressemitteilungen, dass sich wenigstens in den Schlachthöfen des Landes der Anteil an Werkvertragsarbeit deutlich erhöht hat. Und wir sagen natürlich der Ehrlichkeit halber, da die weitere Vorgehensweise ein Stück weit davon abhängt, was ein solcher Bericht an konkretem Erkenntnisgewinn bringt, sind unsere Vorschläge zur Optimierung der Beratungsstruktur in Kooperation mit dem DGB und zur Einrichtung eines im Idealfall mehrsprachigen Internetserviceportals inklusive der Möglichkeit, den Missbrauch anzuzeigen, ganz bewusst als Prüfauftrag formuliert. Denkbar wäre aus unserer Sicht, dass die Landesregierung in Gesprächen mit dem DGB Bezirk Nord erörtert, ob beispielsweise die Beratungsstelle für mobile Beschäftigte an einem Tag in der Woche vielleicht wechselnd in Rostock und Schwerin Sprechstunden anbietet.

Die Kollegen aus Hamburg beraten zum Beispiel ausländische Wanderarbeiter kostenlos, unabhängig von der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, und wenn nötig mithilfe von Dolmetschern über ihre Rechte auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie kooperieren dabei mit der Beratungsstelle von Arbeit und Leben, die wiederum Beschäftigte aus anderen EU-Staaten zu Fragen des Arbeits-, Tarif-, Steuer- und Sozialrechtes berät, derzeit allerdings mit der Einschränkung, dass diese bei einem Hamburger Arbeitgeber beschäftigt sein müssen oder über einen Arbeitgeber im Ausland nach Hamburg entsandt worden sein müssen. Mit diesen Experten und den Kollegen von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit sollte dann auch die Möglichkeit besprochen werden, an zentraler Stelle ein Internetserviceportal einzurichten.

Die Hemmschwelle, eine Beratungsstelle aufzusuchen, ist aus verschiedenen Gründen leider oft groß, weshalb es möglicherweise im Onlinezeitalter eher die Möglichkeit für die Betroffenen gibt, dann eine solche Leistung in Anspruch zu nehmen oder, sagen wir es anders, dass diese eher motiviert sein könnten, diesen Weg einzuschlagen. Diese Seite könnte über Anlauf- und Beratungsstellen mit Öffnungszeiten, Anfahrtsbeschreibung und Telefonnummern informieren.

Es geht also nicht darum, das Rad neu zu erfinden, sondern darum, Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten und gegebenenfalls auch Geld dafür zur Verfügung zu stellen. So weit an dieser Stelle. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der mögliche Missbrauch von Werkverträgen ist ein wichtiges Thema, über das wir an dieser Stelle schon mehrfach gesprochen haben. Inzwischen haben wir einen Bundesratsbeschluss zum Thema, der uns bei dieser Frage ein gutes Stück weiterbringen kann.

Die von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, in Punkt 1 des Antrages erwähnte Bundesratsinitiative zum Missbrauch von Werkverträgen ist am 20. September im Bundesrat mehrheitlich beschlossen und dem Deutschen Bundestag überwiesen worden. Ich halte den beschlossenen Gesetzesantrag für einen gut durchdachten Lösungsansatz, um den Missbrauch von Werkverträgen mit dem Ziel der verdeckten Arbeitnehmerüberlassung zumindest stark einzuschränken, ohne das Instrument echter Werkverträge für die Unternehmen zu treffen. Im Kern geht es darum, dass nur noch die offene, also eindeutig kenntlich gemachte Arbeitnehmerüberlassung als solche gelten soll.

Heute können sich Unternehmen gleichsam auf Vorrat eine Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis besorgen, um im Fall des Falles bei einer Kontrolle darauf verweisen zu können. Wenn dann festgestellt wird, dass es sich um eine missbräuchliche Werkvertragskonstruktion handelt, schützt die vorhandene Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis. Das soll sich nach dem Gesetzentwurf ändern. Zukünftig würde bei einer solchen verdeckten Arbeitnehmerüberlassung ein Arbeitsverhältnis zum Einsatz rechtlich fingiert, eine Änderung, die den einen oder anderen Entleiher sicherlich nachdenklich machen wird. Ich bin überzeugt, dass auf diese Weise der Anreiz, die Regelung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes durch Werkvertragskonstruktionen zu umgehen, sehr stark nachlassen wird.

Der zweite wichtige Teil des Gesetzesantrages betrifft die Stärkung der Rechte der Betriebsräte für die Beschäftigten vor Ort, im Betrieb, in dem die Arbeit geleistet wird, auch für die im Rahmen von Werkverträgen eingesetzten Beschäftigten. Das ist wichtig, denn die Werkvertragsbeschäftigten haben meistens keine Interessenvertretung, und es ist auch wichtig, um mehr darüber zu erfahren, was in den Betrieben geschieht. Und ich glaube, es ist auch der bessere Weg, als zu diesem Zweck umfangreiche statistische Erhebungen über existierende Werkverträge vorzunehmen, wo wir doch alle wissen, dass es auf die praktische Umsetzung vor Ort ankommt, um bewerten zu können, ob ein echter Werkvertrag vorliegt. Der Weg über die Stärkung der Betriebsräte bietet insgesamt meiner Meinung nach auch mehr Möglichkeiten der Einflussnahme, als dies nachträglich überprüfende Kontrollbehörden leisten können.

Den Betriebsrat einzubinden, wenn Personal von Drittfirmen in die Arbeitsabläufe des Einsatzbetriebes unmittelbar eingebunden wird und dies nicht nur gelegentlich erfolgt, hält inzwischen auch das Bundesarbeitsministerium für berechtigt, wie die Ausführungen in der Debatte zum Gesetzesantrag im Bundesrat gezeigt haben. Auch dort will man inzwischen das bestehende Beteiligungsrecht des Betriebsrates auf Fälle anwendbar machen, in denen Personal von Drittfirmen im Betrieb genauso eingesetzt wird wie eigene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ich darf an der Stelle den Staatssekretär der Bundesarbeitsministerin zitieren: "Für berechtigt halte ich auch das Anliegen, den Betriebsrat einzubeziehen, wenn Personal für Drittfirmen in die Arbeitsabläufe des Einsatzbetriebes unmittelbar eingebunden wird und dies nicht nur gelegentlich erfolgt." Zitatende. Das war seine Reaktion in Bezug auf den Gesetzesantrag, über den ich gerade berichte. Meines Erachtens hört sich das gut an. Diesen Weg sollte eine neue Bundesregierung weitergehen. Der

Gesetzesantrag des Bundesrates zur Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen bietet eine gute Grundlage dafür.

Inwieweit die Einlassung des Bundesarbeitsministeriums zwei Tage vor der Wahl nicht nur Wahlkampf, sondern ernst gemeint war, werden wir alle sehen. Fakt ist, es gibt diesen Gesetzentwurf, der ist gut und er ist bereits schon beschlossene Sache im Bundesrat. Damit wäre also Punkt 1, meines Erachtens der wesentliche Punkt des vorliegenden Antrages, erledigt.

Kommen wir zu Punkt 2. Die Behörden der Zollverwaltung sind für die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung zuständig, dazu zählt auch der Missbrauch von Werkverträgen. Sie haben bei der Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten aus dem Bereich der Arbeitsmarktdelikte die gleichen Befugnisse wie die Polizeivollzugsbehörde. Ihre Beamten sind insoweit Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft, also sollten dort die Verdachtsfälle bearbeitet werden. Alles andere führt eher zur Verwirrung.

Kommen wir zu Punkt 3. Eine Beratungsstelle für entsandte Beschäftigte beim DGB, wie in Berlin, existiert im Land Mecklenburg-Vorpommern nicht. Werkverträge mit entsandten Beschäftigten werden grundsätzlich nicht zugelassen, wenn die Arbeitslosenquote im Durchschnitt mindestens um 30 Prozent über der Arbeitslosenquote der Bundesrepublik Deutschland liegt. Das ist in ganz Mecklenburg-Vorpommern der Fall. Ich will gerne auf die bundesweiten Beratungsstellen des DGB im Rahmen des Projekts "Faire Mobilität" verweisen. Sie informieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus anderen Ländern in verschiedenen Sprachen über die Regelungen auf dem Arbeitsmarkt.

Sehr geehrte Damen und Herren, kommen wir zum Punkt 4. Da möchte die Fraktion DIE LINKE gerne, dass wir den Einsatz von Werkverträgen und die arbeitgeberseitige Motivation dafür im Rahmen des IAB-Betriebspanels abfragen. Herr Foerster hat es schon angesprochen, dass wir da auch im bilateralen Austausch sind, weil ich das Anliegen, grundsätzlich mal verwertbare Daten zu bekommen, für richtig halte. Allerdings stellt sich das im Rahmen des IAB-Betriebspanels als schwierig heraus. Anfang November wird noch eine Beratung im Arbeitsministerium mit den Sozialpartnern stattfinden, in der unter anderem der Themenkomplex "Werkverträge und Zeitarbeit" angesprochen wird. Da werden wir gemeinsam noch mal überlegen, ob es sinnvolle Ideen gibt, wie wir an Informationen über die Situation im Land herankommen, ohne mit großem bürokratischem Aufwand letztlich nur einen Datenfriedhof anzulegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, die Eindämmung des Missbrauchs von Werkverträgen bleibt ein wichtiges Thema. Wir haben einen guten Gesetzesantrag aus dem Bundesrat und ich hoffe, dass der Deutsche Bundestag und die neue Bundesregierung diese Vorschläge aufgreifen und auf den Weg bringen, damit hier die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschützt werden, aber auch der Unternehmer, die Werkverträge ordentlich einsetzen und nicht zum Missbrauch nutzen. Ich denke, beide Partner auf dem Arbeitsmarkt hätten von einer solchen Regelung etwas. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt sind wir wieder in unserer bekannten Runde hier tätig, auch nach der Bundestagswahl, im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Herr Foerster bringt entsprechende Anträge ein.

Ich bin auch an dieser Stelle schon gespannt – ich will das mal so in den Raum stellen –, ob das jetzt die letzte Rede von Ministerin Schwesig zum Thema Arbeitsmarktpolitik war, da sie ja morgen nicht anwesend ist und die nächsten Sitzungen hier erst wieder im November stattfinden. Aber das wird die Zeit zeigen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Renz, der Seher. – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Göttliche Eingebung.)

Wir werden auf alle Fälle im Bereich der Arbeitsmarktpolitik hier weiter die Klingen kreuzen, davon gehe ich ganz sicher aus. Und wenn wir uns diesen Antrag anschauen, der uns hier vorliegt, dann muss ich ganz einfach mal feststellen, das ist wieder ein typischer Foerster,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Aus Ihrem Mund klingt das wie Lob, Herr Renz.)

so will ich das mal hier formulieren. Typisch,

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

typisch warum, Herr Foerster, das will ich Ihnen auch gerne sagen: Weil Sie dieses Vorgehen anhand von Fakten, die Sie nicht nennen, immer wieder zum Anlass nehmen, um hier Handlungen auslösen zu wollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Geschickt eingefädelt, würde ich dazu sagen.)

Wenn Sie sich das anschauen hier unter Punkt "I. Der Landtag stellt fest", dann stellen Sie fest, dass er immer häufiger wird, dieser "missbräuchliche Einsatz von Werkverträgen".

Nun sagen Sie doch endlich mal ...

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das sagen alle Gewerkschafter.)

Nee, definieren Sie doch einfach mal diese Häufigkeit, zumindest ansatzweise. Sie können es nicht? Sie wollen es nicht? Das weiß ich nicht, das können Sie nachher selbst beantworten. Ich stelle nur fest, egal ob es Zeitarbeit ist, Minijob, Leiharbeit, immer wieder bei diesen Themen haben Sie keine Datengrundlage,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Sie haben so viele Zahlen gehört, Herr Renz, das ändert doch offensichtlich an Ihrer Auffassung auch nichts. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

die uns dazu bringen soll, hier auch entsprechende Handlungen auszuführen. Und dann kommt es ja immer noch besser, Herr Foerster. Sie bereiten ja strategisch Ihre Anträge vor, das hatte ich Ihnen schon des Öfteren gesagt, und auch hier wieder in Form einer Kleinen Anfrage. Ich habe Kleine Anfragen immer so verstanden, wenn ich daraus eine entsprechende Erkenntnis ableite, dass ich dann auch handle. Und Sie stellen Kleine Anfragen: Sie fordern die Landesregierung hier auf, am 28.06.2013 konkret, Beschäftigungszahlen zum Thema "Leiharbeits- und Werkvertragsbeschäftigte" niederzuschreiben. Und was antwortet die Landesregierung Ihnen unter Punkt 1: "Die Daten liegen in der gewünschten Spezifizierung nicht vor."

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja, was werfen Sie mir denn da eigentlich vor?)

Es liegen keine Daten vor und Sie leiten dann für sich eine entsprechende Handlungskompetenz ab,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das ist doch das Leben, Herr Renz. Deswegen brauchen wir die Meldepflicht.)

also diese Logik, die werde ich nicht nachvollziehen können. Und wenn es dann schon um Logik geht: Wir müssen ja immer gucken, inwieweit ist dieses Thema auch ein Thema.

Bei Frage 3 ist es ja gelungen, hier mal für die fleischverarbeitende Industrie ausländische Beschäftigungszahlen zu nennen. Und dann sind es eben im Jahre 2010 89.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Aber das sind nicht die Werkvertragsbeschäftigten.)

89 werden hier benannt.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das sind die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Herr Renz.)

Dann geht das weiter. Auch bei Punkt 4 soll sie konkret über die Zerlege- und Schlachtbetriebe hier Auskunft geben, die Landesregierung. Auch da wird Ihnen geantwortet, es liegt keine Statistik vor.

Also insofern will ich einfach nur sagen, das ist relativ typisch, dieser Ablauf. Nichtsdestotrotz müssen wir uns mit dem Thema auseinandersetzen. Das wollen wir auch sehr gerne tun. Die aktuellsten Meldungen zu diesem Thema kommen ja jetzt zum Beispiel auch von Daimler, das werden Sie sicherlich schon kennen, vom 8. Oktober. Auch bei einem großen Autokonzern gab es dieses Thema. Der Konzern handelt. Er wird jetzt bei Werkverträgen entsprechende Mindestanforderungen definieren, was den Lohn und andere Standards betrifft. Somit sind wir immer wieder bei dem Punkt: Wer muss sich kümmern?

Ich bin immer noch der Auffassung, es müssen sich die Tarifparteien kümmern, oder hier entsprechend die Firmen, und die tun das auch. Insofern ist es für mich schon erstaunlich, wenn Sie hier zitieren die Bundesratsinitiative – aus Niedersachsen war das jetzt, glaube ich –, warum Sie dann den entscheidenden Punkt, nämlich die Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, hier nicht erwähnen. Das ist gleich der Punkt 1a, Sie fangen bei 1b an. Sie geben hier zum Besten, wir müssen uns um die Betriebsräte kümmern. Das erschließt sich mir inhaltlich nicht ganz, Herr Foerster. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dazu noch mal etwas sagen.

Was ich auch an dieser Stelle deutlich sagen möchte, ist die Tatsache, dass wir immer noch einen funktionierenden Arbeitsmarkt haben. Arbeitsmarktreformen vor circa zehn Jahren haben dazu geführt, dass wir die erfolgreiche Flexibilisierung des Arbeitsmarktes auf den Weg gebracht haben - und ein Element sind diese Werkverträge. Ich sage es immer wieder, wenn diese Elemente genutzt werden zur Lohndrückerei, Ausbeutung, wie wir das auch immer definieren wollen, dann ist der Gesetzgeber gefragt, hier Veränderungen vorzunehmen. Und der Gesetzgeber, in diesem Fall auch unter Führung des CDU-Arbeitsministers, hat immer wieder gehandelt, hat immer wieder neue Branchen aufgenommen in das Arbeitnehmerentsendegesetz. Die letzten waren dann die Pflegebranche, Sicherheitsdienstleistungen, Gebäudereinigung et cetera. Ich glaube, das ist der richtige Weg, und da kann ich nur feststellen an dieser Stelle, dass die CDU im Bereich der Arbeitsmarktpolitik in diesem Bereich gehandelt hat.

Wir sollten uns bei einem funktionierenden Arbeitsmarkt davor hüten, generell das Element "Werkverträge" oder auch die anderen, die wir schon genannt haben, immer sofort zu verteufeln und die gesamte Branche, die gesamte Arbeitgeberbranche an den Pranger zu stellen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das tue ich nicht.)

Das ist nicht der Fall, sondern wir sollten uns dann tatsächlich um die kümmern,

> (Henning Foerster, DIE LINKE: Ich rede nicht vom Wechsel der Mischbatterie durch den Haushandwerker, Herr Renz!)

wir sollten uns um die kümmern, die wirklich die schwarzen Schafe in dieser Branche darstellen. Denen müssen wir auf die Finger klopfen und da müssen wir dann auch entsprechend handeln.

Ich will es heute inhaltlich auch nicht ganz so übertreiben. Ich will nur noch mal auf den einen Punkt eingehen, auf Punkt 4 Ihres Antrages, damit Ihnen klar wird, was Sie hier machen wollen. Die Ministerin hat das schon mal ausgeführt, was es bedeutet, die Befragung. Das ist ja auch wieder eine entsprechende bürokratische Hürde, die Sie dann aufbauen, die Sie in Gang setzen wollen,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Die gibt es ja schon. Wir wollen nur einen neuen Punkt aufnehmen.)

die Sie in Gang setzen wollen bei einer Zahl der Fälle, die Sie nicht definieren können. Wenn es jetzt um diese Werkverträge geht, dann gibt es 89. Sie wollen 16.000 Firmen in unserem Land befragen und diese Maschinerie, diesen Bürokratieaufbau in Gang setzen. Und da glaube ich, das ist nicht der geeignete Weg, zumindest nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Ich glaube auch, wir sollten jetzt eine gewisse Gelassenheit bei diesem Thema an den Tag legen, weil vieles auf den Weg gebracht wurde über den Bundesrat. Wir werden jetzt sehen, wie die Bundesregierung sich in diesem Bereich entsprechend neu aufstellt.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Da bin ich sehr gespannt, ja.)

Wovon ich ganz sicher ausgehe, ist, dass nicht die gesamte Arbeitsmarktpolitik auf den Kopf gestellt wird, sondern es wird geguckt, wo Missbrauch stattfindet, und da werden wir gesetzlich einschreiten. Da bin ich guten Mutes, dass das die neue Bundesregierung unter der Führung der CDU auch hinbekommen wird. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Torsten Koplin, DIE LINKE: Ihr habt noch keine Mehrheit!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werkverträge stellen ein neues Mittel von Unternehmern dar, deutsche Arbeitnehmer und Fremdarbeiter gleichzeitig auszubeuten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ein Grund, warum eine immer stärker um sich greifende Ausbeutung von Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt hier in Deutschland stattfindet, ist das andauernde und immer wieder über die Medien inszenierte Schreckgespenst des angeblichen Fachkräftemangels. Doch immer mehr Wissenschaftler und kritische Journalisten hinterfragen zu Recht, ob wir hier in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich einen gravierenden Fachkräftemangel haben oder ob alles nur von der Politik und von Wirtschaftslobbyisten in Szene gesetzt wird.

Nicht ohne Grund lernen Studenten der Wirtschaftswissenschaften schon in den Anfangssemestern, welche Auswirkungen Angebot und Nachfrage auch auf den Arbeitsmarkt hier in Deutschland haben. Und wenn in einer Branche ausreichend Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und es einen regelrechten Wettbewerb um die vorhandenen Arbeitsplätze gibt, ist der Druck auf die Lohnentwicklung weniger gering, nein, ist der Druck auf die Lohnentwicklung relativ gering. Wenn allerdings der Arbeitsmarkt die Nachfrage an Arbeitskräften nur bedingt oder äußerst knapp decken kann, sind die Auswirkungen auf die Lohnentwicklung aus Sicht der Unternehmen bedeutend ungünstiger. Insofern haben vor allem rein an der Profitmaximierung ausgerichtete Unternehmen ohne soziales Gewissen ein großes, ein starkes Interesse daran, dass der Arbeitsmarkt immer ausreichend mit Fachkräften gefüllt beziehungsweise überfüllt ist.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Die LINKEN haben aber auch mittlerweile bemerkt, dass allein die Einführung von Mindestlöhnen nicht automatisch die Ausbeutung von Arbeitnehmern verhindert beziehungsweise beendet. Das Hauptproblem wird aber weiterhin verleugnet. Mein Fraktionsvorsitzender führte bereits in seinem Beitrag zur Aktuellen Stunde sehr deutlich aus, dass die Politik hier in Deutschland und folglich auch in Mecklenburg-Vorpommern gar nicht mehr handlungsfähig ist. Die politische Klasse ist auch schon längst nicht mehr frei in ihrer Entscheidung. Sie erinnern sich bestimmt noch an das Eingeständnis des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer, der am 20. Mai 2010 äußerte, Zitat: "Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt. Und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden." Zitatende.

Lobbyisten auf allen Ebenen sorgen mittlerweile für politische Entscheidungen hier in Deutschland, die ganz

deutlich nicht im Interesse des eigenen Volkes liegen. Im zweiten Hauptpunkt Ihres Antrages wird dieser Sachverhalt allzu deutlich. Nicht die Interessen der deutschen Arbeitnehmer haben die linken Weltverbesserer im Sinn, sondern sie möchten lediglich die Ausbeutung der ausländischen Fremdarbeiter beenden und vertrauen weiterhin vor allem auf jene Kräfte, die die Ausbeutung deutscher Fachkräfte und ausländischer Fremdarbeiter billigend in Kauf nahmen, so zum Beispiel die Gewerkschaften.

Aufgrund der hervorstechenden Inländerfeindlichkeit lehnt die NPD-Fraktion diesen linken Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schwarz für die Fraktion der SPD.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion steht für gute Arbeit und faire Löhne. Nicht umsonst haben wir im Vergabegesetz des Landes einen Mindestlohn von 8,50 Euro eingezogen, nicht umsonst orientieren wir uns bei der Förderung von Wirtschaftsansiedlungen auch an der Qualität der Bezahlung von Arbeit. Den Missbrauch von Werkverträgen für Lohndumping lehnt meine Fraktion ab. Der Missbrauch von Werkverträgen bedeutet neben einer an Ausbeutung grenzende Bezahlung vor allem das Vorenthalten von Arbeitnehmerrechten, von geregeltem Urlaubsanspruch und von betrieblicher Mitbestimmung. Ich betone aber noch einmal, wir konzentrieren uns auf die schwarzen Schafe, wie Kollege Renz es gesagt hat, denn Werkverträge machen Sinn. Sie sind ein Instrument zur Flexibilisierung. Ich möchte da nicht missverstanden werden.

Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass der von Ihnen im Punkt 1 genannte Bundesratsantrag am 2. September – die Ministerin erwähnte es – bereits beschlossen und in den Bundestag überwiesen wurde. Meine Hoffnung ist, dass man sich dieser wichtigen Themen annimmt und das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz noch mal unter die Lupe nimmt.

Insbesondere die Stärkung der Position von Betriebsräten im Zusammenhang mit Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträgen ist wichtig. Betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist ein hohes Gut, das maßgeblich auch zur guten Lage der deutschen Wirtschaft beigetragen hat. Damit ist der Punkt 1 in dem Antrag eigentlich erledigt. Und Sie erwähnten es auch, Herr Foerster, das Bundesarbeitsgericht hat wenige Tage nach dem Bundesrat mit einer Entscheidung die Rechte von Arbeitnehmern gestärkt, indem die Abgrenzung zwischen Werkvertrag und Arbeitsverhältnis konkretisiert wird.

Die Punkte 2, 3 und 4 möchte ich nicht wiederholen, Kollege Renz ist darauf eingegangen und die Ministerin. Wir lehnen Ihren Antrag bei aller Sympathie aus den genannten Gründen ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schwarz.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gajek für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Frau Vizepräsidentin.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Eines vorweg: Wir werden allen vier Punkten des Antrages zustimmen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: War klar.)

Das wundert Sie nicht wirklich? Habe ich mir gedacht.

Herr Foerster ist darauf schon eingegangen, dass Leiharbeit und Werkverträge eben zunehmend von Unternehmen genutzt werden, um auch ihre Stammbelegschaft abzubauen und damit teilweise Lohndumping zu betreiben.

(Torsten Renz, CDU: Nennen Sie doch mal konkrete Zahlen! Dann nennen Sie doch mal konkrete Zahlen!)

Und dass es sich hier nicht nur um vereinzelte schwarze Schafe handelt, das haben, glaube ich, jetzt alle Vorredner so gesagt. Der hier zitierte Fall der MEYER WERFT ist zu kritisieren und von daher ist dort zu agieren.

Herr Renz, Sie hatten vorhin nach Zahlen gefragt. Also ich habe hier auch noch etwas stehen, nämlich nach einer Umfrage der IG Metall bei 5.000 Betriebsräten wird berichtet, dass in 36 Prozent der Unternehmen Stammarbeitsplätze durch den Einsatz von Werkverträgen abgelöst wurden.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das habe ich Ihnen schon im letzten Jahr erzählt.)

Also das sind Zahlen, die doch gerade die Wichtigkeit dieses Antrages bekräftigen.

Werkverträge können unter fairen Bedingungen ein regulärer Weg sein, das kennen wir alle, um beispielsweise bei der Herstellung eines Produktes oder einer Dienstleistung Aufträge an externe Unternehmen – ja, jetzt fehlt mir das Wort, so ist das manchmal am späten Abend –

(allgemeine Unruhe und Heiterkeit – Simone Oldenburg, DIE LINKE: An Unternehmen zu vergeben.)

zu vergeben. Ich danke. Es steht auch hier: zu vergeben. Ich danke. Aber Sie hören mir zu und das ist doch schon mal gut.

(Zurufe von Wolfgang Waldmüller, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Also in einem Werkvertrag muss ganz klar ein bestimmtes Ergebnis oder ein Werk vereinbart werden. Das ist eigenverantwortlich zu organisieren und ich denke, hierum geht es auch heute.

(Heinz Müller, SPD: Das könnte sein, dass es darum geht.)

Aber noch mal zu einigen Punkten: Solange der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen möglich ist, kann von einer ausreichenden Regulierung keine Rede sein. Darauf aufbauend müssen dann gesetzliche Schlupflöcher geschlossen werden. Wir befürworten klare Regeln gegen den Missbrauch von Werkverträgen, indem wir diese klarer gegen Leiharbeit abgegrenzt sehen.

Ich habe noch zum letzten Punkt, zum IAB, eine Anmerkung. Es wird ja hier immer wieder gesagt, es gibt keine Zahlen. Deshalb kann die Nutzung des IAB-Betriebspanels zur Datenerhebung bezüglich des Einsatzes von Werkverträgen nur zu einer Verbesserung der Informationslage beitragen und deswegen unterstützen wir dieses auch.

Eine Bitte an die Landesregierung: Wenn Sie den Einzelplan 10 nehmen, gibt es beispielsweise bei dem Kapitel 1025 - Kinder- und Jugendhilfe - den Aspekt "Schabernack", also eine Einrichtung des übertragenen Wirkungskreises. Dort steht sogar im Titel "Werkverträge" drin. Ich hoffe, dass wir dieses hier irgendwann rausbekommen. Ich weiß jetzt nicht, wie viele Jahre der schon drinsteht, dieser Titel in dieser Form. Ich denke, dort sollte die Landesregierung mit gutem Beispiel vorangehen, und vielleicht können wir dieses in der Haushaltsverhandlung noch mal angehen. Es steht so drin und es kommt zur Irreführung. Ich weiß, dass es nicht so gemeint ist, aber das Wort "Werkvertrag" steht da drin, und ich denke, das sollte man dann auch verändern. Vielleicht kann man dieses noch einmal in einem anderen Zusammenhang klären.

Wie gesagt, wir werden dem zustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, sehr schön.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gajek.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Foerster für die Fraktion DIE LINKE.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Möglicherweise führt ja der Gang in eine Große Koalition zu einer neuen Situation – je nachdem wie nachdrücklich insbesondere die SPD auf ihren im Wahlprogramm enthaltenen Vorhaben besteht. Wünschenswert wäre natürlich, unbestritten,

(Torsten Renz, CDU: Der Schwanz wedelt mit dem Hund.)

dass der Bundestag den übermittelten Gesetzentwurf des Bundesrates annimmt.

Und wenn ich vorhin gesagt habe, dass sich seit der Debatte im vergangenen Jahr nicht allzu viel getan hat, dann meinte ich das Prozedere vorher auf der politischen Ebene. Denn wenn Sie ehrlich Bilanz ziehen, dann müssen wir feststellen, es gibt nach wie vor keinen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, es gibt nach wie vor keine Meldepflicht für Werkverträge und es gibt bislang zumindest auch kein Mehr an betrieblicher Mitbestimmung.

Man darf also gespannt sein, was am Ende der Sondierungsgespräche von CDU/CSU und SPD konkret in einem möglichen Koalitionsvertrag landen wird, und vor allem, wie dieser dann umgesetzt wird. Allein deshalb ist es richtig und notwendig, auch im Herbst 2013 erneut in diesem Hohen Hause über den Missbrauch von Werkverträgen und die Möglichkeiten, diesen wirksam zu unterbinden, zu diskutieren.

Natürlich, Herr Renz, ist mir als Gewerkschafter nicht entgangen, dass beispielsweise die IG Metall im Nachgang zu den tragischen Vorfällen in Papenburg einen Haustarif verhandelt hat, der beispielsweise soziale Mindeststandards für Werkvertragsarbeiter, unter anderem einen Mindestlohn von 8,50 Euro, enthält. Man muss sich jedoch fragen, warum vor dem Zustandekommen eines solchen Papiers erst Menschen sterben mussten. Dennoch, es ist der erste Tarifvertrag deutschlandweit, der explizit auch für Werkverträge gilt, und dass es ihn gibt, hat eben auch viel mit dem politischen Druck vonseiten der dortigen Landesregierung zu tun, denn die niedersächsische Landesregierung hat Klartext gesprochen, statt zu verharmlosen. Sie ist im Land und auch über die angesprochene Bundesratsinitiative hinaus aktiv geworden.

(Torsten Renz, CDU: In Richtung Bund kann man immer Klartext sprechen.)

Hierzulande muss man zumindest Sie, nämlich den kleinen Koalitionspartner CDU, offensichtlich immer noch zum Jagen tragen. Ein eigenes Problembewusstsein zu diesem Thema ist bei der CDU im Land jedenfalls bis zum Sommer bestenfalls unterdurchschnittlich ausgeprägt gewesen. Dann ist ja Herr Glawe doch noch über seinen – er ist jetzt gerade nicht da –, über seinen Schatten gesprungen und hat auf der Wirtschaftsministerkonferenz in Warnemünde der Entschließung "Abschaffung des Missbrauchs bei Werkverträgen" zugestimmt.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, Herr Renz, der Feststellungsteil unseres heutigen Antrages, den Sie ja wieder kritisiert haben, ist identisch mit dem der Wirtschaftsministerkonferenz.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Richtig.)

Insofern hätten Sie auch die Gelegenheit gehabt, genauso wie die Abgeordneten Ihrer Fraktion, Ihrem Minister mit einer Zustimmung zum Antrag den Rücken zu stärken.

(Torsten Renz, CDU: Da sind uns noch andere Sachen aufgefallen.)

Was die aktuellen Bemühungen der Länder angeht, habe ich erfreut zur Kenntnis genommen, dass Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit den Ländern Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein Teil der Protokollerklärung zum Tagesordnungspunkt 16 der Agrarministerkonferenz gewesen ist, in der die Praxis von Lohndumping über Leiharbeit und Werkverträge insbesondere in der Agrar- und Ernährungsbranche verurteilt und nochmals nachhaltig die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns gefordert wird. Positiv zu vermerken ist auch, dass dieser gleichzeitig Grundvoraussetzung für die Ausreichung von Fördermitteln sein soll.

(Minister Dr. Till Backhaus: Genau.)

Einen solchen Schritt würden wir natürlich im Interesse der Beschäftigten und im Interesse ordentlicher Beschäftigungsverhältnisse begrüßen. Dieses Papier zeigt, dass man offensichtlich politischen Handlungsbedarf sieht, eben auch in dieser anders zusammengesetzten Fachministerrunde.

Und, Herr Renz, ich nutze meine Redebeiträge bekanntlich auch gern dazu, den Betroffenen eine Stimme zu

geben, denn wenn man sich wirklich ein Bild davon machen will, was es bedeuten kann, als Werkvertragsarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt zu sein, dann ist es eben manchmal doch hilfreich, wenigstens einen Moment lang zu versuchen, sich in die Schuhe der anderen zu stellen, also in dem Fall in die der Betroffenen.

In der Dezemberausgabe 2012 der Zeitung "Mitbestimmung", herausgegeben von der Hans-Böckler-Stiftung, werden die Zustände in Schlachthöfen und fleischverarbeitenden Betrieben dargestellt. Da kommen beispielsweise auch rumänische Werkvertragsarbeiter zu Wort und dabei wird deutlich, dass sie und die anderen, zumeist aus Osteuropa stammenden Werkvertragsarbeiter unter miesen Arbeitsbedingungen für weniger als 5 Euro Stundenlohn schuften. Zum Beispiel schlachten sie Schweine im Akkord. Da gibt es dann je Tier 1,02 Euro. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt laut Gewerkschaft NGG 14 Stunden. Eine Krankenversicherung haben die meisten nicht. Wer krank wird, den setzt man ebenso ins Auto nach Hause – wie Beschäftigte, die sich gegenüber den Medien als allzu auskunftsfreudig zeigen.

Die NGG hat an verschiedenen Stellen versucht, der Ausbeutung durch die Gründung von Betriebsratsstrukturen entgegenzuwirken, was kurzerhand dazu geführt hat, dass die Lieferzahlen heruntergefahren wurden, das Werkvertragsunternehmen pleiteging und die Werkvertragsarbeiter dann gänzlich ohne Lohn dastanden. Und problematisch, das wissen wir ja alle seit dem Sommer, sind eben nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern oft auch die Quartiere, in denen Werkvertragsarbeitnehmer untergebracht sind. NGG-Betriebsräte sprachen nach einer Besichtigung davon, dass manchmal bis zu 20 Menschen in einer 2-Raum-Wohnung untergebracht waren, die umschichtig in Etagenbetten schliefen und dafür auch noch mit 200 Euro zur Kasse gebeten wurden. Da frage ich Sie: Was ist das anderes als eine Form modernen Sklaventums?

Längst ist das Modell "Werkvertrag" kein Einzelfall mehr. Die Gewerkschaften beobachten eben die Ausweitung dieser Dumpinglohnstrategie auch im Einzelhandel, in der Automobilbranche und auf den Werften. Und weil Sie das angesprochen haben, man soll sozusagen nicht immer global auf alle Unternehmer einschlagen –

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

das tue ich nicht. Ich will Ihnen an der Stelle ganz deutlich sagen, es geht mir nicht um den klassischen Einsatz von Werkverträgen bei Spezialaufträgen, zum Beispiel der Erstellung einer neuen Software,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

das Wechseln der heimischen Mischbatterie oder den Handwerker des Vertrauens, der möglicherweise dann auch Verwaltungsgebäude streicht. Mir geht es um die Scheinwerkverträge, die eigentlich eine illegale Arbeitnehmerüberlassung darstellen – das sprachen Sie an –, weil die Werkvertragsarbeiter nur für ein Unternehmen arbeiten und dabei wie Stammbelegschaft und Leiharbeiter auch dauerhaft in den Arbeitsablauf und das Arbeitszeitgefüge des Unternehmens eingebunden sind.

Wie kann man das lösen? Dazu gab es auch schon vor längerer Zeit Anhörungen im Deutschen Bundestag. Professor Däubler, anerkannter Experte in Fragen der

Mitbestimmung und des Arbeitsrechts, hat im Ergebnis folgende Vorschläge unterbreitet. Er hat nämlich ganz klar gesagt: Wird ein Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber nicht nur vorübergehend bei einem anderen Arbeitgeber, der dann Besteller ist, eingesetzt, dann wird vermutet, dass ein Arbeitsverhältnis zwischen den betroffenen Beschäftigten und dem Besteller vorliegt, und zwar immer dann, wenn die Tätigkeit nach Weisungen des Bestellers verrichtet wird, wenn die Tätigkeit mit der eines beim Besteller beschäftigten Arbeitnehmers oder Leiharbeiters vergleichbar ist, wenn im Wesentlichen Material und Werkzeug des Bestellers verwendet werden und wenn der Unternehmer für das Ergebnis seiner Tätigkeit nicht haftet. Die Rechtsfolge wäre klar. Kann der Besteller nicht nachweisen, dass er in puncto Steuerung des Arbeitseinsatzes und Erteilung von Weisungen außen vor ist, dann käme ein Arbeitsverhältnis mit dem eingesetzten Arbeitnehmer zustande. Daraus würde dann eine Pflicht zur Nachzahlung der Lohndifferenz und der Beiträge zur Sozialversicherung resultieren.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Foerster, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Renz?

Henning Foerster, DIE LINKE: Bitte.

Torsten Renz, CDU: Danke schön, Frau Präsidentin.

Gestatten Sie mir ein kurzes Zitat, um dann meine Frage daran anzuschließen: Frau "von der Leyen erwarte …, dass die Fleischindustrie rasch einen Mindestlohntarifvertrag aushandele, der nicht nur eine angemessene Mindestlohnhöhe festschreibt, sondern auch Vergütungsfragen rund um Transport, Arbeitskleidung und Unterkunft regelt. Das Bundesarbeitsministerium werde diesen Prozess nach Kräften unterstützen und sich für eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung des angestrebten Mindestlohntarifvertrages nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz einsetzen. … nur dann gelte der Schutzschirm für alle und für jeden – auch für die Arbeitnehmer, die mit ausländischen Verträgen in deutschen Betrieben arbeiten. Wirkten alle Beteiligten zusammen,"

(Peter Ritter, DIE LINKE: Frage! Frage!)

"dann könne ein solcher Mindestlohn schon zum 1. Januar in Kraft treten." Meine Frage,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war aber jetzt nicht geschäftsordnungsmäßig.)

erstens: Ist das die richtige Lösung aus Ihrer Sicht, die Ursula von der Leyen vorschlägt? Und die zweite Frage: Warum kommt der Mindestlohntarifvertrag in der Branche nicht zustande?

Henning Foerster, DIE LINKE: Also zu Frage 1: Es wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Sie wissen allerdings, dass uns beide unterscheidet, dass ich für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn plädiere. Das wäre wiederum nur ein Branchenmindestlohn.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Herr Kollege Reinhardt, der DGB fordert bekanntlich auch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Was war Frage 2?

Torsten Renz, CDU: Warum der Mindestlohn im Tarifvertrag nicht zustande kommt.

Henning Foerster, DIE LINKE: Entzieht sich meiner Kenntnis.

Torsten Renz, CDU: Danke schön.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Henning Foerster, DIE LINKE: Gut, kommen wir zurück: Auch die echten Werkverträge – ich sprach ja eben über Scheinwerkverträge –, die werden meist genutzt, um bislang im Betrieb selbst verrichtete Tätigkeiten wie Kantinenbetrieb, Reinigung oder Werkschutz auszulagern, und haben dadurch negative Folgen, denn damit werden bestehende Tarifverträge ausgehöhlt, Gewerkschaften und Betriebsräte in ihrer Verhandlungsposition geschwächt. Ich will jetzt hier nicht noch mal näher auf die bereits in der Einbringung geschilderte Notwendigkeit der Stärkung der Mitbestimmung eingehen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht gibt es jetzt keine Ausreden mehr, denn wichtiger, als irgendwelche Eitelkeiten zu bedienen, ist doch wohl, dass es endlich zur Regelung im Sinne der Beschäftigten kommt. Im Übrigen wäre diese, wie auch die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes, ein Schutz für die seriösen Unternehmen, Herr Renz, in unserem Land.

Abschließend also: Mecklenburg-Vorpommern ist, was die Ausmaße des Missbrauchs von Werkverträgen angeht, vielleicht nicht das größte Problemkind unter allen Bundesländern, es ist aber eben auch keine Insel der Glückseligkeit, und deswegen gestatten Sie mir zum Abschluss noch ein Zitat des NGG-Gewerkschaftssekretärs Matthias Brümmer zu den Verhältnissen hier bei uns im Land: "In Mecklenburg-Vorpommern sehen wir die gleiche Entwicklung" wie in Niedersachsen: "Immer häufiger meldeten sich ausländische Arbeitnehmer an, heißt es in der Stadtverwaltung Zarrentin" beispielsweise. "Der Personalwechsel in deutschen Fleischwerken hat nach Ansicht der Gewerkschaften System: Etliche Unternehmen entledigten sich der sozialen Verantwortung für ihre Beschäftigten und schieben sie Sub- oder Subsubunternehmen zu."

Und auch im Bereich der Werften noch eine Zahl. Neben den 15.805 regulär beschäftigten Arbeitnehmern im gesamten Norden waren nach IG-Metall-Angaben auch 7.140 Werkvertragsarbeiter und weitere 2.770 Leiharbeiter im Schiffbau tätig. Sie sehen also, es gibt noch Handlungsbedarf.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist gesagt worden, es gibt einen Gesetzentwurf, der dem Bundestag zugeleitet ist. Wir werden unseren Antrag heute hier an der Stelle zurückziehen. Seien Sie sich aber sicher, dass wir in der Folge in den nächsten Wochen und Monaten sehr genau beobachten werden, was an dieser Stelle passiert.

(Torsten Renz, CDU: Das haben wir ja noch nie geschafft, dass Sie einen Antrag zurückziehen, Herr Foerster.)

Und dann werden wir ganz sicher dieses Thema hier an dieser Stelle wieder aufrufen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns jetzt eben im Präsidium noch einmal sachkundig gemacht. Auch für die Antragsberatung gilt die Geschäftsordnung und dort ist in der Redeordnung unter Paragraf 81 Absatz 4 vorgesehen, dass man sehr wohl, Herr Renz, Zwischenfragen stellen kann, aber hier steht ausdrücklich nichts von Zitaten und längeren Erklärungen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Tja.)

Deshalb muss ich darauf aufmerksam machen, dass wir das in Zukunft auf keinen Fall dulden werden. Hier steht ausdrücklich auch noch mal, dass die Zwischenfragen kurz und präzise sein müssen.

(Jochen Schulte, SPD: Das war für Herrn Renz schon kurz. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Das gilt nicht nur für die Fragestunde, da ist es explizit geregelt, sondern es gibt auch für diese Fragen Regeln, die einzuhalten sind. Also für die Zukunft, auch hier werden wir einschreiten, wenn das nicht beachtet wird.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Damit ist mit dem eben im Redebeitrag ausgedrückten Zurückziehen des Antrages der Tagesordnungspunkt also abgeschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Familien fördern, Kinder schützen – Kein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften, auf Drucksache 6/2241.

Antrag der Fraktion der NPD Familien fördern, Kinder schützen – Kein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften – Drucksache 6/2241 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

(Heinz Müller, SPD: Eigentlich wollte ich ja essen gehen. – Peter Ritter, DIE LINKE: Eigentlich wäre das auch ein guter Grund.)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Familien fördern, Kinder schützen – Kein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften" –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Uh!)

so lautet die Kernforderung unseres Antrages,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

ein Antrag, der sich einzig und allein an den natürlichen Bedürfnissen der Kinder und Familien ausrichtet, um der familienfeindlichen Politik auf der Bundesebene sowie hier im Land als auch der unverschämten Lobbyarbeit einer kleinen Minderheit, die bei den Spielern der Blockparteien und der Medien eine große Bühne erhält, eine unmissverständliche Absage zu erteilen.

Es wird Sie nicht verwundern, dass für uns von der NPD-Fraktion und von der NPD die Familie aus Vater, Mutter und dem Kind beziehungsweise den Kindern besteht.

> (Jochen Schulte, SPD: Und dem Führer! – Peter Ritter, DIE LINKE: Und dem Föhrer! – Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Heinz Müller, SPD)

Und aus diesen Gründen stellen wir uns entschieden als nationale Opposition den Bestrebungen der Homolobby im Land entgegen. Denn selbst vor dem Vatikan, so musste es der Papst Franziskus eingestehen,

(Thomas Krüger, SPD: Ach, der schon wieder. Mein Gott!)

macht die Homolobby nicht mehr halt. Immer offener und immer aggressiver

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bedrohung des Abendlandes!)

versuchen diese Lobbyisten, mit ihrem höchst zweifelhaften Lebensbild das öffentliche Meinungsbild zu prägen.

Erst kürzlich erfuhr der Konzernchef des Nudelherstellers Barilla, was geschieht, wenn man sich kritisch über den wachsenden Einfluss der Homolobby äußert. Dabei sagte Guido Barilla lediglich, Zitat: "Wir werden keine Werbung mit Homosexuellen schalten, weil wir die traditionelle Familie unterstützen. Wenn Homosexuellen das nicht gefällt, können sie Pasta eines anderen Herstellers essen." Und weiter: "Man kann ja nicht jedem gefallen, bloß um niemandem zu missfallen." Zitatende. Barilla, so das Leitbild des Unternehmens, habe "eine etwas andere Kultur" und unterstütze die "heilige Familie", die "einer der zentralen Werte" des Unternehmens sei. Folglich lehnt Barilla auch die sogenannte Gleichstellung homosexueller Paare beim Adoptionsrecht ab.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Meiner Meinung nach handelt es sich hierbei um eine ganz normale und in der heutigen Zeit bemerkenswerte Einstellung eines Unternehmers. Der Sturm der Empörung der Homolobby ließ nicht lange auf sich warten.

Und auch die CDU verabschiedet sich immer mehr von einer Familienpolitik, die diesen Namen auch wirklich verdient. Noch lehnt die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Merkel, das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare ab, "weil", Zitat, "der Schutz von Ehe und Familie im Grundgesetz sich" aus ihrer Sicht "auf die klassische Ehe bezieht", Zitatende. Wir werden erleben, ob dieser Grundsatz in den vermutlich kommenden Koalitionsverhandlungen gegen die Verlockung der Macht preisgegeben wird.

Und in der kommenden Gegenrede werden wir sicherlich wieder zu hören bekommen, die Lebensentwürfe im 21. Jahrhundert seien bunter als früher oder

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die Politik müsse die Lebenswirklichkeit anerkennen.

(Thomas Krüger, SPD: Sie haben doch nur Angst vor Schwulen!)

Die Lebenswirklichkeit, Herr Krüger, bedeutet aber, zur Kenntnis zu nehmen, dass aus homosexuellen Beziehungen kein neues Leben entstehen kann.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, wirklich?)

Warum also sollte der Gesetzgeber demzufolge

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das überrascht jetzt, Herr Köster.)

diesen Beziehungen die Möglichkeit einräumen, Kinder zu adoptieren?

(Tilo Gundlack, SPD: Was machen Sie eigentlich, wenn Ihre Kinder mal selbst schwul werden?)

Sie können doch nicht ernsthaft diese gleichgeschlechtlichen Paare

(Tilo Gundlack, SPD: Was machen Sie dann?)

mit Paaren, bestehend aus Frau und Mann, gleichsetzen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen keine Kinder bekommen können. Die Position der NPD in dieser Frage ist eindeutig und unumstößlich.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Hirnverbrannt.)

Für uns Heimattreue ist allein die Verbindung von Frau und Mann

(Heinz Müller, SPD: "Uns Heimattreue"! Ach du lieber Vater!)

schützenswert und förderungswürdig,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

weil nur diese Verbindung, Frau Dr. Seemann, neues Leben hervorbringen kann.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Die Naturgesetze haben die Fortpflanzung nur so geregelt.

(Thomas Krüger, SPD: In der Natur gibt es das auch.)

Und wir Menschen dürfen uns nicht gegen diese natürliche Ordnung stellen.

Für uns Nationale wird immer deutlicher, dass sich die einstmals konservative und Werte bewahrende CDU immer mehr von der Homolobby und linken Weltverbesserern vorschreiben lässt und umsetzen lässt, was in Deutschland zweckmäßig erscheint. Und hierbei wirft diese Partei der Nächstenliebe zur Beibehaltung der Macht all jene Werte über Bord, die sie bislang zumindest öffentlich noch für richtig und wichtig gehalten hat.

(Udo Pastörs, NPD: Und ich Idiot habe mal Flugblätter verteilt.)

Der Schlingerkurs der CDU wird in Kürze beendet werden. Und sie wird in den Einheitschor des familienfeindlichen Blocks – mein Kamerad Jürgen Gansel sagte in Sachsen auch: die "rosarote Beliebigkeitsgesellschaft" – einstimmen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Oh Gott, oh Gott, oh Gott, oh Gott)

Der Familienreport 2012 hat erneut belegt, dass sich trotz des Homokults in Politik und Medien drei Viertel der jungen Deutschen

(Thomas Krüger, SPD: Wovor haben Sie Angst?)

ein traditionelles und damit natürliches Familienleben aus Frau, Mann und Kindern wünschen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und was machen wir mit dem anderen Viertel? – Zuruf von Stefanie Drese, SPD)

Eine Umfrage von TNS Emnid im Auftrag des "Focus" hat gar ergeben, dass 98 Prozent der Männer und 95 Prozent der Frauen eine klassische Ehe aus Frau und Mann anstreben. Hierbei handelt sich einfach um überzeugende Zahlen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na und?)

Aus diesen normalen Gründen sind wir von der NPD dagegen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

aus diesen normalen Gründen sind wir von der NPD dagegen, dass die Mamas adoptierter Kinder Norbert oder Heinz beziehungsweise die Väter adoptierter Kinder Manuela oder Silvia heißen.

Es wird immer deutlicher -

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was Sie für ein Weltbild haben, Herr Köster!)

und ich komme später hierauf noch zurück -,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass sich nicht etwa das Familienbild oder die sexuelle Präferenz, wie Sie es hier immer ausdrücken,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sich in unserem Volk einem grundlegenden Wandel unterzogen hat, sondern dass Sie immerzu versuchen, im Zusammenwirken mit den Medien den Bürgern diesen angeblichen Wandel einzureden. Unser Volk hat nach wie vor eine gesunde Einstellung zum Leben

(Thomas Krüger, SPD: Was machen Sie denn, wenn Sie feststellen, dass Ihre Kinder schwul sind? – Udo Pastörs, NPD: Das ändert ja den Sachverhalt nicht. Dann ist das so.) und diese Einstellung ist vielen Ihrer Kollegen, wahrscheinlich auch Ihnen, zutiefst zuwider.

In dieser Debatte machen Sie und Ihresgleichen die Kinder, die aus welchen Gründen auch immer zur Adoption freigegeben wurden, zum Spielball Ihrer höchst zweifelhaften Interessen. So hat eine sozialwissenschaftliche Studie der University of Texas klipp und klar ergeben, dass Kinder, die bei einem homosexuellen Paar aufwachsen, im Erwachsenenalter weitaus größere Schwierigkeiten,

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

vor allem in Bezug auf physische und psychische Probleme,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

als Kinder aus normalen Familienverhältnissen haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ferner leiden diese Kinder leider später unter Beziehungsschwierigkeiten.

(Thomas Krüger, SPD: Wer bestimmt, denn was normal ist? Sie vielleicht? – Udo Pastörs, NPD: Die Natur.)

Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse wurden sogleich als homofeindlich verunglimpft.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Es ist nicht verwunderlich, Frau Dr. Seemann, dass die Homolobbyisten alles andere als erfreut darüber sind, dass ihre Behauptungen wissenschaftlich widerlegt wurden.

(Beifall Udo Pastörs, NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Hat der Föhrer eigentlich Kinder gezeugt?)

Aber auch spanische Wissenschaftler bestätigten, dass bei Kindern, die von homosexuellen Paaren adoptiert wurden, häufiger gesundheitliche, vor allem psychische Probleme auftreten.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Die haben Sie vor allen Dingen.)

Nach Paragraf 1741 BGB hat bei einer Adoption das Kindeswohl absoluten Vorrang zu haben. Die NPD-Fraktion sieht das Kindeswohl bei der Adoption durch Homosexuelle stark gefährdet. Es ist absurd, dass aus dem Recht eines jeden Menschen, seinen Lebenspartner frei zu wählen, aus Ihrer Sicht gleichzeitig das Recht auf gesetzliche Gleichstellung und staatliche Förderung wie für Familien entsteht.

Ich wiederhole daher zum Schluss der Einbringung unseres Antrages unser natürliches Selbstverständnis, dass alleine die Verbindung von Frau und Mann – weil nur diese Verbindung neues Leben entstehen lässt und somit auch die Grundlage für die Zukunft bildet – schützenswert und förderungswürdig ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ihnen sollte einleuchten, dass die Kinder die Lebensquelle aller Völker und somit auch unseres Volkes sind. Kinder sind zudem die Existenzvoraussetzung eines jeden Sozialstaats.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist das Vokabular aus den 30er-Jahren.)

Logischerweise tragen Homosexuelle biologisch absolut nicht zum Fortbestand der Völker und folglich auch unseres Volkes bei. Kürzlich hat dieses ja auch Herr Putin bestätigt.

> (Zurufe von Thomas Krüger, SPD, Heinz Müller, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Es ist daher völlig widersinnig,

(Michael Andrejewski, NPD: Der lupenreine Demokrat.)

homosexuelle Verbindungen der Elternschaft von Frau und Mann mit eigenen Kindern rechtlich gleichzustellen. Und das muss auch der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern endlich erkennen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Margret Seemann, SPD: So einen Stuss habe ich ja lange nicht mehr gehört. – Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Ja, das ist Schwachsinnigkeit.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Oh ja! – Barbara Borchardt, DIE LINKE: So lange?)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Tegtmeier. Bitte schön.

(Stefan Köster, NPD: Das empfinde ich als Höchststrafe. – Udo Pastörs, NPD: Deshalb redet sie ja auch zu dir.)

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Köster, die Homolobby hat auch bei den Nazis schon mal zugeschlagen, da kommen wir aber noch drauf.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Bei der Frage des Adoptionsrechtes für gleichgeschlechtliche Partnerschaften mögen nicht alle demokratischen Fraktionen im Landtag derselben Meinung sein. Trotzdem befürwortet eine Mehrheit dieses Hauses das volle Adoptionsrecht zugunsten gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist auch gut so.)

Und das ist auch gut so.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es gehört: Die NPD zielt heute – wie so oft – bewusst darauf ab, unterschiedliche Standpunkte der demokratischen Fraktionen zu nutzen, um einmal mehr für ihr Weltbild von vorgestern zu werben.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Meine Herren von der Fensterfront, das wird Ihnen auch heute nicht gelingen. Sie haben damit keinen Erfolg.

(Udo Pastörs, NPD: Ohhh!)

Herr Köster hat uns eben ja einige sozialwissenschaftliche Studien vorgestellt, aus denen er seine Erkenntnisse zieht,

(Stefan Köster, NPD: Die sind frei einsehbar.)

dass Kinder, die bei gleichgeschlechtlichen Paaren aufwachsen, größere Schwierigkeiten hätten – welcher Art auch immer.

(Udo Pastörs, NPD: Und Sie erklären uns jetzt das Gegenteil.)

Ich kenne andere Berichte und Studien, zum Beispiel den Rupp-Bericht des Bundesministeriums für Justiz von 2009,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

der insgesamt zu einer positiven Einschätzung kommt.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Der hat sogar die FDP dazu bewogen, sich für eine Ermöglichung der Adoption durch Lebenspartnerschaften auszusprechen.

(Udo Pastörs, NPD: Da hat Herr Westerwelle sich wahrscheinlich eingesetzt. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie kennen auch nicht die Studien der American Psychological Association, die 2004 den Forschungsstand zur Entwicklung von Kindern in gleichgeschlechtlichen Beziehungen für die USA aufarbeitete, also für die gesamte USA aufarbeitete, und zu folgendem Schluss kam,

(Udo Pastörs, NPD: Lesen Sie mal Hirschfeld!)

also nicht nur von Texas, sondern der gesamten USA.

(Udo Pastörs, NPD: Lesen Sie mal Hirschfeld, der hat das schon sehr viel früher analysiert.)

Ich zitiere: "Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass lesbische Frauen oder schwule Männer ungeeignet wären, Eltern zu sein oder dass die psychologische Entwicklung von Kindern von lesbischen Frauen oder schwulen Männern beeinträchtigt wäre im Vergleich mit Kindern heterosexueller Eltern." Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Dann ist ja alles in Ordnung.)

Keine einzige Studie hat Anhaltspunkte dafür gefunden, dass Kinder von lesbischen oder schwulen Eltern in irgendeiner Art und Weise gegenüber Kindern aus heterosexuellen Beziehungen benachteiligt wären.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Hört, hört!)

Vielmehr legen die vorhandenen Erkenntnisse nahe, dass die häusliche Umgebung, die von lesbischen und schwulen Eltern bereitgestellt wird, gleichermaßen dazu geeignet ist,

(Udo Pastörs, NPD: Besser.)

die psychologische Entwicklung eines Kindes zu befördern, wie die von heterosexuellen Eltern.

Da komme ich gleich noch zu, Herr Pastörs, zu dem "besser".

Ich vermute also stark, dass diese Schlussfolgerungen in Ihre Argumentationslinie natürlich nicht hineinpassen.

(Heinz Müller, SPD: So ist das. – Michael Andrejewski, NPD: Was heißt das? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber auch der Mellish-Report aus Großbritannien vom März dieses Jahres, der die Lage von Kindern in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in einer vergleichbaren Studie untersucht, kommt da zu ganz anderen Ergebnissen.

(Udo Pastörs, NPD: Der erklärt, dass die Schwulen Kinder kriegen sollen!)

Dort kommt man zu folgenden Ergebnissen, ich zitiere erneut: "Insgesamt werden die drei Familienformen stärker durch Gemeinsamkeiten denn durch Unterschiede charakterisiert und die Kinder haben sehr vergleichbare Lebensumstände, unabhängig von der sexuellen Orientierung ihrer Eltern." Dass der Mellish-Report darüber hinaus zum Ergebnis kommt, dass in der Tat schwule Eltern im Vergleich zu lesbischen oder heterosexuellen Eltern sogar leicht besser abschneiden,

(Udo Pastörs, NPD: Och je!)

wird natürlich auch nicht in Ihr Weltbild passen. Ihnen ist es natürlich auch nicht recht, dass Kinder, die in heterosexuell orientierten Familien aufwachsen, häufiger psychologische Probleme aufweisen als Kinder aus gleichgeschlechtlichen Familien, wie dieser Report und diese Studie nämlich belegen.

(Udo Pastörs, NPD: Dann muss man den Eltern die Kinder wegnehmen und den Schwulen geben, oder?)

Und Sir Martin Narey, Berater der britischen Regierung in Adoptionsfragen, fasst die Situation gegenüber dem "Independent" folgendermaßen zusammen: "Ich habe festgestellt, dass Lesben, Schwule, Bi oder Transgender, die eine Adoption als ihre erste Option für die Elternschaft ansehen, Entschlossenheit und Enthusiasmus für die Adoption mitbringen. Viel mehr schwule Adoptionswillige sollten ermutigt werden, diesen Schritt zu gehen."

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Von einer Kindeswohlgefährdung durch das Aufwachsen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften kann aus Sichtung seriöser Forschungsbeiträge in der Regel keine Rede sein, eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein.

(Michael Andrejewski, NPD: Wer entscheidet das? – Udo Pastörs, NPD: Sie!)

Aber das Problem der NPD ist ja nicht die vorgebliche Kindeswohlgefährdung. Sie sehen doch in Wahrheit potenziellen Parteinachwuchs gefährdet.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Was Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern nämlich in jedem Falle lernen, das ist Toleranz, Toleranz dem anderen gegenüber.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und Toleranz ist die Substanz, an der Ihre menschenverachtende Weltanschauung ganz zu Recht zugrunde gehen wird.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verglichen mit unseren europäischen Nachbarn kann die rechtliche Situation von Schwulen und Lesben in Deutschland in Adoptionsfragen auf jeden Fall noch weiter verbessert werden. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege ist es, die Vorurteile gegenüber Schwulen und Lesben abzubauen. Aktuelle Studien aus den USA lassen den Schluss zu, dass der Anteil von nicht heterosexuellen Mitmenschen in der Gesellschaft zwischen drei und vier Prozent der Bevölkerung liegt. Hieraus zu schlussfolgern, dass dies den Bestand einer Gesellschaft gefährdet, erfordert schon ein gehöriges Maß an Blindheit oder aber ein richtig dickes Brett vorm Kopf.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil, fragen wir doch einmal nach, welchen Anteil die heterosexuelle NPD-Landtagsfraktion zum Fortbestand des deutschen Volkes leistet.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Nach der aktuellen Übersicht der Landtagsverwaltung einen verschwindend geringen.

(Udo Pastörs, NPD: Wo denn! Nennen Sie doch mal!)

Auf ganze vier Kinder bringt es Ihre fünfköpfige Fraktion nach dem.

(Stefan Köster, NPD: Wenn das stimmen würde, wäre es ja in Ordnung. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Na, was verschweigen Sie uns denn hier noch alles?

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Beifall Udo Pastörs, NPD: Das ist der Punkt. Das ist der Punkt.) Wenn Sie Ihr ständiges Gerede vom nahen Volkstod selbst ernst nehmen würden, würden Sie ja wohl etwas aktiver werden. Sie müssten also in Ihrer Fraktion mindestens auf zwölf Kinder kommen.

(Udo Pastörs, NPD: Na, vielleicht haben wir noch mehr.)

Vielleicht ist das jetzt ja auch eine falsche Angabe in den Unterlagen des Landtags, aber Herr Andrejewski, der hier gestern die bevölkerungspolitische Katastrophe herbeibeschwor,

(Udo Pastörs, NPD: Hat er ja auch recht.)

ist doch, was das angeht, die bevölkerungspolitische Nullnummer.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Kein gebärwilliges Naturwesen an seiner Seite, Kind Fehlanzeige, aber große Töne spucken!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

So viel zu Anspruch und Wirklichkeit der NPD in diesem Land. Sie sollten erst einmal vor Ihrer eigenen Türe kehren.

(Udo Pastörs, NPD: Furchtbar viele Angebote für Andrejewski.)

Oder will der eine oder andere der NPD-Abgeordneten der Öffentlichkeit noch etwas mitteilen?

(Heinz Müller, SPD: Wir hören! – Udo Pastörs, NPD: Oh, oh!)

Warum frage ich das? Immerhin ist am morgigen Tag der internationale Coming-out-Tag. Da kann man ja mal nachfragen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns Demokraten ist dies jedenfalls ein Tag, an dem wir uns Folgendes bewusst machen:

(Udo Pastörs, NPD: Coming-out-Tag? Ich bin gespannt, was morgen sich dann so meldet.)

Schützenswert und förderungsfähig ist in diesem Land jedes einzelne Leben, jeder einzelne Mensch, unabhängig von seiner sexuellen Orientierung oder der Frage, ob er wie die meisten ist oder einfach anders.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Es sind Argumentationen wie die heute von der NPD vorgebrachten,

(Udo Pastörs, NPD: Na, Herr Müller, das hätte ich Ihnen ja gar nicht zugetraut.)

die dafür sorgen, dass es auch in Deutschland immer noch Ressentiments gegenüber gleichgeschlechtlicher Liebe gibt. Ein Kind, das in einer gleichgeschlechtlichen Familie aufwächst,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

wird deutlich weniger psychologische Probleme haben als ein gleichgeschlechtlich orientierter Jugendlicher, der in einer von Hass und Intoleranz geprägten Gesellschaft aufwachsen muss,

(Stefan Köster, NPD: In der Bundesrepublik Deutschland.)

der Angst haben muss, sein wahres Ich zu bekennen, weil ihm dann der nette Nazi von nebenan physische Gewalt antut.

(Stefan Köster, NPD: Diese Gesellschaft ist von Hass geprägt.)

Homosexualität ist keine Krankheit, die man irgendwie heilen kann. Homosexualität ist ein ganz normaler Teil der Natur des Menschen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der Tag, an dem Sie das verstanden haben werden, wird der Tag sein, an dem Sie auch Ihrem anachronistischen Weltbild abschwören.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Aber wenn ich Sie als Abgeordnete dieses Landtags anspreche, tue ich dies in der Tat in dem vollen Bewusstsein, dass es ja auch durchaus in den Reihen der Nazis Schwule gibt

(Udo Pastörs, NPD: Zweifellos.)

und auch immer, sogar an herausragender Stelle, immer gegeben hat.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, zweifellos.)

Es gibt bei den Nazis Schwule und immer mal wieder auch Diskussionen,

(Udo Pastörs, NPD: Na klar!)

ob sie als volksschädlich ausgemerzt werden müssen oder doch irgendwie als in der Natur vorkommende Spezies behandelt werden sollten.

(Udo Pastörs, NPD: Das kommt vor.)

Resümieren muss man aber, dass die, die den zweiten Ansatz verfolgen, auch dabei, wie ja immer, klar wieder die Abgrenzung zwischen Mann und Frau durchziehen. Auch den Verlautbarungen dieser Gruppierung zufolge ist die Frau demnach ein Naturwesen, der Mann stattdessen stärker Kulturwesen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

aber sie sehen Homosexualität als eine natürliche Erbanlage immerhin an und von der Natur aus dazu bestimmt – und jetzt hören Sie mal genauer hin –, es einer kleinen Anzahl von Männern zu ermöglichen, sich völlig unbeeinflusst von persönlichen Interessen ganz der kulturellen

Entwicklung und dem Dienst an der Gemeinschaft zu widmen.

(Michael Andrejewski, NPD: Meinen Sie die Katholische Kirche?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Abgeordnete, bevor Sie Ihre Rede fortsetzen, erteile ich dem Abgeordneten Herrn Udo Pastörs den dritten Ordnungsruf und entziehe ihm damit das Wort für die heutige Sitzung. Es war eine Beleidigung der Abgeordneten Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Die Frau hingegen sei die Seele der Familie, die ihren Sinn und Wert aus ihrem Kind herleitet, ohne Kind also vollkommen wert- und sinnlos. Weil der Mann aber zur Zeugung eines Kindes nun einmal nur wenige Minuten braucht – hört, hört! –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

um seine biologische Funktion zu erfüllen, also unangenehme Pflicht in dem Fall,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Au, au, au!)

wurde die überschüssige männliche Sexualität zu einem Problem der kulturellen Gemeinschaft. Der Mann musste und muss bis heute also lernen – das kommt nicht von mir, ich sage Ihnen nachher, woher das kommt –,

(Udo Pastörs, NPD: Tja, ja.)

seine überschüssige Sexualität so zu gebrauchen, das sie nicht zum Schaden, sondern nach Möglichkeit sogar zum Nutzen der kulturellen Gemeinschaft sich auswirkt. Ganz offensichtlich entspricht es nicht seiner biologischen Bestimmung, seine Sexualität ausschließlich zur Fortpflanzung zu nutzen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so?)

Oha!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber es kommt noch besser: Eine Möglichkeit des Mannes, seine überschüssige Sexualität so zu gebrauchen, wäre die sexuelle Beziehung zu anderen Männern

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh, jetzt gehts los! – Udo Pastörs, NPD: Au!)

oder zu geschlechtsreifen Knaben, Herr Pastörs,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

zu geschlechtsreifen Knaben. "Knaben", wie wird das definiert?

(Udo Pastörs, NPD: Wie bei den GRÜNEN praktiziert.)

Ein Junge oder Bub, früher auch Knabe, ist ein junger Mensch männlichen Geschlechts, der das Erwachsenenalter noch nicht erreicht hat, (Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so?)

also ein männliches Kind oder ein männlicher Jugendlicher. Also Sex mit Kindern oder Jugendlichen

(Udo Pastörs, NPD: Ja, wie bei den GRÜNEN.)

ist nationalsozialistisches Gedankengut.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, und?)

Und da Sie sagen, das ist jetzt einer oder sind wenige, Sie verallgemeinern hier ständig – also nationalsozialistisches Gedankengut.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Köster, NPD: Von wem ist denn der Schwachsinn?)

Sinngemäß zu finden ist das auch unter anderem in verschrifteten Äußerungen von beispielsweise Michael Kühnen.

(Heinz Müller, SPD, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD: Oh!)

ja, ein 1991 an Aids verstorbener bekennender schwuler Spitzenfunktionär der Nazis. Den Schwulen wird in seinen Ausführungen geradezu eine exponierte Stellung in der Gesellschaft zugeschrieben. Was dabei aber natürlich gar nicht geht, ist, dass ein schwuler Mann tuntig daherkommt oder sich gar weibisch gibt.

(Udo Pastörs, NPD: Au!)

Und das ist wahrscheinlich das größte Problem der Nazis bei der Bewertung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern und Adoptionswünschen.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Kinderaufzucht,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Kinderaufzucht ist in der Kleingeistigkeit der Nazis ausschließlich Frauensache. Männer, die sich als liebevolle Väter in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften beweisen, würden ja Frauenaufgaben erfüllen. Da könnten ja Männer anfangen zu brüten, Weibchen spielen! Pfui Deibel, das geht ja nun überhaupt nicht!

(Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Das geht nicht zusammen mit der Ideologie der Nazis, das passt nicht hinein in das Vakuum zwischen Ihren Ohren. – Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die NPD.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Es ist doch alles gesagt, Herr Köster!)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Tegtmeier, Sie haben versucht, lustig zu sein, es ist Ihnen nicht gelungen.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh doch!)

Und dann kommen wir mal zu den Ausführungen zurück, die Sie hier gerade getätigt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nun ist er auch noch humorlos, dieser Mensch.)

Ich finde Michael Kühnen widerlich und ich habe mit Michael Kühnen – genauso wie meine Kameraden – genauso viel zu tun, wie ich mit Ihnen zu tun habe.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Und ich möchte auch mit Ihnen nichts zu tun haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ihr lebensfeindliches Familienbild, Frau Tegtmeier, welches einzig und allein an der Profitmaximierung international vernetzter Konzerne ausgerichtet ist,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

richtet sowohl unser Land als auch unser Volk zugrunde. Und abseits von vielen Fieberfantasien, die ich heute hier gehört habe.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie können nicht mal witzig sein, Herr Köster.)

zeigt die Realität auf, wie kinderfeindlich die Politik gerade der SPD tatsächlich ist. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade die Daten des Mikrozensus 2012 für Mecklenburg-Vorpommern deutlich machen, wie stark sich Ihre politischen Ideen – eine Mutter bezeichnete sie kürzlich an einem Informationsstand mir gegenüber, diese Ideen der SPD, die familienpolitischen Ideen, als Wahnvorstellungen, und sie meinte hierbei insbesondere die Vorstellungen der SPD um ihre Möchtegern-Familienministerin Manuela Schwesig –, von der Lebenswirklichkeit sind diese aber und von den Interessen der Familien und Paare hier im Land weit entfernt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war bestimmt Frau Zutt. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dem Mikrozensus 2012 für Mecklenburg-Vorpommern zufolge haben Doppelverdienerehepaare hier im Land im Durchschnitt deutlich weniger Kinder, als wenn nur ein Elternteil berufstätig ist. Insbesondere die klassische Rollenverteilung, wenn also der Vater erwerbstätig ist und die Mutter sich mit ganzer Kraft den Kindern widmen kann, ist den Ergebnissen des Statistischen Landesamtes nach besonders förderlich für Familien mit vielen Kindern.

So ist die Realität, Frau Dr. Seemann, und nicht Ihre, Frauen müssen am besten 40 Stunden in der Woche arbeiten, die Säuglinge werden abgeschoben.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Dr. Margret Seemann, SPD: Jaja.)

Das sind Auslaufmodelle, die nicht der Wirklichkeit entsprechen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sie hören also richtig ...

Nein, Herr Krüger, Ihre Ideen sind nicht mit den Familienvorstellungen der meisten Familien und Paare hier im Land vereinbar.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Na, eben nicht. – Zurufe von Henning Foerster, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie hören also richtig,

(Stefanie Drese, SPD: Ja, was denn nun?)

dass sich Ihre Familienpolitik, verehrte Vertreter des vermeintlich demokratischen Blockes,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

nicht an den Bedürfnissen der Familien ausrichtet. Stattdessen wendet sich Ihre Politik, Herr Krüger, schon lange von den Familien ab und gefährdet zunehmend das Kindeswohl.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

In den Organisationen, die sich vehement für die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare einsetzen, befinden sich mehrheitlich homosexuelle Frauen und Männer sowie Autoren und Herausgeber homosexueller Veröffentlichungen.

(Heinz Müller, SPD: Auch das noch!)

Es handelt sich um Teile jener Homolobby. Es wurden auch zahlreiche Studien von diesen Organisationen in Auftrag gegeben,

(allgemeine Unruhe – Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

wie uns gerade Frau Tegtmeier auch bestätigt hatte.

(Beifall Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Wir von der NPD wollen den Kindern hier in Deutschland, dort, wo ein Eingriff der Politik möglich ist, jedwede Instabilität mit Schäden für das ganze Leben ersparen. Homosexuelle Partnerschaften, so eine Erfassung in unserem Nachbarland Holland, sind instabil. Die Dauer einer stabilen homosexuellen Beziehung wird dort mit eineinhalb Jahren angegeben.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist länger als die meisten Ehen.)

Eine Studie aus Schweden ergab sogar, dass bei homosexuellen Paaren Trennungen mit 37 Prozent häufiger sind als bei normalen Paaren.

Diese wenigen Zahlen zeigen bereits auf, welcher enormen psychischen Gefahr Kinder vermutlich ausgesetzt würden, hätten homosexuelle Verbindungen Anspruch auf eine Adoption eines Kindes.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Nur eines Kindes? Mehrerer!)

Kinder brauchen unwidersprochen Mütter und Väter. Daher fordern wir von der NPD-Fraktion den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern auf, klar und deutlich allen Vorhaben, die eine Adoption von Kindern durch Homosexuelle ermöglichen sollen, hier und jetzt eine Absage zu erteilen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt sofort? – Udo Pastörs, NPD: Sofort!)

Es geht um das Kindeswohl.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawohl, mache ich, Herr Köster.)

Bedenken Sie dieses bei Ihrer Entscheidung, Herr Ritter! Aus diesen Gründen beantrage ich im Namen meiner Fraktion

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen lehne ich ja auch Ihren Antrag ab.)

namentliche Abstimmung.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Jeder Außenstehende soll im Protokoll nachlesen können,

(allgemeine Unruhe und Heiterkeit – Dr. Margret Seemann, SPD: Ja, genau.)

wie die Abgeordneten

(Heinz Müller, SPD: Was Sie für einen Schwachsinn erzählen!)

hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zur Adoption von Kindern durch Homosexuelle stehen.

(Heinz Müller, SPD: Sie sind doch nur verklemmt.)

Und wenn ich mir die Entwicklung bei den GRÜNEN ansehe, da wird mir angst und bange um unsere Kinder hier im Land. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Margret Seemann, SPD: Oh Mann, oh Mann!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zur vorliegenden Drucksache eine namentliche Abstimmung beantragt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Auch das noch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Ich bitte Sie, sich zu Ihren Plätzen zu begeben, damit vom Präsidium aus das Stimmverhalten eines jeden Mitglieds des Landtages zu erkennen ist. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen. Ich bitte nunmehr die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Es sind noch mehrere Mitglieder offensichtlich jetzt da, die ihre Stimme abgeben möchten.

(Die Abgeordneten Julian Barlen, Dr. Norbert Nieszery und Marc Reinhardt werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat und das tun möchte? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir unterbrechen für eine Minute.

Unterbrechung: 18.51 Uhr

Wiederbeginn: 18.53 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis mitteilen. An der Abstimmung haben insgesamt 49 Abgeordnete teilgenommen. Davon stimmten 5 mit Ja. Mit Nein stimmten 44 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/2241 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Attraktivität der staatlichen Gärten und Parks erhöhen, auf Drucksache 6/2251. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2282 sowie ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2291 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Attraktivität der staatlichen Gärten und Parks erhöhen – Drucksache 6/2251 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/2282 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/2291 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Tilo Gundlack für die Fraktion der SPD.

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Wenn du ein Gärtchen hast und eine Bibliothek, so wird dir nichts fehlen." So bescheiden wie Marcus Tullius Cicero vor gut 2.100 Jahren sind wir heute wohl nicht mehr. Aber den meisten Menschen sind Gärten sehr wichtig und wenn sie keinen eigenen Garten bewirtschaften können, so gehen sie doch gerne in öffentlichen Parks und Gärten spazieren oder gehen auf Gartenschauen.

Meine Damen und Herren, um es gleich vorwegzunehmen, wir wollen keine herkömmlichen beziehungsweise traditionellen Gartenschauen. Durch Landesgartenschauen sollen in der Regel städtebauliche Maßnahmen oder Missstände beseitigt werden, um somit die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger verbessern zu können. Deshalb finden die Gartenschauen zum überwiegenden Anteil in Städten statt. Sehen Sie sich nur Schwerin an oder auch Wismar.

Unbestritten ist auch, dass die Gartenschauen als Erfolgsmodell angesehen werden können. Dies mag zwar nicht immer im finanziellen Sinne so sein, allerdings gilt dies im kulturellen Sinne. Gartenschauen haben es in Deutschland immer wieder verstanden, der Entwicklung der Freiraumplanung und Gestaltung wichtige Impulse zu geben.

Aber, meine Damen und Herren, Gartenschauen sind auch im finanziellen Sinne eine große Herausforderung für die beteiligten Kommunen. Dies gilt zwar nicht immer, aber überwiegend. Auch die Folgekosten dürfen nicht unberücksichtigt bleiben. Die Kosten für die jährliche Pflege der neuen Grünanlagen sollten den durchführenden Gemeinden schon frühzeitig bekannt und eingeplant sein.

Was wollen wir, was ist neu an der angestrebten Vorgehensweise? Die staatlichen Gärten und Parks sollen für die Ausrichtung von Gartenschauen genutzt werden. Wir wollen den Bekanntheitsgrad und die überregionale Ausstrahlung dieser Kleinode erhöhen. Nicht jeder Besucher möchte nur in Führungen historische Begebenheiten und Jahreszahlen erfahren, nein, für viele Menschen ist erlebbare Geschichte viel einprägsamer und unterhaltsamer. Nicht umsonst ist das Barockfest in Ludwigslust ein Besuchermagnet. Hofdamen in historischen Kostümen, Fechtduelle auf dem Schlossplatz, Gaumenfreuden aus der herzoglichen Küche, zeitgemäße Musik oder die kleine Lehrstunde in Fächersprache machen die Zeit des Herzogs Friedrich zu Mecklenburg Mitte des 18. Jahrhunderts erlebbar.

Im Schweriner Schlossgarten wird der Gartensommer durchgeführt. Davon könnten doch auch Impulse für die Anlagen in Bothmer, Wiligrad, Güstrow und Ludwigslust ausgehen. Die so nah beieinander liegenden Schlösser in Mirow, Neustrelitz und Hohenzieritz könnten gemeinsame Events schaffen. Unter dem Motto "Zeigt her eure Gärten" wäre es denkbar, dass Oldtimerralleys oder Reisebusse jeweils alle Schlösser und Gärten bis hin zum Jagdschloss Granitz anfahren.

Warum können wir nicht die Touristen von den Kreuzfahrtschiffen zu bauhistorischen und gartenbaugeschichtlichen Reisen durch die Zeit des Adels in Mecklenburg-Strelitz und Vorpommern führen? So etwas gab es schließlich in der Neuen Welt nicht. Essen, Trinken, Kunst, Kultur, Musik und Wissensvermittlung können auch in unseren staatlichen Gärten noch mehr zum Erlebnis werden, ohne dass die ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn Gärten ganz günstig liegen, kommt auch ein Segelboot vorbeigefahren.)

Nee, das wäre ein Großsegler, kein Segelboot, Herr Ritter, da haben Sie was verwechselt, im Gegensatz zu vorhin.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Machen Sie es nicht noch schlimmer, als es ist! – Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn ich einen Garten an der Müritz habe, dann kommt ein Segelboot vorbei und kein Großsegler.)

Können wir mal gucken, ne.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das ist so.)

Ganz im Gegenteil, wir wollen ja gerade mit den Zeugnissen der Gartenkunst in der Landschaftsarchitektur in Mecklenburg-Vorpommern werben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im zweiten Teil unseres Antrages bitten wir die Landesregierung darum, die Möglichkeiten für objektbezogene Gartenschauen zu prüfen. Gartenschauen sind immer ein Zeugnis des Könnens von Gärtnerinnen und Gärtnern. Hier können sie ihre Produkte ausstellen und für ihr Handwerk werben.

Aber, meine Damen und Herren, wir erwarten, wie ich schon voranstellte, kein Konzept für eine Landesgartenschau im klassischen Sinne, nein, wir wollen, dass die 4 Millionen Mark und Euro an Fördermitteln, die in unsere staatlichen Schlösser und Gärten investiert wurden und auch noch werden, zu mehr Tourismus beitragen und Wirtschaftsimpulse setzen. Ich gehe davon aus, dass die Fachleute im Landwirtschaftsministerium und beim BBL ihre Ideen zusammentragen und in einem Konzept bündeln werden, das uns hier im Landtag überzeugt.

Ich möchte zunächst auch gleich zu den Änderungsanträgen kommen. Den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen wir ab, denn wenn wir das streichen würden, was Sie da gerne hätten, dann würde der ganze Antrag keinen Sinn mehr machen, und das wollen wir natürlich nicht.

(Stefan Köster, NPD: Macht so oder so keinen Sinn.)

Hätten Sie jetzt "unter anderem" gesagt, dann hätte man da noch was zu sagen können, da hätten wir auch mit zustimmen können, aber so leider nicht.

Den Änderungsantrag der Fraktion der LINKEN lehnen wir natürlich auch ab, wie sich das gehört, ne.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, ist doch klar.)

Denn das Problem hierbei ist schon wieder, ich lese mal vor: "Dabei enthält das Konzept valide Prognosen zu möglichen Zielgruppen und Besucherzahlen"

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, da haben Sie doch gerade von gesprochen.)

"und stellt den Finanzierungsbedarf ... dar." Dann muss ich aber mal mit den Worten von Frau Schwenke argumentieren, wir sollen uns kein Korsett und Denkverbote anlegen, das haben Sie heute in der Rede zur Energiewende gesagt. Wir wollen uns auch kein Korsett anlegen und daher lehnen wir den Änderungsantrag ab. – Vielen Dank

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Ich habe es verstanden.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Gundlack.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Außerdem macht man das bei der Einbringung nicht, was Sie jetzt gemacht haben. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Heike Polzin.

(Egbert Liskow, CDU: Die redet auch gern.)

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Egbert Liskow, CDU: Schon wieder in einer schweren Lage.)

Ich habe das noch nie an dieser Stelle gesagt, aber ich freue mich, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern reich sind –

(Helmut Holter, DIE LINKE: Toll!)

reich an Schlössern, Herrenhäusern,

(Michael Andrejewski, NPD: Reich an Erfahrungen.)

Parks und Gärten, auch an Steinen, aber die werde ich an dieser Stelle nicht unbedingt erwähnen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die sind auch schön.)

Eine ganz besondere Strahlkraft besitzen

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die im Landesbesitz befindlichen Schlossgärten in Schwerin, Ludwigslust, Güstrow, Wiligrad, Bothmer, Mirow, Neustrelitz und Hohenzieritz.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben in den letzten Jahren sehr, sehr viel Geld investiert, um hier in wunderbarer Weise historische europäische Gartenbaukunst wieder erlebbar zu machen – von der Renaissance bis zum romantischen Historismus. Die Erhaltung dieser historischen Substanz verstehen wir aber nicht nur als kulturellen Auftrag, wir sind uns des touristischen Potenzials bewusst. Wir wollen die Tourismusbranche gerade im ländlichen Raum weiter fördern, die strukturschwachen Regionen an die touristischen Zentren anbinden, saisonverlängernde Maßnahmen ausbauen und damit letztlich Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

Schon jetzt ziehen die Orte, an denen Geschichte erlebbar wird, jedes Jahr etwa eine halbe Million Gäste an und sind damit eine wichtige Stütze der Tourismuswirtschaft unseres Landes. Ich freue mich über den Antrag der Koalitionsfraktionen, die damit zeigen, dass es ihnen ein wichtiges Anliegen ist, diese Schätze auf der einen Seite zu pflegen, instand zu setzen und zu erhalten.

Gerne müssen wir uns aber auch gerade dem Thema der Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Attraktivität weiter widmen. In den nächsten Jahren werden weitere Gärten ans Netz gehen. Es ist deshalb genau das richtige Zeitfenster, sich den Überlegungen, wie können wir unsere Schätze auch überregional besser vermarkten, natürlich genauer zu widmen. Wenn ich höre, dass am 3. Oktober Bayern das Land vorstellt als das Land der Schlösser, dann sage ich: Halt, stopp, wir haben eigentlich viel mehr.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Die haben doch schon das Oktoberfest.)

Und es muss uns einfach auch gelingen, das nach draußen deutlicher erkennbar zu machen.

(Egbert Liskow, CDU: Mehr Herrenhäuser haben wir.)

Ich gehe also mal davon aus, dass wir auch von ähnlichen Konzepten in anderen Ländern und Regionen ganz gut lernen können, denn es ist ja keine Schande, es ist ja nicht wie in der Schule, dass Abgucken bestraft wird. Hier gute Ideen auch zu übernehmen und einzubinden, wird uns, denke ich, erlaubt und auch hilfreich sein.

Wenn es gelingt, an geeigneten Stellen Ausstellungen zur Geschichte des jeweiligen Gartens, zu historischen Pflanzen, zur Orangeriekultur oder auch zur Entwicklung der Gartenstile zu organisieren, dann wird dies die Attraktivität unserer historischen Gärten nachhaltig steigern. Durch die Zusammenarbeit mit Gartenbaubetrieben, Landschaftsarchitekten, Gärtnereien und Denkmalpflegern ist zudem eine breite Beteiligung von Unternehmen aus der Region möglich.

Eines dürfen wir dabei aber nicht aus dem Auge verlieren: Wir haben es in unserem Land vor allem mit historischen Gärten und Parks zu tun. Daher fand ich es auch wichtig, dass dieser Aspekt durch den Einbringer der Rede noch einmal betont wurde. Mit der IGA in Rostock oder der BUGA in Schwerin werden die zu planenden Ausstellungen in unseren Gärten sicher nicht zu vergleichen sein. Wir werden nicht auf die neuesten Entwicklungen und Trends auf dem Pflanzenmarkt oder in der Gartengestaltung eingehen und ganz sicher auch keinen Schlosspark einzäunen, denn wir müssen die Aspekte des Denkmalschutzes berücksichtigen. Mit einem Kon-

zept zur historischen Gartenausstellung würden wir hingegen völlig neue Wege gehen und zusätzliches touristisches Potenzial erschließen. Davon bin ich überzeugt.

Selbstverständlich müssen wir solche Aktionen durch professionelle Marketingmaßnahmen unterstützen, aber auch den Bekanntheitsgrad insgesamt weiter erhöhen. Daran arbeiten wir bereits auf mehreren Strecken. Ich möchte nur ein Beispiel nennen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Läuft doch schon. Wozu brauchen wir den Antrag?)

Wir haben zusammen mit dem Landesmarketing ein einheitliches Signet Schlösser – Gärten – Herrenhäuser entwickelt,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

von dem auch private Einrichtungen, die dies nutzen können, profitieren können. Das ist schon mal eine gemeinsame gute Orientierung in der Zusammenarbeit.

An diesem Beispiel sehen Sie, dass die Vermarktung des kulturhistorischen Erbes in den unterschiedlichsten Bereichen verbessert wird. Hier gilt es, mit der Zeit zu gehen, ohne dabei die Geschichte aus dem Blick zu verlieren. Das ist häufig ein schmaler Grat, daher danke ich für den Antrag.

Wir sind mit diesem Konzept noch am Anfang. Insofern kann ich an dieser Stelle nicht sagen, wir haben schon etwas in der Schublade. Ich gehe aber davon aus, dass die gesetzten Fristen in diesem Antrag ausreichen werden, dass wir dem Landtag zu gegebener Zeit einen Bericht über unsere Konzeption vorlegen können. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Fraktionsvorsitzende Herr Holter.

(Marc Reinhardt, CDU: Dann werden die Gärten Chefsache. – Torsten Renz, CDU: Der Obergärtner. – Peter Ritter, DIE LINKE: Der Schlossherr.)

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Erstes möchte ich den Landwirtschaftsminister und damit auch Gartenminister in Mecklenburg-Vorpommern und natürlich auch die Finanzministerin als oberste Herrin über die staatlichen Gärten und Parks in Mecklenburg-Vorpommern fragen, ob sich denn die grundsätzliche Bewertung von Gartenschauen durch die SPD und auch innerhalb der Regierung, wie sie vor vielen Jahren mal vorgenommen wurde, geändert hat.

Ich kann mich gut erinnern, dass wir damals in der Koalition unter anderem nach der Landesgartenschau in Wismar und im Zusammenhang mit der Internationalen Gartenschau in Rostock gesagt haben, dass es keine vom Land finanzierten Gartenschauen in Mecklenburg-Vorpommern mehr geben wird. Das war, ich weiß es nicht mehr, 2004/2005, so in dem Dreh. Es war ein politischer Konsens, der erreicht wurde. Heute gibt es einen Antrag und die Frage geht auch an die SPD-Fraktion, Herr

Gundlack. Deswegen stellt sich für mich zuerst die Frage: Wie bewerten denn die SPD und die SPD-Vertreterinnen und SPD-Vertreter in der Landesregierung diese Position? Mit dem Antrag hebeln Sie diese Position aus der damaligen Zeit aus.

Es geht, das hat Herr Gundlack gesagt und auch Frau Ministerin Polzin, nicht um internationale Gartenschauen, es geht nicht um die Bundesgartenschau, es geht auch nicht um Landesgartenschauen. Das habe ich sehr wohl aus dem Antrag entnommen und auch aus den Reden. Es geht, und deswegen können wir den Antrag der GRÜNEN auch nicht mittragen, es geht um die staatlichen Gärten und Parks.

(Katharina Feike, SPD: Genau.)

die durch die Schlösserverwaltung Mecklenburg-Vorpommerns mit verwaltet werden.

(Katharina Feike, SPD: Ja.)

Ich habe mir mal die Mühe gemacht und geschaut, was zu den Aufgaben der Verwaltung gehört. Da heißt es – im Internet nachzulesen unter www.mv-schloesser.de –, zu den Aufgaben der Schlossverwaltung gehört, die Gärten und Parks lebendig zu erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Daran wird gearbeitet, da wird investiert, das unterstützen wir auch. Das heißt, es geht auch, kann man weiterlesen, um verträgliche temporäre Nutzungen, die organisiert werden sollen und auch unterstützt werden sollen. Und da steht auch, dass das unter anderem im Rahmen des Schlössertourismus erfolgen soll.

Das sind also die Aufgaben, die formuliert sind. Und über all das, worüber Sie, Herr Gundlack, gesprochen haben, über das, worüber Sie gesprochen haben, Frau Polzin, es ist Ihre Aufgabe als Regierungsmitglied, genau das zu tun.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Und deswegen brauchen wir den Antrag auch nicht. Ob da schon was erfolgt oder nicht erfolgt, eigentlich, will ich sagen, ist der Antrag überflüssig.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wie er zustande gekommen ist, das können Sie, SPD und CDU, untereinander ausmachen, ist mir auch vollkommen egal.

(Harry Glawe, CDU: Das ist nicht Ihre Aufgabe, das zu bewerten! Als Fraktionen haben sie den Antrag gestellt.)

Was ich bewerte, das haben Sie nicht zu bewerten, Herr Glawe.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE)

Ich sage hier meine Meinung.

Und ich will von der Regierung und von der SPD wissen,

(Egbert Liskow, CDU: Ihr seid die Bewerter.)

ob sich Ihre Haltung zu Gartenschauen geändert hat. Der Antrag drückt es aus, ich habe das aus den nonverbalen Aussagen hier oben etwas anders vernommen. Und machen wir uns nichts vor, es läuft ja einiges.

Herr Gundlack, Sie haben ja darüber gesprochen. Ich will noch einiges hinzufügen. Es gibt die Gartenroute "Musische Schlossgärten", die "Landpartie" des Norddeutschen Rundfunks war unterwegs, unter anderem in Bothmer, und es gibt einen Gartenreiseführer "Zwischen Blütenmeer und Gartenkunst". Man könnte noch vieles andere mehr aufzählen, aber ich glaube, alle diejenigen, die sich mit dem Antrag auseinandergesetzt haben, sind auf ähnliche Erkenntnisse gestoßen.

Jetzt beantragen Sie, dass Sie den Bekanntheitsgrad, die Attraktivität der Gärten erhöhen wollen und der Parks natürlich auch. Die Frage ist, die würden Sie uns, Herr Gundlack, als Erstes stellen: Woraus wollen Sie das finanzieren?

(Egbert Liskow, CDU: Die zweite.)

Sie, Herr Gundlack, und Sie, Frau Polzin, haben nicht mit einem Wort gesagt, was soll das kosten, wie viel soll das kosten, wo kommt das Geld her. Wie wollen Sie das, was Sie hier vorhaben, bezahlen? Kostenlos werden Sie das nicht erhalten. Erklären Sie uns, egal, ob das 10.000 sind, ob das 100.000 sind, 1 Million sind, erklären Sie uns, wo Sie das Geld hernehmen wollen für diese Konzeption, die Sie hier erarbeiten!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das unterlassen Sie.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und das können Sie nicht uns immer unterstellen, sondern jetzt müssen Sie die Frage auch beantworten. Sie haben ja noch Redezeit.

(Egbert Liskow, CDU: Im Haushalt lesen. – Katharina Feike, SPD: Dass das so emotional ist!)

Warum, Herr Gundlack, formulieren Sie einen Prüfauftrag? Wenn ich die Rede der Ministerin richtig verstanden habe, wird an einer Konzeption gearbeitet. Ich gestehe, Herr Glawe, ich habe es nicht gewusst, dass das Finanzministerium an einer Konzeption arbeitet. Ich habe mir aber gesagt, wenn schon geprüft wird – und wir wollen das unterstützen, dass geprüft wird –, dann muss doch am Ende nicht ein Prüfbericht vorliegen, sondern da muss doch das, was da herauskommt, in eine Konzeption gegossen werden.

(Ministerin Heike Polzin: Ja.)

Und genau das haben Sie gesagt. Warum ist denn der Antrag nicht so formuliert? Deswegen unser Änderungsantrag, das Prüfergebnis muss in eine Konzeption einfließen. Und deswegen können Sie dem zustimmen, Herr Gundlack, weil die Ministerin gesagt hat, wir erarbeiten eine Konzeption.

(Tilo Gundlack, SPD: Nein. – Zuruf von Ministerin Heike Polzin)

Wir wollen nicht ganz was anderes.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Gundlack möchte was ganz anderes.)

Herr Gundlack möchte was anderes, okay.

Also ich habe das so verstanden, die Landesregierung, das Finanzministerium erarbeitet ein Konzept "Historische Gartenanlagen". Wenn Herr Gundlack jetzt möchte, dass in diesen historischen Gartenanlagen Sonderanpflanzungen erfolgen mit Rosen, Tulpen und anderen Blumenarten –

(Jochen Schulte, SPD: Bananen.)

weiß ich nicht, hat er sich ja nicht zu geäußert –, dann sprengt das den historischen Garten. Das habe ich aus Ihren Worten verstanden. Also Sie müssen noch mal erklären: Was soll denn nun eigentlich passieren?

Ich halte es aber für richtig, auch für die finanzielle Belastung, lieber ein Konzept zu erarbeiten, so, wie die Ministerin das vorschlägt, das finanziell zu untersetzen, auch Besuchergruppen und Besucherinnengruppen anzusprechen, um sozusagen nicht finanzielle Desaster zu erleben, um das, was Sie vorhaben, den Bekanntheitsgrad und die Attraktivität überregional zu erhöhen, auch tatsächlich zu erreichen.

Da möchte ich mal wissen, ob im Zusammenhang mit dem Landesmarketing, ich habe mit Herrn Kranz mal gesprochen, das in die Konzeption mit hineinpasst. Wir haben hier im Zusammenhang mit der Tourismuskonzeption auch darüber gesprochen, die Urlaubswelten des Tourismusverbandes sehen zwar die Schlösser und die Gärten vor als solches, aber nicht das, was Sie hier im Detail vorschlagen.

Deswegen kann ich nur noch mal wiederholen, wir haben uns sehr wohl Gedanken gemacht und versucht zu verstehen, was Sie erreichen wollen. Wir werden Ihrem ersten Punkt zustimmen, denn das ist eine Feststellung und die ist vollkommen in Ordnung. Wir wollen auch Ihrem zweiten Punkt zustimmen, aber bitte schön nicht nur einer Prüfung. Sie müssen doch als Koalition Ihre Regierung nicht auffordern zu prüfen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawohl, sondern zum Handeln.)

Das ist normales Regierungshandeln, sondern es muss ein Ergebnis herauskommen. Und da möchten wir ein Konzept sehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Und diese Forderung haben wir in unserem Änderungsantrag formuliert. Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, dann können wir auch Ihrem Punkt II zustimmen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Liskow.

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU, und Marc Reinhardt, CDU)

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin hat gesagt, sie hat erstmals gesagt, wir sind reich als Land, wir sind sehr reich. Wir sind nicht nur reich an Schlössern und Gärten. Wenn man reich ist an Schlössern und Gärten, das kostet auch Geld. Das kostet sogar sehr viel Geld.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und das müssen wir, glaube ich, auch investieren. Das investieren wir ja auch schon seit Jahren in unsere staatlichen Schlösser und Gärten. Und jetzt gibt es einen Antrag der Koalition, der die Symbiose möchte, dass wir diese staatlichen Gärten und Parks mit so etwas Ähnlichem wie Gartenschauen verbinden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oder so was Ähnliches.)

um diese Gärten und Parks noch attraktiver zu machen. Ich glaube, das ist sehr sinnvoll, dieses zu machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Helmut Holter, DIE LINKE: Macht doch!)

Als Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern sind wir darauf angewiesen, dass wir unsere Stärken, die wir haben, noch weiter ausbauen. Und Frau Ministerin hat gesagt, wir sind das Land mit den meisten Schlössern. Wir sind nicht das Land mit den meisten Schlössern, aber das Land mit den meisten Herrenhäusern und Gutshäusern. Und ich glaube, das trifft es ziemlich genau. Dazu zählen natürlich auch die Schlösser.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Was mir so ein ganz kleines bisschen an diesem Antrag fehlt, ist, dass wir da nur fixieren auf staatliche Schlösser, Gärten und Parks. Wir haben natürlich in Vorpommern, das musste jetzt noch kommen, Frau Ministerin,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

nur ein Schloss auf Rügen, Granitz, und da ist auch ein Park dran. Aber es gibt natürlich auch noch viele andere erhaltenswerte Gärten und Parks,

(Harry Glawe, CDU: Zum Beispiel Ludwigsburg, sprich es doch aus!)

zum Beispiel Ludwigsburg oder ähnliche.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Aber höchstwahrscheinlich wird die Ministerin auch da noch eine Idee haben, wie man diese mit in diese Konzeption reinbekommt. Das werden wir dann entsprechend sehen.

> (Helmut Holter, DIE LINKE: Na mach mal einen Gartenspaziergang, dann fällt dir schon was ein! – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und Frau Ministerin sagt, was sie eigentlich gar nicht sagen darf von der Regierungsbank: "Das kommt drauf an." Dann wollen wir mal sehen, worauf es ankommt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich glaube, wir haben hier einen sehr sinnvollen Antrag der Koalition, auch wenn er von Herrn Holter so ein kleines bisschen kleingeredet wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, nein, nein, nein. Er hat ihn substanziell verbessert, Herr Liskow.)

Er hat den Versuch gemacht, ihn kleinzureden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: In aller Ernsthaftigkeit: Da redet mein Fraktionsvorsitzender zu einem wichtigen Problem, und Sie sagen, es wird kleingeredet. Das kann ja wohl nicht wahr sein.)

Herr Ritter, es ist wirklich ein schöner Cobeitrag gewesen, aber trotzdem haben Sie versucht, es etwas kleinzureden, auch wenn Sie ihn substanziell verbessern wollten. Ich glaube ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sehen Sie!)

Wollten, wollten, wollten.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wir haben, das ist uns gelungen.)

Ich glaube, der Antrag zeigt, dass wir als Mecklenburg-Vorpommern mit unseren Gärten und Parks nach außen sehr gut dastehen, dass wir da noch mal investieren wollen. Und ich glaube auch, wenn die Koalition es will, dann finden wir dafür die entsprechenden Mittel, um einfach unser Land noch attraktiver zu machen, auch als Tourismusland. – Deswegen bitte ich um die Zustimmung zu unserem Antrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gerkan.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte eigentlich anders anfangen,

(Jochen Schulte, SPD: Dann tun Sie das!)

aber angesichts dessen, was mir jetzt erzählt worden ist und was im Antrag steht, objektbezogene Gartenschauen: Was kann man sich darunter vorstellen? Das ist doch etwas,

(Harry Glawe, CDU: Etwas Fantasie!)

etwas nebulös da beschrieben. Auf der einen Seite wollen Sie Gartenschauen, auf der anderen Seite wollen Sie keine oder Sie wollen so etwas Ähnliches wie Gartenschauen. Also was wollen Sie eigentlich? Und da fällt es mir echt schwer, diesem Antrag zuzustimmen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Machen Sie es einfach!)

Insofern plädiere ich halt doch dafür, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten durchaus stark für

den Erhalt der staatlichen Gärten und Parks engagiert und auch EU-Fördermittel in diese Projekte gelenkt. Denken wir an die Investition von 8,5 Millionen in die Rekonstruktion des Schlossgartens hier in Schwerin oder aktuell in die Rekonstruktion des Schlossparks Mirow. Aber auch kleine Vorhaben wie die Umgestaltung des Gutsparks in Raben Steinfeld bei Schwerin bezeugen den Willen des Landes und der Kommunen, die kulturhistorisch wertvollen Anlagen zu erhalten und wiederzubeleben.

Insgesamt verfügen wir hier in Mecklenburg-Vorpommern, das haben auch meine Vorredner schon gesagt, über acht sehr schöne und großartige Garten-Park-Ensembles. Und wenn wir hier heute über die Perspektiven dieser Gärten und Parks reden, dann müssen wir uns vergegenwärtigen, dass wir uns auf diesem Gebiet in einem stetigen Wettbewerb mit ähnlichen Anlagen in anderen Bundesländern befinden.

(Egbert Liskow, CDU: Wenn die Leute hier sind, dann brauchen sie bloß noch hinzugehen.)

So ist es immer wieder eine Frage, wie wir auf unsere Anlagen aufmerksam machen und wie sie eingebunden werden in ein originelles Landesmarketingkonzept sowie in regionale und kommunale Kultur- und Tourismuskonzepte. Seitens des Landesmarketings wurde in puncto Werbung viel in entsprechende Internetauftritte investiert. Sie bieten in einem attraktiven Gewand schnell und übersichtlich wichtige Informationen zu den Gärten und Parks überall im Land. Mit der "Gartenroute Mecklenburg-Vorpommern" und der Aktion "Offene Gärten" gibt es weitere aus unserer Sicht durchaus gelungene Initiativen, die auf originelle Weise Genusskultur, Landschaftserleben und Kulturgeschichte verbinden.

(Harry Glawe, CDU: Genusskultur – Masterplan 2020.)

Mit der Insolvenz des Gartens von Marihn und den Rückforderungen von 600.000 Euro durch das Landwirtschaftsministerium gibt es für die "Gartenroute Mecklenburg-Vorpommern" zwar aktuell einen Dämpfer, doch sollte ihre Grundidee in Kombination mit der Gastronomieofferte "ländlichfein" unbedingt weiter ausgebaut und beworben werden.

(Egbert Liskow, CDU: Staatliche Gärten sind das.)

Neben diesen Initiativen zeigt sich zudem an zahlreichen Beispielen, dass wir erhöhte Aufmerksamkeit für die Gärten und Parks bekommen, wenn sie mit passenden Veranstaltungsangeboten genutzt werden. Es fiel eben schon das Beispiel, eines der Vorzeigeprojekte ist in der Tat das "Kleine Fest im großen Park", das an einem Augustwochenende Jahr für Jahr die unterschiedlichen Nischen des Schlossparks Ludwigslust für ein facettenreiches Kleinkunstprogramm nutzt. In der Metropolregion Hamburg ist es schon lange kein Geheimtipp mehr. In diesem Sommer, meine Damen und Herren, hat das Festival 18.000 Besucherinnen und Besucher angelockt. Das war ein Zuschauerrekord. Es passiert also etwas in unserem Land. Und der Erfolg hängt maßgeblich am Engagement von einzelnen Akteuren und einzelnen Initiativen, die ihren Park und ihren Garten geschickt in Szene setzen.

Mit Ihrem Antrag, sehr geehrte Damen und Herren der Regierungskoalition, sehen Sie insbesondere Gartenschauen als erfolgversprechendes Marketinginstrument, um die Gärten und Parks zu verstärken und dauerhaft zu sichern. Wir Bündnisgrüne teilen diese Auffassung nicht, ich erwähnte das am Anfang.

(Egbert Liskow, CDU: Warum denn?)

Das liegt in erster Linie daran, dass Gartenschauen – trotz gegenteiliger Behauptung vieler Veranstalter – aus unserer Sicht mehrheitlich ein Fiasko für die öffentlichen Haushalte darstellen.

(Egbert Liskow, CDU: Hier sind aber Bäume, Sträucher – alles grün.)

Vor allem die Spitzenverbände des gewerblichen Gartenbaus halten am Modell Gartenbau fest, schließlich haben sie in Form zum Beispiel der Bundesgartenschauen ein cleveres Geschäftsmodell entwickelt, das ihnen auf Kosten der Steuerzahler in beständiger Regelmäßigkeit lukrative öffentliche Aufträge sichert. Doch trotz anfänglicher Begeisterung, abgerechnet wird bei jeder Gartenschau. ...

(Egbert Liskow, CDU: Es geht hier um staatliche Gärten, nicht um Gartenschauen.)

Nein, es betrifft die staatlichen Gärten.

... wird bei jeder Gartenschau am Schluss. Und da gibt es in den austragenden Kommunen überwiegend katastrophale Ergebnisse.

(Minister Dr. Till Backhaus: Haben Sie nicht zugehört?)

Sicher erinnern Sie sich noch an die 20 Millionen Euro Schulden, auf denen die Stadt Rostock nach der IGA 2003 sitzen blieb.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist doch kein staatlicher Garten.)

Dazu kommen wir noch gleich.

Die Stadt Schwerin zum Beispiel prahlte nach der Bundesgartenschau 2009 mit angeblich 3 Millionen Euro Gewinn, vergaß aber zu erwähnen, dass zuvor gewaltige 60 Millionen öffentliche Mittel – 30 Millionen vom Land und 30 Millionen von der Stadt – in das Großereignis geflossen sind, meine Damen und Herren,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch Infrastruktur, das können Sie hier alles angucken.)

die sich niemals auch nur ansatzweise refinanzieren werden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist doch erfolgt mit dem Geld. Sogar 3 Millionen Plus haben sie gemacht. – Egbert Liskow, CDU: Das ist doch Natur.)

Aktuelles Negativbeispiel ist die Internationale Gartenschau in Hamburg, die noch bis Sonntag andauert.

(Egbert Liskow, CDU: Hauptsache Windräder, aber ein bisschen Natur ...)

Auch dort wird mit Verlusten in der Größenordnung von 25 Millionen Euro gerechnet. Von den erhofften Besuchern kam nicht einmal die Hälfte.

(Egbert Liskow, CDU: Das kann doch nicht sein!)

Weitere Beispiele aus dem gesamten Bundesgebiet lassen sich anführen. Gartenschauen sind selten ökonomisch nachhaltig, aber auch im ökologischen Bereich trifft dieses zu. Im Zuge wahrer Gestaltungsorgien schießt man gerne im kollektiven Rausch weit über das Ziel hinaus und überplant, so wie bei der BUGA in Schwerin, zahlreiche naturnahe Bereiche.

(Minister Dr. Till Backhaus: Da fragen Sie mal die allgemeine Bevölkerung, wie wird die das bewerten!)

Diese böten in ihrer natürlichen Qualität weit größere Vorteile als jene betonierten Ergüsse angeblich visionärer Landschaftsgestaltung,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

die aufgrund hoher Unterhaltungskosten die Stadt Schwerin

(Minister Dr. Till Backhaus: Die hat das überhaupt nicht verstanden.)

noch auf Jahre belasten werden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich meine hier explizit die sogenannte "Schwimmende Wiese", die Sie täglich mit einem Blick aus den Fenstern des Plenarsaals bewundern können. Allein 23 Millionen Euro war die einst als Veranstaltungsfläche angekündigte und heute weitgehend brachliegende Fläche dem Land und der Stadt Schwerin wert.

(Dietmar Eifler, CDU: Da müssen Sie mit der Oberbürgermeisterin reden.)

Gerade mit Blick auf das benachbarte Gartendenkmal Schlossgarten war das rechteckig gefasste Schlossbeet vom damaligen Gartendirektor der Stiftung Schlösser und Gärten Potsdam/Sanssouci, Professor Michael Seiler, als unpassend kritisiert worden.

Insbesondere Gartenschauen haben die unangenehme Eigenschaft, derartige Großprojekte hervorzubringen. Aus unserer Sicht sind sie Ausdruck einer zügellosen und enthemmten Sucht von Kommunal- und Landespolitikern, mit Großprojekten zu glänzen und die eigene Bilanz aufzupolieren,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

immer in der Hoffnung, dass am Ende niemand so ganz genau hinschaut.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir plädieren dafür,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

unsere Fraktion plädiert dafür, unter II Ziffer 1 Ihres Antrages den Teilsatz "im Rahmen objektbezogener Gartenschauen" zu streichen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir möchten, dass die Möglichkeiten, wie der Bekanntheitsgrad unserer Gärten und Parks gesteigert werden kann, ohne gesonderte Betrachtung von Gartenschauen geprüft werden. Der Ansatz an sich ist sehr begrüßenswert

(Egbert Liskow, CDU: Ach so!)

Und Sie, Herr Nieszery, hatten Ihre Meinung diesbezüglich bereits über die Presse kundgetan.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich?)

Auch wir sehen auf Landesebene keine Gartenschauen und würden es begrüßen. Wir möchten den Antrag nach Punkt I und II getrennt abstimmen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Egbert Liskow, CDU: Das war an der Sache vorbeigesprochen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern ist mit seinen vielen Schlössern, Guts- und Herrenhäusern sowie den Gärten und Parks sicherlich besonders reizvoll für Einheimische und Touristen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und Ritterkreuzträger.)

Bereits im April 2011 informierte Minister Schlotmann die Öffentlichkeit über Investitionen in die staatlichen Gärten und Parks Mecklenburg-Vorpommerns. Insgesamt 6,1 Millionen Euro wurden veranschlagt für das Jahr 2011, um, Zitat, "die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu stärken, denn die Gärten sind bei Touristen besonders beliebt", Zitatende.

Die Wirkung der Gärten und Parks auf Touristen ist der Landesregierung zumindest also seit dem Jahre 2011 bekannt. Was aber verlangen SPD und CDU nun hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern? Sie bitten die Landesregierung darum, ihrer Arbeit nachzukommen. Wir haben gerade von Frau Polzin gehört, dass die Landesregierung ihrer Arbeit nachkommt. Insofern, der Antrag ist für die Tonne. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall Tino Müller, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Gundlack.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was für ein starker Auftritt, mein lieber Mann!)

Tilo Gundlack, SPD: Das zeigt zumindest, dass Herr Köster Kraft hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er kann schon Papier zerknüllen. Das ist ja doll.)

Er kann schon Papier zerknüllen, genau.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Holter, ich fühle mich ja geschmeichelt, dass Sie zu diesem Antrag gesprochen haben. Ich möchte Ihnen auch noch mal sagen, warum und wie es zu diesem Antrag gekommen ist. Vielleicht hilft das ein bisschen, um zum allgemeinen Verständnis beizutragen.

Wir waren mit unserem Arbeitskreis der Finanzen in diesem Jahr in den Schloss- und Gartenanlagen in Wiligrad, Hohenzieritz, Mirow, Neustrelitz, natürlich Schwerin und haben vor, im nächsten Jahr nach den Haushaltsberatungen alle anderen auch noch zu besuchen. Und da, gerade wenn Sie mal nach Wiligrad fahren, ist uns aufgefallen, wie viel Geld da investiert wird, auch in den Umbau der ehemaligen Polizeischule oder was es war. Zumindest war die Polizei da ja mit drin, die Nationalpolizei, also die DDR-Polizei. Ja, Wiligrad.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie hieß die Polizei? – Egbert Liskow, CDU: DDR-Polizei.)

Die Volkspolizei. Die Volkspolizei, Herr Ritter. Entschuldigung, die Volkspolizei natürlich.

Und da ist uns aufgefallen und wir haben auch gefragt, was haben wir eigentlich damit vor. Wir stecken so viel Geld rein. Und da haben wir gefragt: Gibt es Möglichkeiten, dieses besser und umfangreicher zu vermarkten? Auch wenn Sie gerade nach Neustrelitz fahren, zu dem Park, der neu angelegt wird, wie kann man das am besten vermarkten, haben wir uns gefragt.

Darauf basiert auch dieser Antrag. Und dann haben wir gesagt, da müsste doch nach Möglichkeiten gesucht werden, ich sage mal, wo die Leute bei Schmuddelwetter, wenn sie nicht mehr an den Strand fahren können, hinfahren können. Wie können die Parks vermarktet werden, damit die Touristen da hinfahren? Andere Länder machen uns das ja vor.

(Egbert Liskow, CDU: Kein Strandwetter.)

Und daraufhin haben wir uns dann entschlossen oder auch federführend mein Kollege Herr Krüger, einen Antrag zu schreiben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ach, er ist eigentlich derjenige.)

Ich bin Herrn Krüger auch ausgesprochen dankbar dafür. Ich bin zwar nicht der romantische Mensch in unserer Fraktion, aber zumindest kann ich ihm da beipflichten.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das kannst du ruhig zugeben. – Egbert Liskow, CDU: Wer ist denn der Romantiker?)

Ja, das haben wir noch nicht geklärt, wer der Romantiker bei uns in der Fraktion ist, aber zumindest halten wir uns erst mal an unseren Fraktionsvorsitzenden. (Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

Der hat erst mal die Lufthoheit über die Romantik bei uns in der Fraktion und kann sie dann ja gegebenenfalls verteilen, ne?!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gerne, gerne. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Wir fordern ja nur in unserem Antrag die Regierung auf, nach Möglichkeiten zu suchen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aber Sie sind Regierungsfraktion.)

den Bekanntheitsgrad der im Bau befindlichen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er hat das erkannt.)

im Umbau befindlichen Parkanlagen herzustellen.

(Jochen Schulte, SPD: Norbert, hast du schon deine weibliche Seite entdeckt?)

Und das heißt, wir fordern die Regierung auf zu prüfen, mit welcher Möglichkeit sie punktuell den Park oder den Park vermarkten könnten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Die Regierung macht aber was anderes.)

Wir fordern sie auf dazu, das zu machen, die Möglichkeiten zu suchen.

(Egbert Liskow, CDU: Besser. – Helmut Holter, DIE LINKE: Ach so?)

Und von der Warte her fordere ich Sie natürlich noch mal auf. Vielleicht habe ich jetzt ein bisschen Licht ins Dunkel gebracht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ein bisschen Romantik ins Spiel gebracht.)

Ein bisschen Romantik ins Spiel gebracht, genau, Herr Ritter.

(Egbert Liskow, CDU: Die Barockgärten.)

Und vor dem Hintergrund möchte ich Sie natürlich noch mal auffordern, im Sinne unserer Vermarktung des Landes

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und der vielen, vielen Touristen, die jedes Jahr unser Land besuchen und bei schlechtem Wetter oder auch so einfach Alternativen zum Strand

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Hanse Sail.)

oder zur Hanse Sail suchen,

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.) um somit Alternativen zu suchen, die wir zumindest in meinem Arbeitskreis Finanzen sehr schön in Park- und Gartenanlagen mit kleinen Gartenschauen, nicht mit Landesgartenschauen, mit kleinen projektbezogenen Gartenschauen suchen. Von der Warte her darf ich um Ihre Zustimmung bitten. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Egbert Liskow, CDU: Tolle Idee.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2282 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2282 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und NPD, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2291 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2291 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über die Ziffern I und II des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/2251 einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/2251 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/2251 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Wer der Ziffer II des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/2251 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/2251 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25**: Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages – Vergabeentscheidungen im SPNV des Landes Mecklenburg-Vorpommern und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten.

Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT Vergabeentscheidungen im SPNV des Landes Mecklenburg-Vorpommern und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat zunächst der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Schlotmann.

Minister Volker Schlotmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So oft wird ja dieses Instrument der Aussprache nicht genutzt, aber aus gegebenem Anlass und auf Nachfrage habe ich gesagt, ja, ich würde gern zuerst reden, weil das Thema in keiner Weise dazu geeignet ist, die, ich sage mal, humorvolle Episode, die wir gerade hatten, fortzuführen, denn hier geht es um das Schicksal von vielen Kolleginnen und Kollegen. Von daher möchte ich, bevor dann eine Debatte des Parlaments und eine Aussprache stattfinden, hier Ausführungen machen, die vielleicht mal etwas Licht in einige Dinge bringen und Aufklärung verschaffen, meine Damen und Herren.

Ich muss Folgendes sagen: Für mich ganz persönlich finde ich das Beantragen einer Aussprache zu einer Vergabeentscheidung zumindest, na, ich sage es mal vorsichtig, erstaunlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ungewöhnlich.)

Wenn ich das weiterdenke, wohin wir da kommen könnten – was ich nicht hoffe –, dann, glaube ich, würden wir uns hier ein Stück weit selbst lahmlegen im Land.

Ich hoffe, wir sind uns hier auch über eines einig: Wir als jetzt in dem Falle Verkehrsministerium führen Vergabeentscheidungen, die zu tätigen sind, die zwingendes Tagesgeschäft von Ministerien sind, nach Recht und Gesetz durch. Ich hoffe, das stellt keiner infrage. Und, meine Damen und Herren, wir haben da ein ganz konkretes Verfahren. Ist also ein Mitbewerber, ein Wettbewerber mit einer getroffenen Entscheidung bei einer Vergabe nicht einverstanden – und das ist nicht unüblich, das ist eher der übliche Fall –, hat dieser Wettbewerber oder haben diese Wettbewerber die Möglichkeit, die sogenannte Vergabekammer anzurufen oder auch dann noch eine Beschwerde beim Oberlandesgericht in Rostock einzulegen, meine Damen und Herren. Von daher stellt sich die Frage, was ist bezweckt mit dieser Aussprache.

Ich will also noch mal den Sachverhalt, um den es hier eigentlich geht, kurz zusammenfassend darstellen. Und, meine Damen und Herren, ich bin an der Stelle auch nicht frei von Emotionen, weil ich seit Langem mit den Kollegen, die davon betroffen sind im negativen Sinne, in Kontakt bin, in vielen Gesprächen bin, viele Einzelgespräche geführt habe, bei den Kolleginnen und Kollegen, die vor der Staatskanzlei demonstriert haben, gewesen bin, die auch bei mir immer wieder gewesen sind. Also von daher versuche ich, das, soweit es geht, emotionsfrei zu machen. Das wird sicherlich nicht immer ganz gelingen.

Meine Damen und Herren, wir reden hier über das Thema "Vergabe und Ausschreibung für das Teilnetz Ost-West", die Strecke Lübeck-Ueckermünde. Meine Damen und Herren, ich will das hier noch mal ganz deutlich für jeden sagen: Die OLA hätte sich auf diese Ausschreibung bewerben können, denn darum geht es. Sie hätte sich auf diese Ausschreibung bewerben können. Die OLA hat in der Vergangenheit diese Strecke zu einem

Teil bedient. Was aber hier immer irgendwie und ständig unter die Räder gerät, im wahrsten Sinne des Wortes, ist die Tatsache, dass der Mutterkonzern der Firma OLA der OLA untersagt hat, sich zu bewerben. Das ist ein Faktum, das ist dokumentiert. Trotzdem hat ein Mitarbeiter der OLA die Bewerbungsunterlagen, die im Unternehmen OLA ja angefertigt waren, fertig waren im Grunde genommen, abgegeben bei der VMV hier in Schwerin.

Das hat der Mutterkonzern Veolia mitbekommen und hat sofort telegrafisch per Mail bei der VMV interveniert und erklärt, diese Unterlagen müssten sofort zurückgezogen, zurückgeholt werden. Er erklärte die Unterlagen, die real vor uns lagen, für nicht existent. Das muss man sich mal so vorstellen! Das ist das Verfahren gewesen. Also der Mutterkonzern erklärte, die Unterlagen seien für uns nicht existent. Wir durften sie - mit "wir" meine ich jetzt die Landesregierung und die damit beauftragte VMV -, diese real vorliegenden Unterlagen, im Ausschreibungsverfahren nicht mehr zur Kenntnis nehmen, sie bewerten oder in irgendeiner Form behandeln. Das heißt, wir mussten, obwohl es real anders war, davon ausgehen, es gibt keinen Mitbewerber OLA für diese Ausschreibung. Das führte zu folgendem Ergebnis, meine Damen und Herren: Es blieb ein anderer Wettbewerber übrig, das war die DB Regio.

Wir haben dann als Land, weil wir auch als Energieministerium natürlich gehalten sind, wirtschaftlich zu denken und zu handeln, die Ausschreibung aufgehoben, weil das Angebot, das übrig geblieben ist, in diesem Falle von der DB Regio, nicht das war, was wir zu 100 Prozent mit unserer Ausschreibung eigentlich erreichen wollten. Daraufhin hat die DB Regio die Vergabekammer angerufen und uns wurde deutlich signalisiert, als Konsequenz würden wir mit einer Aufhebung der Ausschreibung, so, wie wir es vorhatten, und einem erneuten Vergabeverfahren nicht durchkommen. Wir haben dann aus dieser Situation heraus mit der DB Regio das Angebot noch einmal nachjustiert.

Nun, nachdem wir also nachjustiert haben, meine Damen und Herren, passiert Folgendes: Die OLA meldet sich wieder und sagt, sie hätte sich ja eigentlich doch beworben. Wenn sie gewusst hätte, dass man da vielleicht noch nachjustiert, dann hätte sie sich doch als Bewerber eingebracht. Dass wir das als nicht gerade seriös betrachtet haben, das brauche ich, glaube ich, nicht weiter zu erläutern.

Weil jetzt die DB Regio den Zuschlag erhalten hat, reichte die OLA Beschwerde bei der Vergabekammer ein. Die Vergabekammer, meine Damen und Herren, hat diese Beschwerde zurückgewiesen und auch in der zweiten Instanz beim Oberlandesgericht ist die OLA mit ihrem Ansinnen gescheitert.

Ich will also damit hier Folgendes deutlich dokumentieren: Wir haben uns in Übereinstimmung mit dem Vergaberecht und bestätigt durch die Gerichte bis in die zweite Instanz bewegt. Es ist nichts zu kritisieren, meine Damen und Herren, außer – und das sage ich hier mit vollem Bewusstsein – dem Verhalten des Veolia-Konzerns, dem offenbar die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter völlig schnurzegal waren und sind. Das muss man hier einfach mal so deutlich aussprechen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist verständlich.)

Meine Damen und Herren, wir reden hier über eine Überbrückungsvergabe. Diese wurde nötig, weil Ende dieses Jahres der alte Vertrag ausläuft. Die Vergabe wird aber erst ab Dezember 2014 auf der Strecke nach Ueckermünde wirksam.

Dann hat also die Verkehrsgesellschaft Sondierungsgespräche geführt, auch mit der OLA, und hat im Ergebnis Verhandlungen mit der DB Regio geführt. Die Notvergabe - das heißt, im SPNV, so ist das geregelt, das ist keine Erfindung von uns - muss zuverlässig sein und unterbrechungsfrei erbracht werden. Und ich sage Ihnen sehr deutlich, aufgrund der Entstehung dieser Aktionen, wie ich Sie Ihnen gerade beschrieben habe, gab und gibt es bei uns extreme Zweifel an der Zuverlässigkeit des Unternehmens OLA, ich betone das ausdrücklich, des Unternehmens OLA. Ich denke, jeder, der diese Sache einigermaßen wertfrei betrachtet, wird das nachvollziehen können, denn, meine Damen und Herren, hier geht es nicht darum, dass wir Zweifel an der Zuverlässigkeit, an dem Können der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OLA haben, sondern an dem Unternehmen OLA beziehungsweise seiner Mutter und dem Agieren seiner Mutter Veolia, die in Paris sitzt, die in Paris entschieden hat, sich von der Verkehrssparte zu trennen, dem alles unterordnet und nicht danach guckt, welche Situation vor Ort in Mecklenburg-Vorpommern im SPNV herrscht und wie negativ die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter davon betroffen sind.

Man muss auch eines konstatieren: Diese Notvergabe, wie wir sie jetzt für das eine Jahr praktizieren, ist in der EU-Verordnung 1370 aus 2007 vorgesehen. Und ich will es an dieser Stelle noch mal sagen, die Arbeitsleistung der OLA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter, deren Geschäftsführer im Zusammenhang mit diesem ganzen Wuling, was Paris verursacht hat, auch weggegangen ist, gekündigt hat, zu einem anderen Unternehmen gewechselt ist - das ist für uns auch ein Indiz -, die Arbeitsleistung dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist extrem hervorragend. Die Kolleginnen und Kollegen haben Preise dafür erzielt, für ihren Service, für die Qualität ihrer Leistung. Wir haben hier Nutznießer aus den vergangenen Jahren unter uns, die das bestätigen können. Ich kann das selbst ebenfalls bestätigen. Davon kann sich die Deutsche Bahn an manchen Stellen sogar noch eine Scheibe abschneiden. Ich sage das mal so salopp.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Wir können aber – und das will ich hier noch mal so deutlich sagen –, wir können uns doch als Landesregierung hier nicht zum Büttel eines Konzerns, wo auch immer der sitzen mag, machen und uns sozusagen erpressen lassen. Die treffen eine unternehmerische Entscheidung und wir sitzen als Land letztendlich damit an. Das kann es und darf es wirklich nicht sein, meine Damen und Herren!

Wir reden davon, dass wir – auch das ist nicht unwichtig für eine Debatte dazu – hier in Übereinstimmung handeln und gehandelt haben mit dem Branchentarifvertrag für Schienenpersonennahverkehr. In diesem Branchentarifvertrag, der gilt zwischen dem Arbeitgeberverband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e. V. – den gibt es tatsächlich – und der EVG, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, in diesem Branchentarifvertrag verpflichten sich bei einem Wechsel des Leistungserbringers die beteiligten Unternehmen, hinsichtlich einer Weiterbeschäftigung von interessierten Arbeitnehmern beim nachfolgenden Leistungserbringer im Rahmen ihrer betrieblichen Möglichkeiten kooperativ zusammenzuarbeiten.

Ich sage Ihnen, ich bin nach wie vor, das wird mir ja manchmal vorgeworfen, mit ganzem Herzen Gewerkschafter. Ich war lange hauptamtlich Gewerkschafter und ich achte schon immer sehr genau darauf, dass Arbeitnehmerrechte und Möglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beachtet werden. Dieser Tarifvertrag ist Gold wert, wenn er umgesetzt wird, und ich hatte und habe bis heute keinen Grund, daran zu zweifeln, dass dieser Tarifvertrag auch praktisch umgesetzt wird.

Ein Beleg dafür, meine Damen und Herren, ist das, was wir auch in der Presse verfolgen konnten, das hoffe ich zumindest: Für eine beachtliche Anzahl der Männer und Frauen bei der OLA kann eine Weiterbeschäftigung bei der DB Regio und auch bei der ODEG organisiert werden. Ich erinnere an die Pressemitteilung der ODEG, dass die Kolleginnen und Kollegen der OLA mit offenen Armen empfangen werden. Das ist eine sehr schöne Geste, das will ich hier so deutlich sagen. Sie beinhaltet natürlich auch Unannehmlichkeiten für die Betroffenen. nämlich zum Beispiel das Risiko, nicht immer sofort wohnortnah eingesetzt werden zu können. Aber ich glaube, ein Arbeitsplatz in diesen Zeiten ist schon so viel wert, dass man das dann als organisierter Arbeitnehmer ein Stück weit mit akzeptieren muss. Dafür, das kann ich Ihnen so sagen, ...

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Herr Foerster, Sie können ja gleich das hier alles zum Besten geben.

... habe ich ausdrücklich geworben, Herr Foerster, und ich habe bei den Demonstranten gestanden. Da wurde auch nicht daran geglaubt. In der Situation der betroffenen Kolleginnen und Kollegen hätte ich wahrscheinlich auch nicht daran geglaubt, wenn mir ein Minister sagt, wir kümmern uns und wir kümmern uns mit den Möglichkeiten, die uns gegeben sind. Aber ich denke, es ist ein Erfolg gemeinsamer Bemühungen, auch der Kolleginnen und Kollegen in den anderen Unternehmen, dass hier eine Chance geboten wird. Dass wohl nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OLA übernommen werden von anderen Unternehmen, auch das steht mit ziemlicher Sicherheit fest, meine Damen und Herren.

Aber ich möchte nur mal einen Hinweis geben. Ich habe das nämlich, das gleiche Thema, schon mal durch hier im Land. Da ging es nur andersrum, da waren es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DB Regio, als es um eine Vergabeentscheidung ging und dieser Vertrag nicht mehr von der DB Regio erfüllt wurde. Da wurde dann gesagt, das ist ja eine Schweinerei, wir nehmen den Kollegen dort den Arbeitsplatz oder die Grundlage weg.

Meine Damen und Herren, hätte die DB Regio das nicht gemacht, dann hätten die Kollegen bei DB Regio jetzt ein Problem. Dann wären die Gleichen, die jetzt aus dem politischen Raum kommen und schimpfen, auch wieder bei uns aufgetreten. Ich werde mich nicht daran beteiligen – ich habe mit den Gewerkschaftskollegen auch intensive Gespräche dazu gehabt –, ich werde mich nicht daran beteiligen, Beschäftigte des einen Unternehmens gegen die Beschäftigten des anderen Unternehmens auszuspielen. Wir werden die Nachfolgeunternehmen alle weiterhin ermutigen – und nicht nur ermutigen, sondern auffordern –, so viele Beschäftigte der OLA wie möglich zu übernehmen. Und ich kann Ihnen sagen, unser kontinuierlicher Kontakt, ein sehr enger Kontakt mit den Betriebsrä-

ten hat dazu beigetragen, dass wir versuchen, soweit das in einer solchen Situation überhaupt geht, für die Betroffenen vernünftige Regelungen zu bekommen.

Abschließend will ich noch mal sagen, ich halte es für aberwitzig, dass ein Konzern in einer europäischen Hauptstadt eine unternehmerische Entscheidung trifft und wir uns hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern über eine Vergabe, die aufgrund dieser unternehmerischen Entscheidung notwendig war, streiten. Das kann ich nicht nachvollziehen, tut mir leid. Da mache ich aus meinem Herzen auch keine Mördergrube. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Der Minister hat die angemeldete Redezeit um vier Minuten überschritten. Damit steht nach Paragraf 85 unserer Geschäftsordnung den Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind, der über die vereinbarte Redezeit hinausgehende Zeitraum zusätzlich zur Verfügung.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Als gelernter Eisenbahner müsste ich mich eigentlich darüber freuen, dass der Landtag sich im Rahmen einer Sitzungswoche, genauer gesagt, im Rahmen eines Sitzungstages gleich dreimal mit dem Thema Schienenpersonennahverkehr beschäftigt, aber es gibt eben augenscheinlich auch zahlreiche Probleme, die eine Aussprache notwendig erscheinen lassen. Deswegen haben wir diesen Tagesordnungspunkt aufsetzen lassen, Herr Kollege Schlotmann. Es geht auch nicht nur um eine Lex OLA, sondern wir wollen das schon etwas grundsätzlicher an der Stelle diskutieren. Bevor ich Ihnen zur Sichtweise der Linksfraktion auf eben diese vortrage, vorab einige grundsätzliche Bemerkungen zum Thema Schienenpersonennahverkehr.

Die Zuständigkeit für die Organisation liegt seit 1996 bei den Bundesländern und seitdem sind allgemein betrachtet die Beförderungszahlen bundesweit deutlich gestiegen, um 30 Prozent. Die Länder sind seitdem selbst verantwortlich für die Ausschreibung von Verkehrsverträgen im SPNV und sie erhoffen sich natürlich vom Wettbewerb zwischen verschiedenen EVUs auch positive Effekte für Sauberkeit, Sicherheit, Pünktlichkeit und natürlich für die Preisgestaltung.

2012 entfielen bundesweit auf den früheren Monopolisten Deutsche Bahn AG immer noch 75 Prozent der in der Summe 653 Millionen gefahrenen Zugkilometer. Der Rest verteilte sich dann auf zahlreiche Konkurrenten, zum Beispiel auf Veolia mit 4, BeNEX und NETINERA mit jeweils 3 Prozent Marktanteil. Bundesweit stieg der Anteil des SPNV zwar an 100 gefahrenen Kilometern im vergangenen Jahr von 3,7 auf 4,6 Kilometer, genauso wie die durchschnittliche Auslastung je Zug von 67 auf 81 Personen, allerdings konzentriert sich diese Zunahme auf die großen Ballungszentren, während in der Fläche, also auch in Mecklenburg-Vorpommern, eher gegenläufige Entwicklungen zu beobachten sind.

Was heißt das? Wer über den SPNV in Mecklenburg-Vorpommern spricht, der weiß, dass die Herausforderung für alle Marktakteure darin besteht, Mobilität für die Gesamtbevölkerung im Rahmen der Daseinsvorsorge sicherzustellen. Dies funktioniert in ländlichen Regionen eben nur dann – das haben wir heute Vormittag schon diskutiert – wenn SPNV und ÖPNV optimal vernetzt sind. Warum ist das so? Weil Kunden die Bahn nur dann als Alternative zum Pkw sehen, wenn sie verlässliche Taktfahrpläne und durchgehende Reiseketten vorfinden.

Aus der Sicht der Beschäftigten bei der Bahn oder den Bahnunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern hat die beschriebene Entwicklung mehrere Dimensionen. Nach den großen Rationalisierungswellen im Zusammenhang mit der Bahnreform waren viele Eisenbahner aus unserem Bundesland Wochenpendler. Und da ich dienstlich viel mit dem Zug von Schwerin nach Frankfurt am Main fahren musste, weiß ich auch ganz genau, worüber ich rede. Die haben sich da nämlich immer in den entsprechenden Zügen getroffen.

Da das Streckennetz in Mecklenburg-Vorpommern immer weiter ausgedünnt wurde, verrichteten Lokführer und Zugbegleiter ihren Dienst also in den sogenannten Bedarfsregionen der alten Bundesländer. Sie versuchten, dabei möglichst ihre Dienstpläne so zu gestalten, dass sich der Schichtplan nach unterschiedlichen Schicht- und Wechseldiensten so gestaltete, dass sie zwei bis drei Tage am Stück fanden und somit die Möglichkeit bestand, nach Hause zu fahren. Mit der Gründung der Privatbahnen, wie der MEBA, der OME oder später der ODEG, bestand dann plötzlich die Chance, nicht mehr auspendeln zu müssen, sondern wieder zu Hause arbeiten zu können. Das haben zahlreiche Kolleginnen und Kollegen auch genutzt und dabei übrigens auf sehr viel Geld verzichtet, denn gerade zu Beginn waren die Gehaltsunterschiede zwischen DB AG und privaten Eisenbahn- und Verkehrsunternehmen enorm.

Deswegen hat die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG auch jahrelang tarifpolitisch daran gearbeitet, die Lohn- und Sozialstandards bei den Privatbahnen schrittweise dem Niveau bei der DB AG anzunähern. Vor allem aber wollte sie Lohndumping im Zusammenhang mit Ausschreibungen bekämpfen. Dies gipfelte im Abschluss des Branchentarifvertrages mit der DB AG und den sechs Privatbahnen im Jahre 2011. Das haben Sie korrekt ausgeführt.

Warum war das so? Weil dahinter die Erkenntnis stand, dass Wettbewerb nicht nur eine Frage ist, die man mittels betriebswirtschaftlicher Kennzahlen beantworten kann. Ich will ausdrücklich für meine Fraktion sagen, wir sind nicht gegen Wettbewerb, solange er da stattfindet, wo er hingehört, nämlich auf der Schiene und nicht auf dem Rücken der Beschäftigten. Und wenn man das zum Maßstab des eigenen Handelns macht, dann kommt dem Land natürlich eine Schlüsselrolle zu, denn Herr Schlotmann als zuständiger Verkehrsminister hat es selbst in der Hand, ob er bei Ausschreibungen im SPNV unseres Landes beispielsweise den angesprochenen Branchentarifvertrag zur Grundlage für einzuhaltende Lohn- und Sozialstandards macht.

Der Branchentarifvertrag SPNV enthält unter anderem Regelungen zur regelmäßigen Arbeitszeit, zum Erholungsurlaub, zur Zahlung von Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten, zur Eingruppierung, zur Betriebszugehörigkeit und eben auch – das ist angesprochen worden – zum Verfahren bei Betreiberwechseln. Er wurde

von allen Seiten, von Arbeitgebern wie Gewerkschaften, als Meilenstein für einen gesunden Wettbewerb und als Beitrag gegen eine mit Ausschreibungen verbundene Lohnspirale nach unten gewertet. Im Falle von Betreiberwechseln bietet er jedoch nur wenig Schutz, denn kommt es zu dieser Situation – das ist auch korrekt ausgeführt worden –, verpflichtet er die Unternehmen lediglich dazu, Gespräche hinsichtlich der Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung zu führen, sofern beide überhaupt seinem Geltungsbereich unterliegen.

Es gibt aber andere gesetzliche Einflussmöglichkeiten. Seit der Verabschiedung einer EU-Richtlinie im Jahre 2007 kann die Übernahme des Personals vom bisherigen auf den neuen Betreiber nämlich verbindlich vorgeschrieben werden. Gemeint ist hier ganz konkret die EU-Richtlinie 1370 und da der Artikel 4 Absatz 5, auf dessen Basis das Verkehrsministerium als zuständige Behörde eine sogenannte Anordnungsverfügung erlassen kann. Dort heißt es, und ich will das mal zitieren: "Unbeschadet des nationalen Rechts und des Gemeinschaftsrechts, einschließlich Tarifverträge zwischen den Sozialpartnern, kann die zuständige Behörde den ausgewählten Betreiber eines öffentlichen Dienstes verpflichten, den Arbeitnehmern, die zuvor zur Erbringung der Dienste eingestellt wurden, die Rechte zu gewähren, auf die sie Anspruch hätten, wenn ein Übergang im Sinne der Richtlinie 2001/23/EG erfolgt wäre." Zitatende. Diese angesprochene Richtlinie regelt die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Betriebsübergang von einem auf ein anderes Unternehmen.

Nähere Aussagen treffen zudem die Erwägungsgründe 16 und 17, die beispielsweise die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer und die Verhinderung von Sozialdumping im Wettbewerb zwischen verschiedenen Betreibern durch die Vorgabe sozialer Schutzbedingungen regeln. Darauf bezog sich der Betriebsratsvorsitzende der OLA, Joachim Borrmann, als er Sie, Herr Minister, im Rahmen der Mahnwache vor der Staatskanzlei dazu befragte. Und was haben Sie ihm da geantwortet? Man bewege sich da vergaberechtlich auf ganz dünnem Eis und Ihre Juristen hätten Ihnen davon abgeraten, derartige Festlegungen zu treffen. Was für Argumente!

Meines Erachtens hätten Sie doch als Minister – und Sie haben hier ja noch mal kundgetan, dass Sie nach wie vor mit Leidenschaft auch Gewerkschafter sind – Ihre Richtlinienkompetenz nutzen können, um zu besseren Regelungen für die Kolleginnen und Kollegen zu kommen. Ob derartiger Einschätzungen dürfte den Kolleginnen und Kollegen der Kaffee, den Sie anschließend freundlicherweise im Ministerium spendiert haben, auch ziemlich bitter geschmeckt haben.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie waren doch gar nicht dabei!)

Ich habe mich kundig gemacht, ob es ein Dokument gibt, das die rechtssichere Anwendung des Artikel 4 Absatz 5 der EU-Richtlinie 1370 beschreibt und das folglich mit Blick auf künftige Ausschreibungen im SPNV des Landes Mecklenburg-Vorpommern hilfreich sein könnte, damit bessere Vorsorge für einen solchen Fall getroffen werden kann.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Die Experten im gewerkschaftlichen Lager empfehlen den Handlungsleitfaden des Landes Rheinland-Pfalz. Ich

habe ihn bei mir im Büro und stelle ihn selbstverständlich gern zur Verfügung.

Ich habe auch noch zwei praktische Beispiele dafür, wie Sie die Übernahme hätten regeln können oder sagen wir, zukünftig wenigstens regeln sollten. Das erste betrifft das Netz Nord-Süd von Rostock über Waren und Neustrelitz nach Falkenberg/Elster. Dort lag die Federführung im Nachbarland beim VBB. Ich habe mir die Unterlagen mal angesehen, dort findet sich ein eigener Abschnitt 3.4 mit dem Titel "Übernahme von Betriebspersonal des bisherigen Betreibers". Und jetzt passen Sie auf, was dort niedergeschrieben wurde! "Das EVU", gemeint ist das Eisenbahnverkehrsunternehmen, "ist auf der Grundlage von Artikel 4 Absatz 5 der EU-Richtlinie 1370 verpflichtet, nach Maßgabe der nachfolgenden Regelung dem Betriebspersonal (Triebfahrzeugführer, Zugbereitsteller, Servicepersonal), das zuvor als Arbeitnehmer zur Erbringung der Dienste eingestellt wurde, eine Übernahme und die Entgeltregelungen zu gewähren, auf die es einen Anspruch hätte, wenn ein Übergang im Sinne der Richtlinie 2001/23 erfolgt wäre."

Mein zweites Beispiel betrifft die Ausschreibung eines Teilrings der S-Bahn Berlin. Auch dort habe ich mal nachgeschaut, welche Vorsorge für den Fall eines Betreiberwechsels getroffen wurde, und da finden Sie in Punkt III Absatz 1 Punkt 4 der Auftragsbekanntmachung folgende Formulierung: "Die Auftraggeber beabsichtigen, von ihrer Befugnis nach Art. 4 Abs. 5 VO (EG) Nr. 1370/2007 Gebrauch zu machen. Hierfür soll jeder Bieter verpflichtet werden, den im Fahrbetrieb des betreffenden Teilnetzes beschäftigten Arbeitnehmer/innen ein Arbeitsplatzangebot auf Basis des einschlägigen Tarifvertrages sowie der nach § 613a BGB geltenden Konditionen zu unterbreiten."

Also unabhängig von all den vergaberechtlichen Querelen, an denen natürlich die Spekulationen um einen Verkauf der Schienenverkehrssparte bei Veolia einen großen Anteil hatten, hätten Sie eine gute gesetzliche Möglichkeit gehabt, das Thema im Sinne der Beschäftigten zu regeln, und sollten künftig auch bei weiteren Vergabeverfahren von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Ihre SPD-Kollegen Vogelsänger und Müller scheinen dies auch zu tun, nur Sie, Herr Schlotmann, haben es nicht getan und haben sich leider stattdessen bei Nachfragen zum Thema hinter Ihren Juristen versteckt.

Ich darf Ihnen schon mal ankündigen, dass Sie in den nächsten Tag Post von der ETF bekommen werden – wenn die Post nicht schon da ist. Die Europäische Transportarbeitergewerkschaft hat sich nämlich jüngst auch noch mal mit der Materie befasst und sich mit einer Erklärung an den zuständigen EU-Kommissar gewandt. Die Dokumente beschreiben treffend, worum es geht:

"Arbeitnehmer, die bei der Erbringung von Personenverkehrsdienstleistungen eingesetzt werden, sind im besonderen Maße schutzwürdig. Derartige Aufträge werden in einem regelmäßigen Turnus neu vergeben. Daher ist immer damit zu rechnen, dass ein Betreiber einen Auftrag verliert und dieser jedenfalls in der betreffenden Region keinen vergleichbaren Anschlussauftrag findet. Das birgt das Risiko in sich, dass die bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren, ohne einen adäquaten Ersatzarbeitsplatz zu finden oder aber, dass sie der neue Betreiber zwar übernimmt, indes zu schlechteren Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus wäre es natürlich nicht hinnehmbar, wenn die Liberalisie-

rung des Eisenbahnsektors in einen Verdrängungswettbewerb münden würde, der vorwiegend über Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt wird. Auch darf es nicht dazu kommen, dass sich Anbieter allein deshalb durchsetzen können, weil sie ihren Arbeitnehmern vergleichsweise schlechte Arbeitsbedingungen gewähren und ihre Leistungen daher besonders günstig anbieten könnten. Dies würde zu einer Abwärtsspirale von Arbeitsbedingungen führen, die den sozialpolitischen Grundsätzen der" EU "zuwider laufen würde." Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

In den Dokumenten findet sich ebenfalls eine rechtliche Bewertung des Spannungsfeldes aus Dienstleistungsund Niederlassungsfreiheit und der Vorgabe sozialer Kriterien bei Ausschreibungen. Aber, Herr Minister, Sie haben sich nicht nur hinter Ihren Juristen, sondern auch hinter den getätigten Notvergaben versteckt. Sie haben dazu ausgeführt. Mir hat sich bis heute nicht erschlossen, um welche Not es dabei tatsächlich ging.

Den Kolleginnen und Kollegen haben Sie erzählt, dass Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Zweifel an der Eignung der OLA bezüglich des Weiterbetriebes hatte. Deshalb, so der O-Ton, das haben Sie heute hier wiederholt, sei man gezwungen gewesen zu handeln und deshalb wechselt bereits ein Jahr vor dem regulären Beginn des neuen Verkehrsvertrages mit der DB Regio auch der Betreiber, und das, obwohl Ihnen bekannt war, und Sie haben es hier selbst gesagt, dass die Zufriedenheitswerte bei den Fahrgästen in Sachen Pünktlichkeit, Sauberkeit, Sicherheit und Kundenakzeptanz außerordentlich hoch sind, was sich nicht zuletzt auch in mehr als 6.000 Unterschriften unter eine dem Landtag zugeleitete Massenpetition des OLA-Betriebsrates ausgedrückt hat. Sie haben ein Jahr vorfristig den Betreiber gewechselt, obwohl Sie ganz genau wussten, dass die OLA ausreichend geeignete hochwertige Fahrzeuge im Besitz beziehungsweise über Leasingfirmen verbindlich für den Einsatz angemietet hatte, alles nachlesbar in der schriftlichen Stellungnahme an die Vergabekammer des Landes.

Die OLA und zuvorderst ihr Personal waren also willens und in der Lage, den Verkehr wenigstens bis zum Betreiberwechsel zu erbringen. Und das ist auch mein eigentlicher Vorwurf: Sie haben aus meiner Sicht unnötigerweise – und das sehe nicht nur ich so – anders entschieden und damit ohne Not die Existenz von 110 Kolleginnen und Kollegen mit ihren Familien gefährdet.

Noch eine letzte Bemerkung zu besagter Runde unter freiem Himmel, also zur Mahnwache, und zwar zu der Frage, ob und wie viele der nun sicher vor dem Aus stehenden Kolleginnen und Kollegen tatsächlich bei den neuen Betreibern Regio und ODEG ankommen werden. Sie hatten ja etwas nebulös zugesagt, sich kümmern zu wollen, ohne aber dabei irgendeine Garantie abgeben zu können, und in Ihrer Antwort vom 25. September auf meine Kleine Anfrage auf Drucksache 6/2186 ist ja sogar von Verhandlungen zur Übernahme im Zusammenhang mit den Notvergaben die Rede.

Nach meiner Information haben andere, während Sie offensichtlich noch verhandelt haben, auf Initiative der Gewerkschaft EVG in der akuten Notsituation schon in Eigenregie Jobbörsen mit potenziell an den Beschäftigten interessierten anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen in Neubrandenburg organisiert.

(Volker Schlotmann, SPD: Das waren die Betriebsräte, das wissen Sie ganz genau. Das ist so was von schäbig! Das ist unglaublich!)

Nun las man in der "Schweriner Volkszeitung" vom 26.09.2013, dass ODEG und DB Regio 30 beziehungsweise 20 Kolleginnen und Kollegen übernehmen. Da sage ich ausdrücklich, gut für diejenigen, die den Sprung schaffen, wenngleich sich natürlich die Frage stellt, um was für Arbeitsverhältnisse es sich dabei handelt. Die größte Zahl dürfte wohl befristet sein, was auch ernüchternd wäre nach 15 Jahren guter Arbeit bei der OLA.

Fantasie hatte der Protest der Kolleginnen und Kollegen, die mit allen verfügbaren Mitteln für die Rettung ihrer Arbeitsplätze gekämpft haben.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

"Das WIR bittet um Hilfe", hieß es da unter anderem auf Karten und Transparenten. Die Bitte blieb leider unerhört, denn der Zug war sprichwörtlich abgefahren, in Neubrandenburg genauso wie in Schwerin. Um derartigen Entwicklungen künftig vorzubeugen, fordern wir Sie nachdrücklich auf, die von mir beschriebenen Möglichkeiten zu nutzen, zum Wohle der Beschäftigten bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen, zum Wohle der Kunden und damit letztlich auch zum Wohle des Landes.

Ich möchte meine Ausführungen damit schließen, dass ich mal Leute, die den Blick von außen haben, zu Wort kommen lasse, und zwar ganz konkret zitiere ich aus einer Pressemitteilung von "mobifair". Für diejenigen, die nicht wissen, was das ist: Das ist ein Verein, dessen Arbeit auf die Herstellung fairer Arbeits- und Entgeltbedingungen im SPNV gerichtet ist.

(Bernd Schubert, CDU: Wie viel Mitglieder?)

Dort heißt es mit Blick auf Ihre Vergabepraxis hier im Land wie folgt: M-V "hat die Signale" bei "der ... (Ola) auf Stopp gestellt. ... Damit müssen sich nicht nur Bahnreisende auf neue Anbieter einstellen, für über hundert Eisenbahner stehen die Arbeitsplätze auf dem Spiel. "Schienenverkehrsleistungen wie auf dem Jahrmarkt vergeben", nennt das Helmut Diener, Geschäftsführer von mobifair." Aus seiner Sicht werden "mit staatlichen Regionalisierungsmitteln ... Arbeitsplätze vernichtet. Bei der Neu-Ausschreibung der Verkehrsstrecken hat das Bundesland die Ola nicht berücksichtigt und auch keine Bedingungen gestellt, dass der potentielle neue Anbieter die Beschäftigten übernehmen muss. "Dass es solch grobe Schnitzer im Vergabeverfahren noch geben kann, ist handwerklicher Pfusch", so Diener" weiter.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, deswegen hat das Gericht auch so entschieden. Mann, Mann, Mann!)

"Schließlich sollten alle zuständigen Stellen mittlerweile wissen, dass bei einem Betreiberwechsel Arbeitsplätze sowie Lohn- und Sozialstandards abgesichert werden können. Das sei rechtlich keine Frage und im Übrigen gängige Praxis. "Eine Vergabeentscheidung ohne Absicherung der Arbeitsplätze wirkt auf die Betroffenen so, als ob ihre Arbeit nichts getaugt hätte. So kann man nicht mit Menschen umgehen. Wettbewerb ist für den Menschen da und nicht für Spielereien wie auf einer Modelleisenbahn." Zitatende. So die Pressemitteilung von "mobifair".

(Volker Schlotmann, SPD: Er hat Sie gemeint.)

Und an der Stelle sage ich, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um vielleicht die eine oder andere Unklarheit, die der Kollege Foerster jetzt in den Raum gestellt hat,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Nein, das war nicht unklar.)

was die Frage eines Personalübergangs im Zusammenhang mit der Neubetrauung von SPNV-Vergaben betrifft, hier für alle Kolleginnen und Kollegen klarzustellen, erlaube ich mir, die entsprechenden Vorschriften, die der Kollege Foerster hier eben nur angerissen hat, mal in ihrer Gesamtheit, also die einschlägigen Vorschriften in ihrer Gesamtheit zu zitieren.

Da heißt es dann, und das hat der Kollege Foerster eben angesprochen, in der Verordnung 1370 in Artikel 4 Absatz 5: "Verpflichtet die zuständige Behörde die Betreiber eines öffentlichen Dienstes, bestimmte Sozialstandards einzuhalten, so werden in den Unterlagen des", das ist das Entscheidende, "wettbewerblichen …verfahrens und den öffentlichen Dienstleistungsaufträgen die betreffenden Arbeitnehmer aufgeführt …"

Und dann geht es weiter in der VO 1370 Artikel 5 Absatz 5: "Die zuständige Behörde kann im Fall einer Unterbrechung des Verkehrsdienstes oder bei unmittelbarer Gefahr des Eintretens einer solchen Situation"

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das behaupten Sie.)

"eine Notmaßnahme ergreifen. Diese Notmaßnahme besteht in der Direktvergabe oder einer förmlichen Vereinbarung über die Ausweitung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags oder einer Auflage, bestimmte gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen zu übernehmen. ... Die Vergabe oder Ausweitung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags als Notmaßnahme ... ist für längstens zwei Jahre zulässig."

Damit auch jeder den Unterschied erkennt zwischen den Ausführungen, die Herr Kollege Foerster hier eben gemacht hat, und dem vorliegenden Fall, erlaube ich mir dann auch noch die einschlägige Vorschrift in der VO 1370 in Artikel 2h) zu zitieren: "Direktvergabe", wird dort definiert, "Direktvergabe" ist "die Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an einen bestimmten Betreiber eines öffentlichen Dienstes ohne Durchführung eines vorherigen wettbewerblichen …verfahrens".

Und, damit das dann auch in seiner Einfachheit wirklich deutlich wird, zu der hier vorliegenden Notvergabe: Herr Kollege Foerster, wenn irgendjemand der Auffassung ist, dass eine Notvergabe da nicht hätte erfolgen dürfen, hätte sicherlich ein Wettbewerber, und das wäre dann möglicherweise die OLA gewesen, sagen können, nein,

wir greifen das entsprechend an. Das ist mir nicht bekannt. Hier hat eine Notvergabe als Direktvergabe stattgefunden.

Eine Notvergabe ist auch nur als Direktvergabe möglich – oder ich verlängere den bestehenden Dienstleistungsauftrag mit dem entsprechenden Wettbewerber. Das hat aber hier gerade nicht stattgefunden, weil der Wettbewerber, nämlich die OLA, durch ihren Mutterkonzern erklärt hat, dass sie in Zukunft hier in Mecklenburg-Vorpommern keine weiteren SPNV-Verkehre erbringen wolle.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Ja, entschuldigen Sie, Kollege Foerster, das müsste doch selbst Ihnen klar sein, wenn jemand erklärt, dass er schon gar nicht mehr tätig sein will, dass das nicht gerade ein Kriterium für die weitere Zuverlässigkeit einer über den bestehenden Dienstleistungsauftrag hinausgehenden Leistungserbringung ist.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Also ich meine, dafür muss man dann auch nicht besondere Kenntnisse haben. Um das noch einmal deutlich zu machen, diese Direktvergabe findet dann ohne ein wettbewerbliches Verfahren statt. Und da nur in einem wettbewerblichen Verfahren ein entsprechender Personalübergang nach der Vorschrift des Artikel 4 Absatz 5 VO 1370 möglich ist, kann bei einer entsprechenden Notvergabe entgegen den Ausführungen des Kollegen Foerster eben kein Personalübergang nach der VO 1370 stattfinden.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und die Beispiele, die Sie hier genannt haben, Herr Kollege Foerster – ich will es mal freundlich ausdrücken, es ist wahrscheinlich nicht beabsichtigt gewesen, die Kolleginnen und Kollegen hinters Licht zu führen –, die Beispiele, die Sie hier angebracht haben, sind ja ausdrücklich alles Beispiele gewesen von öffentlichen Ausschreibungen.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Eine öffentliche Ausschreibung haben wir aber gerade nicht gehabt. Also Sie vergleichen hier Äpfel mit Birnen und wundern sich dann hinterher, dass das Kompott nicht schmeckt.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, damit erlaube ich mir dann auch, zum Ende zu kommen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der NPD: Kein Redebedarf. – Marc Reinhardt, CDU: Diesen Antrag könnte man zurückziehen, wenn es einer wäre.)

Das Wort hat dann der Abgeordnete Herr Eifler von der Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Fraktion der CDU könnte ich jetzt hier erklären, es besteht nach den ausführlichen Darlegungen zu dem Vergabeverfahren, die der Minister uns hier vorgetragen hat, kein Redebedarf.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das mache ich auch, ich will aber ganz klar noch mal erwähnen, dass gerade dieses Verfahren einer richterlichen Prüfung unterzogen worden ist und dass das Verfahren bestätigt worden ist.

Also von daher, Herr Foerster, es ist einfach Profilierung, es ist Populismus, was Sie hier machen, und es ist die Frage, ob das in dem Zusammenhang auf dem Rücken der Betroffenen anständig ist. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Henning Foerster, DIE LINKE: Sie reden doch Unsinn! Hören Sie doch auf!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Foerster, das Problem ist, ich bin noch nicht so lange im Landtag

(Torsten Renz, CDU: Das ist kein Problem.)

und deswegen ist es tatsächlich ...

Doch, es ist ein Problem, in dem Fall schon, weil für mich ist das hier so ein bisschen wie Kinderüberraschung gewesen, das heißt, man hat da einen Satz stehen, vermutet dann, was es sein könnte – ich habe natürlich vermutet, es geht um die OLA –, und am Ende geht es um ein wichtiges und interessantes Thema, wie man Vergaben in Zukunft im Land regeln soll.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie bisher auch, nämlich nach den rechtlichen Grundlagen. – Jochen Schulte, SPD: Nee, nee.)

Und die Frage ist, ob es nicht möglich ist, in Zukunft dem etwas mehr Text hinzuzufügen, sodass deutlich wird, über was wir reden, beziehungsweise einen Antrag zu schreiben,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

in dem drinsteht, so und so stellen wir uns das in Zukunft vor, damit \dots

(Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Jochen Schulte, SPD)

Gut, dann will ich jetzt noch etwas zum OLA-Fall sagen. Wir haben uns natürlich informiert, hatten auch die Anschreiben vom Betriebsrat.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

der da um Änderung gebeten hat. Aus meiner Sicht kann ich einfach nur sagen, die Hauptschuld liegt für mich ganz klar beim Mutterkonzern.

(Rudolf Borchert, SPD: Dazu hat Herr Foerster auch keinen Satz gesagt.)

In dem Moment, wo die Beschäftigten sich sogar noch bemüht haben, und in dem Moment, wo der Mutterkonzern sagt, sorry, ich ziehe das jetzt zurück – das tut mir total leid für die Beschäftigten, aber das ist eben manchmal das Problem. Wenn die Geschäftsführung Mist baut, leiden die Beschäftigten darunter. Und ansonsten teile ich natürlich das Anliegen. Jetzt höre ich, es wird generell auch so gemacht, dass die Beschäftigten sozusagen ...

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das wäre schön, wenn es so wäre!)

Ja, dann müssen wir darüber diskutieren, wenn es nicht so ist. Dann ist ja ein Antrag von Ihnen sinnvoll. Aber wenn wir uns einig sind, wir wollen die Beschäftigten bei Vergaben übernehmen, weil die nicht bei jeder Vergabeentscheidung alle auf der Straße stehen sollen – da kommen ja wieder andere –, da sind wir uns doch offensichtlich völlig einig.

Was ich gerne hinzufügen würde, ist das Thema mit den Fahrzeugen. Das hatten wir auch im Energieausschuss andiskutiert. Niedersachsen macht das offensichtlich, dass sie sagen, wir bilden eine Landesgesellschaft, über die wir die Fahrzeuge anschaffen, und die Fahrzeuge stellen wir dem jeweiligen Betreiber dann zur Verfügung. Das muss man zumindest mal durchgerechnet haben, ob da unter Umständen eine Marge für das Land drin ist. Ich weiß, dass normalerweise Leasinggesellschaften das machen, aber Leasinggesellschaften machen es ja auch nicht für umsonst. Deswegen ist es zumindest prüfenswert, wenn andere Bundesländer es anders machen, ob wir da eine Einsparung erzielen und dadurch höhere Leistungen erbringen können für diejenigen, die den ÖPNV beziehungsweise konkret den SPNV nutzen. Und dann können wir darüber auch diskutieren.

Deswegen würde ich mir für die Zukunft wünschen, wenn es konkrete Ideen gibt, die in einem Antrag zu formulieren, dann kann ich mich natürlich auch wesentlich besser vorbereiten, um dann konstruktiver damit umzugehen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und ich schließe die Aussprache.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 26** auf: Das ist die Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Institutionelle Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften herstellen, die vorliegende Drucksache 6/2242.

Antrag der Fraktion der NPD Institutionelle Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften herstellen – Drucksache 6/2242 –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Petereit.

David Petereit, NPD: Da kommt Freude auf.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, heute nicht.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Heinz Müller, SPD: Hält sich in relativ engen Grenzen.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gemäß dem Paragrafen 146 und dem folgenden des Gerichtsverfassungsgesetzes sind Staatsanwaltschaften weisungsgebundene Behörden, die dem jeweiligen Justizminister unterstellt sind. In der politischen Diskussion wird diese Stellung regelmäßig damit begründet, dass die Staatsanwaltschaften als Teil der Exekutiven der Regierung und damit dem Parlament im Hinblick auf das in Artikel 20 des Grundgesetzes verankerte Demokratiekonzept, -prinzip verantwortlich sein müssen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich würde vorschlagen, lesen Sie sich das mal vorher durch!)

Im Gegensatz zu dieser theoretischen Kontrolle besteht jedoch nach dem geltenden Recht die erhebliche Gefahr der politischen Einflussnahme auf die Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden durch die Regierung. Äußern kann sich dies zum einen darin, dass die Staatsanwaltschaften zur Unterdrückung politischer Gegner missbraucht werden, oder umgekehrt darin, dass bei politisch hochrangig Verdächtigen die Ermittlungen eingestellt beziehungsweise gar nicht erst aufgenommen werden.

Die bestehenden Karrierestrukturen innerhalb der Staatsanwaltschaften begünstigen zudem informelle Abhängigkeitsstrukturen. Der hierarchische Aufbau der Justiz sowie wesentliche Grundzüge des Statusrechts der Staatsanwälte entstammen dem historischen Beamtenrecht. Das Beamtenrecht ist auf die Bedürfnisse der Exekutiven zugeschnitten und mit einer unabhängigen Justiz nicht vereinbar.

Dieser strukturelle Missstand in der deutschen Justizlandschaft kann nur dadurch behoben werden, dass den Staatsanwälten eine den Richtern vergleichbare persönliche und sachliche Unabhängigkeit verliehen wird. Bei der Durchführung strafrechtlicher Ermittlungen müssen die Staatsanwälte ebenso wie die Richter ausschließlich dem Gesetz unterworfen sein und nicht den Weisungen des Justizministeriums.

Auch innerhalb des staatsanwaltschaftlichen Behördenaufbaus müssen bestehende Abhängigkeits- und Weisungsstrukturen abgebaut werden. Das bestehende Substitutions- und das Devolutionsrecht des Leitenden Oberstaatsanwalts sind daher ersatzlos zu streichen. Ihre Weisungsgebundenheit zu beenden, ist eine Forderung, die bereits von außen an die BRD herangetragen wurde, per Resolution des Europarats am 30. September 2009.

Und bei den weisungsgebundenen Staatsanwälten ist es ja im Grunde noch schlimmer als bei Richtern, da diese eben nicht über die richterliche Unabhängigkeit verfügen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank!)

Selbst wenn der Großteil der Richter in ihren Entscheidungen unabhängig ist, so entscheiden diese doch nach ihren Überzeugungen, das heißt, dass sie die sich bietenden Spielräume in der Rechtsprechung ausschöpfen

und Wertungen vornehmen. Und angesichts der sich bietenden Spielräume, welche die Rechtsanwendung lässt, kann also schon bei der Personalauswahl die Entscheidungsfindung nachhaltig beeinflusst werden.

Im Grunde handelt es sich um ein vorbeugendes Mittel gegen Rechtsmissbrauch mit fatalen Folgen, wenn die Staatsanwaltschaften unabhängig gestellt werden. Wer nun aber behaupten mag, es gebe ja dafür keinen Grund, der könnte gleichfalls dafür eintreten, dass man die Vorbereitung eines Angriffskriegs aus dem Strafrecht streicht. Die zentrale Bedeutung von den Staatsanwaltschaften für die Ahndung von Straftaten wird besonders in den Fällen deutlich, in denen Defizite in Erscheinung treten, wenn Karrieren erst gefördert und später Loyalitäten eingefordert werden.

Wer kann schon hinter die Kulissen der Macht sehen und belegen, wie unverständliche Entscheidungen in der Justiz zustande gekommen sind?! Vonseiten der Projektgruppe "Richterliche Selbstverwaltung" heißt es treffend, dass die Parteidemokratie dazu geführt hat, dass die Gewaltenteilung von einer Gewaltenhäufung abgelöst wurde

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo haben Sie das gelernt? In Ihrem Jurastudium, oder was?)

und der angedachte Kontrollansatz dadurch geschwächt wurde, wörtlich, Zitat: "Die Trennung der beiden Staatsgewalten", also Legislative und Exekutive, "ist kein wirksames politisches Machtverteilungsprinzip mehr, sondern sinkt zu einem Prinzip der innerstaatlichen Zuständigkeitsverteilung herab." Wirksame Gewaltenkontrolle kann eben nicht stattfinden, wenn die zu kontrollierende Exekutive ihre Kontrolleure selbst auswählt, bestellt, bezahlt und befördert.

(Beifall Udo Pastörs, NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah, Herr Pastörs!)

Solche Zustände sind inzwischen in fast allen Mitgliedsstaaten Ihrer heiß geliebten Europäischen Union abgeschafft. Aus Sicht des Europarats stellen sie das Leitbild unabhängiger Rechtsprechung infrage. In der BRD allerdings sieht man das nach wie vor nicht so eng, auch wenn schon 1993 die institutionelle Unabhängigkeit der Justiz im Zuge der EU-Osterweiterung gegenüber den damaligen Kandidatenstaaten zur Voraussetzung für eine Aufnahme gemacht wurde.

Dass dies auch ohne Gefährdung der Kontrollbefugnisse des Parlaments oder des Demokratieprinzips möglich ist, zeigt etwa das Beispiel Italien, wo die Staatsanwaltschaften schon vor Jahrzehnten von der Exekutive abgekoppelt wurden und seitdem staatsorganisatorisch der Judikative zugerechnet werden. Ohne diese vollständige sachliche und persönliche Unabhängigkeit der italienischen Staatsanwälte wäre die dort regelmäßig erfolgende Aufdeckung krimineller und mafiöser Strukturen bis hinauf in höchste Ebenen der Politik überhaupt nicht denkbar gewesen. Nur eine unabhängige Staatsanwaltschaft kann auch eine insgesamt unabhängige und funktionierende Strafjustiz vorbehaltlos gewährleisten.

Auch die Linksfraktion, allerdings im Deutschen Bundestag, hat den hierzu aufgezeigten Missstand erkannt und mit einem umfangreichen Gesetzentwurf den Versuch unternommen, Exekutive und Judikative zu entflechten.

In der durchgeführten Sachverständigenanhörung im Rechtsausschuss des Bundestages haben sich zahlreiche Sachverständige für die Annahme des von der Linksfraktion vorgelegten Gesetzentwurfes ausgesprochen und insbesondere darauf aufmerksam gemacht, dass damit in Deutschland lediglich die Unabhängigkeitsstandards für die Justiz eingeführt würden, die in anderen Ländern der Europäischen Union längst eine Selbstverständlichkeit darstellen. Die Loslösung der Justiz aus dem Zugriff der Exekutive, so ist in den Stellungnahmen zu lesen, widerspreche nicht dem Gewaltenteilungsprinzip, sondern helfe eher seiner Verwirklichung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Drese von der SPD-Fraktion.

Stefanie Drese, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Staatsanwälte sind als staatliches Organ der Strafrechtspflege Teil der dritten Gewalt. Sie sind der Objektivität verpflichtet

(Udo Pastörs, NPD: Verpflichtet schon, aber tun sie das?)

und haben einen durch das Legalitätsprinzip klar festgelegten Ermittlungsauftrag.

Die Diskussion um die Organisation der Staatsanwaltschaft ist nicht neu. So spricht sich der Deutsche Richterbund dafür aus, nach der Abschaffung des politischen Beamten im Bereich der Staatsanwaltschaft auch das Weisungsrecht neu zu regeln. Dass sich aber nun ausgerechnet die NPD dieses Themas annimmt, mutet doch etwas grotesk an,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist wohl wahr. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

fordert die NPD doch für die Staatsanwälte künftig eine den Richtern vergleichbare persönliche und sachliche Unabhängigkeit.

(Michael Andrejewski, NPD: Hier sprechen wir vom Rechtsstaat.)

Die Ernsthaftigkeit dieses in dem NPD-Antrag postulierten Anliegens muss man gelinde gesagt in Zweifel ziehen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Allerdings.)

Der Antrag strotzt vor Unterstellungen. So wird die Behauptung aufgestellt, die bestehenden Karrierestrukturen innerhalb der Staatsanwaltschaft würden informelle Abhängigkeitsstrukturen begünstigen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Auch wird mal eben kurzerhand das Beamtenrecht als mit einer unabhängigen Justiz nicht vereinbar erklärt. Zudem wird ausgeführt, es bestehe, Zitat, "die ganz erhebliche Gefahr der politischen Einflussnahme auf die Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden durch die Regierung".

(Stefan Köster, NPD: Findet so was statt? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich frage mich, woran die NPD das festmachen will. Auch angesichts aktuell anhängiger Verfahren sehe ich eine politische Einflussnahme nicht. Vielmehr sind die aufgestellten Behauptungen Ausfluss der Rechtsstaatsphobie der NPD.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wenn strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der NPD durchgeführt wurden und werden, liegt das nicht an irgendeiner Art von politischer Einflussnahme,

(Michael Andrejewski, NPD: Nein.)

sondern dies liegt schlicht daran, dass die Staatsanwaltschaften aufgrund des sogenannten Legalitätsprinzips zur Aufnahme von Ermittlungen verpflichtet sind, wenn sie Kenntnis von strafbaren Handlungen erlangen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Davon kann Herr Köster ein Lied singen, nicht, Herr Köster? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die NPD,

(Heinz Müller, SPD: Die machen der Staatsanwaltschaft viel Arbeit.)

die NPD und die Justiz, das ist ein weites Feld. Dass Mitglieder der NPD die Aufmerksamkeit von Staatsanwaltschaften auf sich ziehen, haben wir gerade in diesem Landtag, auch in dieser Legislaturperiode, wieder mehrfach erlebt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig, sehr richtig.)

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die NPD die Vorteile des Rechtsstaats durchaus gerne in Anspruch nimmt,

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

ihn andererseits aber abschaffen will. Denn die NPD findet sich nicht nur wegen falscher Angaben in Rechenschaftsberichten vor Verwaltungsgerichten wieder,

(Heinz Müller, SPD: Ach ja?)

noch gravierender als das Ausstellen falscher Spendenbescheinigungen

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Wo ist der Schatzmeister? – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nicht wahr, Herr Köster?)

ist die Begehung von Gewaltstraftaten. Dass NPD-Mitglieder immer wieder in Schlägereien verwickelt sind, (Peter Ritter, DIE LINKE: Schon wieder Köster.)

konnte man in den vergangenen Jahren häufig lesen.

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Erinnern möchte ich an dieser Stelle an einen Bericht des ARD-Magazins "Report Mainz" aus dem März 2012. Die Redakteure hatten sich die Mühe gemacht, in aufwendigen Recherchen die Zeitungsmeldungen, Fernsehsendungen und Hörfunkberichte der letzten zehn Jahre systematisch nach Strafverfahren und Verurteilungen von NPD-Funktionären auszuwerten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es wurde bekannt, dass im Durchschnitt fast kein Monat verging, in dem nicht ein NPD-Repräsentant eine Straftat begangen hat oder dass gegen jemanden aus dieser Partei ermittelt wurde.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, ermittelt wurde. Das ist die Frage.)

Vor allem handelte es sich um Gewaltdelikte. An der Spitze der Vorwürfe rangierte demnach Körperverletzung. Weitere Strafverfahren betrafen Vorwürfe wegen Freiheitsberaubung, Waffen- und Sprengstoffbesitz, Raub oder Erpressung.

(Michael Andrejewski, NPD: Zumindest nicht Kindesmissbrauch.)

Aufhorchen lassen die Zahlen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die bei Recherchen zum Vorschein kamen, obwohl Propagandadelikte nicht berücksichtigt wurden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Rund 110 NPD-Funktionäre hatten in dem ausgewerteten Zeitraum circa 120 Delikte begangen oder wurden dieser beschuldigt. Im Durchschnitt verging kein Monat, in dem nicht ein Repräsentant dieser Partei eine Straftat begangen hat oder dass gegen jemanden aus Parteikreisen ermittelt wurde.

35 Straftäter oder Beschuldigte gehörten einem NPD-Landesvorstand oder dem Bundesvorstand an. Rund 50 NPD-Mandatsträger beziehungsweise deren Mitarbeiter waren den Recherchen zufolge strafrechtlich auffällig geworden, darunter fallen rund 70 Körperverletzungen, aber auch weitere Delikte wie Raub, Erpressung oder der Besitz von Waffen und Sprengstoff und Freiheitsberaubung.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das haben wir ja auch alles. – Heinz Müller, SPD: Das ist eine ehrenwerte Gesellschaft.)

Dass die NPD nun das Hohelied der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften singt, ist der blanke Hohn. Sehr geehrte Damen und Herren, die NPD will sich zur Hüterin des Rechtsstaats aufschwingen und ist doch selbst dessen erbittertster Feind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufschlussreich ist ein Blick in die Parteiprogramme der NPD. So heißt es im Parteiprogramm der NPD, beschlossen auf dem Bundesparteitag im Juni 2010 in Bamberg, auf Seite 18 unter der Überschrift "Reform des Rechtssystems", ich zitiere äußerst ungern: "Die Grundrechte müssen in unserem Land für jeden Deutschen, ungeachtet seiner politischen Einstellung, Gültigkeit besitzen. Mit ihrer Beschneidung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit für nationale Deutsche haben die etablierten politischen Kräfte den Weg vom Rechtsstaat zum Gesinnungsstaat beschritten."

(Stefan Köster, NPD: Vollkommen richtig.)

"Es sind die herrschenden Parteien selbst, die die Grundrechte aushebeln. Die Etablierten, die heute durch ihre EU- und Globalisierungspolitik"

(Udo Pastörs, NPD: Habe ich mir erarbeitet.)

"die Auflösung des Nationalstaates betreiben, haben die freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die sie sich formal immer noch berufen, in ihrem Kernbestand längst beseitigt."

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

"Die NPD setzt sich deshalb für eine Reform des deutschen Rechtssystems nach streng rechtsstaatlichen Grundsätzen ein."

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, oh, oh!)

"Die Unabhängigkeit der Justiz ist sicherzustellen." Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Das ist eine interessante Logik.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Verfassungsfeinde finden sich also nicht in der NPD, sondern in den anderen gewählten Parteien.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ein Hohn! Es ist offensichtlich, dass die NPD unter dem Begriff "Rechtsstaat" etwas gänzlich anderes versteht, als das allgemeinhin der Fall ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es wohl. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, welche Rechtsgüter die NPD für schützenswert hält, zeigt der letzte Absatz in demselben Kapitel des erwähnten Parteiprogramms, der aus zwei denkwürdigen Sätzen besteht.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Ich zitiere: "Alliierter Massenmord darf nicht verjähren. Der Ehrenschutz des deutschen Volkes ist wirksam zu gewährleisten."

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Dies belegt, wes Geistes Kind die NPD wirklich ist. Der Antrag ist abzulehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Petereit von der NPD-Fraktion.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wozu eigentlich jetzt noch? – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, Herr Petereit, da bleibt nicht mehr viel, ne?)

David Petereit, NPD: Sie werden überrascht sein.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach der vorhersehbaren unsachlichen Erwiderung

(Heinz Müller, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die war sehr sachlich.)

will ich nun zu einigen Gegebenheiten hier im Land ausführen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hat der Referent falsch aufgeschrieben. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Der Ministerpräsident Sellering führte am 24. Oktober 2012 anlässlich des Antrages, dass Sie hier unsere Partei verbieten wollen, aus, dass rechtsextremistische Straftaten konsequent bekämpft würden. Er fügte dann noch hinzu, deswegen hätten wir – also gemeint war die NPD-Fraktion – ja so viele Verfahren.

Umgekehrt kann dies natürlich auch Geltung haben, dass gegen Sie, meine Damen und Herren, so wenige Verfahren in Gang kommen.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, vielleicht sind wir anständige Menschen. Im Gegensatz zu Ihnen.)

Sie hören mein Gelächter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, genau. Ja, da bleibt Ihnen die Spucke weg, was? – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich bin der festen Überzeugung, dass es nicht darum geht, Straftaten zu verfolgen, sondern dass es hier ganz klar darum geht, die Justiz zur Verfolgung der Opposition wenn nicht zu missbrauchen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wieso macht ihr so einen Scheißantrag?)

dann auf jeden Fall in Stellung zu bringen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das macht doch nichts als Ärger!)

Das kann ich auch an einigen Beispielen festmachen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das würde ich gern mal hören. Das würde ich jetzt gern mal hören.) Dann hören Sie zu!

(Heinz Müller, SPD: Ja, ja, ja.)

Nehmen wir zuerst mal die Razzia bei MUPINFO. Sondereinsatzkommando, Maschinenpistolen, jeder durfte sich erklären: Nazis rufen zu Gewalt auf, der Rechtsstaat schlug zu – huh! Und was blieb von der medienreichen Inszenierung? Nichts! Rein gar nichts! Nicht mal der Anfangsverdacht konnte begründet werden. Die ganze Ermittlungsakte bestand zur Hälfte aus immer wieder dem gleichen kopierten Artikel. Es gab keine rechtliche Würdigung, keine Subsumtion, nichts. Aber für eine Razzia mit Maschinenpistolen und Presse hat es gereicht.

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Stefan Köster, NPD)

Nächster Fall: Da nimmt ein nationaler Musiker ein Lied eines berühmten Liedermachers neu auf. Mangels geistigen Talents erschließt sich nicht jedem der ironische, ja geradezu verurteilende Text, also muss er volksverhetzend gewesen sein. Die Leier ähnlich: Strafanzeige, öffentliche Empörung, mediale Inszenierung, und nicht zu vergessen die Immunitätsaufhebung. Und das Ende vom Lied? Wieder mal keine Straftat.

Natürlich sind die Kriminalisierungsversuche nicht immer erfolglos, was nicht zuletzt durch die Verurteilung von Udo Pastörs deutlich wurde,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das können Sie ja der Staatsanwaltschaft mitteilen. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind völlig unschuldig, so wie Herr Köster.)

der meines Erachtens völlig zu Unrecht verurteilt wurde,

(Heinz Müller, SPD: Ich werde verrückt.)

da die zugrunde liegende Holocaustleugnung nach meinem Dafürhalten konstruiert wurde. Aber zu den richterlichen Spielräumen der Gesetzesauslegung und -anwendung habe ich ja vorhin schon ausgeführt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau. Mir kommen gleich die Tränen.)

Im Zuge dessen wurde gleich mal die Indemnität zur Diskussion gestellt, die bräuchten wir ja heute gar nicht mehr und überhaupt sei die gar nicht zeitgemäß.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ein Glanzstück war natürlich auch die Immunitätsaufhebung gegen Tino Müller, der es wagte, das Wort "Zigeuner" zu verwenden. Das musste natürlich strafbar, volksverhetzend

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau deswegen.)

und alles sein. Meinten Sie! Und na ja, nicht nur, dass die Zigeunervertreter sich darüber empörten, dass Sie das als Beleidigung begreifen, nein, hier stellte sich auch heraus, dass es eben keine Straftat war.

Und der neueste Kunstgriff ist natürlich das Exotengesetz, das Sie rausgekramt haben, um uns zu verfolgen. Tino Müllers Immunität – und die haben Sie ja deswegen schon zweimal aufgehoben, weil er Verantwortlicher für den "Uecker-Randow-Boten" war beziehungsweise sein soll. Gucken Sie mal in Ihre eigenen Veröffentlichungen! Nicht nur, dass es an Inhalten fehlt, Verantwortlichkeiten sucht man auch häufiger, genauso wie Staatsanwälte, die das verfolgen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist wohl wahr.)

Und überhaupt ist Immunität inzwischen nichts mehr wert. War sie ursprünglich dazu gedacht, die Opposition vor der Willkür der Staatslenker zu schützen, dient sie heute der öffentlichen Vorverurteilung. Sobald im erhabenen Rechtsausschuss Unterlagen zur Aufhebung der Immunität vorgelegt werden, werden die Informationen auch schon – Wunder, oh Wunder! – irgendwie an die Presse gegeben.

Zur Empfehlung der Immunitätsaufhebung wird weniger nach Inhalt als nach Parteibuch abgestimmt. Und weil das so ist, gehen die in der Befehlsstruktur stehenden Damen und Herren Staatsanwälte, was die Demokratenallianz angeht, oft gar nicht so weit, überhaupt ein Schreiben an den Landtag zu schicken. Nicht, dass noch was durchsickert im politischen Geschäft!

So wie im Fall des SPD-Genossen Tilo Gundlack. Dieser wurde beim Schwarzangeln erwischt, und das steht aufgrund seiner großen Beliebtheit dann überraschenderweise in der Zeitung. Und da Schwarzangeln eine Straftat ist, hätte man irgendwann seine Immunität ja aufheben müssen. Aber Pustekuchen! Leise, still und heimlich wurde das Verfahren bereits von der Staatsanwaltschaft eingestellt. 100 Euro musste er zahlen und die Sache war aus der Welt – günstiger als mancherorts eine Angelberechtigung.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

In einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung wollte ich dann wissen, ob es weitere Strafverfahren gegen Landtagsabgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern gab, die ohne Öffentlichkeit gegen Zahlung von Geldbeträgen eingestellt wurden.

(Stefan Köster, NPD: Das ist ja eine aufgeblasene Witzfigur.)

Immerhin deutlich genug die Antwort: Es könnten "keine Angaben gemacht werden", da derartige Fälle statistisch nicht erfasst würden. Also war der Fall Gundlack schon mal kein Einzelfall. Denn wenn es nur wenige wären, bräuchte man ja logischerweise auch keine Statistik.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist aber eine strenge Logik, was?)

Da fällt mir ein: Wo bleiben eigentlich die Immunitätsaufhebungen in den Fällen des Ministers Backhaus? Der ist doch auch Mitglied des Landtags? Wenn ich richtig mitgezählt habe, sind es inzwischen schon vier Vorwürfe, die gegen ihn öffentlich bekannt wurden. Und davon sind nach den Meldungen von gestern drei noch nicht aus der Welt.

(Udo Pastörs, NPD: Da kommt noch mehr.)

Ist da wirklich so offenkundig nichts dran? Oder will kein Staatsanwalt tätig werden? Oder darf keiner?

Oder nehmen wir mal einen ganz anderen Fall, hier aus dem Haus. Da meint also Frau Bretschneider, mich antatschen zu müssen, weil sie darauf besteht, nicht mit mir Fahrstuhl fahren zu wollen. Sie fängt an zu schubsen, statt einfach zu warten. Mal abgesehen davon, dass sie sich in ihrer Hysterie damit der Lächerlichkeit preisgab, stellte ich natürlich auch Strafanzeige gegen sie. Was soll man denn sonst machen?

Für alle, die noch nicht wissen, was dabei herauskam: Staatsanwalt und Generalstaatsanwalt waren sich einig, das Verhalten war angeblich in keinster Weise strafbar. Zitat: "Das Anlegen ihrer Hand auf Ihre Brust diente dabei augenscheinlich nur der symbolischen Unterstreichung ihrer Aufforderung an Sie",

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

"auf den nächsten Aufzug zu warten, und dürfte eher als Geste zu werten sein."

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Also aus "Schubsen" wird dann mal "Handanlegen".

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Sie können sich ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Deswegen zeigen Sie eine Frau an? Oh Gott, ich glaube es nicht!)

Moment!

Sie können sich vorstellen, was los wäre,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was ist denn das für ein Mann?)

ein NPD-Mitglied würde genauso handeln

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was ist denn das für eine Weichwurst da am Rednerpult?)

und Sie entsprechend des Fahrstuhls verweisen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das glaube ich doch nicht!)

Ich will an der Stelle aber gleich mal klarstellen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und Sie haben sie angezeigt?)

dass es unsererseits kein umgekehrtes Bedürfnis gibt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja unglaublich!)

irgendwem von Ihnen an die Brust zu fassen. Und ebenso verhalten sich die gleichen Staatsanwälte,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sagen Sie das mal Ihrer Kameradschaft, wenn Sie dahin kommen!)

die sonst munter gegen uns wegen jeder Kleinigkeit vorgehen, in anderen Fällen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Da wird die Meinungsfreiheit auf einmal als Schutzbehauptung dafür angeführt, wenn rote Genossen zutiefst beleidigend werden, verleugnen oder jemand als "Gesinnungsextremist" bezeichnet wird. Leider kann ich Ihnen meine ganze Liste nicht zu Ende aufführen, aber da ist noch viel mehr im Busch.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir sind untröstlich. – Der Abgeordnete David Petereit beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/2242. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/2242 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 11. Oktober 2013, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen und ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

Schluss 20.40 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. André Brie, Burkhard Lenz, Nils Saemann und Heino Schütt.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion DIE LINKE Die Mecklenburger Südbahn muss erhalten bleiben

- Drucksache 6/2248 -

Jastimmen	Polzin, Heike
	Schlotmann, Volker
DIE LINKE	Schulte, Jochen
	Schwarz, Thomas
Dr. Al-Sahty Hikmat	Schweeig Manuela

Dr. Al-Sabty, Hikmat Schwesig, Manuela
Bernhardt, Jacqueline Dr. Seemann, Margret
Borchardt, Barbara Sellering, Erwin
Foerster, Henning Tegtmeier, Martina

Holter, Helmut
Koplin, Torsten
CDU

Lück, Regine
Oldenburg, Simone
Caffier, Lorenz

Ritter, Peter Eifler, Dietmar
Rösler, Jeannine Friemann-Jennert, Maika

Dr. Schwenke, Mignon
Lindner, Detlef
Stramm, Karen
Liskow, Egbert
Dr. Tack, Fritz
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlupp, Beate

Schubert, Bernd
Gajek, Silke Seidel, Jürgen
Gerkan, Jutta Silkeit, Michael
Jaeger, Johann-Georg Texter, Andreas

Jaeger, Johann-Georg Texter, Andreas Dr. Karlowski, Ursula

Saalfeld, Johannes **Enthaltungen** Suhr, Jürgen

NPD

SPD Andrejewski, Michael Köster, Stefan

Müller, Tino
Albrecht, Rainer Pastörs, Udo
Dr. Backhaus, Till Petereit, David
Borchert, Rudolf

Bretschneider, Sylvia Dachner, Manfred Donig, Ingulf Feike, Katharina

Neinstimmen

Gundlack, Tilo **Endgültiges Ergebnis:** Heydorn, Jörg

Krüger, ThomasAbgegebene Stimmen58Mucha, RalfGültige Stimmen58Müller, DetlefJastimmen19Müller, HeinzNeinstimmen34Dr. Nieszery, NorbertEnthaltungen5

Namentliche Abstimmung

über den

Antrag der Fraktion der NPD Familien fördern, Kinder schützen – Kein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften

aoptionorcont far giclongesonicontilone i artif

- Drucksache 6/2241 -

Jastimmen		Glawe, Harry
		Lindner, Detlef
NPD		Liskow, Egbert
		Reinhardt, Marc
	Andrejewski, Michael	Renz, Torsten
	Köster, Stefan	Schlupp, Beate
	Müller, Tino	Schubert, Bernd
	Pastörs, Udo	Waldmüller, Wolfgang
	Petereit, David	
		DIE LINKE
Neinstimmen		
		Dr. Al-Sabty, Hikmat
SPD		Bernhardt, Jacqueline
		Borchardt, Barbara
	Albrecht, Rainer	Foerster, Henning
	Dr. Backhaus, Till	Holter, Helmut
	Barlen, Julian	Koplin, Torsten
	Borchert, Rudolf	Ritter, Peter
	Bretschneider, Sylvia	Rösler, Jeannine
	Butzki, Andreas	Dr. Schwenke, Mignon
	Donig, Ingulf	Dr. Tack, Fritz
	Drese, Stefanie	
	Feike, Katharina	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Gundlack, Tilo	
	Krüger, Thomas	Gajek, Silke
	Mucha, Ralf	Gerkan, Jutta
	Müller, Heinz	Dr. Karlowski, Ursula
	Dr. Nieszery, Norbert	Saalfeld, Johannes
	Polzin, Heike	
	Schlotmann, Volker	
	Schulte, Jochen	
	Schwarz, Thomas	
	Dr. Seemann, Margret	Endgültiges Ergebnis:
	Tegtmeier, Martina	
		Abgegebene Stimmen49
CDU		Gültige Stimmen49
		Jastimmen5
	Eifler, Dietmar	Neinstimmen44
	Cuicascas Isaacsut Moiks	Enthaltungan

Enthaltungen-

Friemann-Jennert, Maika